



Entwurf Haushaltsplan 2015



LANDKREIS REUTLINGEN



Entwurf

HAUSHALTSSATZUNG

und

HAUSHALTSPLAN

für das
Haushaltsjahr

2015



INHALTSÜBERSICHT	Seite
Haushaltssatzung	4
Systematik des Haushaltsplans und Neues kommunales Haushaltsrecht (NKHR)	7
Vorbericht	12
Zuordnung Sachkonten	61
Budgetierungsregeln	63
Gesamtplan	67
Haushaltsquerschnitt	68
Gesamtergebnisplan	70
Gesamtfinanzplan	71
THH 1 Innere Verwaltung	73
THH 2 Sicherheit und Ordnung	125
THH 3 Schule, Kultur und Sport	157
THH 4 Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht	203
THH 5 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	251
THH 6 Gesundheit	277
THH 7 Räumliche Planung und Entwicklung	293
THH 8 Bauen und Wohnen	305
THH 9 Abfallwirtschaft	313
THH 10 Verkehr und ÖPNV	321
THH 11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	345
THH 12 Umweltschutz	363
THH 13 Wirtschaft und Tourismus	373
THH 14 Allgemeine Finanzwirtschaft	379
Stellenplan	387

**Anlagen zum Haushaltsplan**

1	Mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 - 2018	395
2	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2014 - 2018	399
3	Entwicklung des Schuldenstandes	413
4	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	415
5	Entwicklung der Liquidität	417
6	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden	419
7	Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Reutlingen	427
8	Verzeichnis der Kreisstraßen	431
9	Vorläufige Berechnung der Schlüsselzuweisungen	437
10	Übersicht über die Kreisumlage-Hebesätze der Landkreise in Baden-Württemberg	439
11	Übersicht über die Anteile der Kreisgemeinden an der Kreisumlage 2015	441
12	Interne Leistungsverrechnungen	443
13	Übersicht über die Wirtschaftslage und künftige Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH	451
	Gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“	455
	Glossar zum Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR)	487

Haushaltssatzung

des Landkreises Reutlingen

für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund der §§ 34, 48 und 49 der Landkreisordnung Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.06.1987 (GBl. S. 288/1987) i.V.m. § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24.07.2000 (GBl. S. 581 ff., berichtigt S. 698/2000), beide zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.04.2013 (GBl. S. 55/2013) und des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 22.04.2009 (GBl. S. 185/2009) hat der Kreistag am folgende **Haushaltssatzung für das Jahr 2015** beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1.	im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen	
	1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	272.858.312 EUR
	1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	271.433.203 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	1.3 Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	1.425.109 EUR
	1.4 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	1.5 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	1.425.109 EUR
	1.6 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 EUR
	1.7 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	1.8 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	1.9 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo aus 1.5 und 1.8) von	1.425.109 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
2.	im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen	
	2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	270.425.947 EUR
	2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	263.128.203 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	2.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verw.tätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	7.297.744 EUR
	2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.869.100 EUR
	2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	10.675.550 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	8.806.450 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	1.508.706 EUR
	2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	12.100.000 EUR
	2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	12.100.000 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0 EUR
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>		
	2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	1.508.706 EUR

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

7.100.000 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

12.085.000 EUR

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

40.000.000 EUR

§ 5 Hebesatz der Kreisumlage

Der Hebesatz der Kreisumlage wird gemäß § 35 FAG auf

34,25 v. H.

der für das Haushaltsjahr 2015 festgestellten Steuerkraftsummen der zum Landkreis gehörigen Gemeinden festgesetzt.

Reutlingen, den

Der Vorsitzende des Kreistags

gez.

Thomas Reumann, Landrat





Systematik des Haushaltsplans und Neues kommunales Haushaltsrecht (NKHR)

1. Vorbemerkung

Seit Januar 2011 ist das NKHR beim Landratsamt Reutlingen im Einsatz. Der Haushaltsplan 2015 ist der fünfte Haushalt der nach den Grundsätzen der kommunalen Doppik aufgestellt wurde. Neben den Planzahlen für das Haushaltsjahr 2015 weist der Haushaltsplan auch die Planzahlen für das Haushaltsjahr 2014 sowie das vorläufige Rechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2013 aus. Das vorläufige Rechnungsergebnis 2013 eignet sich nur bedingt für Vergleichszwecke, da verschiedene Abschlussbuchungen wie z. B. die Abschreibungen, die Auflösung der Sonderposten aus Zuweisungen für Investitionen, die Wertberichtigungen sowie die Innere Leistungsverrechnung noch nicht gebucht sind.

2. Rechtliche Grundlagen

Am 22.04.2009 hat der Landtag von Baden-Württemberg das Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen und im Zuge dieser Reform wurden die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und die Gemeindekassenverordnung (GemKVO) neu gefasst und traten zum 01.01.2010 in Kraft.

3. Die Doppik als neuer Rechnungsstil – was ist anders?

Dem NKHR liegt die Systematik der kaufmännischen Buchführung zugrunde, in dem der Ressourcenverbrauch und das Ressourcenaufkommen in Form von Aufwendungen und Erträgen und der vollständige Vermögens- und Schuldenbestand zu einem Stichtag in einer Bilanz dargestellt werden.

Daraus ergeben sich folgende Unterschiede zur Kameralistik:

- Vollständige Darstellung von Ressourcenverbrauch und Ressourcenaufkommen eines Haushaltsjahres durch Erfassung von Aufwendungen und Erträgen anstatt Ausgaben und Einnahmen.
- Vollständige Einbeziehung des Anlagevermögens in die Rechnungslegung (Vollvermögensrechnung).
- Haushaltsplan mit Budgetstruktur und Produktorientierung.
- Informationen über Produkte und Verwaltungsleistungen im Haushaltsplan mit der Möglichkeit, diese zur Grundlage von Zielvereinbarungen oder Vorgaben zu machen.

Leitidee des sogenannten Ressourcenverbrauchskonzeptes des NKHR ist es, dass jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen auch wieder erwirtschaftet. Deshalb muss gewährleistet sein, dass die anfallenden Aufwendungen durch entsprechende Erträge finanziert werden können. Für jedes Haushaltsjahr ist also ein Ausgleich von Ressourcenaufkommen (Ertrag) und Ressourcenverbrauch (Aufwand) erforderlich. Dabei wird der Werteverzehr von Vermögen in Form von Abschreibungen und in der laufenden Periode verursachte aber erst künftig zu erbringende Verpflichtungen in Form von Rückstellungen berücksichtigt.

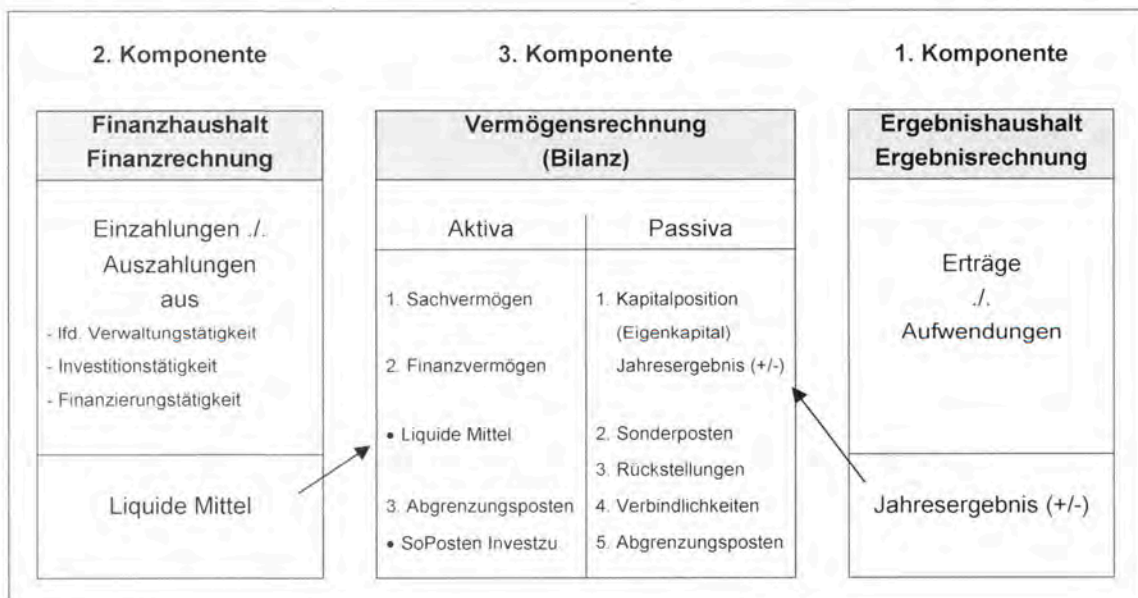


4. Das Drei-Komponenten-System – was ist neu?

Das NKHR in Baden-Württemberg basiert auf einer Drei-Komponenten-Verbundrechnung.

- **Die Ergebnisrechnung** beinhaltet die ergebniswirksamen Vorgänge der Verwaltungstätigkeit. Sie ist mit einer handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung vergleichbar. Sie enthält alle Aufwendungen und Erträge und zeigt damit die Quellen des Ressourcenaufkommens und die Ursachen des Ressourcenverbrauchs. Das Jahresergebnis stellt eine Vermögensmehrung (Überschuss) oder -minderung (Fehlbetrag) dar. Die Ergebnisrechnung übernimmt im Wesentlichen die Funktion des Verwaltungshaushalts.
- **Die Finanzrechnung** enthält sämtliche Ein- und Auszahlungen einer Rechnungsperiode. Sie gibt unterjährig und beim Jahresabschluss Auskunft über die Liquiditätslage. Die Finanzrechnung ist eine Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung, die durch die Darstellung der Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit (Darlehensaufnahmen und Tilgungen) Einblick in die Finanzlage gibt. Im Unterschied zur handelsrechtlichen Kapitalflussrechnung wird sie ganzjährig geführt und nicht nachträglich abgeleitet. Die Finanzrechnung übernimmt mit der Investitions- und Finanzierungsabrechnung Elemente des Vermögenshaushalts und des Sachbuchs für haushaltsfremde Vorgänge.
- **Die Vermögensrechnung (Bilanz)** dient der Darstellung der Vermögens- und Finanzsituation der Kommune zum Bilanzstichtag. Die Aktivseite zeigt Höhe und Zusammensetzung des Vermögens, die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert ist und wie sich das Eigenkapital verändert. Die Bilanz hat die Funktion eines Wertespeichers.

Das Zusammenwirken der drei Komponenten ist im folgenden Schaubild dargestellt:





5. Bestandteile und Aufbau des Haushaltsplans

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen haben sich neben der Änderung der Buchungssystematik auch die Struktur und die Bestandteile des Haushaltsplans verändert. Der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wird ersetzt durch einen (Gesamt-)Ergebnis- und (Gesamt-)Finanzhaushalt. Die gewohnte Gliederung der Einzelpläne mit den verschiedenen Unterabschnitten und Haushaltsstellen wird ersetzt durch die Teilhaushalte. Innerhalb der Teilhaushalte werden die entsprechenden Produktgruppen und ggf. die Schlüsselprodukte sowie Kontengruppen dargestellt.

Nachfolgende Schaubilder verdeutlichen die Bestandteile und den Aufbau des Haushaltsplans:



Aufbau der Teilhaushalte am Beispiel Teilhaushalt 3 – Schule, Kultur und Sport





Teilhaushalte

Gem. § 4 GemHVO ist der Gesamthaushalt in Teilhaushalte zu gliedern. Die Teilhaushalte sind produktorientiert, d.h. nach sachlich zusammenhängenden Leistungsbereichen zu bilden. Im vorliegenden Haushalt werden 14 Teilhaushalte gebildet:

Teilhaushalt 1	Innere Verwaltung	
	Produktbereich 11	Innere Verwaltung
Teilhaushalt 2	Sicherheit und Ordnung	
	Produktbereich 12	Sicherheit und Ordnung
Teilhaushalt 3	Schule, Kultur und Sport	
	Produktbereich 21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
	Produktbereich 25	Kreisarchiv
	Produktbereich 26	Theater und Musikpflege
	Produktbereich 27	Erwachsenenbildung
	Produktbereich 28	Sonstige Kulturpflege
	Produktbereich 42	Sport
Teilhaushalt 4	Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht	
	Produktbereich 31	Soziale Hilfen
	Produktbereich 37	Schwerbehindertenrecht u. soziales Entschädigungsrecht
Teilhaushalt 5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	
	Produktbereich 36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Teilhaushalt 6	Gesundheit	
	Produktbereich 41	Gesundheitsdienste
Teilhaushalt 7	Räumliche Planung und Entwicklung	
	Produktbereich 51	Räumliche Planung und Entwicklung
Teilhaushalt 8	Bauen und Wohnen	
	Produktbereich 52	Bauen und Wohnen
Teilhaushalt 9	Abfallwirtschaft	
	Produktbereich 53	Abfallwirtschaft
Teilhaushalt 10	Verkehr und ÖPNV	
	Produktbereich 54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Teilhaushalt 11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	
	Produktbereich 55	Natur- und Landschaftspflege
Teilhaushalt 12	Umweltschutz	
	Produktbereich 56	Umweltschutz
Teilhaushalt 13	Wirtschaft und Tourismus	
	Produktbereich 57	Wirtschaft und Tourismus
Teilhaushalt 14	Allgemeine Finanzwirtschaft	
	Produktbereich 61	Allgemeine Finanzwirtschaft

Innerhalb der Teilhaushalte werden folgende Informationen zur Verfügung gestellt:

- Teil-Ergebnishaushalt einschl. Darstellung der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen sowie kalkulatorischer Kosten, die im Gesamtergebnis(haushalt) nicht ausgewiesen werden.



- Teil-Finanzhaushalt
- Informationen zu den einzelnen Produktgruppen mit dem verantwortlichen Amt, der Kurzbeschreibung, Zielen, Auftragsgrundlagen und soweit vorhanden Nennung der zugehörigen Produkte.
- Teil-Ergebnishaushalt der jeweiligen Produktgruppen
- Investitionsübersicht der einzelnen Produktgruppen.

Produkte

Alle von der Verwaltung erbrachten Leistungen werden entsprechend dem „Kommunalen Produktplan Baden-Württemberg“ in Produkten, Produktgruppen und Produktbereichen zusammengefasst und in den jeweiligen Teilhaushalten dargestellt. Bei der Darstellung im Haushaltsplan hat sich die Verwaltung im Wesentlichen auf Produktgruppen beschränkt. Daneben wurden einzelne Schlüsselprodukte gebildet, die die jährlichen politischen Schwerpunkte des Landkreises aufgreifen.

Folgende acht Schlüsselprodukte wurden für das Haushaltsjahr 2015 definiert:

- 11.14.08 Kommunale Integrationsförderung
- 12.26.01 Lebensmittelüberwachung
- 31.10.01 Hilfe zur Pflege
- 31.10.02 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
- 31.40.01 Verwaltung und Betrieb von Einrichtungen
- 36.20.02 Jugendsozialarbeit
- 36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen
- 41.40.50 Gesundheitsberichterstattung, -planung

Diese Schlüsselprodukte werden im Haushaltsplan mit einer kurzen Beschreibung und einer Übersicht über die Aufwands- und Ertragsarten sowie der Investitionen dargestellt.

6. Haushaltsausgleich

Unabhängig vom Buchungsstil ist Dreh- und Angelpunkt der Haushaltsplanung nach wie vor der ordnungsgemäße Haushaltsausgleich. Der gesamte Ressourcenverbrauch eines Haushaltsjahres muss durch das Ressourcenaufkommen desselben Jahres ausgeglichen werden. Für den Haushaltsausgleich wird der Gesamtergebnishaushalt betrachtet. Maßgebliche Größe ist das „ordentliche Ergebnis“ als Saldo aus den „ordentlichen Erträgen“ (Ressourcenaufkommen) und „ordentlichen Aufwendungen“ (Ressourcenverbrauch). Somit sind auch die nicht zahlungswirksamen Abschreibungen und Rückstellungen in den Haushaltsausgleich miteinzubeziehen. Der Finanzhaushalt muss nicht ausgeglichen werden, die liquiden Mittel sind jedoch nach wie vor rechtzeitig für ihren Zweck zur Verfügung zu stellen.

Im Glossar finden Sie weitere Informationen zu den wichtigsten Begriffen, die im neuen kommunalen Haushaltsrecht gebräuchlich sind.



VORBERICHT

Finanzwirtschaft Landkreis Reutlingen

1. Haushaltsjahr 2013

1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013

Am 10.12.2012 verabschiedete der Kreistag den Haushalt 2013 und setzte folgende Beträge fest:

a) Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	239.210.872 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	238.901.465 EUR
Veranschlagtes Gesamtergebnis von	309.407 EUR
b) Finanzhaushalt	
Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von	1.924.019 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus	
Finanzierungstätigkeit von	0 EUR
Saldo des Finanzhaushalts	-1.924.019 EUR
c) Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für	
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	
(Kreditermächtigung) von	6.400.000 EUR
d) Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	12.790.000 EUR

Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde von 33,0 % um 0,5 %-Punkte auf 32,5 % gesenkt. Mit Erlass vom 15.01.2013 bestätigte das Regierungspräsidium Tübingen die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 und genehmigte den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen sowie den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen.

1.2 Vorläufiger Stand der Jahresrechnung 2013

1.2.1 Ergebnisrechnung 2013

Der Verwaltungsausschuss wurde in den Sitzungen am 15.07.2013, 11.11.2013 und 26.02.2014 (KT-Drucksachen Nr. VIII-0600, Nr. VIII-0646 und Nr. VIII-0672) über die aktuelle finanzielle Entwicklung des Haushaltsjahres und über den vorläufigen Stand des Jahresergebnisses informiert. Wie bereits dargestellt sind im vorläufigen Rechnungsergebnis die Abschreibungen und die Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuwendungen sowie die Wertberichtigungen auf Forderungen noch nicht gebucht.



Nach dem aktuellen Stand der Jahresrechnung ergeben sich folgende Entwicklungen bei den Erträgen und Aufwendungen im Haushaltsjahr 2013:

- **Kontengruppe Steuern und Abgaben**

Durch eine Nachzahlung für das Jahr 2012 liegen die Erträge aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Weitergabe Wohngeldentlastung Land) ca. 0,9 Mio. EUR über dem Planansatz.

- **Kontengruppe laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)**

Schlüsselzuweisungen

Der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise beträgt wie geplant 556 EUR je Einwohner. Eine Nachzahlung vom Land für das Jahr 2012 führt zu Mehrerträgen in Höhe von ca. 0,2 Mio. EUR.

Zuweisungen nach § 11 Abs. 3 FAG Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem vorläufigen Ergebnis wird der Haushaltsansatz von 5,6 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren um 0,3 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern konnten bei einem Haushaltsansatz von 1,97 Mio. EUR ca. 1,84 Mio. EUR (2012: 1,6 Mio. EUR) erzielt werden.

Zuweisungen nach § 29c FAG

Für die Kleinkindbetreuung erhielt der Landkreis vom Land Mehrerträge in Höhe von ca. 0,25 Mio. EUR. Damit konnten die Mehraufwendungen bei diesem Produkt in Höhe von ca. 0,6 Mio. EUR zum Teil ausgeglichen werden.

Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Das Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch mit der Anhebung der Bundesbeteiligung von 45 Prozent der Nettoausgaben des vorvergangenen Jahres auf 75 Prozent der Nettoausgaben des Jahres 2013 ist erst am 28.12.2012 in Kraft getreten. Grundlage für die Planungen zum Haushalt 2013 waren die Nettoausgaben des Jahres 2011. Tatsächlich wurden 75 % der Nettoausgaben des Jahres 2013 erstattet. Da daneben Mehrausgaben in Höhe von 0,6 Mio. EUR zu verzeichnen sind, wird mit Mehrerträgen von ca. 1,0 Mio. EUR gerechnet.

Soziallastenausgleich nach § 21 FAG

Für die Jahre 2011 und 2012 sind nicht geplante Nachzahlungen vom Land in Höhe von 0,45 Mio. EUR eingegangen.

Grunderwerbsteuer

Im Haushaltsjahr 2013 lag das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer bei ca. 12,5 Mio. EUR und damit um ca. 1,5 Mio. EUR über dem Planansatz (2012: 10,8 Mio. EUR).

Kreisumlage

Auf Grund einer Änderung der Steuerkraftsumme des Jahres 2012 ergaben sich durch die Rückerstattung der Kreisumlage Wenigererträge in Höhe von ca. 0,2 Mio. EUR.

Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II

Durch geringere Aufwendungen für die Arbeitsuchenden nach SGB II ergaben sich auch geringere Erträge in Höhe von ca. 0,25 Mio. EUR.

- **Kontengruppe Sonstige Transfererträge**

Soziale Hilfen

Im Transferbereich entstehen Mehrerträge von insgesamt ca. 0,7 Mio. EUR. Im Wesentlichen bei den Produkten Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe (Produktgruppe 31.10).

Kinder- und Jugendhilfe

Im Transferbereich entstehen Mehrerträge von insgesamt ca. 0,7 Mio. EUR. Davon entfallen ca. 0,2 Mio. EUR auf den Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Durch Wertberichtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses können sich hier noch Änderungen ergeben. Weitere 0,5 Mio. EUR entfallen auf den Bereich der Leistungen für die Kindertagesbetreuung.

- **Kontengruppe Gebühren und ähnliche Abgaben**

Die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren konnten weitgehend planmäßig vereinnahmt werden. Änderungen können sich noch im Rahmen des Jahresabschlusses im Bereich Abfallwirtschaft durch eine Bildung bzw. Inanspruchnahme der Gebührenrückstellung ergeben.

- **Privatrechtliche Leistungsentgelte**

Versicherungsleistungen zur Deckung der Aufwendungen zur Beseitigung der Hagelschäden auf Grund des Unwetters vom 27.07.2013 sind in Höhe von ca. 0,5 Mio. EUR eingegangen. Weitere Schadensersatzleistungen gehen im Jahr 2014 ein.

- **Kontengruppe Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

Die Kostenerstattungen liegen im vorläufigen Ergebnis ca. 1,5 Mio. EUR über dem Planansatz. Bei den pauschalen Zuweisungen vom Land nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLÜAG) für die vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern ergeben sich Mehrerträge in Höhe von ca. 1,9 Mio. EUR. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden hier Rechnungsabgrenzungen in Höhe von ca. 1,2 Mio. EUR vorgenommen. Bei der Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Bundes- und Landesstraßen (Gemeinschaftsaufwand) ergeben sich Mindererträge im Bereich des Bundes von ca. 0,4 Mio. EUR und Mehrerträge im Bereich des Landes von ca. 0,1 Mio. EUR.



- **Kontengruppe Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen**

Auf Grund der zeitweisen Nichtbesetzung von freiwerdenden Stellen konnte der Planansatz eingehalten werden. Durch die Inanspruchnahme von Rückstellungen für die Altersteilzeit ergaben sich Verbesserungen in Höhe von ca. 0,2 Mio. EUR.

- **Kontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

Im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude mussten für die Beseitigung von Hagelschäden ca. 0,6 Mio. EUR aufgewendet werden. Im Jahr 2014 fallen hierfür weitere Aufwendungen an. Für die Unterhaltung von Fahrzeugen und des beweglichen Vermögens ergeben sich Mehraufwendungen. Insbesondere durch den strengen und langandauernden Winter 2012/2013 fallen im Bereich des Winterdienstes (Streusalz, Unternehmerleistungen, Fahrzeuge und Geräte) Mehraufwendungen in Höhe von ca. 0,3 Mio. EUR an. Der Planansatz für Sach- und Dienstleistungen konnte insgesamt eingehalten werden.

- **Kontengruppe Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

Durch einen verzögerten Mittelabfluss, insbesondere bei den laufenden Baumaßnahmen, konnten geplante Darlehensaufnahmen teilweise verschoben werden. Die Kreditermächtigung 2013 musste deshalb noch nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Durch das weiterhin niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt konnten bei den neuen Darlehen günstige Zinssätze vereinbart werden. Das günstige Zinsniveau führte zudem zu Zinsersparnissen bei den Kassenkrediten. Dies führte insgesamt zu ca. 0,4 Mio. EUR geringeren Zinsaufwendungen.

- **Kontengruppe Transferaufwendungen**

Insgesamt entstehen Mehraufwendungen in Höhe von ca. 1,3 Mio. EUR. Dies ist ein Anstieg gegenüber dem Rechnungsergebnis 2012 von ca. 4,3 Mio. EUR oder 6,2 %. Von den Mehraufwendungen entfallen ca. 1,5 Mio. EUR auf die Eingliederungshilfe und ca. 0,25 Mio. EUR auf die Hilfe für Flüchtlinge. Die Mehraufwendungen beruhen auf einer Steigerung der Vergütungssätze und einem Anstieg der Fallzahlen.

Transferaufwendungen	Plan 2013 in EUR	Vorl. Ergebnis 31.12.2013 in EUR
Transferaufwendungen in der Sozial- und Jugendhilfe	71.798.750	73.054.790
davon entfallen auf:		
Hilfe zur Pflege (Produkt 31.10.01)	3.990.000	3.889.959
Eingliederungshilfe (Produkt 31.10.02)	29.580.000	31.049.537
Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 31.10.05)	5.618.550	5.617.300
Hilfen für Flüchtlinge (Produktgruppe 31.30)	2.465.600	2.720.297



- **Kontengruppe Sonstige ordentliche Aufwendungen**

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wird insbesondere durch Mehraufwendungen für die Erstattung von Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen der Planansatz um 0,7 Mio. EUR überschritten.

1.2.2 Finanzrechnung 2013

- **Kontengruppe Einzahlungen aus Investitionszuwendungen**

Mehreinzahlungen von ca. 0,5 Mio. EUR entstehen durch den Landeszuschuss für den Neubau der Georg-Goldstein-Schule Bad Urach.

- **Kontengruppe Auszahlungen für Baumaßnahmen**

Für den Neubau der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach wurden in den Haushalt 2013 keine Mittel mehr eingeplant. Es stand noch ein Haushaltsrest aus dem Jahr 2012 in Höhe von ca. 1,0 Mio. EUR zur Verfügung. Im Jahr 2013 wurden hiervon insgesamt ca. 0,8 Mio. EUR ausbezahlt. Weitere Auszahlungen erfolgen im Jahr 2014 im Rahmen der Schlussabrechnung.

Der Baubeginn zur Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule erfolgt erst im Jahr 2014. Die im Jahr 2013 anfallenden Planungskosten können aus dem Haushaltsrest des Jahres 2012 gedeckt werden.

Für den Neubau der Straßenmeisterei Münsingen wurden in den Haushalt 2013 0,5 Mio. EUR eingeplant. Hiervon wurden lediglich ca. 36.000 EUR ausbezahlt. Für den Ausbau der Kreisstraße 6709 Bleichstetten - Upfingen wurden in den Haushalt 2013 noch 0,12 Mio. EUR für den Grunderwerb eingeplant. Zudem stand aus dem Jahr 2012 noch ein Haushaltsrest für die Abwicklung der Maßnahme in Höhe von 0,38 Mio. EUR zur Verfügung. Hiervon wurden ca. 0,3 Mio. EUR im Jahr 2013 ausbezahlt. Die Vermessungskosten fallen im Jahr 2014 an.

Für den Neubau des Kreisverkehrs in Trochtelfingen-Steinhilben (K 6736) wurden in den Haushalt 2013 0,245 Mio. EUR eingestellt. Hiervon wurden 0,18 Mio. EUR ausbezahlt.

In den Haushalt 2013 wurden für den Neubau der Stützmauer in Gundelfingen (K 6769) 0,11 Mio. EUR eingestellt. Die Maßnahme wird in 2014 durchgeführt.

Für Maßnahmen zur Bereitstellung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber kamen von den eingeplanten 0,1 Mio. EUR und dem Haushaltsrest aus dem Jahr 2012 in Höhe von 0,9 Mio. EUR bis Ende 2013 ca. 0,4 Mio. EUR zur Auszahlung. Die Zahlungen sind insbesondere für Zwischenlösungen bei der Gemeinschaftsunterkunft in Reutlingen und in Dettingen/Erms angefallen.

- **Kontengruppe Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen**

Wenigerauszahlungen ergeben sich insbesondere im Bereich der Beschaffungen bei den berufsbildenden Schulen in Höhe von 0,1 Mio. EUR und durch die noch nicht umgesetzte Beschilderung von Radwegen in Höhe von 0,15 Mio. EUR.



- **Kontengruppe Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen**

Zuschüsse zur Förderung von sozialen Einrichtungen für Ältere (z. B. Ersatzneubau Gustav-Werner-Stift, Reutlingen und Samariterstift Münsingen) wurden in Höhe von 1,1 Mio. EUR ausbezahlt. Neben einem Planansatz von 0,5 Mio. EUR stand hierzu ein Haushaltsrest aus dem Jahr 2012 in Höhe von 0,6 Mio. EUR zur Verfügung.

Für den Neubau der Bettenhäuser Süd A und B wurden im Haushaltsplan 2013 Mittel in Höhe von ca. 2,9 Mio. EUR veranschlagt. Zusätzlich stand ein Haushaltsrest in Höhe von ca. 1,8 Mio. EUR zur Verfügung. Als Investitionszuschuss wurden ca. 2,95 Mio. EUR an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH ausgezahlt. Weitere Auszahlungen erfolgen ggf. nach Abrechnung der Maßnahmen im Jahr 2014.

Für die Einrichtung der Altersmedizin in der Ermstarklinik Bad Urach wurden im Haushalt 2013 keine Mittel eingeplant. Aus dem Haushaltsjahr 2012 stand noch ein Haushaltsrest in Höhe von 0,3 Mio. EUR zur Verfügung. Hieraus wurde eine Abschlagszahlung in Höhe von 0,08 Mio. EUR geleistet.

- **Kontengruppe Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten**

Es wurden neue Darlehen in Höhe von insgesamt 11,6 Mio. EUR aufgenommen. Davon entfallen 10,2 Mio. EUR auf die nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2012.

- **Kontengruppe Auszahlungen für die Tilgung von Krediten**

Auf bestehende Darlehen wurden planmäßige Tilgungen in Höhe von ca. 6,0 Mio. EUR geleistet. Außerordentliche Kredittilgungen erfolgten nicht. Bei einem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von ca. 8,6 Mio. EUR kann die Mindestzuführung erwirtschaftet werden.

1.2.3 Liquidität und Schuldenstand

Durch die Zurverfügungstellung von Betriebsmittelkrediten an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH war die Liquidität des Landkreises im Haushaltsjahr 2013 sehr angespannt. Deshalb wurde vom Kreistag in seiner Sitzung am 13.05.2013 eine Erhöhung des Höchstbetrags zur Aufnahme von Kassenkrediten von bisher 30,0 Mio. EUR auf 40,0 Mio. EUR beschlossen. Die noch nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung aus dem Jahr 2013 in Höhe von 5,0 Mio. EUR wird voraussichtlich im laufenden Haushaltsjahr 2014 in Anspruch genommen.

Der Schuldenstand des Landkreises (ohne Kassenkredite) beträgt zum 31.12.2013 79,7 Mio. EUR (290 EUR/ Einwohner), 31.12.2012: 74,0 Mio. EUR (263 EUR/Einwohner).



2. Haushaltsjahr 2014

2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014

Der Kreistag verabschiedete den Haushalt 2014 am 11.12.2013 und setzte folgende Beträge fest:

a) Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	258.298.164 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	257.321.955 EUR
Veranschlagtes Gesamtergebnis von	976.209 EUR
b) Finanzhaushalt	
Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von	1.148.684 EUR
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit von	0 EUR
Saldo des Finanzhaushalts	-1.148.684 EUR
c) Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	6.700.000 EUR
d) Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	8.930.000 EUR

Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde von 32,5 % um 0,25 %-Punkte auf 32,75 % angehoben. Mit Erlass vom 22.01.2014 bestätigte das Regierungspräsidium Tübingen die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 und genehmigte den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen sowie den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen.

2.2 Haushaltsvollzug 2014

2.2.1 Ergebnisrechnung 2014

Der Verwaltungsausschuss wurde in seiner Sitzung am 16.07.2014 (KT-Drucksache Nr. VIII-0734) über die aktuelle finanzielle Entwicklung des laufenden Haushaltsjahres informiert. Nach dem derzeitigen Stand muss im Ergebnishaushalt voraussichtlich mit einer Verschlechterung beim Gesamtergebnis in Höhe von ca. 1,0 Mio. EUR gerechnet werden. In den einzelnen Bereichen zeichnet sich folgende Entwicklung ab:

- **Produktgruppe 11.24 - Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Bei Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 wurde auf der Grundlage der damals bekannten Prognose des Landes eine Erweiterung der Unterbringungskapazitäten für Asylbewerber und Flüchtlinge auf 450 Plätze geplant. Auf der Grundlage einer neuen Prognose des Landes aus dem Mai 2014 konnte davon ausgegangen werden, dass bis Ende des Jahres 740 Plätze benötigt und aufgebaut werden müssen.



Dies würde zu Mehraufwendungen in Höhe von ca. 0,9 Mio. EUR führen. Nach der aktuellen Zugangsprognose des Landes werden deutlich mehr Plätze benötigt. Dies wird zu weiteren Mehraufwendungen führen, die derzeit noch nicht beziffert werden können.

- **Produktgruppe 61.10 - Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz**

Nach den Mitteilungen des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft ergeben sich aufgrund der aktuellen Mai-Steuerschätzung bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft (Schlüsselzuweisungen) durch eine Anhebung des Kopfbetrages um 2 EUR auf 589 EUR für das Jahr 2014 Mehrerträge in Höhe von ca. 0,4 Mio. EUR.

- **Produktgruppe 61.10 - Grunderwerbsteuer**

Das bisherige Aufkommen im Jahr 2014 war deutlich rückläufig und liegt ca. 0,85 Mio. EUR unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Nach der aktuellen Prognose liegt das Gesamtaufkommen 2014 bei ca. 11,0 Mio. EUR. Das sind 0,5 Mio. EUR weniger als veranschlagt.

- **Verwaltungsgebühren, Bußgelder**

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 5,7 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 5,9 Mio. EUR (2013: 5,9 Mio. EUR) um 0,2 Mio. EUR überschritten. Bei den Bußgeldern kann der Haushaltsansatz von 1,85 Mio. EUR voraussichtlich erreicht werden (2013: 1,84 Mio. EUR).

- **Personalaufwendungen**

Bei den Personalaufwendungen (Haushaltsansatz: 43,86 Mio. EUR) kann der Haushaltsansatz voraussichtlich eingehalten werden.

- **Soziale Leistungen**

Nach dem derzeitigen Stand wird bei den Leistungen im Teilhaushalt 4 (Soziale Leistungen) voraussichtlich ein erhöhter Zuschussbedarf in Höhe von ca. 0,2 Mio. EUR entstehen. Die Situation bei den einzelnen Produktgruppen sieht wie folgt aus:

- **Produktgruppe 31.10 - Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII**

Produkt 31.10.01 – Hilfe zur Pflege

In der Hilfe zur Pflege ist mit einem höheren Zuschussbedarf in Höhe von ca. 0,43 Mio. EUR zu rechnen. Unter anderem reduzieren sich die Erträge bei Fällen, die neben der Pflege auch Grundsicherungsleistungen nach SGB XII (Bundesauftragsverwaltung) erhalten. Nach den Vorgaben des Bundes ist das Einkommen und Vermögen zuerst auf die Grundsicherungsleistungen anzurechnen, danach erst auf andere Leistungen wie z.B. Hilfe zur Pflege oder Eingliederungshilfe. Es werden Ertragsminderungen erwartet, die nicht genau beziffert werden können.

Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für behinderte Menschen .

Aus heutiger Sicht wird bei Produkt 31.10.02 der Zuschussbedarf mit ca. 1,0 Mio. EUR über dem Planansatz liegen. Die Gründe für die Kostensteigerungen sind vielschichtig. Sie liegen zum Teil an den weiter deutlich steigenden Kosten für inklusive Maßnahmen an Regelkindergärten und Schulen, aber auch an höheren Einstufungen von Hilfebedarfen durch den Medizinisch Psychologischen Dienst bei Fällen im ambulanten und stationären Bereich. Weitere Kostensteigerungen ergeben sich im Bereich der teilstationären Leistungen (Werkstätten, Förder- und Betreuungsgruppen) und Fahrtkosten.

Produkt 31.10.05 – Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

Die Hilfe zum Lebensunterhalt liegt derzeit mit rund 0,19 Mio. EUR unter dem Planansatz 2014. Ob dieser Trend bis zum Jahresende so bleibt, nachdem mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung mehr Menschen vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Ruhestand gehen, muss man abwarten. Sollten die Renteneinkommen nicht ausreichen, würden diese Personen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze ergänzend Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten und die Fallzahlen steigen. Im Gegensatz zur Grundsicherung SGB XII trägt der Landkreis die Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt vollumfänglich.

Andere soziale Hilfen der Produktgruppe 31.10

Im Bereich der anderen sozialen Hilfen werden u. a. die Kosten für Krankenhausaufenthalte und Bestattungen für Hilfeempfänger nach SGB XII verbucht. Diese Aufwendungen sind schwer planbar. Nach derzeitigem Stand werden die Aufwendungen voraussichtlich um 0,67 Mio. EUR unter dem Planansatz 2014 liegen. Allerdings steigen derzeit die Bestattungskosten.

- **Produktgruppe 31.20 - Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II**

Der Mittelbedarf für 2014 war wegen der guten Konjunkturlage und der zum Zeitpunkt der Planung stagnierenden Bedarfsgemeinschaftszahlen vorsichtig optimistisch geplant worden. Auf Kostenrisiken z.B. durch steigende Unterkunftskosten oder Freizügigkeitsregelung innerhalb Europas war dabei hingewiesen worden.

Der Zuschussbedarf wird gegenüber der Planung nach derzeitigem Stand voraussichtlich um ca. 1,0 Mio. EUR (6,60 %) höher liegen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG's) ist in den ersten Monaten des Jahres 2014 entgegen dem allgemeinen Trend deutlich gestiegen. Der Sozial-, Schul- und Kulturausschuss wurde in seiner Sitzung am 06.10.2014 darüber unterrichtet. Die BG-Zahlen liegen Stand März 2014 bei 5.903 (vergleichbarer Zeitraum Vorjahr: März 2013: 5.836). Aufgrund der Anhebung der Mietobergrenze sind zudem bei Neuvermietungen höhere Mieten zu verzeichnen. Weiter haben Kontingentflüchtlinge (z. B. Syrien) sofort einen Anspruch auf SGB II-Leistungen. Bei diesen fallen Wohnungsbeschaffungskosten an.



Gleichzeitig gehen geringere Erträge an der Bundesbeteiligung im SGB II wegen der Revision des Bildungs- und Teilhabepaketes ab dem Jahr 2012 ein. Nach derzeitigem Kenntnisstand fordert der Bund von Baden-Württemberg rund 15,6 Mio. EUR zurück. Davon entfallen auf den Landkreis Reutlingen nach aktueller Information ca. 2,51 %, also rund 400.000 EUR. Die Abrechnung erfolgt durch Kürzung der laufenden Zahlungen in 2014.

- **Produktgruppe 31.30 - Hilfen für Flüchtlinge**

Die Transferaufwendungen für Asylbewerber und Flüchtlinge sind in den ersten acht Monaten um 1,0 Mio. EUR (54,5 %) gestiegen. Nach heutigem Stand wird allein bei dieser Produktgruppe ein Nettoressourcenbedarf von ca. 2,5 Mio. EUR entstehen. Daneben wird für die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge bei der Produktgruppe 31.40 - Verwaltung und Betrieb von Unterkünften voraussichtlich ein Nettoressourcenbedarf von ca. 1,4 Mio. EUR entstehen.

- **Produktbereich 36 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**

Die derzeitige Entwicklung zeigt, dass aufgrund gestiegener Bedarfe und tatsächlich geringerer Erträge die im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens reduzierten Ansätze voraussichtlich nicht eingehalten werden können.

Im Bereich der erzieherischen Hilfen zeigen sich steigende Bedarfe und nicht vollständig im Haushaltsplan abgebildete erhöhte Aufwendungen aus der Tarifierhöhung. Zudem werden sich durch eine zum 01.01.2014 in Kraft getretene Änderung bei der Kostenheranziehung von Eltern voraussichtlich geringere Erträge ergeben. Die neue Kostenbeitragstabelle enthält zudem Änderungen in den unteren Einkommensgruppen zugunsten der Eltern.

Im Bereich der Tagesbetreuung bei Produktgruppe 36.50 sind Steigerungen erkennbar, die mit der weiteren Inanspruchnahme von Plätzen für die Betreuung von Kindern ab dem 1. Lebensjahr zusammenhängen. Zudem fallen die Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich um ca. 0,5 Mio. EUR geringer aus als geplant. Dies führt zu einem erhöhten Zuschussbedarf von ca. 1,1 Mio. EUR.

- **Produktgruppe 41.10 - Krankenhäuser**

Für den Ausgleich der bis zum 31.12.2011 entstandenen Bilanzverluste bei der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurden im Haushalt 2014 5,938 Mio. EUR eingeplant und zwischenzeitlich ausbezahlt (KT-Drucksache Nr. VIII-0703).

- **Produktgruppe 54.20 - Kreisstraßen**

Der milde und schneearme Winter 2013/2014 führte gegenüber den Vorjahren zu geringeren Aufwendungen für Streugut, Fahrzeugkosten und Erstattungen an private Unternehmen. Im Bereich des Winterdienstes muss deshalb im laufenden Haushaltsjahr bisher mit keinen Mehraufwendungen gerechnet werden. Das zu erwartende



Gesamtergebnis hängt nun vom Verlauf des Winters 2014/2015 ab. Die Unterhaltungsmittel für Landesstraßen wurden vom Land ab 2014 erhöht. Der Landkreis Reutlingen erhält dadurch ca. 0,15 Mio. EUR mehr als im Haushalt 2014 geplant.

2.2.2 Finanzrechnung 2014

- **Produktgruppe 11.24 - Asylbewerberwohnheime**

Für die Errichtung von Unterkünften für Asylbewerber steht aus dem Jahr 2013 noch ein Haushaltsrest in Höhe von ca. 0,6 Mio. EUR zur Verfügung. Im Haushaltsplan 2014 wurden weitere 1,0 Mio. EUR eingeplant. Die Mittel fließen bis Ende des Jahres für die vom Kreistag am 21.05.2014 beschlossene Maßnahme zur Erstellung einer Unterkunft in Metzingen ab (KT-Drucksache Nr. VIII-0709).

Für weitere erforderliche Maßnahmen stehen 2014 keine Mittel mehr zur Verfügung.

- **Produktgruppe 21.30 - Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule**

Der Baubeginn zur Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule erfolgte im August 2014. Die im Jahr 2014 anfallenden Planungs- und Baukosten können aus dem Haushaltsrest des Jahres 2013 in Höhe von 1,1 Mio. EUR gedeckt werden.

- **Produktgruppe 21.30 - Naturwissenschaftliche Fachräume Laura-Schradin-Schule**

Für die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Fachräume an der Laura-Schradin-Schule wurden in den Haushalt 2014 ca. 0,56 Mio. EUR eingestellt. Hiervon wurden bisher ca. 0,5 Mio. EUR ausbezahlt.

- **Produktgruppe 41.10 - Krankenhäuser**

Für Investitionsmaßnahmen bei der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurden in den Haushalt 2014 Investitionszuschüsse in Höhe von insgesamt 2,0 Mio. EUR eingeplant. Aus dem Jahr 2013 steht zudem noch ein Haushaltsrest in Höhe von ca. 1,7 Mio. EUR zur Verfügung. Zur Finanzierung der Baumaßnahmen Neurologische Frührehabilitation Phase B in der Ermstaklinik Bad Urach und Sanierung der Energiezentrale im Klinikum am Steinenberg Reutlingen wurden 2,0 Mio. EUR ausbezahlt (KT-Drucksache Nr. VIII-0731).

- **Produktgruppe 54.20 - Neubau der Straßenmeisterei Münsingen**

Der Baubeginn zum Neubau der Straßenmeisterei in Münsingen erfolgt voraussichtlich im Jahr 2016. Die eingeplanten Haushaltsmittel in Höhe von 0,7 Mio. EUR reichen für die Planung im Jahr 2014 aus.

- **Produktgruppe 54.20 - K 6735 Ausbau Marbach-Ödenwaldstetten**

Die Ausschreibung der Baumaßnahme erfolgt voraussichtlich Ende 2014. Für Planungskosten und Grunderwerb stehen Haushaltsreste aus dem Jahr 2013 in ausrei-



chender Höhe zur Verfügung. Für die Durchführung der Maßnahme stehen im Jahr 2014 Haushaltsmittel in Höhe von ca. 0,8 Mio. EUR zur Verfügung.

2.2.3 Liquidität

Insbesondere durch die Bereitstellung von Betriebsmittelkrediten für die Kreiskliniken Reutlingen GmbH war die Liquidität des Landkreises in den ersten fünf Monaten weiter sehr angespannt. Deshalb wurden zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Landkreises bereits Kassenkredite bis zu 28,0 Mio. EUR aufgenommen.

3. Haushalt 2015

3.1 Allgemeine Entwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit dem Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ermöglichte eine raschere Erholung und Verbesserung der Staatsfinanzen als dies erwartet wurde. Bereits seit dem Jahr 2012 weist Deutschland einen ausgeglichenen Staatshaushalt aus. 2013 verzeichneten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung zum zweiten Mal in Folge einen strukturellen Überschuss. Nach der Einschätzung der Deutschen Bundesbank im Monatsbericht August 2014 sind die deutschen Staatsfinanzen aktuell in vergleichsweise guter Verfassung. Ausgehend von einer leichten konjunkturellen Belastung im Jahresdurchschnitt 2013 rechnet die Deutsche Bundesbank bis 2015 mit günstigen Konjunkturlinien. Die geopolitischen Spannungen in Osteuropa aufgrund des Ukraine-Konflikts sowie die Konflikte in anderen Teilen der Welt scheinen jedoch das Vertrauen der Unternehmen zwischenzeitlich stärker zu belasten. Die Auswirkungen auf das Wachstum der Weltwirtschaft können derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Zur 14. Sitzung des Arbeitskreis Stabilitätsrat am 09.07.2014 in der die kurz- und mittelfristige Vorausschätzung zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland bis 2018 diskutiert wurde, legte das Bundesministerium der Finanzen (BMF) eine neue Mittelfristprojektion für die öffentlichen Haushalte für die Jahre 2014 bis 2018 vor. Für das Jahr 2014 erwartet das BMF einen Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,5 %, für 2015 von 3,8 %, für 2016, 2017 und 2018 von jeweils 3,1 %. Die Ergebnisse dieser Schätzung bestätigen die Aussicht auf dauerhafte Überschüsse der öffentlichen Haushalte. Nach der Einschätzung des BMF wird die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen mittelfristig zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schuldenquote voraussichtlich auf 65 % des BIP im Jahr 2018 führen. Daneben können die öffentlichen Haushalte in Deutschland nach den Schätzungen des BMF bis 2018 die Überschüsse in Höhe von 0,5 % des BIP verstetigen. Durch die positiven wirtschaftlichen Rahmendaten, die erfreuliche Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen sowie die schrittweise Übernahme der vollständigen Finanzierungslast der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund und die weitere Entlastung der Landkreise, Städte und Gemeinden durch den Bund in Höhe von jeweils 1 Mrd. EUR in den Jahren 2015 bis 2017 stellt sich die kommunale Ebene in Deutschland



in der neuen Mittelfristschätzung des BMF mit durchgehenden Überschüssen dar (2014: 2,5 Mrd. EUR, 2015: 2,5 Mrd. EUR, 2016: 2,0 Mrd. EUR, 2017: 1,5 Mrd. EUR und 2018: 3,5 Mrd. EUR).

Dagegen ist nach den Prognosedaten der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände für das laufende Jahr 2014 lediglich mit einem Überschuss der kommunalen Ebene in Höhe von 1,4 Mrd. EUR zu rechnen. Dies bedeutet eine leichte Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation um rund -0,3 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahresergebnis (2013: +1,7 Mrd. EUR). Für die kommenden Jahre erwarten die kommunalen Spitzenverbände weiterhin Überschüsse, die trotz der zusätzlichen Entlastung durch den Bund mit jeweils 1 Mrd. EUR bis 2017 auf 1 Mrd. EUR sinken werden. Vor allem der prognostizierte Anstieg bei den sozialen Leistungen um mindestens 1,8 Mrd. EUR pro Jahr ist eine enorme Belastung für die kommunalen Haushalte. Bis zum Jahr 2017 erwarten die kommunalen Spitzenverbände bundesweit einen Anstieg der Ausgaben für diese Leistungen auf mehr als 54 Mrd. EUR (nach 47 Mrd. EUR im Jahr 2013).

Die Kommunen in Baden-Württemberg konnten 2013 mit 415 Mio. EUR nach 2011 und 2012 erneut einen positiven Finanzierungssaldo erwirtschaften. Nach den Ausführungen des Gemeindetags Baden-Württemberg im Gemeindefinanzbericht 2014 (BWGZ 15 - 16/2014) wurde jedoch für 2013 ein deutlich höherer Finanzierungssaldo erwartet. Grund hierfür sind die stark angestiegenen Ausgaben, die durch Mehreinnahmen nicht ausgeglichen werden konnten.

Durch die konjunkturelle Erholung, die in der 2. Jahreshälfte 2013 einsetzte, dürfte nach Einschätzung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg (Wirtschafts- und Sozialentwicklung 2013/2014) das reale BIP 2013 um gut 0,5 % gestiegen sein. Die Erwerbstätigkeit legte nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg im Jahr 2013 um knapp 1 % gegenüber dem Vorjahr zu. Im Bericht „Konjunktur Südwest Prognose für das Jahr 2014 (3/14)“ erwartet das Statistische Landesamt einen Anstieg des BIP für Baden-Württemberg um rund 2,5 %. Für das Winterhalbjahr wird mit einer leichten konjunkturellen Abkühlung gerechnet. Die Arbeitslosenquote belief sich im Juni 2014 auf 3,8 % und ist damit gegenüber dem März 2014 um 0,3 %-Punkte gesunken.

Trotz dieser positiven Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts in Baden-Württemberg prognostiziert der Gemeindegtag einen negativen Finanzierungssaldo von voraussichtlich 350 Mio. EUR für die Kommunen im Jahr 2014.

3.2 Entwicklung im Landkreis Reutlingen

Die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen für das Jahr 2015 sind um 0,37 Mio. EUR (0,1 %) auf 336,44 Mio. EUR gesunken. Im Haushaltsplan 2014 wurde in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2015 nach den Orientierungsdaten des Haushaltserlasses 2014 noch ein Anstieg von 2 % zu Grunde gelegt.

Der Landkreis Reutlingen ist damit einer der wenigen Landkreise in Baden-Württemberg, der einen Rückgang bei den Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und



Gemeinden zu verzeichnen hat. Demgegenüber sind die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg im Durchschnitt um 4,4 % gestiegen.

Die Orientierungsdaten des Innenministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2015 (Haushaltserlass 2015) vom 23.07.2014 für die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2019 gehen von einem Anstieg der Steuerkraftsummen aus. Die Zahlen im Landkreis Reutlingen zeigen, dass sich die örtlichen Verhältnisse in eine andere Richtung entwickeln können.

Der Haushaltsplanung 2015 liegen die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung, die Orientierungsdaten des Haushaltserlasses 2015, das vorläufige Rechnungsergebnis des Jahres 2013 sowie die Prognosen für das Rechnungsergebnis 2014 zu Grunde.

Für die Berechnung des Soziallastenausgleichs nach § 21 FAG und des Status-Quo-Ausgleichs nach § 22 FAG lagen sogenannte Testbescheide des Statistischen Landesamts vom September 2014 vor. Die Ergebnisse der Schulkostenerhebung für die Sachkostenbeiträge nach § 17 FAG lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vor.

Auf dieser Grundlage lassen sich die Grundzüge des Haushaltsplanentwurfs wie folgt zusammenfassen:

- Insgesamt kann nach den vorliegenden Zahlen des Statistischen Landesamts mit Mehrzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz von rund 6,57 Mio. EUR gerechnet werden. Allein bei den Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft sind durch die Erhöhung des Kopfbetrags und den Rückgang der Steuerkraftsummen Mehrerträge von 6,39 Mio. EUR zu verzeichnen.
- Für die Planung der Personalaufwendungen 2015 liegen die Tarifierhöhung öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen, die zeitverzögerte Besoldungsanpassung bei den Beamten aus dem Jahr 2013 sowie eine angenommene stufenweise Besoldungserhöhung in 2015 zu Grunde. Daneben wurden für Beförderungen, Stufensteigerungen und Stellenschaffungen zusätzliche Aufwendungen eingeplant. Ohne Stellenschaffungen steigen die geplanten Personalaufwendungen incl. der Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit um 2,18 %. Die Steigerung liegt damit unter der Tarifierhöhung für 2014 und 2015.
- Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung steigen die Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich stetig an. Der Zuschussbedarf für diese Bereiche wird im Jahr 2015 mit 125,12 Mio. EUR einen neuen Höchststand erreichen.

Gründe sind:

- Den größten Aufwandsposten im Kreishaushalt stellt die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit Bruttoaufwendungen von 59,33 Mio. EUR dar. Die Aufwendungen für diese Hilfen steigen kontinuierlich um ca. 3 Mio. EUR pro Jahr an.



Ausgelöst ist dies einerseits durch stetig steigende Fallzahlen, andererseits steigen die Entgelte für die einzelnen Leistungen überdurchschnittlich an. Der im Jahr 2010 begonnene Steuerungsprozess wird konsequent fortgesetzt, um den weiteren finanziellen Anstieg zu dämpfen. Ohne eine weitergehende finanzielle Beteiligung des Bundes können die Aufwendungen für diesen Bereich auf Dauer von den Kommunen jedoch nicht getragen werden. Die kommunale Entlastung in Höhe von jährlich 1 Mrd. EUR in den Jahren 2015 bis 2017 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Entlastung soll 2015 hälftig über eine Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils im Finanzausgleichsgesetz und hälftig über eine Erhöhung der Landesquoten bei der KdU-Beteiligung im SGB II erfolgen. Die Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen werden 2015 dadurch zusätzlich ca. 1,6 Mio. EUR und der Landkreis ca. 1,0 Mio. EUR erhalten.

- Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II lagen 2014 in den ersten 5 Monaten die Zahl der Bedarfsgemeinschaften über den Zahlen von 2013. Dagegen ist die Zahl der Arbeitslosen in den ersten sechs Monaten 2014 zurückgegangen. Die Zahl der sogenannten „Ergänzer“ hat sich auf hohem Niveau stabilisiert (KT-Drucksache Nr. IX-0040). Die Aufwendungen und Erträge wurden im Haushaltsplanentwurf 2015 an diese Entwicklung angepasst. Es wird jedoch eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung unterstellt.
- Durch die hohen Zugangszahlen bei den Asylbewerbern und Flüchtlingen mussten für die Unterbringung, Betreuung und Versorgung erhebliche Mehraufwendungen für Gebäude, Sachmittel, Personal und Transferleistungen eingeplant werden. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs wurde noch von durchschnittlich 700 Personen in den Gemeinschaftsunterkünften ausgegangen. Nach den aktuellen Zugangszahlen muss der Landkreis bereits in diesem Jahr voraussichtlich bis zu 1.000 Personen aufnehmen. Die finanziellen Auswirkungen werden noch berechnet und mit einer Änderungsliste in die Beratungen eingebracht.
- Im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe erhöht sich der Zuschussbedarf insbesondere durch die Integration von behinderten Kindern und Jugendlichen in Regeleinrichtungen (Schulbegleitung) sowie durch den Anstieg der Vergütungen auf 36,94 Mio. EUR.
- Zur Verbesserung und Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurde das „Zukunftskonzept Kreiskliniken Reutlingen 2018“ entwickelt und die Eckpunkte vom Kreistag am 24.03.2014 (KT-Drucksachen Nr. VIII-0679 bis Nr. VIII-0679/2) befürwortet. Eine Säule dieses Konzepts ist der Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste durch den Alleingesellschafter Landkreis Reutlingen. Im Haushaltsplanentwurf wurden zum Ausgleich der im Jahr 2012 entstandenen Bilanzverluste bei der Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser 6,575 Mio. EUR eingestellt.

Nach dem die Jahre von 2006 bis 2010 genutzt wurden, um die Verschuldung des Landkreises von 81,5 Mio. EUR auf 56,9 Mio. EUR zurückzuführen, ist der Schuldenstand des Landkreises seit 2011 wegen der Finanzierung der Investitionen in den Kreiskliniken und



den Beruflichen Schulen wieder deutlich angestiegen. Zum 31.12.2013 wird die Verschuldung des Landkreises (ohne Kassenkredite) voraussichtlich bei 84,81 Mio. EUR liegen. Nach der aktuellen Schuldenstandstatistik des Statistischen Landesamts hat der Landkreis Reutlingen die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung der Landkreise in Baden-Württemberg. Die gute wirtschaftliche Lage müsste daher für einen Schuldenabbau genutzt werden. Angesichts der finanziellen Beiträge der Städte und Gemeinden zur Sanierung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wird aber vorgeschlagen, lediglich das Ziel einer Netto-Null-Neuverschuldung beim Landkreis Reutlingen zu erreichen. Mit dem höheren Aufkommen aus der Kreisumlage soll der Ausgleich der Bilanzverluste der Kreiskliniken Reutlingen GmbH finanziert werden.

3.3 Wesentliche Eckwerte des Entwurfs des Haushalts 2015

	Haushalt 2015 EUR	Haushalt 2014 EUR
Gesamtergebnishaushalt		
Summe der ordentlichen Erträge	272.858.312	258.298.164
Summe der ordentlichen Aufwendungen	-271.433.203	-257.321.955
Ordentliches Ergebnis	1.425.109	976.209
Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden	336.439.216	336.809.536
Hebesatz der Kreisumlage	34,25 %	32,75 %
Aufkommen aus der Kreisumlage	115.230.000	110.382.000
Gesamtfinanzhaushalt		
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.297.744	5.749.681
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.869.100	1.936.900
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-10.675.550	-8.835.265
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-1.508.706	-1.148.684
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	-1.508.706	-1.148.684



3.4 Gesamtergebnishaushalt - Übersicht über die Erträge und Aufwendungen des Entwurfs des Haushalts 2015

Die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen des Gesamtergebnishaushalts ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht.

Ifd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014
			EUR	EUR
			1	2
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.300.000	1.720.000
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	234.415.400	220.636.550
3	+	Sonstige Transfererträge	7.534.500	7.557.650
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	9.214.912	9.362.228
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.832.900	1.901.550
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.769.850	15.731.636
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	574.350	1.203.300
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	10.000	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	206.400	185.250
10	=	Ordentliche Erträge	272.858.312	258.298.164
11	-	Personalaufwendungen	-44.298.659	-42.742.240
12	-	Versorgungsaufwendungen	-417.909	-463.000
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.303.550	-15.534.625
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-8.226.200	-7.814.550
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.911.270	-3.011.500
16	-	Transferaufwendungen	-99.101.733	-93.483.490
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-99.173.882	-94.272.550
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-271.433.203	-257.321.955
19	=	Ordentliches Ergebnis	1.425.109	976.209
21	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.425.109	976.209
24	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0
25	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	1.425.109	976.209



3.4.1 Erläuterungen zu den einzelnen Positionen

Erträge

lfd. Nr. 1 - Steuern und ähnliche Abgaben

Zu den Steuern und ähnlichen Abgaben zählen die Jagdsteuer und die Weitergabe der Nettoentlastung des Landes durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger. Seit dem Jagdjahr 2013 wird keine Jagdsteuer mehr erhoben (KT-Drucksachen Nr. VIII-0181 bis Nr. VIII-0181/3).

Die Ansätze entwickeln sich wie folgt:

Steuern und ähnliche Abgaben	Entwurf 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Leistungen des Landes wegen der Umsetzung der Grundsicherung	1.300.000	1.720.000
Summe	1.300.000	1.720.000

Durch den Anstieg der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen an die neuen Länder wird 2015 mit geringeren Erträgen von 420 TEUR (24,4 %) gerechnet.

lfd. Nr. 2 - Zuweisungen und Zuschüsse

Zu den Zuweisungen und Zuschüssen gehören insbesondere die Schlüsselzuweisungen vom Land, die weiteren Zuweisungen vom Land nach dem FAG (u.a. Bußgelder, Verwaltungsgebühren usw.), die Grunderwerbsteuer sowie die Kreisumlage. Die wesentlichen Ansätze entwickeln sich folgendermaßen:

Laufende Zuwendungen	Entwurf 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Schlüsselzuweisungen vom Land (mangelnde Steuerkraft)	34.880.000	28.489.000
Zuweisungen Land § 11 (1) FAG (Einwohner)	3.100.000	3.122.000
Zuweisungen Land § 11 (3) FAG (Verwaltungsgebühren) incl. Vermessungs- und Katastergebühren	5.698.300	5.694.200
Zuweisungen Land § 11 (3) FAG (Buß-/Zwangsgelder)	1.909.500	1.891.300
Zuweisungen Land § 11 (4) FAG (Sonderbehörden – Eingliederungsgesetz)	2.855.000	2.771.000
Zuweisungen Land § 11 (5) FAG (Verwaltungsstruktur-Reformgesetz)	8.389.000	8.180.000
Zuweisungen Land § 17 FAG (Sachkostenbeiträge)	6.259.000	6.054.000
Zuweisungen Land § 18 (3) FAG (Schülerbeförderung)	4.408.000	4.408.000
Zuweisungen Land § 25 FAG (Verkehrslastenausgleich)	2.418.300	2.418.300
Ausgleichsleistungen Bund Grundsicherung	13.818.600	12.768.900
Sozialhilfelastenausgleich § 21 FAG	2.986.000	3.142.000
Zuweisung Aufkommen Grunderwerbsteuer	11.000.000	11.500.000
Auflösungen Sonderposten aus Zuweisungen Bund, Land u. Kommunen	1.879.350	1.798.600
Kreisumlage	115.230.000	110.382.000
Zuweisungen nach § 22 FAG (Status-Quo-Ausgleich)	6.392.000	6.053.000
Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	10.137.600	8.648.500
Summe	231.360.650	217.320.800



Basis für die Haushaltsansätze sind die Orientierungsdaten des Innenministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung im Jahr 2015 (Haushaltserlass 2015) vom 23.07.2014. Dabei ergeben sich folgende Veränderungen:

Schlüsselzuweisungen (Produktgruppe 61.10)

Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen 2015 von 6,39 Mio. EUR (22,43 %) ist auf den Anstieg des Kopfbetrags und den Rückgang der Steuerkraftmesszahl zurückzuführen.

Zuweisungen nach Einwohnerzahl (Produktgruppe 61.10)

Die Änderung ist durch die Bevölkerungsfortschreibung Basis Zensus 2011 begründet.

Verwaltungs-, Vermessungs- und Katastergebühren

Die Gebührenerträge wurden an die aktuelle Hochrechnung für 2014 angepasst. Bei den Vermessungs- und Katastergebühren ist ausgelöst durch die von der Landesregierung vorgegebene Übertragung von Vermessungsleistungen auf freiberufliche Vermessungsbüros von weiteren Rückgängen auszugehen.

Buß- und Zwangsgelder

Im Jahr 2013 konnten bei den Buß- und Zwangsgeldern Erträge in Höhe von 1,84 Mio. EUR erzielt werden. Der Haushaltsansatz 2015 wurde gegenüber dem Planansatz 2014 geringfügig erhöht.

Zuweisungen für die Sonderbehördeneingliederung 1995 (Produktgruppe 61.10)

Der landesweite Zuweisungsbetrag wird voraussichtlich um 3,5 Mio. EUR erhöht. Dies führt beim Landkreis Reutlingen zu Mehrerträgen von 84 TEUR.

Zuweisungen für die Verwaltungsstrukturreform 2005 (Produktgruppe 61.10)

Der landesweite Zuweisungsbetrag wird voraussichtlich um 7 Mio. EUR erhöht. Dies führt zu Mehrerträgen beim Landkreis Reutlingen von 209 TEUR.

Sachkostenbeiträge

Die Ergebnisse der Schulkostenerhebung für die Sachkostenbeiträge nach § 17 FAG lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vor. Es werden höhere Erträge von 205 TEUR geplant.

Verkehrslastenausgleich (Produktgruppe 54.20)

Diese Zuweisungen verändern sich voraussichtlich nicht.

Bundesbeteiligung an der Grundsicherung

Seit dem 01.01.2014 übernimmt der Bund 100 % der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII. Die höheren Erträge sind durch höhere Aufwendungen begründet.

Soziallastenausgleich

Nach der Modellberechnung für das Jahr 2015 gehen die Erträge um 156 TEUR zurück.



Aufkommen Grunderwerbsteuer (Produktgruppe 61.10)

Beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer wird weiterhin der Hoffnung auf ein anhaltendes Wirtschaftswachstum Rechnung getragen. Der Ansatz orientiert sich an der Prognose für das Jahr 2014.

Auflösung Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen

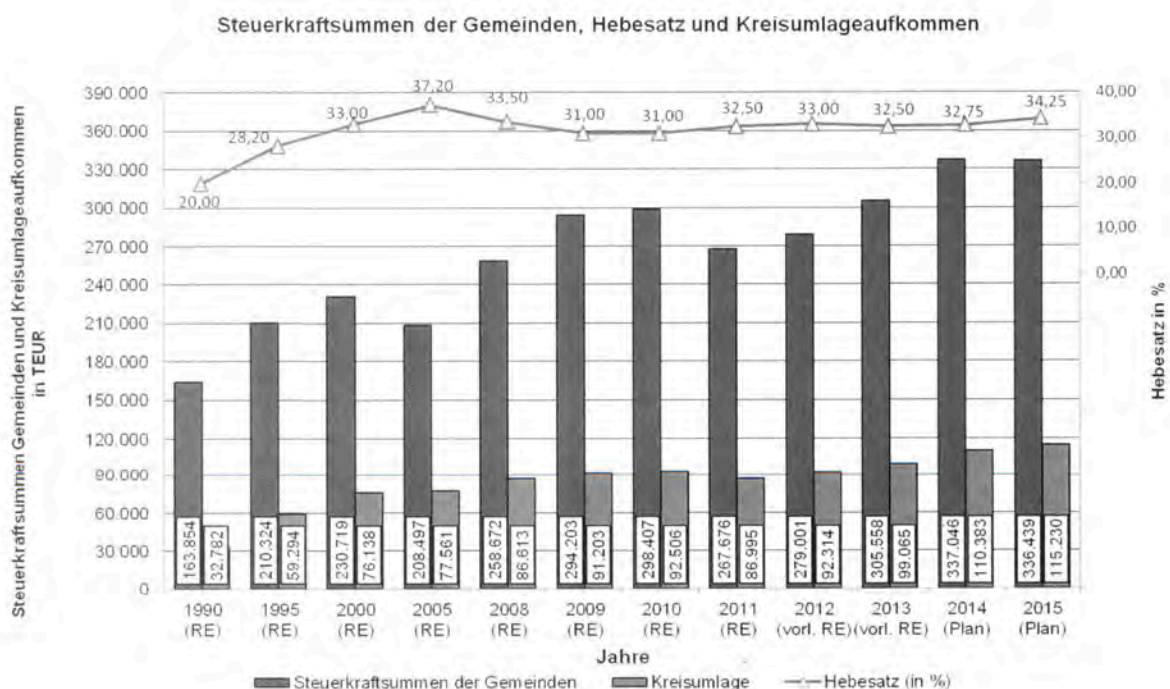
Der Ansatz wurde an das Rechnungsergebnis 2012 angepasst.

Kreisumlage (Produktgruppe 61.10)

In der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplans 2014 wurde für das Haushaltsjahr 2015 entsprechend den Orientierungsdaten des Haushalterlasses 2014 des Landes Baden-Württemberg ein Anstieg der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen von 2 % zu Grunde gelegt. Für den Ausgleich von Bilanzverlusten der Kreiskliniken Reutlingen GmbH waren in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2015 keine Mittel eingestellt. Auf Grundlage dieser Prämissen wurde für 2015 mit einem Aufkommen aus der Kreisumlage in Höhe von 115,17 Mio. EUR bei einem Hebesatz von 33,5 % geplant.

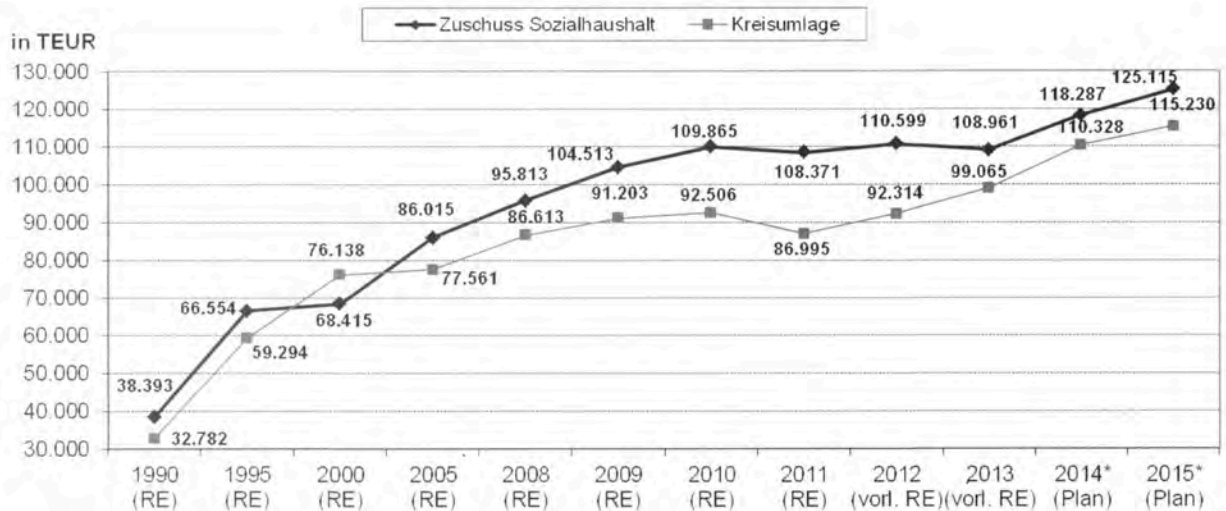
Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf wurden zum Ausgleich des bei den Kreiskliniken Reutlingen GmbH im Geschäftsjahr 2012 entstandenen Bilanzverlustes 2015 Mittel in Höhe von 6,58 Mio. EUR eingeplant. Trotz dieser zusätzlichen Aufwendungen reicht zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes das in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushalts 2014 für das Jahr 2015 geplante Aufkommen aus der Kreisumlage aus. Die Erhöhung des Hebesatzes gegenüber der Finanzplanung ist alleine durch den Rückgang der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden um 0,37 Mio. EUR (0,1 %) auf 336,44 Mio. EUR begründet.

Das nachfolgende Schaubild zeigt die Entwicklungen der Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden, des Hebesatzes und des Kreisumlageaufkommens.





Die Erträge aus der Kreisumlage decken - wie auch in den Vorjahren - den Zuschussbedarf für den sozialen Bereich bei weitem nicht ab:



* inkl. Ausgleich Bilanzverluste Kreiskliniken Reutlingen GmbH (2014: 5,94 Mio. EUR/2015: 6,58 Mio. EUR)

	Kreisumlage		Sozialhaushalt	
	Hebesatz %	- 1000 EUR -	Zuschussbedarf - 1000 EUR -	Deckung durch Kreisumlage in %
1990	20,0	32.782	38.393	85,4
1995	28,2	59.294	66.554	89,1
2000	33,0	76.138	68.415	112,9
2005	37,2	77.561	86.015	90,2
2006	36,0	85.787	90.472	94,8
2007	36,0	83.020	91.559	90,7
2008	33,5	86.613	95.813	90,4
2009	31,0	91.202	104.513	87,3
2010	31,0	92.506	109.865	84,2
2011	32,5	86.995	108.371	80,3
2012	33,0	92.314	110.599	83,5
2013	32,5	99.306	115.331	86,1
2014*	32,75	110.382	118.287	93,3
2015*	34,25	115.230	125.115	92,1

*inkl. Ausgleich Bilanzverluste Kreiskliniken Reutlingen GmbH (2014: 5,94 Mio. EUR/2015: 6,58 Mio. EUR)

Anmerkung:

1990 - 2011 Rechnungsergebnisse, 2012 - 2013 vorl. Rechnungsergebnisse, 2014 Haushaltsplan, 2015 Haushaltsplan-Entwurf



Status-Quo-Ausgleich

Nach der Berechnung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg zum Status-Quo-Ausgleich (§ 22 FAG) erhält der Landkreis für das Jahr 2014 Ausgleichsbeträge in Höhe von 6,39 Mio. EUR.

Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II

Durch den Anstieg der Aufwendungen und Erhöhung der Landesquoten bei der KdU-Beteiligung im SGB II zur Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe erhöhen sich die Erträge um 1,49 Mio. EUR (17,2 %).

Ifd. Nr. 3 - Sonstige Transfererträge

Zu den sonstigen Transfererträgen zählen insbesondere die Ersätze von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

Ifd. Nr. 4 - Gebühren und ähnliche Abgaben

Hierunter fallen insbesondere die Schulgelder, die Abfallgebühren sowie die Entgelte für die Waldschulheimaufenthalte. Die Abfallgebühren mit ca. 8,3 Mio. EUR und die Inanspruchnahme der Gebührenrückstellung mit ca. 543 TEUR nehmen dabei den größten Anteil ein.

Ifd. Nr. 5 - Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten zählen im Wesentlichen Mieten und Pachten, Verkaufserträge sowie Schadensersatz. Hier werden auch die Erträge aus der Veräußerung von Wertstoffen i. H. v. ca. 0,89 Mio. EUR veranschlagt.

Ifd. Nr. 6 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Als Ersatz für Leistungen an andere Stellen erhält der Landkreis rund 17,77 Mio. EUR. Dazu zählen insbesondere Erstattungen von Bund, Land und Gemeinden für Wahlen, die Inanspruchnahme der Schülerbeförderung, im sozialen Bereich (Kostenerstattungen für die in der ARGE beschäftigten Mitarbeiter, Flüchtlinge, Grundsicherung, andere Jugendhilfeträger usw.), für die Straßenmeistereien sowie für die Waldarbeiter. Durch die steigenden Zuweisungen von Asylbewerbern wurden Mehrerträge bei den Erstattungen vom Land in Höhe von 1,83 Mio. EUR eingeplant.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Plan 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Erstattungen vom Bund	1.723.500	1.767.000
Erstattungen vom Land	9.577.250	7.732.170
Erstattungen von anderen Trägern der Sozialhilfe sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.407.550	2.553.800
Erstattungen von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	2.311.000	2.074.000
Summe	16.019.300	14.126.970

Ifd. Nr. 7 - Finanzerträge

Hierunter fallen die Zinserträge sowie die Gewinnanteile von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, insbesondere die Ausschüttung des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke mit ca. 0,38 Mio. EUR (2014: 0,96 Mio. EUR). Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs wurde von einer Gewinnausschüttung der OEW im Jahr 2015 von 10 Mio. EUR (2014: 25 Mio. EUR) ausgegangen. Der Anteil des Landkreises Reutlingen beträgt 3,825 %.



Ifd. Nr. 8 - Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierten Eigenleistungen stehen Aufwendungen des Landkreises gegenüber, die zur Erstellung von Anlagevermögen eingesetzt wurden. Dies sind insbesondere eigene Planungsleistungen beim Neubau von Straßen. Die Leistungen erhöhen das Anlagevermögen und sind vom Finanzhaushalt an den Ergebnishaushalt zu erstatten.

Ifd. Nr. 9 - Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge umfassen z.B. Säumniszuschläge, Mahngebühren und Nebenforderungen aus Vollstreckungen sowie vermischte Erträge.

Aufwendungen

Ifd. Nr. 11 - Personalaufwendungen

Dies sind Aufwendungen für die Vergütung von Arbeitern, Beamten und Beschäftigten. Bei dieser Aufwandsgruppe sind auch die Rückstellungen für Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen auszuweisen. Der Personalaufwand steigt durch die Tarifierhöhung für die Beschäftigten, die zeitverzögerte Besoldungsanpassung bei den Beamten aus dem Jahr 2013 sowie Beförderungen und Stufensteigerungen. Daneben wurde eine stufenweise Besoldungserhöhung in 2015 sowie Aufwendungen für Stellenschaffungen eingeplant.

Nach dem aktuellen Haushaltsvergleich des Landkreistags Baden-Württemberg vom 04.08.2014 liegt der Landkreis Reutlingen sowohl bei den Personalaufwendungen mit 156 EUR je Einwohner als auch bei den Planstellen mit 2,91 je TEinwohner deutlich unter dem Durchschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg (181 EUR je Einwohner bzw. 3,34 Planstellen je TEinwohner).

Ifd. Nr. 12 - Versorgungsaufwendungen

Hier werden die Aufwendungen für das ausgeschiedene Personal und deren Angehörigen, incl. Beihilfen veranschlagt.

Ifd. Nr. 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen alle Aufwendungen für empfangene Sach- und Dienstleistungen von Dritten. Die Aufwendungen hängen mit der Produkterstellung wirtschaftlich zusammen. Dazu gehören die Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken, Gebäuden und Straßen, die Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden, Miete und Pachten für Geräte, Anlagen und Räume, Fuhrpark, Aus- und Fortbildung, Verbrauchsmaterial, Öffentlichkeitsarbeit sowie Lehr- und Lernmittel.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Plan 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen	2.099.800	1.897.000
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1.811.800	1.391.500
Haltung von Fahrzeugen und Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.100.400	1.105.700
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.502.050	3.126.650
Mieten und Pachten, Leasing	2.517.150	2.162.180
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	1.202.050	1.052.680
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	710.700	641.650
Aufwendungen für EDV	1.769.350	1.631.915
Aufwand für Lehr-, Unterrichts- und Lernmittel	1.143.150	1.107.350
Streugut für Winterdienst	750.000	750.000
Sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	697.100	668.000
Summe	17.303.550	15.534.625



Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen sowie Mieten und Pachten

Für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen wurden Mehraufwendungen von ca. 0,94 Mio. EUR eingeplant.

Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens

Für Sanierungsmaßnahmen an Brücken und Bauwerken sowie für Hangsicherungsmaßnahmen an Kreisstraßen wurden zusätzliche Aufwendungen von 410 TEUR eingeplant.

Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen

Sämtliche Vermögensgegenstände mit einem Wert von bis zu 1.000 EUR ohne Mehrwertsteuer sind im Ergebnishaushalt zu veranschlagen.

Besondere Aufwendungen für Beschäftigte

Die Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, den Betriebsarzt und die Gesundheitsvorsorge werden erhöht.

Sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Für die Fortführung des Projekts Breitbandausbau und der Beteiligung am Projekt RegioWIN wurden insgesamt 65 TEUR eingestellt.

Ifd. Nr. 14 - Planmäßige Abschreibungen

Die Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens. Mit ihrer Hilfe werden die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfolgswirksam auf mehrere Rechnungsperioden (Haushaltsjahre) aufgeteilt. Durch die Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (insbesondere Georg-Goldstein-Schule Bad Urach, Kreiskliniken und die K 6709) erhöhen sich die Abschreibungen um 0,41 Mio. EUR.

Ifd. Nr. 15 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Hierunter fallen die Zinsaufwendungen für die Überlassung von Fremdkapital. Durch die Umschuldung von Darlehen in 2015 wird ein geringerer Zinsaufwand geplant.

Ifd. Nr. 16 - Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Leistungen an private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinden). Im Einzelnen handelt es sich um Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (z. B. Sport und Kultur, Wirtschaftsförderung) und insbesondere um Sozialtransferleistungen (Sozial- und Jugendhilfeleistungen) und allgemeine Zuweisungen und Umlagen (KVJS-Umlage, FAG-Umlage).

Transferaufwendungen	Plan 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Land, Gemeinden, Zweckverbände, Unternehmen und übrige Bereiche	6.148.683	6.040.440
Transferaufwendungen in der Sozial- und Jugendhilfe	82.585.050	77.337.050
FAG-Umlage	9.128.000	8.948.000
KVJS-Umlage	1.240.000	1.158.000
Summe	99.101.733	93.483.490



Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Bei den Freiwilligkeitsleistungen wurde eine Dynamisierung von 2,0 % eingeplant. Für die Hagelabwehr im Landkreis Reutlingen wurden Mittel in Höhe von 30 TEUR eingestellt.

Transferaufwendungen in der Sozial- und Jugendhilfe

Die Transferaufwendungen bei der Sozialhilfe steigen von 48,44 Mio. EUR (2014) auf 52,30 Mio. EUR (2015).

Folgende Veränderungen sind dabei bei den einzelnen Produkten zu verzeichnen:

Transferaufwendungen	Plan 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Hilfe zur Pflege (Produkt 31.10.01)	4.350.000	4.100.000
Eingliederungshilfe (Produkt 31.10.02)	33.678.100	31.482.000
Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 31.10.05)	6.541.250	5.920.350
Hilfen für Flüchtlinge (Produktgruppe 31.30)	5.906.200	4.828.400

Bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe steigen die Transferaufwendungen von 29,19 Mio. EUR (2014) auf 30,59 Mio. EUR (2015).

lfd. Nr. 17 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

Hierzu gehören insbesondere die Aufwendungen für die Schülerbeförderung, die Erstattungen der Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen, die Kosten für die Unterkunft sowie die Kosten für die Sammlung, den Transport und die Verwertung bzw. Entsorgung der Abfälle. Daneben enthält diese Aufwandsgruppe alle ordentlichen Aufwendungen, die nicht in den bereits beschriebenen Aufwandsgruppen 11 bis 16 und den außerordentlichen Aufwendungen enthalten sind.

Sonstige ordentliche Aufwendungen	Plan 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Sonstige Personalaufwendungen und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit	158.599	124.660
Rechts- und Beratungskosten	765.850	912.000
Schülerbeförderung	7.573.000	7.075.000
Mitgliedsbeiträge	305.200	243.140
Geschäftsaufwendungen (Bürobedarf/Fachliteratur/Vordrucke/Anzeigen)	1.619.800	1.450.900
Aufwand für Porto und Telekommunikation	605.400	530.400
Dienstreisen	359.800	355.700
Versicherungen und Schadensfälle	937.600	892.950
Erstattungen für Personal an Land (VRG)	476.212	525.200
Erstattungen an private Unternehmen für Winterdienst	335.000	335.000
Erstattung Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen	39.799.400	37.760.950
Erstattung an andere Träger der Sozialhilfe	1.759.000	1.474.500
Grundsicherung für Arbeitsuchende	28.747.500	27.480.000
Aufwendungen für Sammlung, Transport und Verwertung bzw. Entsorgung von Abfällen	8.542.900	8.488.150
Ausgleich Bilanzverluste Kreiskliniken Reutlingen GmbH	6.575.000	5.938.000
Erstattungen an übrige Bereiche	328.621	410.500
Übrige sonstige Aufwendungen	285.000	275.500
Summe	99.173.882	94.272.550



Sonstige Personalaufwendungen und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

Die Ansätze wurden an das vorläufige Rechnungsergebnis 2013 angepasst.

Rechts- und Beratungskosten

Für die Regionalstadtbahn wurden im Haushaltsplanentwurf bislang keine Mittel eingestellt. Abhängig von den Ergebnissen der laufenden Gespräche mit den Fördermittelgebern sind Mittel in der Änderungsliste einzuplanen.

Schülerbeförderung

Durch den Anstieg der Tarife im Naldo-Gebiet steigen die Aufwendungen für die Schülerbeförderung.

Mitgliedsbeiträge

Der Mitgliedsbeitrag für das Projekt LEADER in Höhe von 55 TEUR und der Mitgliedsbeitrag für den Verein Förderung neuer Medien und Technologien im ländlichen Raum e. V. mit 150 EUR werden erstmals im Haushaltsplanentwurf veranschlagt.

Geschäftsaufwendungen

Für externe Prüfungs- und Unterstützungsleistungen im Falle eines Antrags der Stadt Reutlingen auf Gründung eines Stadtkreises wurden 100 TEUR eingeplant.

Erstattungen für Personal an Land (VRG)

Durch den Eintritt von Landesmitarbeitern in den Ruhestand reduzieren sich die Aufwendungen.

Erstattung Sozialhilfeleistungen an die Stadt Reutlingen

Die Erstattungsleistungen für die Sozialaufwendungen der Stadt Reutlingen steigen um 2,04 Mio. EUR auf 39,8 Mio. EUR. Bei den wesentlichen Leistungen ergeben sich folgende Veränderungen:

Erstattungsleistungen	Plan 2015 in EUR	Plan 2014 in EUR
Hilfe zur Pflege (Produkt 31.10.01)	4.540.000	4.440.000
Eingliederungshilfe (Produkt 31.10.02)	23.552.000	22.495.000
Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Produkt 31.10.05)	8.461.350	7.961.350

Erstattung an andere Träger der Sozialhilfe

Beim Produkt 36.30.03 individuelle Hilfen für jungen Menschen wurde der Ansatz für die Erstattung an andere Träger an das vorläufige Rechnungsergebnis 2013 und die Hochrechnung 2014 angepasst.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt.

Ausgleich Bilanzverluste Kreiskliniken Reutlingen GmbH

Im Haushaltsplanentwurf wurde der Ausgleich des im Jahr 2012 entstandenen Bilanzverlustes in Höhe von 6,58 Mio. EUR eingeplant.



Ifd. Nr. 25 - Veranschlagtes Gesamtergebnis

Der Gesamtergebnishaushalt schließt mit einem positiven Ergebnis von 1,43 Mio. EUR ab. Die zu erwirtschaftenden Abschreibungen (abzüglich Auflösung von Zuweisungen) von 6,35 Mio. EUR sind um ca. 0,75 Mio. EUR geringer als die bisher im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaftende Mindestzuführung in Höhe der Kredittilgung von ca. 7,1 Mio. EUR.

3.5 Gesamtfinanzenhaushalt – Übersicht über die Ein- und Auszahlungen des Entwurfs des Haushalts 2015

Die Ein- und Auszahlungen des Gesamtfinanzenhaushalts ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht.

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzenhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014
			EUR	EUR
			1	2
1	+	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	270.425.947	255.210.586
2	-	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-263.128.203	-249.460.905
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	7.297.744	5.749.681
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.680.000	1.737.200
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	22.500	17.000
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	166.600	182.700
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.869.100	1.936.900
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.045.000	-4.657.000
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.365.550	-1.742.265
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.255.000	-2.426.000
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-10.675.550	-8.835.265
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.806.450	-6.898.365
18	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-1.508.706	-1.148.684
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	12.100.000	13.700.000
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-12.100.000	-13.700.000
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des HH-Jahres	-1.508.706	-1.148.684



3.5.1 Erläuterungen zu den einzelnen Ein- und Auszahlungen

Ifd. Nr. 3 - Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit

Um den Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus der Ifd. Verwaltungstätigkeit zu erhalten, müssen die ordentlichen Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts um die nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt werden.

	2015 in EUR	2014 in EUR
Ordentliches Ergebnis	1.425.209	976.209
zuzüglich Abschreibungen	8.226.200	7.814.550
zuzüglich Aufwand für Nachsorgerückstellung	48.800	46.500
abzüglich Ertrag aus Gebührenrückstellung	-543.015	-1.288.978
abzüglich Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen	-1.879.350	-1.798.600
abzüglich aktivierter Eigenleistungen	-10.000	0
zuzüglich Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit	30.000	0
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	7.297.744	5.749.681

Ifd. Nr. 4 - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen

Unter dieser Position werden die erhaltenen Zuschüsse aus Investitionszuwendungen ausgewiesen. 2015 werden Zuwendungen bzw. Zuschüsse für die Erneuerung der Leitstellentechnik der Integrierten Leitstelle, für die Kliniken (Investitionsausschüttung KSK 1,0 Mio. EUR), für den Bau der Bahnübergänge Marbach und Münsingen (K 6769) sowie für den Erwerb von beweglichen Vermögen der Straßenmeistereien (215 TEUR) eingeplant.

Ifd. Nr. 6 - Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen

Betreffen Veräußerungserlöse für Fahrzeuge und Geräte.

Ifd. Nr. 8 - Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit

Sind Rückflüsse aus gewährten Darlehen für den Bau von Pflegeheimen.

Ifd. Nr. 10 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Für den Erwerb von Grundstücken zum Ausbau von Straßen wurden 10 TEUR eingeplant.

Ifd. Nr. 11 - Auszahlungen für Baumaßnahmen

Für folgende größere Vorhaben wurden im Haushaltsplanentwurf Mittel eingeplant: Bau von Asylbewerberwohnheimen (1,0 Mio. EUR), Standortentwicklung Verwaltungsgebäude (0,2 Mio. EUR), Planung eines behindertengerechten Aufzugs Verwaltungsgebäude Bismarckstraße 47 (0,05 Mio. EUR), Erweiterungsbau Theodor-Heuss-Schule (3,2 Mio. EUR), Neubau Straßenmeisterei in Münsingen (0,1 Mio. EUR), Ausbau K 6735 Marbach-Ödenwaldstetten (0,85 Mio. EUR), K 6754 Apfelstetten (0,33 Mio. EUR), K 6708 Felssicherung Hanner Steige (0,3 Mio. EUR), K 6709 OD Bleichstetten (0,12 Mio. EUR), K 6745 Amphibienschutzzaun (0,12 Mio. EUR) und Bau von dezentralen Wertstoffhöfen (0,43 Mio. EUR).

**Ifd. Nr. 12 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen**

Die geplanten Auszahlungen von 1,37 Mio. EUR liegen 380 TEUR unter dem Ansatz 2014. Für Ersatzbeschaffungen bei den Schulen sind 401 TEUR veranschlagt, für die Erstausrüstung von Asylbewerberwohnheimen sind im THH 4 150 TEUR eingeplant. Für die Neubeschilderung der Radwege wurden 15 TEUR und für Ersatzbeschaffungen bei den Straßenmeistereien wurden 450 TEUR veranschlagt.

Ifd. Nr. 14 - Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen

Folgende Maßnahmen sollen 2015 gefördert werden: Die Erneuerung der Leitstellentechnik der Integrierten Leitstelle mit 220 TEUR sowie Baumaßnahmen der Kreiskliniken Reutlingen GmbH mit 2,0 Mio. EUR.

Ifd. Nr. 18 - Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag

Die Summe des Zahlungsmittelüberschuss aus Ifd. Verwaltungstätigkeit (Nr. 3) und des Saldos aus Investitionstätigkeit (Nr. 17) ergibt für das Jahr 2015 einen veranschlagten Finanzierungsmittelbedarf von -1,51 Mio. EUR (2014: -1,15 Mio. EUR).

Ifd. Nr. 21 - Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Es sind Einzahlungen durch die Aufnahme von Krediten in Höhe von 7,1 Mio. EUR (2014: 6,7 Mio. EUR), Einzahlungen und Auszahlungen für die Umschuldung von Krediten in Höhe von 5 Mio. EUR (2014: 7 Mio. EUR) sowie Auszahlungen für Tilgungen in Höhe von 7,1 Mio. EUR (2014: 6,7 Mio. EUR) eingeplant. Der geplante Schuldenstand (ohne Kassenkredite) zum 31.12.2014 von 84,8 Mio. EUR wird bis Ende 2015 beibehalten.

Ifd. Nr. 22 - Finanzierungsmittelbestand (Änderung)

Im Finanzhaushalt wird ein Defizit von 1,51 Mio. EUR ausgewiesen. Der Landkreis wird weiterhin zur Sicherung der Liquidität in stärkerem Maße Kassenkredite in Anspruch nehmen müssen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 40 Mio. EUR, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, soll jedoch nicht erhöht werden.

3.6 Teilhaushalte – Schwerpunkte

Teilhaushalt 1 – Innere Verwaltung

Produktgruppe 11.24 - Grundstücks- und Gebäudemanagement

Folgende Arbeitsschwerpunkte und Projekte sind für 2015 geplant:

- Standortentwicklung für die Verwaltungsgebäude in Reutlingen (Planungskosten 250 TEUR)
- Neubau der Straßenmeisterei Münsingen (Planungskosten 100 TEUR)

Daneben wurde für die Umsetzung des langfristigen Konzepts zur Unterbringung von Asylbewerbern (KT-Drucksache Nr. VIII-0655) 1,0 Mio. EUR eingestellt. Zusätzlich sind durch die stark steigenden Zuweisungen von Asylbewerbern kurzfristig weitere Unterbringungsplätze zu schaffen.



Im Verwaltungsgebäude Bismarckstraße 47 soll ein barrierefreier Zugang (Aufzug) zu den Sitzungssälen und Büros geplant werden (50 TEUR). Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Medienausstattung und der Beleuchtung im großen Sitzungssaal geplant.

Gebäudebewirtschaftungskosten

Vor allem durch die Anmietung und Kauf weiterer Flächen für Asylbewerber und Flüchtlinge steigen die Aufwendungen für Mieten und die Bewirtschaftung der Gebäude. Preiserhöhungen für Energie wurden nicht geplant.

Gebäudeunterhaltung

Durch die Zunahme der Gebäudeflächen steigen auch die Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung. Bei den Verwaltungsgebäuden in Reutlingen wurden nur die notwendigsten Maßnahmen eingeplant.

Teilhaushalt 3 - Schule, Kultur und Sport

Produktgruppe 21.20 und 21.30 - Sonderschulen und berufliche Schulen

Aufgrund der Lage am Lehrstellenmarkt und der demografischen Entwicklung ist die Zahl der Teilzeitschüler nur schwer planbar. Hier können sich bis in den Oktober noch Veränderungen ergeben. Bei den Vollzeitschulen wurde mit gleichbleibenden Schülerzahlen geplant.

Die Raumsituation wird sich weiterhin an den Schulen in Reutlingen nicht entspannen. Im beruflichen Schulwesen ist auch in Zukunft mit Veränderungen zu rechnen. Unter anderem plant das Land, den Übergang vom allgemeinbildenden zum beruflichen Schulwesen neu zu ordnen, außerdem wird es durch die Veränderungen im allgemeinbildenden Schulbereich auch zu Veränderungen und Verschiebungen im beruflichen Schulwesen kommen. Wie sich dies im Detail auswirkt kann momentan noch nicht eingeschätzt werden.

Gebäudeunterhaltung

Schwerpunkte sind Sanierungen im technischen Bereich.

Gebäudebewirtschaftungskosten

Preiserhöhungen für Energie wurden nicht geplant.

Beschaffungen

Es wurden vor allem dringend erforderliche Ersatzbeschaffungen in den Haushalt aufgenommen.

Bauinvestitionen

Für die Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule sind 2015 3,2 Mio. EUR eingeplant.

Produktgruppe 21.40 - Schülerbezogene Leistungen

In dieser Produktgruppe werden ab 2015 alle Aufwendungen (256 TEUR für 4,5 Stellen) und Erträge (152 TEUR) für die Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen verbucht.



Produktgruppe 21.50 - Sonstige Schulische Aufgaben/Einrichtungen

Diese Produktgruppe umfasst unter anderem Mittel für die Kreismedienzentren und die Betriebe gewerblicher Art. Hier werden auch die Aufwendungen für das Ausschreibungsverfahren zum Neubau und Betrieb des Parkhauses im BSZ Reutlingen von 20 TEUR veranschlagt.

Produktgruppe 25.21 - Kreisarchiv

Für die Herausgabe der Dokumentation Kleindenkmale wurden 2015 20 TEUR eingeplant. Daneben soll eine Dokumentation über Siedlungsspuren auf dem ehemaligen Truppenübungsgelände Münsingen in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Biosphärengebietes herausgegeben werden.

Produktgruppe 26.10, 26.20, 27.40, 28.10, 42.10 - Kultur, Sport

Bei den Freiwilligkeitsleistungen wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2 % eingeplant. Für die allgemeine Kulturförderung und die Kulturprojekte wurden 43 TEUR eingestellt, darin sind auch Mittel in Höhe von 10 TEUR zur Förderung der Gedenkstätte Grafeneck enthalten.

Teilhaushalt 4 - Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht und

Teilhaushalt 5 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Sozialhaushalt 2015

- Ergebnishaushalt -

	Produktbereich 31 Soziale Hilfen	Produktbereich 37 Schwerbehindertenrecht und soziales Entschädigungsrecht	Produktbereich 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG	Umlage KVJS	Summe	je Kreiseinwohner
	EUR	EUR	EUR	Produktgruppe 61.10 EUR	Produktgruppe 61.10 EUR	EUR	EUR
Ordentliche Erträge	39.723.733	0	6.948.000	6.392.000	0	53.063.733	192,25
Ordentliche Aufwendungen	-127.779.243	-1.096.026	-41.577.993	0	-1.240.000	-171.693.262	-622,03
Ordentliches Ergebnis	-88.055.510	-1.096.026	-34.629.993	6.392.000	-1.240.000	-118.629.529	-429,79
Kalkulatorisches Ergebnis	-4.001.426	-174.591	-2.309.840			-6.485.857	-23,50
Nettoressourcenbedarf/ -überschuss	-92.056.936	-1.270.617	-36.939.833	6.392.000	-1.240.000	-125.115.386	-453,29



Teilhaushalt 4 - Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht

Produktbereich 31 - Soziale Hilfen

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
92,06 Mio. EUR	87,38 Mio. EUR

Der Nettoressourcenbedarf für den Teilhaushalt der sozialen Hilfen beträgt 92,06 Mio. EUR. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 4,68 Mio. EUR. Der Aufwand für die Transferleistungen liegt bei 117,77 Mio. EUR und steigt damit gegenüber dem Plan 2014 um rund 7,09 Mio. EUR. Der Aufwand ist nur bedingt steuerbar.

Dies hat im Wesentlichen folgende Gründe:

- Tarifabschlüsse, die sich flächendeckend auch künftig in den Tarifverhandlungen, bei den Produkten Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege niederschlagen. 2014 mussten für nahezu alle Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege höhere Vergütungen vereinbart werden, in der Regel verbunden mit einer 2. Erhöhungsstufe im Jahr 2015.
- Die Entwicklung der Rechtsprechung, (z. B. die Verfassungswidrigkeit der Regelsätze im Asylbewerberleistungsrecht, Wunsch- und Wahlrecht, Inklusion, Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, teilweise Wegfall der 3-monatigen Wartezeit auf Leistungsansprüche im SGB II nach Einreise) sowie den gestiegenen Kosten der Unterkunft. Dies führt zu weiteren Steigerungen sowohl der Aufwendungen als auch der Fallzahlen bei nahezu allen Produktgruppen.
- Trotz derzeit noch guter Wirtschaftslage ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen weiter wesentlich steigern lässt.

Produktgruppe 31.10 - Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
67,65 Mio. EUR	63,53 Mio. EUR

Seit dem Jahr 2014 greift die 3. Stufe der schrittweisen Erhöhung der Ausgabenerstattung des Bundes für die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 46 a SGB XII. Die Erstattung beträgt 100 % der reinen Transferleistungen (ohne den durch die Bundesauftragsverwaltung deutlich zunehmenden Verwaltungsaufwand). Der Landkreis Reutlingen hat dafür Erträge in Höhe von 13,82 Mio. EUR eingeplant. In den Planansätzen sind weiter steigende Fallzahlen und die Erhöhung der Regelsätze berücksichtigt.


Produkt 31.10.01 - Hilfe zur Pflege

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
8,91 Mio. EUR	8,53 Mio. EUR

In der Hilfe zur Pflege ist bei den Transferleistungen voraussichtlich mit einem höheren Zuschussbedarf von ca. 0,4 Mio. EUR zu rechnen. Die Ursache beruht im Wesentlichen auf den im Laufe des Jahres 2014 vereinbarten Vergütungserhöhungen, die sich auch im Jahr 2015 auswirken.

Produkt 31.10.02 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
53,60 Mio. EUR	50,00 Mio. EUR

Die Tarifabschlüsse wirkten sich auch beim größten Einzelposten im Sozialetat, der Eingliederungshilfe, weiter kostensteigernd aus. Bei nahezu allen Einrichtungen musste die Vergütung in 2014 entsprechend der Tarifabschlüsse erhöht werden. Größtenteils wurde bereits eine 2. Erhöhungsstufe für 2015 vereinbart. Einrichtungen, mit denen lediglich eine 1-jährige Laufzeit abgeschlossen wurde, werden Anfang 2015 zu Verhandlungen auffordern. Die komplexen Rahmenbedingungen des Vergütungsrechts und der weitgehend fehlende Wettbewerb geben dem Sozialhilfeträger nur begrenzte Einflussmöglichkeiten auf die Vergütung. Daneben ist durch die Inklusion in Regeleinrichtungen ebenfalls mit einem Anstieg der Kosten zu rechnen. Einnahmen aus BAföG-Leistungen für Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung sind nicht mehr in dem Maße zu erzielen, wie in den Vorjahren, weil die Fälle größtenteils aufgearbeitet sind.

Die vom Bund für 2015 vorgesehene Entlastung der Eingliederungshilfe in Höhe von insgesamt 1 Mrd. EUR wird nur zu einem Teil bei den Stadt- und Landkreisen ankommen. Nach einer Berechnung des Deutschen Landkreistages werden die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg rund 69 Mio. EUR in Form von erhöhten Umsatzsteueranteilen erhalten. Die Stadt- und Landkreise als der Träger der Eingliederungshilfe können lediglich mit einer Entlastung von insgesamt rund 36 Mio. EUR rechnen. Der auf den Landkreis Reutlingen entfallende Betrag wurde mit rund 1 Mio. EUR im Haushalt 2015 eingeplant. Die Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen erhalten 2015 ca. 1,6 Mio. EUR mehr am Anteil an der Umsatzsteuer.

Produktgruppe 31.20 - Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
17,04 Mio. EUR	17,11 Mio. EUR

Die Konjunkturerholung der letzten Jahre hat sich beim Jobcenter zeitverzögert ausgewirkt. Inzwischen zeigt sich, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften auch mit



intensiven Vermittlungsbemühungen nicht mehr sinkt. Steigerungen bei den Kosten der Unterkunft durch Mieterhöhungen und die Anpassung der Mietobergrenzen führt zu höheren Aufwendungen. Die Entlastung bei der Eingliederungshilfe wird bei dieser Produktgruppe verbucht.

Produktgruppe 31.30 - Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
3,05 Mio. EUR	3,73 Mio. EUR

Die Zahl der Asylsuchenden und die Zuweisungen steigen weiterhin an. Ein Haushaltsrisiko kann sich bei diesem Personenkreis auch bei den Kosten für die Krankenhilfe ergeben. Diese Aufwendungen sind schwer planbar.

Die Regelsätze werden ebenfalls weiter steigen. Nachdem Asylsuchende seit einiger Zeit schneller aus der Gemeinschaftsunterkunft in eine Anschlussunterbringung überführt werden können, schlagen die Kosten der Unterkunft im Sozialetat schneller und stärker zu Buche. Die einmaligen pauschalen Erstattungen des Landes wurden zwar erhöht, sind aber nach wie vor nicht kostendeckend.

Teilhaushalt 5 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Produktbereich 36 - Kinder- und Jugendhilfe

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
36,94 Mio. EUR	34,59 Mio. EUR

Der Nettoressourcenbedarf für die Kinder- und Jugendhilfe beträgt inklusive der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz 36,94 Mio. EUR. Dies ist eine Steigerung von ca. 2,35 Mio. EUR.

Insbesondere folgende Rahmenbedingungen werden das Haushaltsergebnis 2015 beeinflussen:

1. Die Kostensteigerungen durch die Verhandlungen der Kostensätze, sowohl für die gesamten ambulanten Hilfen als auch die Tagessätze für die stationären Plätze sind nur bedingt steuerbar.
2. Durch die Umsetzung der Inklusion und insbesondere dem zunehmend geäußerten Wunsch von Eltern nach Beschulung ihres Kindes in einer Regelschule wird auch die Jugendhilfe für die Kosten der Schulbegleitung als Ausfallbürge für die Schulverwaltung des Landes vermehrt in Anspruch genommen werden.



Produktgruppe 36.20 - Allgemeine Förderung junger Menschen

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
2,08 Mio. EUR	1,92 Mio. EUR

Diese Produktgruppe beinhaltet folgende Leistungen: Förderung der Entwicklung junger Menschen durch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit öffentlicher Träger, Verbände und anderer freier Träger nach §§ 11, 12, 14 SGB VIII; Offene Kinder- und Jugendarbeit durch die Kommune und freie Träger; Förderung von jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind nach § 13 SGB VIII.

Produkt 36.20.02 - Jugendsozialarbeit

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
1,71 Mio. EUR	1,53 Mio. EUR

Schwerpunkt ist die Schulsozialarbeit, die an mehreren Schularten gefördert wird. Für die Schulsozialarbeit wurden im Haushaltsplanentwurf 809 TEUR eingestellt. Das Land ist 2012 in die Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestiegen. Daher hat der Landkreis seine Förderkriterien angepasst und weitere Schularten aufgenommen. Die wesentlichen Aufwendungen betreffen eine Pauschalstellenförderung aus der Jugendhilfe von 17.034 EUR pro Vollzeitstelle. Voraussetzung ist ein Mindeststellenumfang von 50 %. Der Bedarf lag im Jahr 2014 bei ca. 45,8 Stellen und erhöht sich 2015 auf 47,58 Stellen.

Neben den Aufwendungen der Jugendhilfe, entsteht Mittelbedarf für die Beruflichen Schulen als Schulträger. Integriert in die Schulsozialarbeit ist die Förderung der Jugendberufshilfe an den beruflichen Schulen.

Weitere wesentliche Leistungsbestandteile sind die Förderung der Mobilen Jugendarbeit, das Schulverweigerungsprojekt, die Förderung der Kulturwerkstatt sowie die Einzelfallhilfen zum Schulbesuch der Christian-Morgenstern-Schule.

Produktgruppe 36.30 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
28,94 Mio. EUR	27,38 Mio. EUR

Die Produktgruppe beinhaltet insbesondere folgende Leistungen: Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie und Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige.



Produkt 36.30.03 - Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
23,68 Mio. EUR	22,21 Mio. EUR

Dieses Produkt beinhaltet folgende Aufgaben:

Hilfen zur Erziehung §§ 27 bis 35 SGB VIII

Der Zuschussbedarf für die Transferleistungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung beläuft sich auf 15,3 Mio. EUR. Die Fallzahlen werden prognostisch nicht reduziert werden können, da nicht anzunehmen ist, dass sich Bedarfe wie Orientierungslosigkeit und mangelnde Kompetenzen in der Erziehungsfähigkeit der Eltern sowie Teilhabebeeinträchtigungen und mangelnde gesellschaftliche Integration rückläufig entwickeln werden. Im Bereich der teilstationären Hilfe Tagesgruppe gab es 2014 bei den Fallzahlen keine signifikanten Veränderungen.

Bei den stationären Hilfen wurden im Bereich der Vollzeitpflege im Jahr 2014 mehr Pflegefamilien gewonnen und demzufolge konnten mehr Kinder/Jugendliche in Pflegefamilien untergebracht werden. Diese Entwicklung wird weiterhin so erwartet.

Bei den Heimerziehungen muss damit gerechnet werden, dass die Aufwendungen steigen, da die Träger Entgeltverhandlungen führen und auch Tarifierhöhungen einfordern.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII), Hilfe für junge volljährige (§ 41 SGB VIII), Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII)

Der Zuschussbedarf für die Transferleistungen in diesem Bereich beläuft sich auf 5,6 Mio. EUR. Bei seelisch behinderten Kindern und Jugendlichen steigt der Bedarf vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention weiterhin an. Insbesondere der Schulbesuch ist ohne Schulbegleitung oder sonstigen Hilfen nicht möglich. Die durchschnittlichen Aufwendungen für die Schulbegleitung belaufen sich je Fall auf 1,5 TEUR pro Monat (derzeit 32 Kinder).

Produktgruppe 36.50 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
4,45 Mio. EUR	3,88 Mio. EUR

Diese Produktgruppe beinhaltet folgende Leistungen: Familienergänzende Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern von 0 – 14 Jahren in unterschiedlichen Angebotsformen mit oder ohne Verpflegung. In den Bereichen der Einzelförderung (Übernahme von Teilnahmebeiträgen, Gewährung von Tagespflegegeld) beträgt der Zuschussbedarf für die Transferleistungen 3,05 Mio. EUR. Seit 01.08.2013 hat jedes Kind ab dem ersten Geburtstag einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Dieser kann sowohl in einer Einrichtung als auch bei einer Tagespflegeperson in Anspruch genommen werden. Dies bedeutet zum einen, dass die Aufwendungen für individuelle Einzelförderung von Kindern, vor allem der 0 - 3-jährigen steigen werden.



Zum anderen wird die Zuwendung an den Tagesmütterverein höher (Haushaltsplanentwurf: 0,78 Mio. EUR), da dieser mehr Vermittlungen sicherstellen muss. Die seit 01.05.2012 erhöhten Geldleistungen sowie die Änderungen bei den Kostenbeiträgen werden durch die erhöhten FAG-Zuweisungen nicht vollständig kompensiert. Die genaue Höhe der FAG-Mittel können seitens des Landes erst Anfang 2015 mitgeteilt werden. Im Haushaltsplanentwurf wurden Erträge in Höhe von 1,45 Mio. EUR eingestellt. In 2015 ist eine Anpassung der bestehenden Kostenbeitragstabelle in der Kindertagespflege vorgesehen.

Produktgruppe 36.80 - Kooperation und Vernetzung

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
0,55 Mio. EUR	0,49 Mio. EUR

Die Produktgruppe umfasst zum einen das Produkt Frühe Hilfen, in dem es zu einem wesentlichen Teil um Vernetzung von Angeboten für Schwangere, alleinerziehende Mütter und Väter und Familien mit Kindern im Alter von 0-3 Jahren geht und zum anderen Leistungen, die als Querschnittsaufgabe bezogen auf die Produktgruppen 36.20 bis 36.50 erbracht werden.

Produktgruppe 36.90 - Unterhaltsvorschussleistungen

Nettoressourcenbedarf	
2015	2014
0,92 Mio. EUR	0,93 Mio. EUR

Der Landkreis ist verpflichtet, 1/3 der Nettoaufwendungen der Unterhaltsvorschusskasse zu tragen. Für das Jahr 2015 wird von Bruttoausgaben mit 1,7 Mio. EUR ausgegangen. Im Jahr 2011 war der Landkreis im Rahmen des Rückgriffs bei den Unterhaltspflichtigen an der Spitze im Land Baden-Württemberg, im Jahr 2012 war er an zweiter Stelle. In 2013 wurde eine Rückgriffsquote (der Anteil, der von den Unterhaltspflichtigen wieder erlangt werden konnte) von 41,82 % erreicht. Das bedeutete landesweit den 6. Platz. Für 2015 wird mit einer Rückgriffsquote von 44 % geplant.



Entwicklung der sozialen Leistungen

Produktgruppe	Ansatz		vorl. RE	vorl. RE
	2015	2014	2013	2012
	EUR	EUR	EUR	EUR
Bezeichnung				
Zusammenstellung der Leistungen und der Ersätze/Erstattungen der sozialen Leistungen .				
Die Gesamtsummen betragen:				
31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (u.a. Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe, Grundsicherung)				
Erträge	20.548.100	19.851.400	16.095.387	13.098.258
Aufwendungen	83.994.600	79.364.700	77.536.588	73.499.778
Ergebnis	63.446.500	59.513.300	61.441.200	60.401.520
31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II				
Erträge	12.244.100	11.113.500	12.451.634	11.366.657
Aufwendungen	27.526.000	26.180.000	25.982.332	25.058.613
Ergebnis	15.281.900	15.066.500	13.530.697	13.691.956
31.30 Hilfen für Flüchtlinge				
Erträge	3.339.500	1.534.500	987.587	520.662
Aufwendungen	5.906.200	4.828.400	2.720.297	1.666.099
Ergebnis	2.566.700	3.293.900	1.732.710	1.145.436
31.50 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz				
Erträge	0	0	385.373	595.256
Aufwendungen	140.000	139.000	471.674	690.621
Ergebnis	140.000	139.000	86.301	95.365
31.90 Neue PG ab 2011: Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6 b BKGG				
Erträge	1.000	1.150	1.770	956
Aufwendungen	204.800	167.000	256.912	214.991
Ergebnis	203.800	165.850	255.142	214.035
36.20 Jugendsozialarbeit				
36.30 Hilfen für junge Menschen und Familien				
36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege				
Erträge	5.312.000	5.287.000	5.001.381	4.415.667
Aufwendungen	30.008.200	28.275.600	27.426.576	26.324.233
Ergebnis	24.696.200	22.988.600	22.425.195	21.908.566
36.90 Unterhaltsvorschussleistungen				
Erträge	1.383.300	1.383.300	1.558.397	1.895.545
Aufwendungen	1.700.000	1.700.000	1.659.454	1.594.781
Ergebnis	316.700	316.700	101.057	-300.764
61.10 Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG				
Erträge	6.392.000	6.053.000	6.506.397	6.152.419
Gesamterträge	49.220.000	45.223.850	42.987.927	38.045.419
Gesamtaufwendungen	149.479.800	140.654.700	136.053.833	129.049.114
Gesamtergebnis	100.259.800	95.430.850	93.065.905	91.003.695



Teilhaushalt 6 - Gesundheit

Produktgruppe 41.10 - Krankenhäuser

Zur Verbesserung und Stabilisierung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurde das „Zukunftskonzept Kreiskliniken Reutlingen 2018“ entwickelt und die Eckpunkte vom Kreistag am 24.03.2014 (KT-Drucksachen Nr. VIII-0679 bis VIII-0679/2) befürwortet. Eine wesentliche Säule dieses Konzepts ist der Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste durch den Alleingesellschafter Landkreis Reutlingen. Der bis zum 31.12.2011 entstandene Bilanzverlust von 5,94 Mio. EUR wurde im Frühjahr 2014 ausgeglichen (KT-Drucksache Nr. VIII-703). Im Haushaltsplanentwurf werden zum Ausgleich des im Jahr 2012 entstandenen Bilanzverlusts bei der Produktgruppe 41.10 Krankenhäuser 6,58 Mio. EUR eingestellt. Damit werden die bis 31.12.2012 entstandenen Bilanzverluste in Höhe von 12,51 Mio. EUR abgedeckt. Die Kreiskliniken Reutlingen GmbH mussten auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2013 einen Jahresfehlbetrag von 9,36 Mio. EUR (2012: -9,49 Mio. EUR) verzeichnen. Dadurch ist ein weiterer Bilanzverlust von 6,31 Mio. EUR entstanden. Auch im Jahr 2014 ist mit einem Jahresfehlbetrag in Millionenhöhe zu rechnen. Der Verwaltungsausschuss wurde in den Sitzungen am 15.04.2014 und 16.07.2014 hierüber unterrichtet. Daneben soll der Landkreis die Investitionen der Kreiskliniken fördern. Im Finanzhaushalt und in der Finanzplanung 2014 bis 2018 wurden jährlich 2,0 Mio. EUR Investitionszuschüsse eingeplant.

Teilhaushalt 7 - Räumliche Planung und Entwicklung

Produktgruppe 51.10.07 - ÖPNV-Konzepte und Nahverkehrsplanung

Der Landkreis hat ein hohes Interesse an einer Realisierung von Modul 1 der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb. Eine Realisierung des Projekts hängt jedoch entscheidend davon ab, dass das Finanzierungsrisiko für die kommunale Seite verantwortbar ist. Der Kreistag hat deshalb im Juli 2014 die Landesregierung aufgefordert, zeitnah mit den betroffenen Kommunen eine faire Risikoverteilung zu vereinbaren. Die Gespräche dazu werden im 3. Quartal 2014 geführt. Der Kreistag wird im Oktober 2014 entscheiden, ob die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für die Regional-Stadtbahn erarbeitet wird. Vor diesem Hintergrund sind im Entwurf des Haushaltsplans 2015 bislang keine Haushaltsmittel eingeplant. Für das Jahr 2015 ist vorgesehen, das Verfahren zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans zu starten.

Teilhaushalt 9 - Abfallwirtschaft

Produktgruppe 53.70 - Abfallwirtschaft

Die Marktpreise für die Verwertung von Papier, Pappe und Kartonagen und anderer Wertstoffe befinden sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Aber auch auf der Aufwandsseite ergeben sich gegenüber 2014 keine wesentlichen Änderungen. Das Jahr 2015 wird geprägt sein durch die Arbeiten zur Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2016. Auf der Agenda stehen die Erarbeitung einer neuen Gebührenkalkulation samt Entscheidung darüber, die Bedarfsabfrage bei den Bürgern über Behälterarten und -größen und schließlich eine sehr umfangreiche Behältertausch-Aktion. Dies ist durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu flankieren.



Teilhaushalt 10 - Verkehr und ÖPNV

Im Rahmen des vom Kreistag beschlossenen Investitionsprogramms erfolgt die Verbesserung und der Ausbau des Kreisstraßennetzes mit einer Länge von 268,8 km (Baulast Landkreis). Dieses Investitionsprogramm für Kreisstraßen wird jährlich fortgeschrieben. Der Ausschuss für technische Fragen und Umweltschutz befasste sich in seiner Sitzung am 01.10.2014 mit der Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2018 (KT-Drucksache Nr. IX-0032).

Der mittelfristige Investitionsrahmen im Bereich der Kreisstraßen ergibt folgendes Bild (in 1.000 EUR):

Plan	2014	2015	2016	2017	2018	Gesamt	jährlich Ø
Investitionen	2.040	1.990	1.985	1.910	1.090	9.015	1.803
FAG-Zuschüsse, GVFG-Mittel	425	260	0	0	0	685	137
Eigenmittel	1.615	1.730	1.985	1.910	1.090	8.330	1.666

Im Haushaltsplanentwurf 2015 sind für die Investitionen bei den Kreisstraßen 1,990 Mio. EUR vorgesehen, der Eigenfinanzierungsanteil liegt bei 1,730 Mio. EUR. Investitionsschwerpunkt sollen im Jahr 2015 der Ausbau der K 6735 zwischen Gomadingen-Marbach und Hohenstein-Ödenwaldstetten einschließlich Brücke und Bahnübergang sowie der Ausbau der K 6754 von Münsingen-Apfelstetten zur B 465 sein.

Darüber hinaus sind Belagsarbeiten auf der K 6759 von der Kreisgrenze bis Grabenstetten, auf der K 6769 OD Münsingen bis Abzweig K 6754 Münsingen-Apfelstetten und auf der K 6721 von der Kreisgrenze bis nach Reutlingen-Altenburg veranschlagt. Außerdem sind neben kleineren Maßnahmen, Kostenbeteiligungen sowie die Vorbereitung der zukünftigen Ausbaumaßnahmen, wie Vermessung, Grunderwerb und Naturschutzgutachten noch Mittel für Felssicherungsarbeiten und einen Amphibienschutzzaun von Zwiefalten nach Upflamör eingestellt.

Produktgruppe 54.70 - Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Der ÖPNV dient der Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen. Im Landkreis Reutlingen werden die Beförderungsleistungen im ÖPNV von den Verkehrsunternehmen bislang noch im Wesentlichen eigenwirtschaftlich erbracht.

Der Landkreis bezuschusst nur wenige Angebote, wie z. B. die Schnellbuslinie eXpresso, Angebotsverbesserungen im südlichen Kreisgebiet, Anmelde-Linienverkehre und einzelne Freizeitlinien. Diese Angebote sollen im Jahr 2015 fortgeführt und insbesondere im Freizeitverkehr bedarfsgerecht erweitert werden.

Ebenso erhält die Erms-Neckar-Bahn AG einen Zuschuss zur Unterhaltung der Strecke der Ermstalbahn. Ferner fallen Zahlungen an den Verkehrsverbund naldo an. Voraussichtlich wird sich der Eigenaufwand der Verbundgesellschaft aufgrund gestiegener Kosten leicht erhöhen.



4. Finanzplan 2014 bis 2018

Die im Haushaltserlass 2015 des Landes dargestellte Entwicklung der Steuerkraftsummen ist sehr optimistisch. Für die mittelfristige Finanzplanung des Landkreises wurden die Indexzahlen des Haushaltserlasses dennoch übernommen (2015 = 100 v. H.): 2016 = 103, 2017 = 107 und 2018 = 111. Für den Ausgleich der aufgelaufenen Bilanzverluste der Kreiskliniken Reutlingen GmbH wurde die Finanzplanung des Wirtschaftsplans 2014 zu Grunde gelegt.

Unter diesen Voraussetzungen konnte ein relativ stabiler Kreisumlagehebesatz dargestellt werden. Nach der Planung entsteht von 2015 bis 2017 ein Finanzierungsfehlbetrag von ca. 3,59 Mio. EUR, d. h. die Zahlungsmittel reichen nicht aus, um alle Auszahlungen im Finanzhaushalt ohne die Inanspruchnahme von Kassenkrediten leisten zu können. Ab dem Jahr 2018 soll dieser abgebaut werden.

Neben den Risiken der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung besteht ein erhebliches finanzielles Risiko in der wirtschaftlichen Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH. Durch die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch Bund und Land, könnten in den künftigen Jahren auf den Landkreis weitere finanzielle Belastungen zukommen.

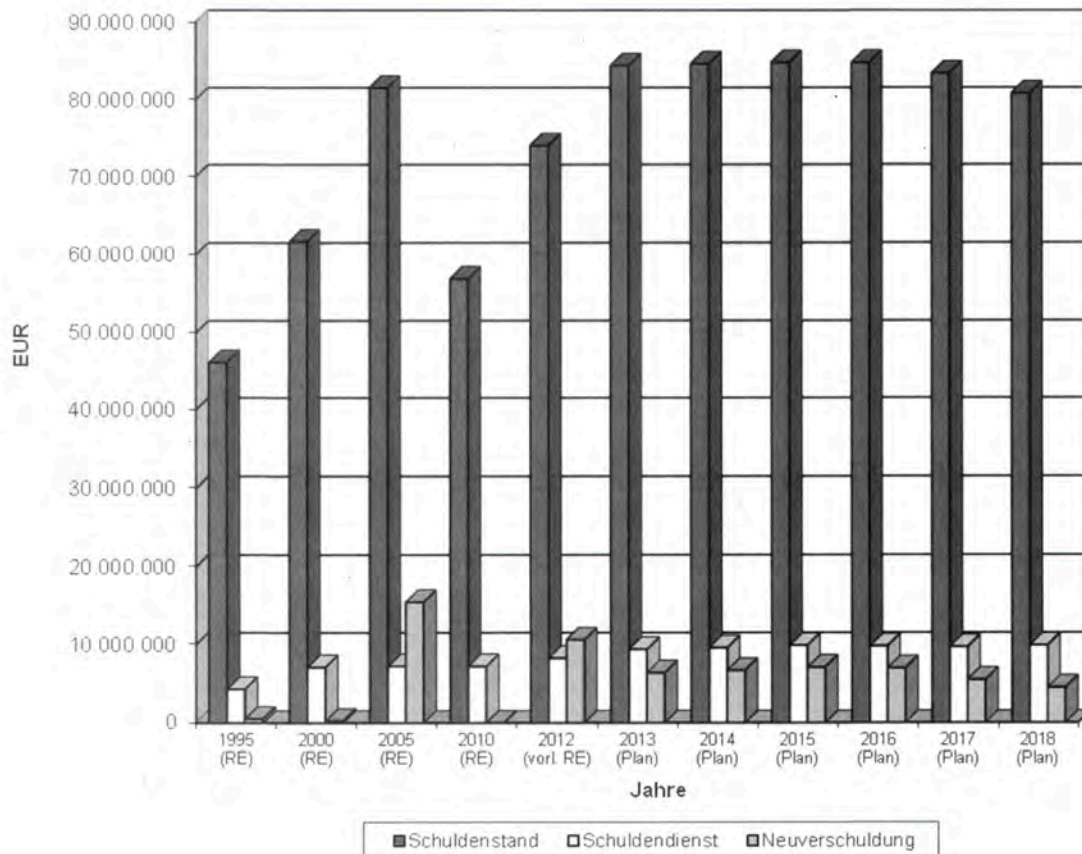
Die Investitionstätigkeit des Landkreises steigt 2016 nochmals an und wird ab 2017 zurückgeführt. Für die Kliniken sind ab dem Jahr 2014 jährliche Zuschüsse für Investitionen von 2,0 Mio. EUR eingeplant. Die Investitionen im Finanzplanungszeitraum in Höhe von insgesamt 47,34 Mio. EUR werden durch Kredite in Höhe von 30,8 Mio. EUR (65,06 %) finanziert.

Kredite – Schuldendienst

Der bisherige Höchststand der Verschuldung wurde nach Abschluss der großen Klinikinvestitionen und deren Finanzierung im Jahr 2005 mit 81,5 Mio. EUR erreicht. In den Jahren 2006 bis 2009 ermöglichte die positive wirtschaftliche Entwicklung und der Anstieg der kommunalen Steuerkraft auf Kreditaufnahmen bei der Investitionsfinanzierung zu verzichten. Dadurch wurde es möglich, den Schuldenstand in Höhe der jährlichen Tilgung von ca. 5 Mio. EUR um insgesamt 20 Mio. EUR zum 31.12.2009 auf 61,7 Mio. EUR abzubauen. Die Verschuldung betrug am 31.12.2010 noch 56,9 Mio. EUR. Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind zur Finanzierung der Investitionen vor allem im Bereich der Beruflichen Schulen und Kreiskliniken wieder Kreditaufnahmen erforderlich. Im Jahr 2014 müssen zur Finanzierung der Investitionen Darlehen in Höhe von 6,7 Mio. EUR aufgenommen werden. Die Verschuldung incl. der Kassenkredite betrug nach der Schuldenstandstatistik des Statistischen Landesamts am 31.12.2013 93,65 Mio. EUR oder 341 EUR/Einwohner (Vorjahr: 91,02 Mio. EUR oder 324 EUR/Einwohner). Die durchschnittliche Verschuldung der baden-württembergischen Landkreise lag bei 199 EUR/Einwohner. Nur noch ein Landkreis in Baden-Württemberg hat eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als der Landkreis Reutlingen. Nach dem Finanzplan soll der Schuldenstand (ohne Kassenkredite) bis zum Jahr 2016 nicht weiter ansteigen. Dennoch wird der Schuldendienst im Finanzplanungszeitraum von 9,6 Mio. EUR in 2014 auf 9,9 Mio. EUR in 2015 (+3,1 %) ansteigen.



Entwicklung der Schulden 1995 - 2018



Reutlingen, den 02. Oktober 2014

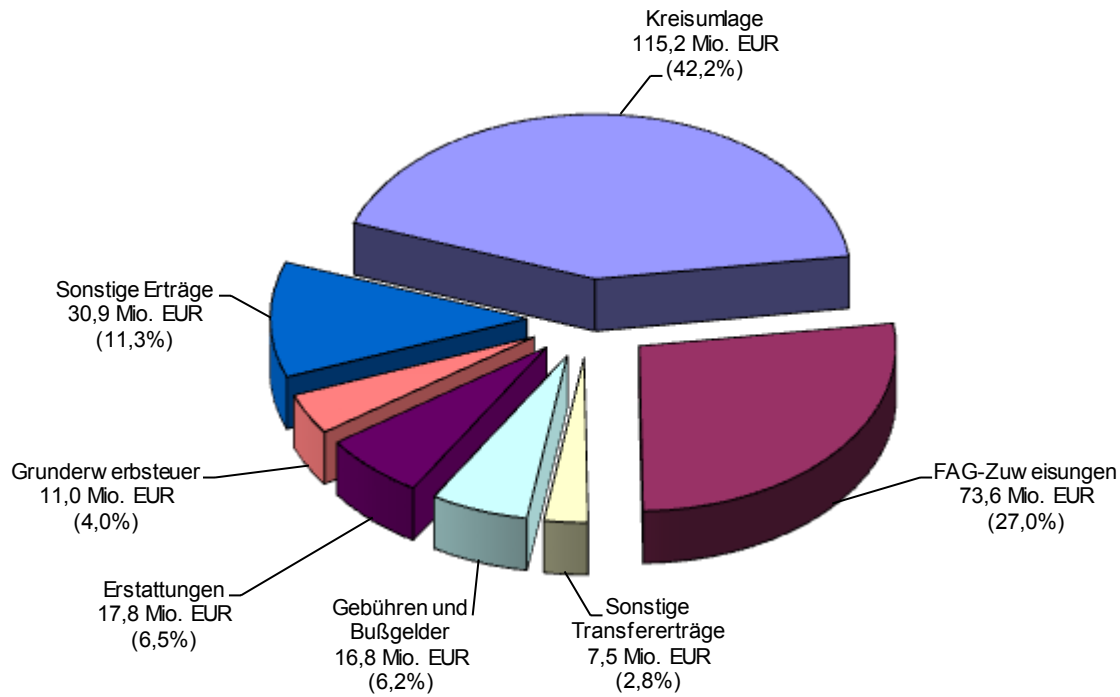
Wolfgang Klett
 Kreiskämmerer

Wichtige finanzwirtschaftliche Daten 1990 - 2015

	1990	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	vorl. RE EUR	HH-Plan EUR	HH-Plan EUR	Entwurf EUR
1. Haushalt									
Gesamthaushalt	97.928.986	135.217.310	153.157.905	213.839.523	251.368.640	250.891.036	259.623.202	280.833.429	295.633.862
davon Ergebnishaushalt	83.259.867	119.775.066	136.265.906	186.130.776	240.958.581	229.288.930	239.210.872	258.298.164	272.858.312
Vermögenshaushalt/ab 2011 Finanzhaushalt	14.669.119	15.442.243	16.891.999	27.708.747	10.410.059	21.602.107	20.412.330	22.535.265	22.775.550
2. Einzelne Einnahmen									
Kreisumlage									
Aufkommen	32.781.916	59.294.008	76.137.532	77.561.044	92.506.045	92.313.537	99.306.000	110.382.000	115.230.000
Hebesatz	20,00%	28,20%	33,00%	37,20%	31,00%	33,00%	32,50%	32,75%	34,25%
Hebesatz Landesdurchschnitt	19,83%	25,72%	30,23%	36,60%	31,43%	33,68%	33,12%		
Steuerkraftsumme Gemeinden	163.854.128	210.324.249	230.719.091	208.497.431	298.406.596	279.001.317	305.558.265	337.046.276	336.439.216
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %		1,01%	11,67%	-6,35%	1,43%	4,23%	9,52%	10,31%	-0,18%
Grunderwerbsteuer	12.080.652	12.209.088	10.504.544	10.117.180	10.001.728	10.791.160	11.000.000	11.500.000	11.000.000
Gebühren der unteren Verwaltungsbehörde	2.722.426	3.554.888	4.009.331	3.860.430	3.944.545	5.171.980	5.006.600	5.169.200	5.298.300
Bußgelder	537.411	779.861	871.110	933.826	1.476.756	1.600.805	1.970.500	1.891.300	1.909.500
FAG-Zuweisung									
mangelnde Steuerkraft	6.410.600	7.031.917	8.299.536	14.954.997	27.402.058	28.194.629	29.462.000	28.489.000	34.880.000
Einwohnerzahl	3.088.244	3.017.261	3.091.922	3.163.356	3.159.395	3.155.365	3.156.000	3.122.000	3.100.000
Sonderbehörden	-	948.303	1.878.998	1.863.988	2.778.482	2.550.618	2.717.000	2.771.000	2.855.000
Soziallastenausgleich (§ 21 FAG) und	-	-	735.520	524.845	572.339	4.075.734	2.023.000	3.142.000	2.986.000
Eingliederungshilfenlastenausgleich (§ 21a FAG)	-	-	-	-	317.905	-	-	-	-
Status-Quo-Ausgleich (§ 22 FAG)	-	-	-	6.877.675	7.012.261	6.152.419	6.451.000	6.053.000	6.392.000
3. Einzelne Ausgaben									
Personalausgaben	11.504.444	16.697.201	19.873.936	34.227.387	37.898.231	40.220.869	41.950.000	43.863.000	45.367.000
Zuschuss Sozialhaushalt (Einzelleistungen)	15.356.345	28.953.504	37.601.697	73.332.205	94.247.257	91.003.695	94.498.100	95.430.850	100.259.800
Kreislinken	-	1.838.094	2.047.628	-	-	-	-	5.938.000	6.575.000
Abdeckung Betriebsverluste	-	10.023.748	4.702.238	11.655.145	3.587.367	6.709.887	2.862.000	2.005.000	2.005.000
Trägerzuschüsse für Investitionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umlage LWV/KVJS	17.624.262	30.901.959	22.420.266	2.658.808	926.012	979.142	1.062.000	1.158.000	1.240.000
Hebesatz	9,90%	13,30%	9,00%	9,00%	7.424.515	8.411.379	8.174.000	8.948.000	9.128.000
FAG-Umlage	2.592.793	4.416.766	3.761.674	3.452.890	7.424.515	8.411.379	8.174.000	8.948.000	9.128.000
4. Schulden, Schuldenstand zum 31.12.									
Kreditaufnahme	-	511.292	255.645	14.714.495	0	10.650.000	6.400.000	6.700.000	7.100.000
Zinsen für Kredite	1.768.014	3.185.003	3.517.120	3.211.205	2.421.535	2.724.741	3.080.000	3.000.000	2.900.000
Tilgung	1.826.027	1.141.264	3.579.966	4.020.243	4.791.570	5.557.239	6.400.000	6.700.000	7.100.000
5. Zuführung zum Vermögenshaushalt/ Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit									
Netto-Investitionsrate	9.092.474	2.235.346	13.042.659	3.673.300	2.065.801	1.704.278	-	-	197.744
Fehlbeitragabdeckung	-	-	-	2.161.963	-	-	-	-	-
6. Zuführung zum Verwaltungshaushalt/ Zahlungsmittelbedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit									
Fehlbeitrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-

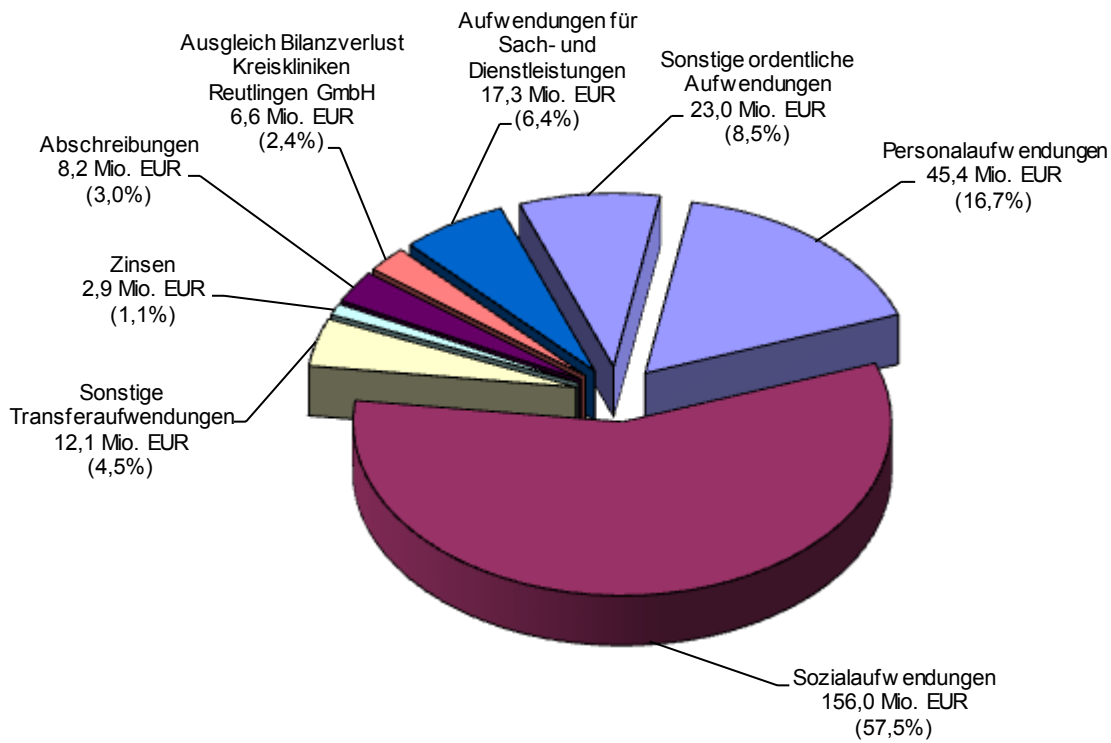


Ergebnishaushalt ordentliche Erträge



Haushaltsvolumen: 272.858.312 EUR

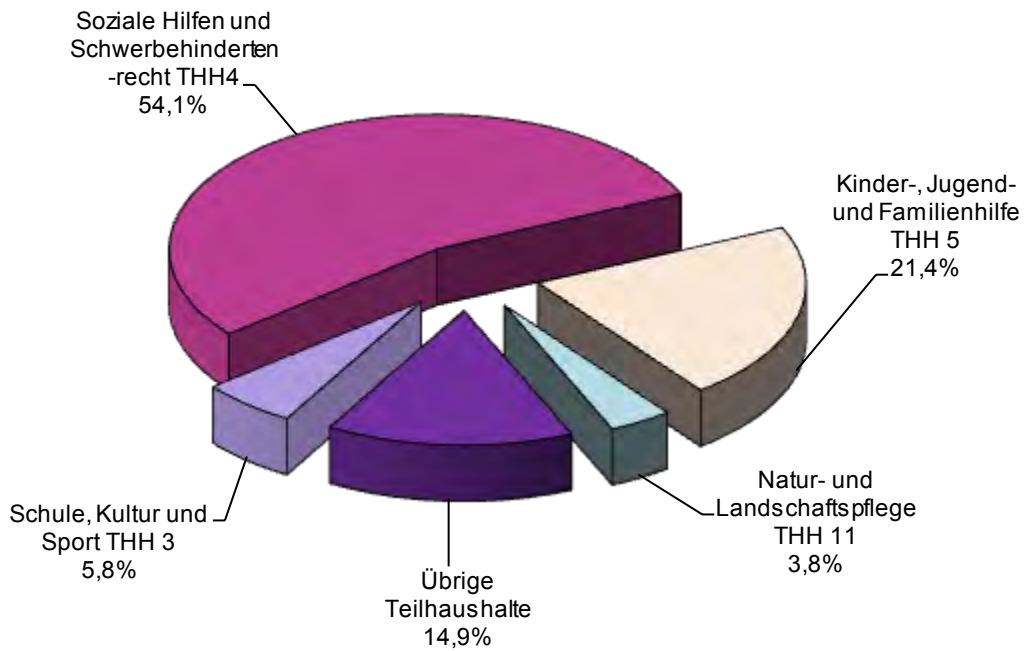
Ergebnishaushalt ordentliche Aufwendungen



Haushaltsvolumen: 271.433.203 EUR

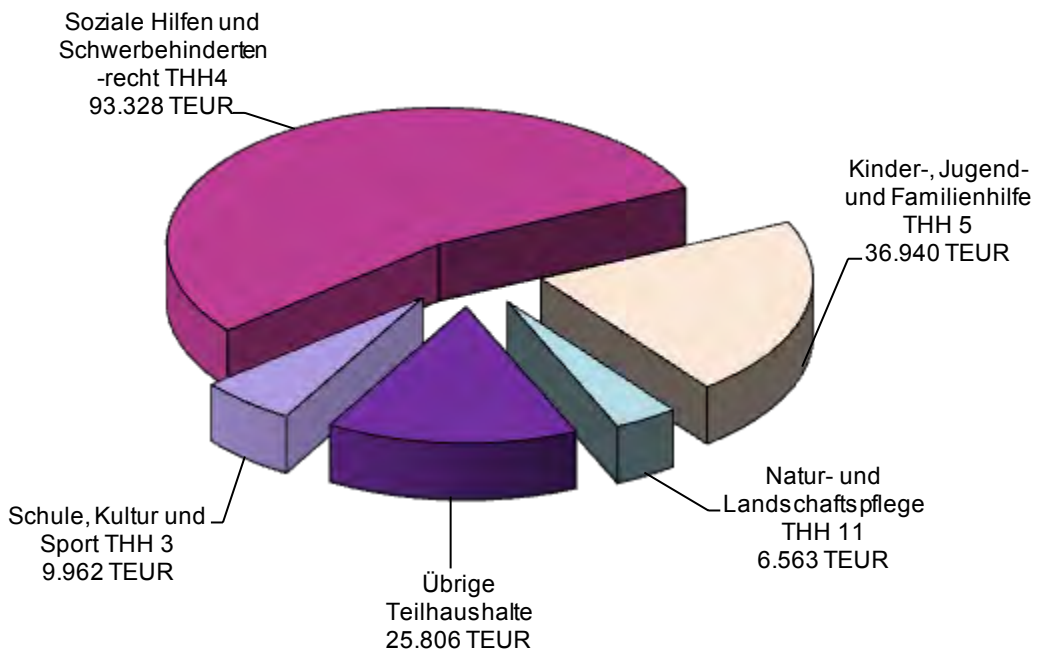


**Ergebnishaushalt
Zuschussbedarf in %**



Zuschussbedarf: 172.598.136 EUR

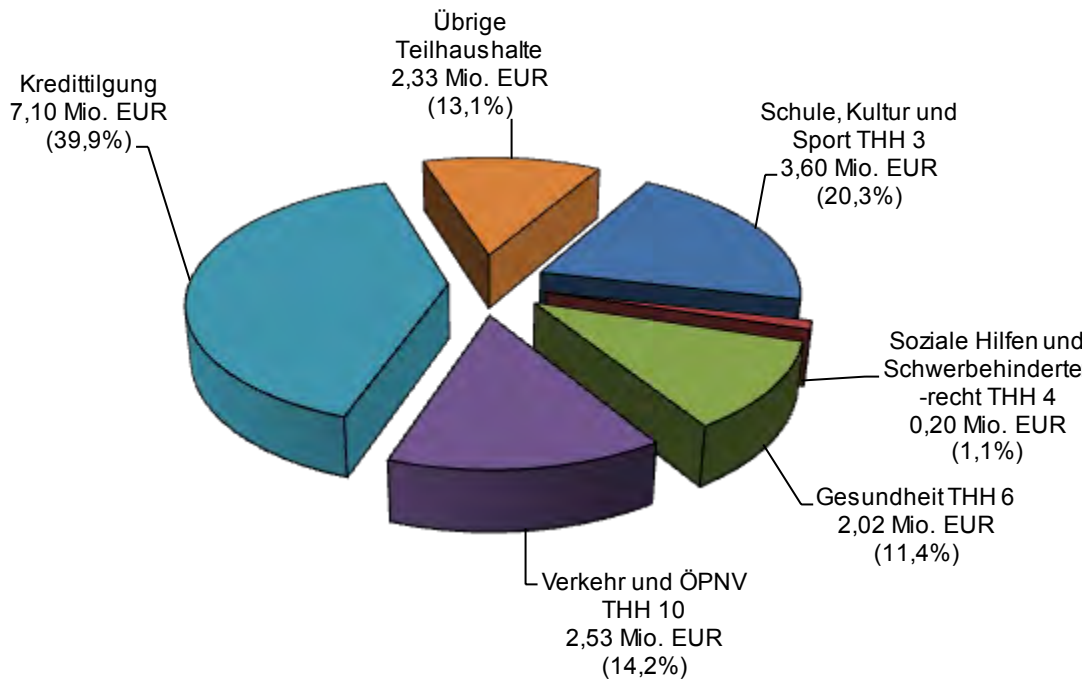
**Ergebnishaushalt
Zuschussbedarf in TEUR**



Zuschussbedarf: 172.598.136 EUR

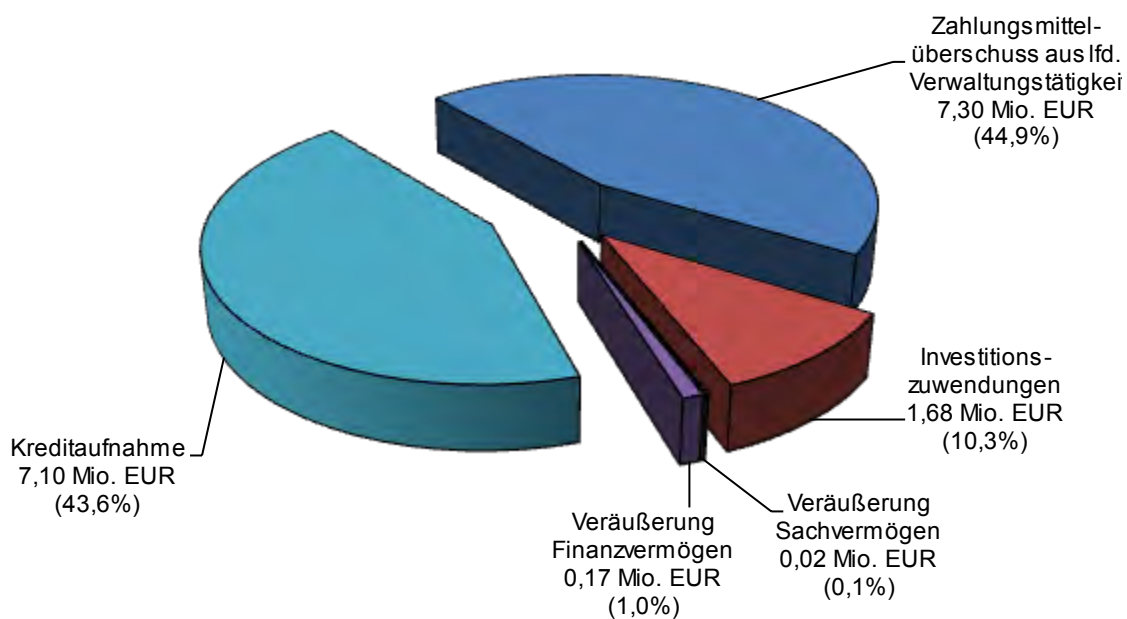


Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit



Höhe der Auszahlungen (ohne Umschuldungen): 17.775.550 EUR

Einzahlungen aus Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit



Höhe der Einzahlungen (ohne Umschuldungen): 16.266.844 EUR





LANDKREIS REUTLINGEN - EINWOHNER

Der Landkreis Reutlingen liegt mit seiner Einwohnerzahl unter den 35 Landkreisen von Baden-Württemberg an 10. Stelle (Zahl in Klammern ergibt die Reihenfolge nach der Steuerkraft je Einwohner).

Einwohner am 31.12.2013	1	(3)	Reutlingen	111 357
	2	(2)	Metzingen	21 172
	3	(9)	Pfullingen	17 584
	4	(4)	Münsingen	13 958
	5	(8)	Bad Urach	11 862
	6	(5)	Eningen	10 672
	7	(6)	Pliezhausen	9 310
	8	(19)	Lichtenstein	9 194
	9	(1)	Dettingen	9 189
	10	(18)	Sonnenbühl	6 978
	11	(12)	Trochtelfingen	6 333
	12	(17)	Engstingen	5 165
	13	(20)	Wannweil	5 127
	14	(16)	St. Johann	5 024
	15	(10)	Walddorfhäslach	4 906
	16	(7)	Riederich	4 261
	17	(21)	Römerstein	3 985
	18	(15)	Hohenstein	3 660
	19	(22)	Hülben	2 841
	20	(11)	Grafenberg	2 525
	21	(26)	Gomadingen	2 220
	22	(23)	Zwiefalten	2 148
	23	(13)	Hayingen	2 141
	24	(25)	Grabenstetten	1 610
	25	(14)	Pfronstetten	1 461
	26	(24)	Mehrstetten	1 336
				<hr/>
			Landkreis insgesamt	276 019
			am 30.06.2013	274 947
			am 30.06.2012	273 889

Bei einer Fläche des Landkreises von 1.094 km² ergibt sich auf 31.12.2013 eine Bevölkerungsdichte von 253 Einwohner/km².



LANDKREIS REUTLINGEN - KREISGEBIET





Zuordnung der wesentlichen Sachkonten

Zeile	Kontengruppen	Konto	Bezeichnung
1	Steuern und ähnliche Abgaben Kontengruppe 30	30110000	Grundsteuer A
		30120000	Grundsteuer B
		30130000	Gewerbesteuer
		30220000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer
		30330000	Jagdsteuer
		30521000	Leistungen des Landes zur Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
2	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) Kontengruppe 31	31110000	Schlüsselzuweisungen vom Land
		31310000	Sonstige allg. Zuweisungen Land
		31310010	Zuweisungen Land §11 (1) FAG (Einw.)
		31310020	Zuweisungen Land §11 (3) FAG (Vw.geb.)
		31310025	Zuweisungen Land §11 (3) FAG (Buß-/Zwangsgeld.)
		31310030	Zuweisungen Land §11 (3) FAG (Verm.geb.)
		31310040	Zuw. Land §11 (3) FAG (Katastergeb.)
		31310050	Zuw. Land §11 (4) FAG (Sonderbeh.)
		31310060	Zuweisungen Land §11 (5) FAG (VRG)
		31410000	Zuweis. lfd. Zwecke Land
		31410010	Zuw. Land §17 FAG (Sachkostenbeiträge)
		31410020	Zuw. Land §18 (3) FAG (Schülerbeförd.)
		31410030	Zuw. Land §25 FAG (Verkehrslasten)
		31410040	Zuweisungen Land §28 FAG (ÖPNV)
		31410050	Zuweisungen Land §29 FAG (Ausbildung)
		31410060	Zuweisungen Land §39(18) FAG (Erstatt.)
		31410070	Zuweisungen Land §29c FAG
		31411000	Ausgleichsleistungen Bund Grundsicherung
		31418000	Einglied.hilfelastenausgleich §21a FAG
		31419000	Lfd. Zuw. Sozialhilfelasten §21 FAG
		31420000	Zuweis. lfd. Zwecke Gem./GV
		31470000	Zuweis. lfd. Zwecke priv. Unternehmen
		31510000	Zuweisung Aufkommen Grunderwerbsteuer
		31610000	Aufl. SoPo aus Zuweisungen Land
		31821000	Kreisumlage
		31829000	Zuweisung nach § 22 FAG (Status-quo-Ausgleich)
31911110	Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende		
3	Sonstige Transfererträge Kontengruppe 32	321*	Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen
		322*	Ersatz von sozialen Einrichtungen in Einrichtungen
4	Gebühren und ähnliche Abgaben Kontengruppe 33	33110000	Verwaltungsgebühren
		33210000	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte
		33219000	Erträge aus der Gebührenrückstellung
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte Kontenarten 341-346	34110000	Mieten und Pachten
		34120000	Erbbauzins
		34210000	Erträge aus Verkauf
		34220000	Erträge aus der Veräußerung von GVG
		34610000	Sonstige privatrechl. Leistungsentgelte
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen Kontenart 348	34800000	Erstattungen vom Bund
		34810000	Erstattungen vom Land
		34820000	Erstattungen von Gemeinden und GV
		34840000	Erstattungen von Sozialversicherungen
		34850000	Erstattungen von verbundenen Unternehmen
		34860000	Erstattungen von sonstigen öffentl. Sonderrechnungen
		34870000	Erstattungen von privaten Unternehmen
		34880000	Erstattungen von übrigen Bereichen
7	Finanzerträge Kontengruppe 36	36120000	Zinsertrag von Gemeinden und GV
		36170000	Zinsertrag von Kreditinstituten
		36510000	Erträge aus Gewinnanteilen aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
8	Aktivierete Eigenleistungen Kontengruppe 37	37110000	Aktivierete Eigenleistungen
9	Sonstige ordentliche Erträge Kontengruppe 35	35620000	Säumniszuschläge, Mahngeb. u. ähnl. NF
		35910000	Andere sonstige ordentliche Erträge
11	Personalaufwendungen Kontengruppe 40	40110000	Dienstaufwendungen für Beamte
		40120000	Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer
		40210000	Beiträge Versorgungskasse Beamte
		40220000	Beiträge Versorgungskasse Arbeitnehmer
		40310000	Sozialversicherungsbeiträge Beamte
		40320000	Sozialversicherungsbeiträge Arbeitnehmer
40410000	Beihilfen, Unterstützungs- l. Beschäftigte		



Zeile	Kontengruppen	Konto	Bezeichnung
12	Versorgungsaufwendungen Kontengruppe 41	41410000	Beihilfen, Unterstützungen Vers.empfäng.
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Kontengruppe 42	42110000	UH Grundst.baul.Anl.
		42120000	Unterh. des sonst. unbewegl. Vermögens
		42129000	Aufwand für Nachsorgerückstellung
		42210000	Unterh. des bewegl. Vermögens
		42220000	Erwerb von GVG
		42310000	Mieten und Pachten
		42320000	Leasing
		42410000	Aufwendungen Energie
		42410010	Aufwand für Strom
		42410020	Aufwand für Heizung und Warmwasser
		42420000	Aufwand für Wasserversorgung
		42430000	Aufwand für Abfallbeseitigungen
		42440000	Aufwand für Abwasserbeseitigung
		42450000	Aufwand für Gebäudereinigung
		42460000	Aufwand für gebäudebezogene Versicherungen
		42470000	Aufwand für gebäudebezogene Steuern
		42490000	Sonst.Bewirtsch.Grundst.u. baul. Anlagen
		42510000	Haltung von Fahrzeugen
		42610000	Dienst- und Schutzkleidung
		42620000	Aus- u. Fortbildung, Umschulung
		42690000	Sonstige bes. Aufwendungen f.Beschäft.
		42710000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.
		42720000	Aufwendungen für EDV
		42740000	Aufwand für Lehr- und Unterrichtsmittel
		42750000	Aufwand für Lernmittel
		42760000	Besondere schulische Aufwendungen
		42790000	Sonstige Aufwendungen Sachleistungen
		42810040	Streugut Winterdienst
14	Planmäßige Abschreibungen Kontengruppe 47	471*	Abschreibungen
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen Kontengruppe 45	45160000	Zinsaufwendungen an s.öff.SR
		45170000	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute
16	Transferaufwendungen Kontengruppe 43	43110000	Zuweisungen an das Land
		43120000	Zuweisungen an Gemeinden (GV)
		43130000	Zuweisungen an Zweckverbände u.dgl.
		43150000	Zuschüsse an verbundene Unternehmen
		43160000	Zuschüsse an sonstige öff. Sonderr.
		43170000	Zuschüsse an private Unternehmen
		43180000	Zuschüsse an übrige Bereiche
		433*	Sozialtransferaufwendungen
		43520000	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden (GV)
		43710000	Allgemeine Umlagen an das Land
		43720001	Umlage an den KVJS BW
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen Kontengruppe 44	44110000	Sonstige Personal- und Versorgungsaufw.
		44210000	Aufw. f. ehrenamtl.u. sonst.Tätigkeit
		44294000	Rechts- und Beratungskosten
		44295000	Aufwendungen für Schülerbeförderung
		44296000	Verfügungsmittel Landrat (§13 GemHVO)
		44297000	Mitgliedsbeiträge
		44310000	Geschäftsaufwendungen
		44430000	Versicherungen
		44440000	Aufwendungen für Schadensfälle
		44500000	Erstattungen an den Bund
		44510000	Erstattungen an das Land
		44510200	Erstattungen f. Personal an Land (VRG)
		44520000	Erstattungen an Gemeinden (GV)
		44530000	Erstattungen an Zweckverbände u. dergl.
		44560000	Erstattungen an sonstige öffentl. Sonderrechnungen
		44570000	Erstattungen an private Unternehmen
		44570200	Erstattungen f. Personal an private Unternehmen
		44580000	Erstattungen an übrige Bereiche
		44610000	Leist.bet.Umsetz.Grundsich.Arbeitsss.
		44610000	Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
		44990000	Globaler Minderaufwand



Budgetierungsregeln

Zum Vollzug des Haushaltsplanes 2015 insbesondere im Hinblick auf die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird bezüglich der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen folgendes festgelegt:

1. Vorbemerkung

Nach § 4 Abs. 2 GemHVO bildet jeder Teilhaushalt mindestens ein Budget.

Ein Budget sind die im Haushaltsplan für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen, die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung zugewiesen sind.

Aufwendungen im Ergebnishaushalt, die zu einem Budget gehören, sind gegenseitig deckungsfähig, wenn im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt wird (§ 20 Abs. 1 GemHVO). Das Gleiche gilt für Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionstätigkeiten (§ 20 Abs. 3 GemHVO).

Die Deckungsfähigkeit bezieht sich nicht nur auf die vorhandenen Aufwands-, Ertrags-, Auszahlungs- und Einzahlungsansätze, sondern auch auf die entsprechenden Kontierungselemente (Aufträge, Kostenstellen, PSP-Elemente) ohne Planansatz einschließlich etwaiger im Laufe des Jahres zu eröffnender Kontierungselemente.

2. Ergebnishaushalt

2.1 Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Der **Teilhaushalt 4 (Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht)** und der **Teilhaushalt 5 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe)** bilden jeweils ein Budget. Die Aufwendungen des jeweiligen Teilhaushalts sind gegenseitig deckungsfähig.

Ansonsten sind innerhalb der Teilhaushalte die Aufwendungen **eines Produktbereichs** gegenseitig deckungsfähig.

Ausnahmen:

- a) **Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie die Aufwendungen für Erstattungen für Personal an das Land** werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- b) **Dienstreisen / Reisekosten** mit zentraler Bewirtschaftung durch das Amt 12 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- c) **EDV-Fallpreise und EDV-Leasing** werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.



- d) **Beschaffungen, Arbeitsschutz, Bekanntmachungen und Anzeigen, Bücher und Zeitschriften, EDV-Fortbildung, Schutzkleidung und Telefongebühren** mit zentraler Bewirtschaftung durch Amt 12 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind jeweils über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- e) **Verfügungsmittel** des Landrats werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen.
- f) **Abschreibungen** werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.
- g) **Aufwendungen für interne Leistungsverrechnungen** sowie kalkulatorische Zinsen werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig. Etwaige Mehraufwendungen werden durch in gleicher Höhe entstehende Mehrerträge abgedeckt.

2.2 Zweckbindung von Erträgen (unechte Deckungsfähigkeit)

Mehrerträge können für Mehraufwendungen des Ergebnishaushalts verwendet werden. Wenigererträge sollen durch Wenigeraufwendungen ausgeglichen werden (vgl. § 19 Abs. 2 GemHVO).

Im Teilhaushalt 4 (Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht) und Teilhaushalt 5 (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) sind die Erträge des jeweiligen Teilhaushalts zweckgebunden für die Aufwendungen des jeweiligen Teilhaushalts.

Ansonsten sind die Erträge der einzelnen Produktbereiche zweckgebunden für die Aufwendungen des jeweiligen Produktbereichs.

Ausnahmen:

- a) Dies gilt nicht für Mehrerträge aus Steuern, allgemeinen Zuweisungen, allgemeinen Umlagen sowie den Mehrerträgen aus der Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen.
- b) Mehrerträge aus der internen Leistungsverrechnung sowie den kalkulatorischen Zinsen stehen für die entsprechenden Mehraufwendungen zur Verfügung.

3. Finanzhaushalt

Mehreinzahlungen können für Mehrauszahlungen des Finanzhaushalts verwendet werden. Wenigereinzahlungen sollen durch Wenigerauszahlungen ausgeglichen werden (vgl. § 19 Abs. 4 GemHVO).

Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen sind innerhalb der jeweiligen Produktbereiche gegenseitig deckungsfähig.

Ausnahmen:

- a) Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen mit zentraler Bewirtschaftung durch Amt 12 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.



- b) Auszahlungen für den Erwerb von Fahrzeugen mit zentraler Bewirtschaftung durch Amt 11 werden nicht in die Deckungsfähigkeit einbezogen. Sie sind über den gesamten Haushalt gegenseitig deckungsfähig.

4. Übertragbarkeit

Alle Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets werden grundsätzlich für übertragbar erklärt (§ 21 Abs. 2 GemHVO).

Die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen bleiben gem. § 21 Abs. 1 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für Ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres wird unter Berücksichtigung der gesamten finanziellen Entwicklung des Landkreises entschieden, ob und welche „freien Mittel“ eines Budgets in das Folgejahr übertragen werden. Die Zuständigkeit für die Übertragung der Haushaltsmittel richtet sich nach der Regelung in der Hauptsatzung.

5. Budgetverantwortung

Die Amtsleiter und die Leiter der Stabsstellen haben die Verantwortung für die Einhaltung der Budgets in ihrem Aufgabenbereich.

Änderungen der Budgetvorgaben bedürfen der Zustimmung entsprechend der Zuständigkeit für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach der Hauptsatzung, der Zuständigkeitsordnung und dem Zuständigkeitsverzeichnis.

6. Vollzug des Haushalts

Änderungen der Deckungsfähigkeit können von der Kreiskämmerei insbesondere im Interesse der Stärkung der Budgetverantwortung zugelassen werden.



Landkreis Reutlingen

Gesamtplan

2015



Haushaltsquerschnitt Ergebnishaushalt

Bezeichnung Teilhaushalte		anteilige ordentliche Erträge	anteilige ordentliche Auf- wendungen	anteilige Fehlbetrags- deckung aus Vorjahren	Erträge aus internen Leistungen	Auf- wendungen für interne Leistungen	Kalkula- torische Kosten	Nettores- sourcen- bedarf/- überschuss (Summe Spalte 1 bis 6)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
THH1	Innere Verwaltung	750.912	-15.772.459	0	15.130.482	-204.975	-582.355	-678.395
THH2	Sicherheit und Ordnung	5.958.202	-6.981.495	0	623.912	-2.365.312	-48.897	-2.813.591
THH3	Schule, Kultur und Sport	14.554.300	-20.745.419	0	76.653	-1.600.735	-2.246.840	-9.962.041
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht	39.723.733	-128.875.269	0	1.621	-4.072.490	-105.147	-93.327.553
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	6.948.000	-41.577.993	0	1.700	-2.310.740	-800	-36.939.833
THH6	Gesundheit	388.150	-9.492.365	0	5.100	-806.576	-797.590	-10.703.281
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung	401.500	-2.921.840	0	16.435	-1.060.949	-3.377	-3.568.231
THH8	Bauen und Wohnen	847.011	-867.214	0	240.665	-784.742	-139	-564.420
THH9	Abfallwirtschaft	10.196.354	-9.967.731	0	343.419	-548.941	-35.100	-12.000
THH10	Verkehr und ÖPNV	7.941.050	-11.725.026	0	1.881.676	-2.564.603	-1.010.543	-5.477.446
THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	2.470.600	-7.412.777	0	308.757	-1.925.457	-4.008	-6.562.885
THH12	Umweltschutz	210.000	-1.379.643	0	333.751	-653.934	-403	-1.490.229
THH13	Wirtschaft und Tourismus	0	-445.970	0	0	-52.215	-50	-498.236
THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft	182.468.500	-13.268.000	0	0	-12.500	4.835.250	174.023.250
	Summe	272.858.312	-271.433.203	0	18.964.170	-18.964.170	0	1.425.109



Haushaltsquerschnitt Finanzhaushalt

Bezeichnung Teilhaushalte		anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lauf. Verw.tätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Summe Spalten links)	Verpflichtungsermächtigungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7
THH1	Innere Verwaltung	-14.914.258	1.500	-1.508.000	0	0	-16.420.758	-6.250.000
THH2	Sicherheit und Ordnung	-404.072	205.000	-367.800	0	0	-566.872	0
THH3	Schule, Kultur und Sport	-3.666.807	0	-3.600.650	0	0	-7.267.457	-420.000
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht	-88.764.084	166.600	-200.000	0	0	-88.797.484	0
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-34.627.487	0	0	0	0	-34.627.487	0
THH6	Gesundheit	-7.976.845	1.000.000	-2.019.600	0	0	-8.996.445	0
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung	-2.480.166	0	-10.000	0	0	-2.490.166	0
THH8	Bauen und Wohnen	-74.467	0	0	0	0	-74.467	0
THH9	Abfallwirtschaft	-147.800	0	-425.000	0	0	-572.800	-25.000
THH10	Verkehr und ÖPNV	-2.359.858	496.000	-2.525.000	0	0	-4.388.858	-5.390.000
THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft	-4.867.752	0	-13.500	0	0	-4.881.252	0
THH12	Umweltschutz	-1.198.835	0	-6.000	0	0	-1.204.835	0
THH13	Wirtschaft und Tourismus	-420.325	0	0	0	0	-420.325	0
THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft	169.200.500	0	0	12.100.000	-12.100.000	169.200.500	0
	Summe	7.297.744	1.869.100	-10.675.550	12.100.000	-12.100.000	-1.508.706	-12.085.000



Gesamt - Ergebnishaushalt

Ifd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.300.000	1.720.000	2.430.083
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	234.415.400	220.636.550	205.761.648
3	+	Sonstige Transfererträge	7.534.500	7.557.650	8.588.820
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	9.214.912	9.362.228	7.983.768
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.832.900	1.901.550	2.470.038
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.769.850	15.731.636	14.939.344
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	574.350	1.203.300	1.686.892
8	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	10.000	0	51.302
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	206.400	185.250	329.562
10	=	Ordentliche Erträge	272.858.312	258.298.164	244.241.457
11	-	Personalaufwendungen	-44.298.659	-42.742.240	-40.497.843
12	-	Versorgungsaufwendungen	-417.909	-463.000	-411.755
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.303.550	-15.534.625	-15.309.748
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-8.226.200	-7.814.550	-127.857
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.911.270	-3.011.500	-2.708.179
16	-	Transferaufwendungen	-99.101.733	-93.483.490	-88.286.530
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-99.173.882	-94.272.550	-85.547.306
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-271.433.203	-257.321.955	-232.889.217
19	=	Ordentliches Ergebnis	1.425.109	976.209	11.352.240
21	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.425.109	976.209	11.352.240
22	+	Außerordentliche Erträge	0	0	102.749
24	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0	102.749
25	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	1.425.109	976.209	11.454.989



Gesamt - Finanzhaushalt

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	270.425.947	255.210.586	243.888.871
2	-	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-263.128.203	-249.460.905	-235.298.871
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Ifd. Verwaltungstätigkeit	7.297.744	5.749.681	8.590.000
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.680.000	1.737.200	2.232.186
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	22.500	17.000	413.664
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	16.783
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	166.600	182.700	207.714
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.869.100	1.936.900	2.870.347
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000	-14.176
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.045.000	-4.657.000	-3.015.380
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.365.550	-1.742.265	-1.242.449
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.255.000	-2.426.000	-4.143.245
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-10.675.550	-8.835.265	-8.415.250
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-8.806.450	-6.898.365	-5.544.903
18	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-1.508.706	-1.148.684	3.045.097
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	12.100.000	13.700.000	11.600.000
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-12.100.000	-13.700.000	-5.990.195
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	5.609.805
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des HH-jahres	-1.508.706	-1.148.684	8.654.902

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	vorl. RE 2013 EUR
zu Ifd. Nr. 19:			
Aufnahme von Krediten in Höhe von	7.100.000	6.700.000	11.600.000
Einzahlungen aus Umschuldungen	5.000.000	7.000.000	0
zu Ifd. Nr. 20:			
ordentliche Kredittilgungen in Höhe von	7.100.000	6.700.000	5.990.195
Auszahlungen für Umschuldungen	5.000.000	7.000.000	0





Teilhaushalt 1

Innere Verwaltung

Bestehend aus den Produktgruppen

- 11.10 Steuerung
- 11.11 Kommunale Willensbildung
- 11.12 Zentrale Steuerungsunterstützung/Controlling
- 11.13 Rechnungsprüfung
- 11.14 Zentrale Funktionen
- 11.20 Organisation und EDV
- 11.21 Personalwesen
- 11.22 Finanzverwaltung/Kasse
- 11.23 Justizariat
- 11.24 Gebäudemanagement, techn. Immobilienmanagement
- 11.25 Fahrzeuge
- 11.26 Zentrale Dienstleistungen
- 11.30 Interne und externe Kommunikation
- 11.31 Kommunalaufsicht
- 11.33 Grundstücksmanagement



THH1

Innere Verwaltung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	73.762	70.643	68.027
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	70.600	68.350	77.635
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	485.050	545.800	502.927
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	300	300	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	121.200	116.750	189.279
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	750.912	801.843	837.869
11	-	Personalaufwendungen	-7.146.887	-7.079.861	-6.951.090
12	-	Versorgungsaufwendungen	-417.909	-463.000	-411.755
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.169.772	-3.991.803	-3.718.788
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-875.497	-817.116	-95.915
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-11.270	-11.500	-9.482
16	-	Transferaufwendungen	-80.000	-95.000	-52.115
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.071.124	-1.982.306	-1.397.358
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-15.772.459	-14.440.587	-12.636.503
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-15.021.547	-13.638.743	-11.798.634
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-15.021.547	-13.638.743	-11.798.634
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	15.130.482	13.935.014	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-204.975	-206.286	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-582.355	-749.054	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	14.343.152	12.979.674	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-678.395	-659.069	-11.798.634

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 11	145,49	142,49	138,49



THH1

Innere Verwaltung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.500	1.500	328.869
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.500	1.500	328.869
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.250.000	-1.300.000	-494.594
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-248.000	-175.000	-101.224
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.508.000	-1.485.000	-595.818
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.506.500	-1.483.500	-266.949



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.10	Steuerung

Verantwortung

Kreistag, Ausschüsse, Landrat, Dezernenten

Kurzbeschreibung

Diese Produktgruppe umfasst die Steuerungsleistungen für den Landkreis als Selbstverwaltungsorgan zum Wohle seiner Einwohner durch den Kreistag als politisches Gremium und Vertretung der Einwohner und seiner Ausschüsse und amtsübergreifende Steuerungsleistungen der Verwaltungsspitze, d.h. des Landrats und der Dezernenten.

Der Kreistag legt die Grundsätze für die Verwaltung fest und entscheidet über alle Angelegenheiten des Landkreises.

Der Landrat leitet das Landratsamt. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation des Landratsamts. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Hauptsatzung, Beschlüsse der Kreisgremien

Produkte

- 11.10.01 Steuerung



THH1
11
11.10

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Steuerung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.600	3.600	3.376
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.600	3.600	3.376
11	-	Personalaufwendungen	-533.415	-496.709	-507.287
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-33.102	-27.686	-20.584
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-6.799	-6.792	0
16	-	Transferaufwendungen	-75.000	-90.000	-50.623
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-202.368	-196.879	-96.325
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-850.684	-818.066	-674.819
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-847.084	-814.466	-671.443
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-847.084	-814.466	-671.443
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	2.630.272	2.460.439	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.880.482	-1.742.026	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.706	-3.948	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	747.084	714.466	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-100.000	-100.000	-671.443

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16:		
GPA-Umlage	53.000	53.000
Prüfgebühr	22.000	37.000
zu Ifd. Nr. 17:		
Mitgliedsbeitrag an Landkreistag	91.000	85.000
Geschäftsaufwendungen	100.000	100.000



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.11	Kommunale Willensbildung

Verantwortung

Stabstelle Zentrale Verwaltung

Kurzbeschreibung

- Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung
- Besetzung Kreistagsausschüsse und sonstiger kommunaler Gremien
- Vorbereitung der Beratungsunterlagen, Prüfung der Vorlagen für die Kreisgremien aus allen Dezernaten und Ämtern
- Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
- Einsatz, Erweiterung und Pflege des Sitzungsdienstverfahrens Session samt Amts- und Bürgerinformationssystem
- Zusammenstellung, Pflege und Herausgabe des Kreisrechts

Ziele

strategisch

Fachliche Unterstützung der Gremien des Kreistags und des Landrats

operativ

- Optimierung der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzung
- Wirtschaftliche Aufgabenerfüllung

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Hauptsatzung, Satzung ehrenamtliche Entschädigung, Geschäftsordnung Kreistag, Kommunalwahlordnung, Kommunalwahlgesetz

Produkte

- 11.11.01 Geschäftsführung für den Kreistag und seine Ausschüsse



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.11 **Kommunale Willensbildung**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	1.000	308
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.000	1.000	308
11	-	Personalaufwendungen	-159.394	-152.070	-152.194
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-31.943	-26.009	-24.084
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-195	-195	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-107.611	-107.362	-105.954
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-299.143	-285.635	-282.233
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-298.143	-284.635	-281.925
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-298.143	-284.635	-281.925
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	369.011	356.719	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-70.867	-72.056	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-28	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	298.143	284.635	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-281.925



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.12	Steuerungsunterstützung/Controlling

Verantwortung

- Stabstelle Zentrale Verwaltung
- Kreiskämmerei
- Hauptamt

Kurzbeschreibung

Erarbeitung/Weiterentwicklung von Grundsätzen, Strategien und Standards (Handlungsrahmen) und deren Umsetzung bzw. Überwachung für die Bereiche

- Controlling
- Finanzwirtschaft, zentrale Angelegenheiten des Kassen- und Rechnungswesens
- Technikunterstützte Informationsverarbeitung, Organisation, Personalwirtschaft

Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung (Aufstellung Haushaltsplan) sowie Steuerung und Überwachung des Haushaltsvollzugs, Finanzberichterstattung, Aufstellung des Jahresabschlusses, Darlehens- und Schuldenverwaltung, Beteiligungmanagement

Ziele

strategisch

Sicherung der nachhaltigen finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises

Nachhaltige Optimierung der Verwaltung durch eine den Anforderungen angepasste

- finanzielle Ausstattung
- personelle Ausstattung
- Organisation
- technische Ausstattung

Unterstützung der Verwaltung zum sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen

operativ

- Entwicklung/Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Steuerungs- und Controllingsystems
- Zeitnahe Bereitstellung aller erforderlicher Entscheidungsgrundlagen für die Steuerung

Maßnahmen 2015

- Weiterentwicklung des Berichtswesens

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Gemeindeordnung Baden-Württemberg, Hauptsatzung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindekassenverordnung, Entscheidungen des Kreistags und der Verwaltungslleitung



Produkte

- 11.12.01 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)
- 11.12.02 Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung
- 11.12.03 Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budgetplans (Controlling)
- 11.12.04 Beteiligungsmanagement



THH1
11
11.12

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Steuerungsunterstützung/Controlling

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-468.240	-423.284	-419.281
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.717	-9.207	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-115	-117	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-41.217	-40.990	-37.006
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-521.289	-473.598	-456.287
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-521.289	-473.598	-456.287
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-521.289	-473.598	-456.287
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	548.474	500.732	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-27.181	-27.106	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4	-27	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	521.289	473.598	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-456.287



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.13	Rechnungsprüfung

Verantwortung

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

- Laufende Prüfung der Kassenvorgänge
- Örtliche Prüfung von Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen
- Prüfung und Bestätigung von Verwendungsnachweisen für Zuwendungen von Bund, Land und sonstigen Geldgebern
- Prüfung der Rechtmäßigkeit, der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung
- Sonstige übertragene Prüfungen außerhalb der Kommune sowie ihrer Sonder- und Treuhandvermögen
- Aufgaben der Vergabekontrollstelle

Ziele

strategisch

Sicherstellung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns, das einer Prüfungspflicht durch die Rechnungsprüfung unterzogen ist einschl. Vergabeverfahren

operativ

Wirtschaftliche Durchführung und Sicherstellen der termingerechten Prüfung

Auftragsgrundlagen

Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Gemeindeprüfungsordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Bürgerliches Gesetzbuch, Vergabeordnungen und alle einschlägigen und fachspezifischen Gesetze, Kreistags-Beschlüsse, Dienstanweisungen, Verwaltungsvorschriften

Produkte

- 11.13.01 Eigenprüfung
- 11.13.02 Übertragene Prüfungen



THH1 Innere Verwaltung
 11 Innere Verwaltung
 11.13 Rechnungsprüfung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.200	1.200	1.140
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.200	1.200	1.140
11	-	Personalaufwendungen	-264.738	-248.830	-252.735
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.095	-6.648	-19.960
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-56	-43	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.631	-1.237	-2.646
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-275.520	-256.758	-275.341
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-274.320	-255.558	-274.201
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-274.320	-255.558	-274.201
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	451.261	415.334	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-176.922	-159.747	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-19	-29	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	274.320	255.558	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-274.201



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.14	Zentrale Funktionen

Verantwortung

- Hauptamt
- Personalratsgremium „Örtlicher Personalrat“ zusammen mit Jugend- und Auszubildendenvertretung
- Personalratsgremium „Besonderer Personalrat“
- Schwerbehindertenvertreter
- Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung
- Presse- und Koordinierungsstelle
- Stabstelle Planung und Steuerung
- Verkehrs- und Ordnungsamt
- Geschäftsstelle „Inklusionskonferenz“

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung zentraler verwaltungsübergreifender Aufgaben wie

- Gleichstellung von Frau und Mann
- Personalvertretung
- Schwerbehindertenvertretung
- Datenschutzbeauftragter
- Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen (Vorbereiten und Durchführen von Veranstaltungen, Betreuung von Gästen, Partnerschaften und internationale Kontakte, Prüfung der Voraussetzungen und Vornahme von Ehrungen und Verleihung von Orden und Ehrenzeichen, repräsentativer Briefverkehr)
- Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund (siehe Beschreibung Schlüsselprodukt)
- Bürgerschaftliches Engagement
- Modellprojekt „Inklusionskonferenz“ im Landkreis Reutlingen

Ziele

strategisch

- Wahrung der Interessen der Beschäftigten und Beamten der Landkreisverwaltung
- Wahrung der Interessen der Schwerbehinderten in der Verwaltung
- Schutz personenbezogener Daten vor Missbrauch
- Angemessene zielgruppenorientierte Präsentation des Landkreises nach außen und nach innen
- Zufriedenheit bei Bürger/innen schaffen
- Solidarische Gesellschaft; Stärkung von „Wir-Gefühl“ und sozialem Miteinander
- Wahrnehmung von Bürgerverantwortung

operativ

- Aufgreifen aktueller Problemlagen, Beratung im Einzelfall
- Präsentation des Landkreises durch die Durchführung jährlicher Veranstaltungen und Gemeindebesuche
- Förderung von bestehendem und Aufbau von neuem bürgerschaftlichen Engagement, Vernetzung der Akteure aus verschiedenen Bereichen, Schaffung einer Anerkennungskultur



- Bestandserhebung über die Situation von Menschen mit Behinderung im Landkreis und Bedarfsanalyse; Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Erreichung eines barrierefreien Landkreises

Maßnahmen 2015

- Durchführung des Modellprojekts „Inklusionskonferenz“

Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Baden-Württemberg, Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Werkstättenverordnung (WVO), Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG), Landesdatenschutzgesetz und alle einschlägigen spezialgesetzlichen Regelungen, Geschäftsverteilungsplan, Partnerschaftsverträge, UN-Behindertenrechtskonvention, Bundes- und Landes-Aktionsplan-Inklusion, Beschluss Kreistag vom 24.07.2013

Produkte

- 11.14.01 Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Verwaltung
- 11.14.03 Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertretung
- 11.14.04 Schwerbehindertenvertretung
- 11.14.05 Datenschutzbeauftragter
- 11.14.06 Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentation und Veranstaltungen
- 11.14.07 Fördermittelmanagement
- 11.14.08 Kommunale Integrationsförderung (Schlüsselprodukt)
- 11.14.10 Bürgerschaftliches Engagement
- 11.14.50 Modellprojekt „Inklusionskonferenz“



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.14 **Zentrale Funktionen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	185.250	248.500	45.106
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	185.250	248.500	45.106
11	-	Personalaufwendungen	-436.495	-362.160	-245.911
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-95.653	-182.457	-57.034
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-86	-91	0
16	-	Transferaufwendungen	-5.000	-5.000	-1.492
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-121.498	-178.643	-37.527
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-658.733	-728.351	-341.964
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-473.483	-479.851	-296.858
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-473.483	-479.851	-296.858
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	547.778	513.662	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-74.292	-33.784	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-3	-26	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	473.483	479.851	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-296.858

ERLÄUTERUNGEN

Erträge und Aufwendungen für Fördermittelmanagement waren bis einschl. 2013 bei Produktgruppe 55.60 geplant, müssen künftig aber aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes bei 11.14 ausgewiesen werden.

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 13:		
Repräsentationen, Tagungen	25.000	30.000
Kommunale Integrationsförderung:		
- Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	1.000	1.000
- Sonstige Sach- und Dienstleistungen	30.000	57.000
Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen:		
- Mieten und Pachten	9.000	0
- Leasing für EDV-Ausstattung	2.030	0
- Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	20.300	89.000
- Aufwendungen für Softwarelizenzen	3.270	0
Europaangelegenheiten, Internationales u. Fördermittelmanagement:		
- Aus- und Fortbildung	300	900
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>4.753</u>	<u>4.557</u>
Summe	95.653	182.457
zu lfd. Nr. 17:		
Erstattungen für Personal an Land	24.589	24.000
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	11.200	13.100
Dienstfahrten, Reisekosten	500	0
Kommunale Integrationsförderung:		
- Geschäftsaufwendungen	35.000	34.000
Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen:		
- Geschäftsaufwendungen	41.500	100.000
- Dienstfahrten, Reisekosten	1.000	0



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Europaang., Internationales u. Fördermittelmanagement:		
- Geschäftsaufwendungen	6.000	6.000
- Bürobedarf	250	250
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>1.459</u>	<u>1.293</u>
Summe	121.498	178.643



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.14	Zentrale Funktionen
11.14.08	Kommunale Integrationsförderung

Verantwortung

Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

- Integrationsförderung von Einwohnern mit Migrationshintergrund
- Sicherstellung der Einbeziehung von Einwohnern ausländischer Herkunft in die kommunale Daseinsvorsorge
- Gezielte Qualifizierung für interkulturelle Kompetenz in Einrichtungen und Diensten sowie Ämtern
- Beratung von Multiplikatoren
- Erarbeitung und Verbreitung von Fachinformationen (z.B. Informationsblätter in verschiedenen Sprachen sowie Veranstaltungen zur Förderung der Integration)

Ziele

strategisch

- Förderung der Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund
- Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Einwohner unterschiedlicher ethnischer Gruppen
- Steigern des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Wohles der ausländischen Einwohner
- Gleichberechtigte Teilhabe von Migranten am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben
- Verbesserung von Bildungs- und Berufschancen von Kindern mit Migrationshintergrund

operativ

- Vernetzung der Integrationsarbeit im Landkreis Reutlingen
- Dialogförderung zwischen Migranten und Migrantinnen und der deutschen Bevölkerung

Maßnahmen 2015

- Forum muslimischer Frauen
- Veranstaltung zur Dialogförderung muslimische und übrige Bevölkerung
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung - Entwicklung geeigneter Maßnahmen

Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Integrationspläne des Bundes und des Landes Baden-Württemberg, Sozialgesetzbücher



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.14 **Zentrale Funktionen**
11.14.08 **Kommunale Integrationsförderung**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	70.500	28.500	13.500
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	70.500	28.500	13.500
11	-	Personalaufwendungen	-28.817	-26.990	-27.628
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-31.000	-58.000	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-35.000	-34.000	-348
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-94.817	-118.990	-27.976
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-24.317	-90.490	-14.476
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-24.317	-90.490	-14.476
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	24.317	90.490	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	24.317	90.490	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-14.476



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.20 **Organisation und EDV**

Verantwortung

Hauptamt

Kurzbeschreibung

- Personalbedarfsprüfung und –bemessung sowie Bewertung von Arbeitsplätzen
- Organisation der Verwaltung durch
 - Durchführung von Organisationsuntersuchungen einschließlich Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
 - Beratung der Ämter in Fragen der Aufbau- und Ablauforganisation
- Betrieb des zentralen Netzes, der gesamten EDV-Landschaft und der Telekommunikationsanlage

Ziele

strategisch

- Sicherstellung eines geordneten Verwaltungsablaufs, Optimierung der Verwaltung
- Schaffung der Grundlagen für tarifgerechte Eingruppierung und funktionsgerechte Bezahlung kommunaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Dauerhafte Sicherstellung eines zuverlässigen und zeitgemäßen EDV-Einsatzes sowie eines zuverlässigen und zeitgemäßen Betriebs des zentralen Netzes und der Telekommunikationsanlagen

operativ

- Schaffung und Erhaltung optimaler Arbeitsabläufe
- Wirtschaftliche Weiterentwicklung und Anpassung der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) an zukünftige Anforderungen und neue Techniken
- Fort- und Weiterbildung der IuK-Administratoren und der Anwender

Maßnahmen 2015

- Einzelprojekte „digitale Ablage“
- Restabwicklung Migration Mailserver Lotus Notes von Version 7 auf 9
- Restabwicklung Migration Windows Server 2003 auf aktuelle Version 2008

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschlüsse, Verwaltungsentscheidungen, DV-Konzeption, Sicherheitskonzept

Produkte

- 11.20.01 Organisationsberatung und –untersuchung
- 11.20.04 Entwicklung, Pflege, Betrieb und Betreuung von Anwendungen der Information und Kommunikation (IuK) auf dezentralen und zentralen Rechnersystemen
- 11.20.05 Zentrales Netz und Telekommunikationsanlagen (TK-Anlage)



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.20 **Organisation und EDV**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	524
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.500	2.220
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.000	1.500	2.744
11	-	Personalaufwendungen	-687.679	-614.348	-604.637
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-300.312	-194.927	-294.579
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-285.749	-270.658	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-292.144	-296.524	-100.452
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.565.885	-1.376.457	-999.668
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.564.885	-1.374.957	-996.924
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.564.885	-1.374.957	-996.924
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.722.511	1.543.133	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-149.889	-128.302	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-7.737	-39.874	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.564.885	1.374.957	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-996.924

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 13:		
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	35.000	35.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	100.000	70.000
Leasing für EDV-Ausstattung	35.690	30.740
Aus- und Fortbildung, Umschulung	20.000	20.000
Aufwendungen für Softwarelizenzen	10.000	0
EDV-Fallpreise und Gebühren	75.760	19.795
Umgelegte Sach- u. Dienstleistungen	<u>23.862</u>	<u>19.392</u>
Summe	300.312	194.927
zu Ifd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	60.000	60.000
Geschäftsaufwendungen	14.000	19.000
Aufwand für Telekommunikation	198.000	201.800
Mitgliedsbeitrag Kommunale Geschäftsstelle für Verwaltungsmanagement	7.500	7.500
Versicherungen	900	700
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>11.744</u>	<u>7.524</u>
Summe	292.144	296.524



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.20 **Organisation und EDV**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711200000210: Bewegliches Vermögen EDV						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-75.000	0	-50.000	-51.253
13	=	Summe Auszahlungen	-75.000	0	-50.000	-51.253
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-75.000	0	-50.000	-51.253
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-75.000	0	-50.000	-51.253



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.21 **Personalwesen**

Verantwortung

Hauptamt

Kurzbeschreibung

Alle Bereiche der Personalwirtschaft einschließlich Personalgewinnung und –betreuung, Aus- und Fortbildung, Arbeitsschutz und -medizin

Ziele

strategisch

- Zeitnahe Sicherstellung der für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlichen qualitativen und quantitativen Personalkapazität unter Beachtung der Rahmenvorgaben des Landkreises
- Schutz der Mitarbeiter/innen vor arbeitsbedingten Unfall- und Gesundheitsgefahren
- Sicherstellung einer einheitlichen, umfassenden und ordnungsgemäßen Rechtsanwendung (Statusrecht, Vergütung, Besoldung usw.)

operativ

- Bestmögliche Personalbedarfsdeckung und –betreuung
- Sicherung des künftigen Personalbedarfs durch Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften für eine leistungsfähige Verwaltung
- Ermittlung des Fortbildungsbedarfs, Planung, Organisation und wirtschaftliche Durchführung von Fortbildungen
- Personalentwicklung
- Ordnungsgemäße und termingerechte Bezügeabrechnung und –bezahlung
- Betriebsbegehungen und Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen

Auftragsgrundlagen

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), Landesbeamtengesetz (LBG), Beamtenstatusgesetz (BeamtStG), Landesnebenfähigkeitsverordnung (LNTVO), Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO), Laufbahnverordnung (LVO), Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD), Bundesbesoldungsgesetz (BBesG), Landesbesoldungsgesetz (LBesG), Sozialgesetzbuch (SGB), Einkommensteuergesetz (EStG), Landesreisekostengesetz (LRKG), Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, Verwaltungsentscheidungen, Betriebssicherheitsverordnung, Arbeitsschutzgesetz, Regeln der Gesetzlichen Unfallversicherungen (GUV), Arbeitsstättenverordnung

Produkte

- 11.21.03 Ausbildung
- 11.21.04 Fortbildung und Supervisionen inkl. Reisekosten
- 11.21.05 Bezügeabrechnung einschl. Personalkosten
- 11.21.07 Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- 11.21.50 Personalbedarfsdeckung und -betreuung



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.21 **Personalwesen**

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	10.000	10.000	15.129
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	47.000	45.000	47.390
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	80.000	80.000	217.264
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	50	42.377
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	137.000	135.050	322.160
11	-	Personalaufwendungen	-1.589.914	-2.029.837	-1.608.127
12	-	Versorgungsaufwendungen	-417.909	-463.000	-411.755
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-460.238	-407.410	-355.729
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.577	-2.144	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-138.571	-134.144	-131.956
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.609.209	-3.036.535	-2.507.568
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.472.209	-2.901.485	-2.185.408
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.472.209	-2.901.485	-2.185.408
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	2.916.483	3.277.235	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-444.104	-375.137	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-171	-613	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.472.209	2.901.485	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-2.185.408

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 13:		
Leasing für EDV-Ausstattung	14.210	11.925
Dienst- und Schutzkleidung	16.000	16.000
Aus- und Fortbildung, Umschulung	167.000	155.000
Sonstige besondere Aufwendungen für die Beschäftigten	239.250	198.000
EDV-Fallpreise und Gebühren	74.360	68.125
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	- 50.582	- 41.640
Summe	460.238	407.410
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	20.000	20.000
Bürobedarf	10.000	10.000
Fachliteratur	1.000	1.000
Personalkostenerstattungen an das Land	57.542	56.500
Bekanntmachungen	50.000	50.000
Mitgliedsbeitrag an Kommunalen Arbeitgeberverband	3.500	3.500
Dienstreisen, Reisekosten	1.100	2.100
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	15.074	2.000
Versicherungen	250	200
Aufwendungen für Schadensfälle	5.000	5.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	- 24.895	- 16.156
Summe	138.571	134.144



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.21 **Personalwesen**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711210000210: Bewegliches Vermögen Personal zentral						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-3.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.000	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr.9 :
 2 Defibrillatoren



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.22	Finanzverwaltung/Kasse

Verantwortung

- Kreiskämmerei
- Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung
- Dezernent 2

Kurzbeschreibung

- Abwicklung aller finanziellen Angelegenheiten des Landkreises Reutlingen
- Haushaltsvollzug, Kosten- und Leistungsrechnung, Gebührenkalkulation, finanzwirtschaftliche Statistiken
- Aufbereitung, Prüfung, Abwicklung steuerlich relevanter Vorgänge
- Annahme/Leistung von baren und unbaren Ein-/Auszahlungen, Planung und Gewährleistung der Kassenliquidität
- Personen- und Sachkontenführung, Stundungen, Mahnungen, Fertigung der Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüsse
- Beitreibung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen, Einleitung der Zwangsvollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen
- Verwaltung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“

Ziele

strategisch

- Sicherstellung der gesetzmäßigen und wirtschaftlichen Haushaltsführung, Buchführung und Rechnungslegung zur wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung des Landkreises und des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“
- Minimierung der Steuerschuld, Vermeidung von Haftungsfolgen
- Sicherer und wirtschaftlicher Umgang mit Kassenmitteln

operativ

- Ordnungsgemäße, sichere und wirtschaftliche Durchführung des Zahlungsverkehrs
- Rechtzeitige, vollständige und wirtschaftliche Festsetzung bzw. Erhebung von Steuern und Abgaben
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Termingerechte Aufstellung und Vorlage des Jahresabschlusses

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Gemeindeordnung Baden-Württemberg, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindekassenverordnung, Landesgebührengesetz, Umsatzsteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Dienstanweisungen, Vollstreckungsrecht, Gesetz zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

**Produkte**

- 11.22.01 Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen
- 11.22.02 Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner
- 11.22.05 Zahlungsverkehr einschließlich Verwaltung der Kassenmittel und Wertgegenstände
- 11.22.06 Buchhaltung, Rechnungslegung, Haushaltsrechnung
- 11.22.07 Zwangsweise Einziehung von Forderungen
- 11.22.50 Verwaltung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.22 **Finanzverwaltung/Kasse**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.500	16.000	16.675
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	300	300	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	65.000	65.000	75.533
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	68.800	81.300	92.207
11	-	Personalaufwendungen	-877.574	-791.476	-833.478
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-22.483	-16.942	-217.793
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-30	-30	-95.915
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.500	-1.500	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-21.999	-23.441	-32.925
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-923.586	-833.389	-1.180.110
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-854.786	-752.089	-1.087.902
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-854.786	-752.089	-1.087.902
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.155.947	1.056.869	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-305.684	-299.992	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4	-9	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	850.258	756.869	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-4.528	4.780	-1.087.902

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 9:		
Säumniszuschläge, Mahngebühren u.ä.	35.000	35.000
Nebenforderungen aus Vollstreckung	<u>30.000</u>	<u>30.000</u>
Summe	65.000	65.000
zu lfd. Nr. 13:		
Leasing für EDV-Ausstattung	11.310	10.335
Aus- und Fortbildung, Umschulung	3.000	3.000
EDV-Fallpreise und Gebühren	250.000	180.305
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>- 241.827</u>	<u>- 176.698</u>
Summe	22.483	16.942
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	5.000	5.000
Geschäftsaufwendungen	7.000	8.000
Bürobedarf	3.500	2.500
Fachliteratur	150	150
Mitgliedsbeiträge	500	500
Dienstfahrten, Reisekosten	16.100	16.100
Aufwand für diverse Differenzen	500	1.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 10.751</u>	<u>- 9.809</u>
Summe	21.999	23.441



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.23	Justizariat

Verantwortung

- Dezernent 2
- Leiter/in Verkehrs- und Ordnungsamt
- Leiter/in Umweltschutzamt
- Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

- Beratung und Unterstützung von Politik und Verwaltungsspitze
- Allgemeine Rechtsberatung der Fachämter
- Gerichtliche Vertretung in Rechtssachen
- Abschluss und Verwaltung von Versicherungsverträgen unter Beteiligung der Fachbereiche
- Geltendmachung von Versicherungsschäden

Ziele

strategisch

- Gewährleistung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Sicherstellung der einheitlichen Verwaltungspraxis
- Durchsetzung der Interessen des Landkreises
- Risikominimierung
- Schutz des Vermögens des Landkreises

operativ

- Gerichtsfeste Entscheidungen, Qualitätssicherung, Wirtschaftlichkeit der Rechtsverfolgung
- Präzisierung des Leistungsangebots, Ermittlung der Unterstützungsbedarfe, Reduzierung externer Beratungsleistung

Auftragsgrundlagen

Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.23.05 Abschluss, Verwaltung und Abwicklung von Versicherungen
- 11.23.50 Justizariat



THH1
11
11.23

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Justizariat

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	69
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	210.000	195.000	207.696
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	210.000	195.000	207.765
11	-	Personalaufwendungen	-114.460	-109.819	-106.636
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-11.812	-9.442	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-16	-17	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-462.525	-422.524	-414.241
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-588.812	-541.802	-520.877
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-378.812	-346.802	-313.112
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-378.812	-346.802	-313.112
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	392.475	361.434	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-13.660	-14.627	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2	-5	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	378.812	346.802	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-313.112

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 6:		
Erstattungen der Kreiskliniken für anteilige Versicherungsbeiträge	210.000	195.000
zu Ifd. Nr. 17:		
Allg. Unfallversicherung	312.000	307.000
Sonstige Versicherungen	130.000	115.000
Geschäftsaufwendungen	20.000	0
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	525	524
Summe	462.525	422.524



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

- Zentrales Gebäudemanagement für die Gebäude des Landkreises (Schulgebäude unter Produktgruppen 21.20 und 21.30), einschl. der Einrichtungen für Aussiedler, Ausländer und Flüchtlinge (vgl. 31.40)
- Gebäudeunterhaltung
- Kaufmännische und rechtliche Bewirtschaftung von eigenen und angemieteten Gebäuden

Ziele

strategisch

- Zurverfügungstellen von Grundstücken und Gebäuden für kommunale Aufgaben
- Optimierung der Nutzung des vorhandenen Vermögens

operativ

- Konzeption und Standortentwicklung für die Verwaltungsgebäude in Reutlingen
- Konzeption für Gemeinschaftsunterkünfte der Asylbewerber und Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit Dez. 2
- Verfolgung eines ökologischen und ökonomischen Energiekonzeptes

Maßnahmen 2015

- Standortentwicklung Verwaltungsgebäude in Reutlingen:
 - Fortschreibung der Basisdaten für weitere Planungen
 - Entwicklung von Realisierungsszenarien auf Basis der Grundsatzentscheidung des Kreistages
- Planung und Bau oder Ankauf/Anmietung mit Umbaumaßnahmen von Unterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstanweisungen insbesondere zum Vergaberecht

Produkte

- 11.24.50 Gebäudemanagement



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.24 **Grundstücks- und Gebäudemanagement**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	12.900	12.900	18.567
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	531
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	58
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	12.900	12.900	19.156
11	-	Personalaufwendungen	-1.127.032	-992.205	-836.674
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.720.387	-2.736.008	-2.461.459
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-511.726	-479.476	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-18.456	-14.874	-17.410
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-5.377.600	-4.222.564	-3.315.544
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-5.364.700	-4.209.664	-3.296.388
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-5.364.700	-4.209.664	-3.296.388
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	5.923.105	4.891.861	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-4.004	-3.841	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-554.401	-678.356	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	5.364.700	4.209.664	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-3.296.388

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 5:		
Kostenart 34110000: Mieteinnahmen		
Verwaltungsgebäude inkl. Hausmeisterwohnung	4.500	4.500
Erziehungsberatungsstelle	5.400	5.400
Lagerhalle Carl-Zeiss-Straße	<u>3.000</u>	<u>3.000</u>
Summe	12.900	12.900

zu lfd. Nr. 13:

	Ansatz 2015	Ansatz 2014
Kostenart 42110000: Bauunterhaltung		
Allgemein	20.000	0
Bismarckstr. 47	60.000	85.000
Bismarckstr. 14/16, St. Wolfgangstr. 15	40.000	52.000
Bismarckstr. 45	3.000	4.000
Aulberstr. 27	10.000	13.000
Kaiserstr. 27	5.000	5.000
Schlosshof 1 Münsingen	12.000	18.000
Aulberstr. 32	5.000	13.000
Aulberstr. 28	5.000	5.000
Schulstr. 16	7.000	7.000
Schulstr. 26	18.000	18.000
Karlstr. 27	64.000	26.000
St. Wolfgangstr. 13	16.000	6.000
Bismarckstr. 38	2.000	2.000
Hegwiesenstr. 10	3.000	3.000



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Gartenstr. 49	2.000	2.000
Kaiserstr. 107	3.000	0
Schlosshof 4 Münsingen	3.000	3.000
Schillerstr. 40 Münsingen	20.000	15.000
Karlstr. 36 (EB Münsingen)	1.000	3.000
EB Dettingen	3.000	8.000
Kreisarchiv	500	500
EB Reutlingen	12.000	16.000
Räume Jugendamt Bad Urach und Reutlingen	1.000	1.000
Bismarckstr. 24 (Garagen)	500	500
Burgruine Bichishausen	2.500	4.000
Waldschulheim Indelhausen	5.000	8.000
Gemeinschaftsunterkünfte Asylbewerber	300.500	78.000
Wildkammern	2.000	0
Summe	626.000	396.000
Kostenart 42311000: Mieten und Pachten		
Verwaltungsgebäude	611.600	679.000
Kreisarchiv	20.500	20.500
Gemeinschaftsunterkünfte Asylbewerber	571.700	332.000
Laborräume Schlachtier- u. Fleischuntersuchung	3.500	3.500
Garagenmiete Münsingen und Reutlingen	5.400	5.400
Waldschulheim Indelhausen	65.000	65.000
Summe	1.277.700	1.105.400
Kostenarten 42410000 – 42810020: Bewirtschaftung		
Verwaltungsgebäude u. sonstige	844.000	815.000
Gemeinschaftsunterkünfte Asylbewerber	944.000	405.700
Summe	1.788.000	1.220.700



THH1 Innere Verwaltung
 11 Innere Verwaltung
 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.0002.001: Standortentwicklung Verwaltungsgebäude						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-200.000	0	-250.000	-57.302
13	=	Summe Auszahlungen	-200.000	0	-250.000	-57.302
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-200.000	0	-250.000	-57.302
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-200.000	0	-250.000	-57.302

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.0502.001: Brandschutzmaßnahmen Bismarckstr. 14-16						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-7.069
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-7.069
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-7.069
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-7.069

Ifd. Nr.		Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1002.003: Aufzug Bismarckstr. 47						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-50.000	-250.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-50.000	-250.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-50.000	-250.000	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-50.000	-250.000	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Barrierefreier Zugang

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250.000 EUR wird im Jahr 2016 zahlungswirksam.



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1002.004: Medienausstattung Großer Sitzungssaal						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-70.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-70.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-70.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-70.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1002.005: Kältemaschine Bismarckstr. 47						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-9.909
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-9.909
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-9.909
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-9.909

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1002.006: Medienausstattung Mittlerer Sitzungssaal						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-3.885
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-3.885
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-3.885
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-3.885



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1102.001: GU Reutlingen interim						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-215.474
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-215.474
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-215.474
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-215.474

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1502.001: Serverkühlgerät Kaiserstr. 27						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-10.000	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.1902.001: Serverkühlgerät Schulstr. 26						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-20.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-20.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-20.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-20.000	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.2002.001: Serverkühlgerät St.-Wolfgang-Str. 13						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-10.000	0



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.4102.001: Serverkühlgerät Schillerstr. 40, Müns.						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-10.000	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.4502.001: Wiesentalstr. 3 Münsingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-26.740
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-26.740
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-26.740
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-26.740

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.5102.001: 7.112409.5102.001						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-110.257
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-110.257
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-110.257
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-110.257

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.5802.001: GU Metzingen, Friedrich-Münzinger-Straße						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-8.496
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-8.496
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-8.496
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-8.496



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.112409.9002.001: Asylbewerberwohnheime						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.000.000	-6.000.000	-1.000.000	-45.455
13	=	Summe Auszahlungen	-1.000.000	-6.000.000	-1.000.000	-45.455
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.000.000	-6.000.000	-1.000.000	-45.455
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-1.000.000	-6.000.000	-1.000.000	-45.455

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 8:**

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6.000.000 EUR wird in den Jahren 2016 und 2017 mit je 3.000.000 EUR zahlungswirksam.



THH1 Innere Verwaltung
11 Innere Verwaltung
11.25 Fahrzeuge

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Bereitstellung von Fahrzeugen für Dienstreisen und Wahrnehmung der Halterpflichten, einschließlich Betriebskostennachweis für die Fahrzeuge sowie Unfallbearbeitung

Ziele

strategisch

Rechtmäßige, umweltorientierte und wirtschaftliche Betreuung von Fahrzeugen

operativ

Bereitstellung eines wirtschaftlichen und umweltorientierten Fuhrparks

Auftragsgrundlagen

Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.25.05 Betreuung von Fahrzeugen



THH1 Innere Verwaltung
 11 Innere Verwaltung
 11.25 Fahrzeuge

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	500	500	289
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	500	500	289
11	-	Personalaufwendungen	-42.941	-39.507	-39.703
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-60.584	-61.863	-51.268
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-52.055	-42.656	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-177	-181	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-155.758	-144.207	-90.971
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-155.258	-143.707	-90.682
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-155.258	-143.707	-90.682
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	166.367	162.915	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-4.608	-5.056	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-6.501	-14.152	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	155.258	143.707	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-90.682



THH1 Innere Verwaltung
 11 Innere Verwaltung
 11.25 Fahrzeuge

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711250000400: Verkaufserlöse Fuhrpark						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.500	0	1.500	1.010
6	=	Summe Einzahlungen	1.500	0	1.500	1.010
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.500	0	1.500	1.010
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	1.500	0	1.500	1.010

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711250000410: Bewegliches Vermögen Fuhrpark						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-75.000	0	-75.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-75.000	0	-75.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-75.000	0	-75.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-75.000	0	-75.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Ersatzbeschaffung von Dienstfahrzeugen



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.26	Zentrale Dienstleistungen

Verantwortung

- Hauptamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

Zentrale Dienstleistungen für die Gesamtverwaltung

- Zentrale Beschaffung von Wirtschaftsgütern, Geräten und Zubehör unter wirtschaftlichen Aspekten
- Konzeption, Organisation und Durchführung der Postzustellung und des Postaustauschs sowie Postversandbearbeitung aller Sendungen, die durch Dritte oder eigenes Personal befördert werden
- Fertigung und Produktion von Vervielfältigungen und Print-Medien
- Telefonzentrale, Bürgerservice, zentraler Schreibdienst
- Zentrale Bearbeitung aller im Zuständigkeitsbereich verfolgbaren Ordnungswidrigkeiten ohne Verkehr, Lebensmittel-, Bau-, Naturschutz-, Forst- und Arbeitsrecht

Ziele

strategisch

- Wirtschaftlichkeit und Einheitlichkeit des Verwaltungshandelns in den Bereichen Beschaffung, Postdienst, Vervielfältigung, Telefonzentrale und zentraler Schreibdienst
- Ahndung von Verstößen gegen öffentliches Recht
- Gewährleistung einer objektiven und gleichförmigen Beurteilung aller Ordnungsverstöße mit hoher Fallgerechtigkeit

operativ

- Wirtschaftlicher Einkauf durch Bedarfszusammenfassung und interkommunale Einkaufskooperation
- Optimierung der Boten-, Zustell- und Postdienste
- Wirtschaftliche und zeitnahe Erstellung von Druckerzeugnissen für die Fachämter und bedarfsgerechte Ausstattung der Fachämter mit dezentralen Multifunktionsgeräten
- Erhöhung der Kontrollfunktionen im Bereich Baustellenkontrollen
- Vermehrter Einstieg in Verfallsverfahren

Auftragsgrundlagen

Landkreisordnung, Verdingungsordnung für Leistungen (VOL-A), Zuständigkeitsverzeichnis, Geschäftsordnung, Verwaltungsentscheidungen, Ordnungswidrigkeitengesetz, Personenbeförderungsgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Gaststättengesetz, Aufenthaltsgesetz, Gewerbeordnung, Waffengesetz, Handwerksordnung, Jugendschutzgesetz, Tierschutz-, Tierseuchengesetz, Gefahrgutbeförderungsgesetz, Preisangabenverordnung, Landesjagdgesetz, Schulgesetz, Fahrlehrergesetz, Strafprozessordnung und weitere Gesetze mit Bußgeldbewehrung im Zuständigkeitsbereich des Landkreises



Produkte

- 11.26.01 Zentraler Einkauf
- 11.26.02 Boten-, Zustell- und Postdienste
- 11.26.03 Hausdruckerei und Vervielfältigung
- 11.26.04 Zentrale Registratur, Hausdienste, Pforte, Zentraler Schreibdienst
- 11.26.06 Zentrale Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.26 **Zentrale Dienstleistungen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	61.762	58.643	50.963
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	500	250	1.271
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	9.496
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	55.200	50.200	69.091
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	117.462	109.093	130.821
11	-	Personalaufwendungen	-503.829	-482.005	-1.018.918
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-373.408	-283.865	-199.312
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-16.038	-14.851	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.770	-10.000	-9.482
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-660.743	-563.605	-401.692
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.563.787	-1.354.326	-1.629.403
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.446.325	-1.245.233	-1.498.582
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.446.325	-1.245.233	-1.498.582
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.552.550	1.322.325	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-362.136	-341.384	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-3.191	-6.761	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.187.224	974.181	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-259.101	-271.052	-1.498.582

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Bußgelder	50.000	48.000
zu Ifd. Nr. 13:		
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	38.000	30.000
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	13.000	18.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	184.000	118.500
Leasing	51.500	32.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	86.908	85.365
Summe	373.408	283.865
zu Ifd. Nr. 17:		
Bürobedarf	116.000	90.000
Fachliteratur	100.000	98.000
Aufwand für Porto	318.800	300.000
Geschäftsaufwendungen	87.000	38.600
Versicherungen	2.600	2.100
Rechts- und Beratungskosten	10.000	12.000
Umzugskosten	12.000	12.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	14.343	10.905
Summe	660.743	563.605



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.26 **Zentrale Dienstleistungen**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
71126000210: Bewegliches Vermögen Büromöbel zentral						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.000	0	-50.000	-46.086
13	=	Summe Auszahlungen	-25.000	0	-50.000	-46.086
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-25.000	0	-50.000	-46.086
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-25.000	0	-50.000	-46.086

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Büroausstattung für neue Stellen (Erstausstattung)



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.30	Interne und externe Kommunikation

Verantwortung

Stabstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Kurzbeschreibung

Bei der internen und externen Kommunikation des Landkreises handelt es sich um die Information verschiedener Zielgruppen über unterschiedliche Medien zur Darstellung von kommunalen Anliegen und kommunalpolitischen Vorgängen. Dabei handelt es sich um die Information der Bürger und Bürgerinnen des Landkreises, der Medien als Multiplikatoren, der interessierten Öffentlichkeit, der Mitarbeiter/innen der Landkreisverwaltung durch

- eigene Presseberichte und Herausgabe von Print-Produkten
- Pressekonferenzen
- das Internetangebot
- die Mitarbeiterzeitung.

Damit verbunden sind in diesem Zusammenhang alle notwendigen Tätigkeiten von Konzeption, Redaktion und Durchführung.

Die Beratung der Verwaltungsspitze zu presserechtlichen und presserelevanten Fragen, die Vermittlung von Medienkompetenz in der Verwaltung, Medienbeobachtung und –auswertung.

Ziele

strategisch

- Nachhaltige Vertrauensbildung durch zielgruppenorientierte Information
- Vermittlung eines bürgernahen Images

operativ

- Unterrichtung der Medien und der Einwohner/innen über bedeutsame kommunale Themen durch Berichte und Artikel über den Landkreis, Pressekonferenzen, Herausgabe von Print-Produkten
- Angebot von Online-Bürgerdiensten
- Unterrichtung der Mitarbeiter/innen
- Mitarbeiterzeitung
- Beratung Verwaltungsspitze und Mitarbeiter

Maßnahmen 2015

- Aufbau und Einsatz sozialer Medien

Auftragsgrundlagen

Pressegesetz, Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.30.02 Internetangebot
- 11.30.03 Herausgabe von Print- und Non-Print-Medien
- 11.30.05 Pressearbeit



THH1
11
11.30

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Interne und externe Kommunikation

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-95.667	-100.863	-90.571
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-28.753	-13.419	-13.239
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-9	-9	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-762	-783	-3.603
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-125.192	-115.073	-107.413
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-125.192	-115.073	-107.413
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-125.192	-115.073	-107.413
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	196.983	177.084	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-71.791	-62.008	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-2	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	125.192	115.073	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-107.413



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.31 **Kommunalaufsicht**

Verantwortung

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

Wahrnehmung der staatlichen Aufsichtsfunktion über die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Sicherstellung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung – überwiegend in gemeinderechtlicher und gemeindewirtschaftsrechtlicher Hinsicht – der Städte, Gemeinden und sonstigen kommunalen Körperschaften sowie Beratung in diesen Fragen. Im Rahmen dieser Kontrollfunktion werden die vorzulegenden Satzungen, Beschlüsse, Verträge u.ä. auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft und soweit erforderlich Genehmigungen erteilt.

Ziele

strategisch

Sicherstellung des rechtmäßigen Handelns und der dauernden Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Zweckverbände

operativ

- Qualifizierte Beratung der Städte und Gemeinden
- Verständliche und qualifizierte Auskünfte an die anfragenden Bürger
- Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Frist für die vorzunehmenden Prüfungen

Auftragsgrundlagen

Gemeindeordnung, Gemeindehaushaltsverordnung, Gemeindekassenverordnung, Gemeindeprüfungsordnung, Eigenbetriebsgesetz, Zweckverbandsgesetz, Stiftungsrecht, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, weitere einschlägige Gesetze

Produkte

- 11.31.01 Prüfung der Gesetzmäßigkeit
- 11.31.02 Überörtliche Prüfung von Gemeinden und Verbänden
- 11.31.03 Prüfung und Weiterleitung von Zuschussanträgen
- 11.31.04 Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstvorgesetzter und obersten Dienstbehörde für die Bürgermeister
- 11.31.05 Bearbeitung von Widersprüchen in Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden und Verbände



THH1 **Innere Verwaltung**
11 **Innere Verwaltung**
11.31 **Kommunalaufsicht**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.000	2.000	1.935
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.000	2.000	1.935
11	-	Personalaufwendungen	-225.185	-216.860	-215.654
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-7.736	-5.794	-1.152
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-47	-38	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.388	-1.078	-7.816
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-234.356	-223.769	-224.622
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-232.356	-221.769	-222.687
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-232.356	-221.769	-222.687
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-60.739	-44.258	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-16	-25	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-60.754	-44.283	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-293.110	-266.053	-222.687



THH1	Innere Verwaltung
11	Innere Verwaltung
11.33	Sonstige Grundstücksverwaltung

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

- Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken und Gebäuden
- Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken und Gebäuden
- Wahrnehmung der sich aus den Grundstücksgeschäften ergebenden Rechte und Pflichten
- Bereitstellung, Inhaltsänderung, Erwerb, Veräußerung, Beendigung und Verwaltung von Erbbaurechten

Ziele

strategisch

- Durchführung von Grundstücksgeschäften zur Wahrnehmung der Aufgaben des Landkreises Reutlingen
- Vermögensoptimierung

operativ

- Rechtzeitiger und wirtschaftlicher Erwerb der Grundstücke und Gebäude
- Sicherung der dem Landkreis zustehenden Rechte, Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten

Maßnahmen 2015

- Erwerb weiterer Asylbewerberunterkünfte

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschlüsse, Hauptsatzung, Geschäftsverteilungsplan

Produkte

- 11.33.01 Abwicklung von Grundstücksgeschäften und Bestellung und Verwaltung von Grundstücksrechten



THH1
11
11.33

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Sonstige Grundstücksverwaltung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.200	10.200	10.338
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	523
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	10.200	10.200	10.861
11	-	Personalaufwendungen	-20.322	-19.885	-19.285
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.549	-10.126	-2.594
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1	-1	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-33	-40	-7.803
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-22.906	-30.054	-29.682
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-12.706	-19.854	-18.821
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-12.706	-19.854	-18.821
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.349	-1.690	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-7.600	-5.200	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-8.950	-6.890	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-21.655	-26.744	-18.821



THH1
11
11.33

Innere Verwaltung
Innere Verwaltung
Sonstige Grundstücksverwaltung

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711330000510: Allgemeiner Grunderwerb						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-10.000	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.000	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	-10.000	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
711330000540: Veräußerungserlös Dorotheenweg						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	327.859
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	327.859
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	327.859
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	327.859





Teilhaushalt 2

Sicherheit und Ordnung

Bestehend aus den Produktgruppen

- 12.10 Statistik und Wahlen
- 12.20 Ordnungswesen
- 12.21 Verkehrswesen
- 12.22 Einwohnerwesen
- 12.23 Personenstandswesen
- 12.26 Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung
- 12.60 Brandschutz
- 12.70 Rettungsdienst
- 12.80 Katastrophenschutz



THH2

Sicherheit und Ordnung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.909.894	5.768.314	5.749.197
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	3	3	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	48	48	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	48.254	190.582	260.082
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	8.000	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.958.202	5.966.947	6.009.279
11	-	Personalaufwendungen	-5.069.891	-5.108.913	-4.294.270
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-536.145	-544.984	-573.688
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-262.443	-232.147	-16.841
16	-	Transferaufwendungen	-260.300	-230.300	-243.655
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-852.716	-915.227	-836.252
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-6.981.495	-7.031.571	-5.964.706
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.023.293	-1.064.623	44.573
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.023.293	-1.064.623	44.573
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	623.912	521.713	23.314
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.365.312	-2.270.748	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-48.897	-78.969	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.790.297	-1.828.004	23.314
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-2.813.591	-2.892.628	67.887

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 12	86,22	86,22	85,22



THH2

Sicherheit und Ordnung

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	205.000	96.000	29.152
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	2.000
4	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	16.783
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	205.000	96.000	47.935
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-140.000	-80.000	-157.599
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-7.800	-8.800	-149.215
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-220.000	-240.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-367.800	-328.800	-306.814
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-162.800	-232.800	-258.879



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.10	Statistiken und Wahlen

Verantwortung

Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung

Kurzbeschreibung

Rechtliche, personelle und organisatorische Vorbereitung und Durchführung (soweit kommunale Aufgabe) aller Bundestags-, Europaparlaments-, Landtags-, Kreistagswahlen.

Ziele

strategisch

Sicherstellung der ungehinderten Ausübung allgemeiner, freier, geheimer und gleicher Wahlen

operativ

Rechtliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Wahlen unter Beachtung der jeweiligen Spezialgesetze, Durchführungsverordnungen und Verwaltungsvorschriften

Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Bundeswahlgesetz, Bundeswahlordnung, Bundeswahlgeräteverordnung, Europawahlgesetz, Europawahlordnung, Landtagswahlgesetz, Landtagswahlordnung, Kommunalwahlgesetz, Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Landesverfassung

Produkte

- 12.10.03 Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.10 **Statistiken und Wahlen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	152.000	187.033
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	152.000	187.033
11	-	Personalaufwendungen	-30.611	-29.200	-29.240
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.189	-5.749	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-7	-37	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.213	-187.070	-156.351
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-36.021	-222.057	-185.591
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-36.021	-70.057	1.442
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-36.021	-70.057	1.442
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-9.335	-43.920	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2	-25	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-9.338	-43.944	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-45.359	-114.001	1.442



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.20	Ordnungswesen

Verantwortung

- Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung
- Verkehrs- und Ordnungsamt
- Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Kurzbeschreibung

Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch präventive und repressive Maßnahmen

- Kreispolizeibehörde, Widerspruchsbearbeitung (einschl. Widerspruchsbehörde, Platzverweisverfahren)
- Bearbeitung von Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten, Jagdwesen
- Führen des Verzeichnisses der Fischereirechte
- Einzelfallbezogene behördliche Prüfung erlaubnispflichtiger Gewerbebetriebe oder Veranstaltungen (z.B. Maklererlaubnisse, Reisegewerbekarten)
- Gaststättenerlaubnisverfahren

Ziele

strategisch

- Beseitigung von Störungen der öffentlichen Ordnung
- Schutz der Öffentlichkeit vor gefährlichen Einflüssen auf die Gesundheit
- Gefahrenabwehr für die Öffentlichkeit und für Betroffene
- Schutz der Bevölkerung vor missbräuchlichem Waffenbesitz
- Schutz und Hege der dem Jagdrecht unterliegenden Tiere
- Schutz der Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Fischereirechte
- Schutz der Öffentlichkeit, Verbraucher, Nachbarn und Betriebspersonal in gewerbe- und gaststättenrechtlichen Belangen

operativ

- Analysen der örtlichen Sicherheitslage
- Vernetzung der Präventionsarbeit im Landkreis Reutlingen
- Förderung von kriminalpräventiven Maßnahmen und Projekte im Landkreis Reutlingen
- Projektarbeit
- Verhinderung des Missbrauchs von Waffen und Sprengstoff und Einhaltung der jagdrechtlichen Bestimmungen durch regelmäßige Prüfung und Überwachung

Maßnahmen 2015

- Umsetzung und Begleitung von Projekten im Bereich Kommunale Kriminalprävention
- Ausbau der Verkehrsprävention
- Stärkung der Zusammenarbeit mit den Kommunen



Auftragsgrundlagen

Grundgesetz, Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Landesverwaltungsgesetz, Landesverwaltungsverfahrensgesetz, Polizeigesetz, Sonn- und Feiertagsgesetz, Jugendschutzgesetz, Bestattungsgesetz, Bestattungsverordnung, Preisangabenverordnung, Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung, Verwaltungsgerichtsordnung, Zivilprozessordnung, Versammlungsgesetz, Sammlungsgesetz, Lotteriegesetz, alle Rechtsgebiete als Widerspruchsbehörde der Ortspolizeibehörden und des Polizeivollzugsdienstes, Waffengesetz, Sprengstoffgesetz, Bundes- und Landesjagdgesetz, Fischereigesetz Baden-Württemberg, Landesfischereiverordnung, Gewerbeordnung und alle weiteren einschlägigen gesetzlichen Regelungen

Produkte

- 12.20.02 Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr, Kreispolizeibehörde, Widerspruchsbearbeitung, Kommunale Kriminalprävention
- 12.20.03 Bearbeitung von Waffen- und Sprengstoffangelegenheiten, Jagd- und Fischereiwesen
- 12.20.07 Gewerberechtliche Erlaubnisse und Entscheidungen
- 12.20.50 Gaststättenrechtliche Erlaubnisse und Entscheidungen



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.20 **Ordnungswesen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	112.624	132.098	104.670
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.000	0	10.014
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	122.624	132.098	114.683
11	-	Personalaufwendungen	-423.916	-411.153	-365.405
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-21.399	-18.802	-395
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.215	-2.050	-35
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.845	-9.926	-16.058
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-468.375	-441.931	-381.893
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-345.751	-309.833	-267.210
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-345.751	-309.833	-267.210
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.800	1.700	1.729
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-136.271	-113.739	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-54	-824	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-134.525	-112.863	1.729
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-480.276	-422.696	-265.481



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.21	Verkehrswesen

Verantwortung

Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

Der Aufgabenbereich des Verkehrswesens umfasst

- Anordnungen und Erlaubnisse nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) sowie anderen straßenrechtlichen Gesetzen
- Überwachung des fließenden Verkehrs durch Fahrtenbuchauflagen und Maßnahmen zur Verkehrssicherheit (Jugendverkehrsschule)
- Zulassung und Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen
- Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Versicherungsschutzes von Fahrzeugen durch Maßnahmen gegen den Fahrzeughalter
- Bearbeiten von Fahrerlaubnis-Anträgen
- Sicherstellung der Verkehrssicherheit durch Maßnahmen gegen Fahrerlaubnisinhaber
- Zulassung und Überwachung von Fahrschulen und –lehrern
- Genehmigung von Personen- und Güterbeförderung
- Genehmigung von Großraum- und Schwerlastverkehren
- Bearbeiten von Ordnungswidrigkeiten im Bereich Verkehrswesen

Ziele

strategisch

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Verkehrserziehung
- Ordnungsgemäße Durchführung von Zulassungen und Außerbetriebsetzungen
- Gewährleistung des Versicherungsschutzes
- Ausschluss von ungeeigneten Personen aus dem Straßenverkehr
- Entschärfung von Unfallschwerpunkten
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

Auftragsgrundlagen

Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Straßenverkehrsgesetz (StVG), Straßengesetz (StrG), Strafprozessordnung (StPO), Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (FeV), Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV), Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), Bundesfernstraßengesetz (FStrG), EG-Richtlinien, EG-FGV, Zulassungsverweigerungsgesetz, Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz, Richtlinien zur Ausstellung von Zulassungsbescheinigungen, Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOSt), Gebührensatzung des Landkreises, Strafgesetzbuch (StGB), Landesverwaltungszustellungsgesetz (LVwZG), Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (LVwVG), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Fahrlehrergesetz, Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz und –verordnung und weitere einschlägige Verordnungen und Richtlinien

**Produkte**

- 12.21.02 Anordnungen, Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse nach StVO sowie anderen straßenrechtlichen Gesetzen
- 12.21.04 Maßnahmen zur Verkehrssicherheit: Jugendverkehrsschule, Fahrtenbuchauflagen
- 12.21.05 Zulassung/Abmeldung von Fahrzeugen
- 12.21.06 Überwachungsmaßnahmen
- 12.21.07 Bearbeiten von Fahrerlaubnissen
- 12.21.08 Ordnungsbehördliche Maßnahmen, Überwachung der Fahrerlaubnisinhaber
- 12.21.09 Personen-/Güterbeförderung
- 12.21.50 Ordnungswidrigkeiten Verkehrswesen - Bußgelder



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.21 **Verkehrswesen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.204.991	5.062.021	5.155.715
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	5.167
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.204.991	5.062.021	5.160.881
11	-	Personalaufwendungen	-2.754.348	-2.701.048	-2.030.429
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-273.704	-284.548	-2.491
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-68.165	-61.763	-16.339
16	-	Transferaufwendungen	-300	-300	-300
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-370.220	-285.267	-282.200
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-3.466.737	-3.332.926	-2.331.759
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	1.738.254	1.729.095	2.829.122
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	1.738.254	1.729.095	2.829.122
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	5.100	4.800	4.755
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-857.907	-854.129	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-22.865	-24.889	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-875.673	-874.218	4.755
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	862.581	854.877	2.833.877

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 2:		
Verwaltungsgebühren	3.502.000	3.359.500
Bußgelder	1.700.000	1.700.000
zu lfd. Nr. 13:		
Mieten und Pachten für unbewegliche Vermögensgegenstände	500	500
Haltung von Fahrzeugen	21.800	21.800
Dienst- und Schutzkleidung	0	800
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>251.404</u>	<u>261.448</u>
Summe	273.704	284.548
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	7.500	7.500
Geschäftsaufwendungen	1.400	1.400
Kfz-Papiere, Führerscheine	334.000	250.000
Dienstfahrten, Reisekosten	15.100	12.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>12.220</u>	<u>14.367</u>
Summe	370.220	285.267



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.21 **Verkehrswesen**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712210000310: Bew. Verm. Amt 22 fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.000	0	-4.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-3.000	0	-4.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.000	0	-4.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.000	0	-4.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:
Ersatzbeschaffung Roller

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712210000500: Anteil Gemeinden Stat. Geschw.messanlage						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	25.000	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	25.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	25.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	25.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
712210000510: Einr. Stat. Geschwindigkeitsmessanlagen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	29.152
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	29.152
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-80.000	0	-80.000	-69.365
13	=	Summe Auszahlungen	-80.000	0	-80.000	-69.365
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-80.000	0	-80.000	-40.213
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-80.000	0	-80.000	-40.213

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:
Einrichtung einer weiteren stationären Geschwindigkeitsmessanlage in Walddorfhäslach (Ortsteil Häslach)



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.22	Einwohnerwesen

Verantwortung

Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

Das Einwohnerwesen umfasst folgende Bereiche:

- Meldeangelegenheiten: Aufsicht über die gemeindlichen Melde- und Passbehörden, Bearbeitung von Widersprüchen
- Einbürgerungsverfahren
- Feststellung der Staatsangehörigkeit
- Verzicht auf und Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit
- Eingliederung von Spätaussiedlern, Spätaussiedlerbescheinigungen
- Vertriebenenausweise
- Gewährung finanzieller Entschädigungen für erlittenen Gewahrsam nach strafrechtlicher Rehabilitierung
- Durchführung des Bundesvertriebenengesetzes und Häftlingshilfegesetzes
- Aufenthaltsbeendende Maßnahmen: Ausweisungen bei strafrechtlichen Verfehlungen, Vollzug des Einreiseverbots, Überwachung der Ausreiseverpflichtung, Beantragung von Abschiebungshaft
- Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für EU-Ausländer, Erteilung von Freizügigkeitsbescheinigungen
- Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für Nicht-EU-Ausländer: Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Aufenthaltstitel nach Aufenthaltzweck vor und nach der Einreise einschließlich Überwachungstätigkeiten
- Duldungen
- Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber, verwaltungsmäßige Betreuung der Asylbewerber bis zur rechtskräftigen positiven oder vollstreckbar negativen Antragsentscheidung, Kontrollmaßnahmen, Entscheidung über Ausnahmegenehmigung, Ahndung von Auflageverstößen, Erteilung von Aufenthaltsgestattungen

Ziele

strategisch

- Beratung und Unterstützung der Melde- und Passbehörden innerhalb des Landkreises
- Abschluss des Integrationsprozesses von Ausländern und Aufnahme von deutschen Volkszugehörigen
- Klärung der Staatsangehörigkeit
- Formell/materiell-rechtlich richtige Feststellung der Voraussetzungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, Bundesvertriebenengesetz und Häftlingshilfegesetz
- Einleitung und Durchsetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen von sich nicht rechtmäßig im Bundesgebiet aufhaltenden Ausländern und Überwachung von Einreisesperren
- Gewährleistung der Freizügigkeitsrechte für Unionsbürger
- Gewährleistung des rechtmäßigen Aufenthalts von Ausländern in Deutschland
- Unterstützung von Bundesbehörden bei der Verwaltung von Asylbewerbern und verwaltungsmäßige Betreuung der Asylbewerber bis zur rechtskräftigen/vollstreckbaren Entscheidung über deren Asylbegehren



- Wirtschaftliche Aufgabenerfüllung

Auftragsgrundlagen

Passgesetz, Passverordnung, Melderechtsrahmengesetz, Meldegesetz, Meldeverordnung, Landesverwaltungsgesetz, Polizeigesetz, Staatsangehörigkeitsgesetz, Grundgesetz, Bundesvertriebenengesetz, Häftlingshilfegesetz, SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, berufliches Rehabilitierungsgesetz, Aufenthaltsgesetz, Aufenthaltsverordnung, Freizügigkeitsgesetz/EU, Asylbewerberleistungsgesetz, Asylverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung, Verwaltungsverfahrensgesetz, Schengener Durchführungsübereinkommen, einschlägige Erlasse und Verwaltungsvorschriften

Produkte

- 12.22.01 Meldeangelegenheiten, Passwesen
- 12.22.05 Einbürgerungen/Feststellung der Staatsangehörigkeit/Bearbeitung von Staatsangehörigkeitsausweisen
- 12.22.06 Eingliederung von Spätaussiedlern, Spätaussiedlerbescheinigungen, Vertriebenenausweise, strafrechtliche Rehabilitierung, Opferpension, HHG
- 12.22.10 Aufenthaltsbeendende Maßnahmen
- 12.22.50 Bearbeiten von Aufenthaltsregelungen für Ausländer (EU- und Nicht-EU-Ausländer, Asylbewerber)



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.22 **Einwohnerwesen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	222.771	222.704	225.967
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	550
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	222.771	222.704	226.517
11	-	Personalaufwendungen	-615.117	-619.164	-649.206
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-65.094	-73.023	-460.701
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-10.154	-11.571	-221
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-67.696	-77.023	-101.826
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-758.060	-780.782	-1.211.954
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-535.288	-558.079	-985.437
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-535.288	-558.079	-985.437
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.472.684	1.378.165	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.696.346	-1.617.068	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-56	-4.755	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-223.718	-243.658	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-759.006	-801.736	-985.437

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 13:		
EDV-Fallpreise und Gebühren	455.520	455.545
Leasing für EDV-Ausstattung	61.770	54.590
Aus- und Fortbildung, Umschulung	8.000	8.500
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>- 460.196</u>	<u>- 445.612</u>
Summe	65.094	73.023
zu Ifd. Nr. 17:		
Elektronischer Aufenthaltstitel	60.000	70.000
Bürobedarf	15.000	19.500
Fachliteratur	500	500
Dienstfahrten, Reisekosten	10.000	8.500
Rechts- und Beratungskosten	2.500	1.000
Geschäftsaufwendungen	2.000	2.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 22.304</u>	<u>- 24.477</u>
Summe	67.696	77.023



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.23	Personenstandswesen

Verantwortung

Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

- Öffentlich-rechtliche Namensänderungen
- Personenstandsaufsicht
- Personenstandswesen

Ziele

strategisch

- Anpassen von Familiennamen und Beseitigung von Unzulänglichkeit im Namen
- Feststellung der Rechtmäßigkeit und Eintragung der Lebenspartnerschaft
- Sicherung der Nachweismöglichkeit des Personenstandes und des Namens
- Ausstattung der Standesämter und Bevölkerung mit erforderlichen aktuellen personenstandsrechtlichen Informationen und Nachweisen

Auftragsgrundlagen

Namensänderungsgesetz, Bürgerliches Recht, Namensrecht, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Beurkundungsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Personenstandsgesetz, Freiwillige Gerichtsbarkeit, Verwaltungsvorschriften, Erlasse, Gerichtsurteile

Produkte

- 12.23.09 Behördliche Namensänderungen
- 12.23.50 Standesamtsaufsicht



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.23 **Personenstandswesen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.152	2.138	1.782
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.152	2.138	1.782
11	-	Personalaufwendungen	-131.843	-134.763	-124.616
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.753	-14.276	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.997	-2.264	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-925	-1.085	-145
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-147.517	-152.388	-124.761
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-145.366	-150.250	-122.978
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-145.366	-150.250	-122.978
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-43.536	-46.641	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-11	-930	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-43.547	-47.572	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-188.913	-197.822	-122.978



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.26	Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung

Verantwortung

- Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung
- Verkehrs- und Ordnungsamt (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Überwachung von Produkten und Betrieben im Bereich Lebensmittel und Bedarfsgegenstände
- Schlachttier- und Fleischuntersuchung
- Tiergesundheit, Tierschutz, (vorbeugende) Tierseuchenbekämpfung, Tierkörperbeseitigung

Ziele

strategisch

- Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigungen, Täuschungen und Irreführungen
- Erreichung einer Kostendeckung im Gebühreneinnahmebereich
- Modernisierung der Trichinenuntersuchungsstellen
- Schutz der Tierbestände vor seuchenhaften Krankheiten
- Effektiver Schutz der Tiere vor Leiden und Schäden durch präventives und repressives Handeln des Veterinäramtes
- Wirtschaftliche Aufgabenerfüllung
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Entsorgung

Auftragsgrundlagen

Gesetze, Verordnungen im EU-Recht und nationales Recht, QMS-Vorgaben, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Landesabfallgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, Mitgliedschaft im Zweckverband, Tierkörperbeseitigung auf Basis von Kreistagsbeschlüssen

Produkte

- 12.26.01 Lebensmittelüberwachung (Schlüsselprodukt)
- 12.26.03 Überwachung der Fleischhygiene
- 12.26.50 Tierschutz, -gesundheit u. -entsorgung



THH2
12
12.26

Sicherheit und Ordnung
Sicherheit und Ordnung
Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	303.006	303.005	258.488
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	3	3	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	48	48	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.054	13.382	30.233
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	8.000	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	316.113	324.438	288.721
11	-	Personalaufwendungen	-916.785	-1.029.364	-923.772
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-72.651	-68.774	-60.928
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-3.657	-3.208	-245
16	-	Transferaufwendungen	-230.000	-230.000	-243.355
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-91.117	-71.025	-61.573
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.314.209	-1.402.370	-1.289.874
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-998.096	-1.077.933	-1.001.153
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-998.096	-1.077.933	-1.001.153
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	71.963	64.021	16.831
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-399.607	-386.882	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-564	-1.119	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-328.208	-323.979	16.831
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.326.304	-1.401.912	-984.322

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 16:

Umlage an Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen.



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.26	Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung
12.26.01	Lebensmittelüberwachung

Verantwortung

Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Kurzbeschreibung

Überwachung von Produkten und Betrieben im Bereich Lebensmittel, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände nach nationalen und EU-Rechtsvorschriften

Ziele

strategisch

1. Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung
2. Betriebsneuzulassungen nach EU-Verordnung und Überprüfung zur Aufrechterhaltung der EU-Zulassung
3. Ergreifung von erforderlichen Maßnahmen (Lebensmittelrecht und/oder Verwaltungsrecht) bei Beanstandungen

operativ

1. Regelkontrollen nach vorgegebenem Kontrollrhythmus
2. Planprobennahmen nach vorgegebenem Verteilerschlüssel und nach Zielrichtungen
3. Anlasskontrollen bei Verdacht, Hinweisen und auf Anforderung des Betriebes
4. Verdachtsproben bei konkreten Anlässen (z.B. Krankheitsfällen, Rückständen, Kennzeichnung u.ä.)
5. Überprüfung von Betrieben nach dem EU-Schnellwarnsystem
6. Durchführung der erforderlichen Regelkontrollen nach den nationalen Vorschriften und den zahlreichen EU-Vorschriften sowie Vorgabe der LÜVIS-Terminverwaltung und der errechneten Kontrollintervalle nach der Risikobeurteilung des Betriebes (RIOP)
7. Durchführung von Planprobenentnahmen (2x monatlich) für die Untersuchungsämter
8. Durchführung von Verdachtskontrollen und Probenahmen auf Grund eigener Feststellungen oder durch Hinweise von Verbrauchern
9. Durchführung von Sonderkontrollen bei Rückrufaktionen und EU-Schnellwarnungen
10. Durchführung von Ermittlungen bei lebensmittelrechtlichen Verstößen, insbesondere Erkrankungsfällen, einschließlich Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren, sowie verwaltungsrechtlichen Maßnahmen
11. Pflege der LÜVIS-Datenbank und Erfassung aktueller Kontrollergebnisse
12. Steigerung der Arbeitsqualität durch die Anwendung bzw. Neuentwicklung/Aktualisierung neuer Standards im Qualitätsmanagement

Maßnahmen 2015

1. Einhaltung der erforderlichen risikoorientierten Proben- und Kontrollzahlen zum Schutz des Verbrauchers
2. Ausbildung von weiterem Personal
3. Anwendung und Fortführung des QM-Handbuches, insbesondere im Bereich des Arbeitsschutzes



4. Realisierung der jährlichen Zielvereinbarungen zwischen dem Regierungspräsidium Tübingen und dem Kreisveterinäramt Reutlingen

Auftragsgrundlagen

Alle einschlägigen Gesetze im Lebensmittelrecht, QMS-Vorgaben

Hinweis zu Produkte 12.26.01, 12.26.03 und 12.26.50:

Das Kreisveterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt ist seit 27.10.2008 durch das Qualitätsmanagement des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg auditiert.

Jährliche Überprüfungen, Zielvereinbarungen mit den übergeordneten Behörden (RP und MLR) sowie Erweiterungen von Teilbereichen sind zu erfüllen.



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.26 **Veterinärwesen/Lebensmittelüberwachung**
12.26.01 **Lebensmittelüberwachung**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	20.506	20.505	23.964
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	13.603
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	20.506	20.505	37.567
11	-	Personalaufwendungen	-535.052	-606.146	-538.198
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-45.255	-46.918	-26.801
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.156	-1.954	-72
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-16.658	-17.188	-12.229
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-599.120	-672.206	-577.300
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-578.615	-651.701	-539.733
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-578.615	-651.701	-539.733
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-197.361	-200.516	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-474	-684	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-197.835	-201.200	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-776.450	-852.901	-539.733



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.60	Brandschutz

Verantwortung

Kreisbrandmeister

Kurzbeschreibung

- Erstellung von brandschutztechnischen Stellungnahmen
- Durchführung von Brandverhütungsschauen
- Beratung von Bauherren, Architekten und Gemeinden
- Aufsicht über das Feuerwehrewesen
- Bewilligungsstelle für die Förderung des Feuerwehrewesens
- Betrieb des digitalen Alarmierungssystems, des Gleichwellensprechfunknetzes und der integrierten Leitstelle
- Erstellung von Einsatzplänen
- Teilnahme an Feuerwehreinsätzen, Teilnahme an Dienstbesprechungen und Fortbildungsveranstaltungen
- Durchführung von Ausbildungslehrgängen, Ausstellung der Feuerwehr-Ehrenzeichen, Vergabe von Plätzen der Erholungsfürsorge, Abnahme des Feuerwehrleistungsabzeichens

Ziele

strategisch

Schnellstmögliche qualifizierte Hilfeleistung bei Bränden zur Vermeidung von Schäden für Mensch, Tier, an Sachen und Umwelt. Ständige Einsatzbereitschaft. Schnellstmögliche Hilfe für Menschen und Tiere in bedrohenden Situationen. Vermeidung von Schäden an Sachen und Umwelt

operativ

Bei Planung, Errichtung, Betrieb, Unterhaltung und Abbruch eines Gebäudes oder einer Betriebsanlage sicherstellen, dass durch geeignete Maßnahmen

- eine Brandentstehung möglichst verhindert wird,
- eine Brand- und Rauchausbreitung behindert wird,
- die Rettungswege bautechnisch gesichert sind und
- wirksame Rettungs- und Brandbekämpfungsmaßnahmen möglich sind.

Dies gilt auch für die Brandsicherheitsschau, durch die brandgefährliche Zustände in einem Objekt erkannt und abgestellt werden sollen.

Auftragsgrundlagen

- Landesbauordnung und untergesetzliches Regelwerk
- Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg und untergesetzliches Regelwerk



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.60 **Brandschutz**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	64.350	46.350	2.575
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.200	25.200	27.085
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	89.550	71.550	29.660
11	-	Personalaufwendungen	-162.667	-152.236	-140.198
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-87.471	-78.350	-48.661
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-170.206	-145.224	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-292.185	-281.504	-218.057
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-712.528	-657.315	-406.916
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-622.978	-585.765	-377.255
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-622.978	-585.765	-377.255
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-134.522	-125.545	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-14.885	-33.065	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-149.408	-158.609	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-772.386	-744.374	-377.255

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 17: Personal- und Betriebskosten Integrierte Leitstelle	280.000	270.000



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.60 **Brandschutz**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
71260000410: Bewegl. Verm. Brandschutz Fahrzeuge						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	2.000
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	2.000
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-5.416
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-5.416
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-3.416
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-3.416

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
71260000510: Anschluss an bundesweites Funknetz						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-60.000	0	0	-2.951
13	=	Summe Auszahlungen	-60.000	0	0	-2.951
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-60.000	0	0	-2.951
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-60.000	0	0	-2.951

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Anbindung der Integrierten Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst an das Digitalfunknetz im Zusammenhang mit der Erneuerung der Leitstellentechnik



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
71260000520: Erneuerung Leitstellentechnik Integr. Le						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	180.000	0	96.000	0
6	=	Summe Einzahlungen	180.000	0	96.000	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-220.000	0	-240.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-220.000	0	-240.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-40.000	0	-144.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-40.000	0	-144.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 11:

vgl. KT-Drucksache Nr. VIII-0687 Ausschuss für technische Fragen und Umweltschutz vom 07.05.2014



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.70	Rettungsdienst

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

- Durchführung von Krankentransporten nach § 15 Rettungsdienstgesetz des Landes Baden-Württemberg (RDG), Genehmigungserteilung an Krankentransportunternehmen
- Rechtsaufsicht über den Bereichsausschuss

Ziele

strategisch

- Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Effektive und effiziente Genehmigungsverfahren
- Hilfsfristen einhalten

Auftragsgrundlagen

Rettungsdienstgesetz des Landes Baden-Württemberg (RDG), Personenbeförderungsgesetz des Bundes (PBefG) sowie hierzu ergangene Rechtsverordnungen



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.70 **Rettungsdienst**

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-4.428	-4.249	-4.156
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-69	-72	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2	-2	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27	-26	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-4.525	-4.350	-4.156
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.525	-4.350	-4.156
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.525	-4.350	-4.156
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-839	-796	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-1	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-840	-797	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-5.365	-5.146	-4.156



THH2	Sicherheit und Ordnung
12	Sicherheit und Ordnung
12.80	Katastrophenschutz

Verantwortung

Kreisbauamt

Kurzbeschreibung

- Bekämpfung von größeren Schadensereignissen und Katastrophen
- Einsatzplanungen
- Unterstützung der Katastrophenschutzeinheiten

Ziele

strategisch

- Hilfen für Menschen und Tiere, Schutz von Sachen und Umwelt bei Katastrophen
- Ständige Einsatzbereitschaft

operativ

- Stabsorganisation
- Schulungen
- Übungen

Auftragsgrundlagen

- Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz
- Landeskatastrophenschutzgesetz
- Bewirtschaftungsroundschreiben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
- Verwaltungsvorschrift Stabsarbeit
- Verwaltungsvorschrift über die Ausbildung der Einsatzeinheiten



THH2 **Sicherheit und Ordnung**
12 **Sicherheit und Ordnung**
12.80 **Katastrophenschutz**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-30.177	-27.735	-27.248
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.816	-1.389	-511
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-6.041	-6.027	0
16	-	Transferaufwendungen	-30.000	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.488	-2.301	-42
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-73.522	-37.453	-27.802
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-73.522	-37.453	-27.802
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-73.522	-37.453	-27.802
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-14.583	-9.002	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-10.460	-13.362	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-25.042	-22.365	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-98.564	-59.817	-27.802

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16: Zuschuss Hagelabwehr	30.000	0
zu Ifd. Nr. 17: Geschäftsaufwendungen	5.000	2.000





Teilhaushalt 3

Schule, Kultur und Sport

Bestehend aus den Produktgruppen

- 21.20 Sonderschulen
- 21.30 Berufsbildende Schulen
- 21.40 Schülerbezogene Leistungen
- 21.50 Sonstige schulische Aufgaben/Einrichtungen

- 25.21 Kreisarchiv

- 26.10 Theater
- 26.20 Musikpflege

- 27.10 Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen (neu)
- 27.40 Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen (alt)

- 28.10 Sonstige Kulturpflege

- 42.10 Förderung des Sports
- 42.41 Sportstätten



THH3

Schule, Kultur und Sport

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	11.423.900	11.218.900	10.750.981
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	142.000	570.200	52.744
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	667.800	727.800	1.095.295
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.265.000	2.074.000	2.075.333
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	55.600	51.100	78.517
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	14.554.300	14.642.000	14.052.869
11	-	Personalaufwendungen	-3.382.732	-3.184.571	-3.120.620
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.553.950	-5.713.093	-5.759.461
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-3.092.050	-3.009.350	-9.973
16	-	Transferaufwendungen	-428.450	-415.800	-389.087
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.288.238	-7.750.181	-7.445.544
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-20.745.419	-20.072.994	-16.724.686
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-6.191.119	-5.430.994	-2.671.817
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-6.191.119	-5.430.994	-2.671.817
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	76.653	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.600.735	-1.712.542	-154.350
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.246.840	-1.947.367	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-3.770.921	-3.659.909	-154.350
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-9.962.041	-9.090.903	-2.826.167

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 21	58,65	58,65	58,65
Produktbereich 25	6,73	6,73	6,73
Produktbereich 28	0,12	0,12	0,12
Produktbereich 42	2,87	2,87	2,87



THH3

Schule, Kultur und Sport

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	1.200	931.500
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	2.500
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	1.200	934.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.200.000	-687.000	-1.275.250
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-400.650	-654.165	-478.379
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	-100.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.600.650	-1.441.165	-1.753.629
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.600.650	-1.439.965	-819.629



THH3
21

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	11.345.900	11.140.900	10.750.981
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	142.000	570.200	52.744
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	500.400	560.400	1.024.939
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.265.000	2.074.000	2.072.583
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	48.958	48.958	74.902
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	14.302.258	14.394.458	13.976.148
11	-	Personalaufwendungen	-2.849.444	-2.649.404	-2.633.656
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.286.679	-5.501.825	-5.695.872
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.869.055	-2.788.260	-9.973
16	-	Transferaufwendungen	-20.000	-20.000	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.265.516	-7.728.378	-7.423.963
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-19.290.693	-18.687.867	-15.763.463
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.988.435	-4.293.409	-1.787.315
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.988.435	-4.293.409	-1.787.315
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	181.869	109.922	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.557.526	-1.672.449	-154.350
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.145.279	-1.818.048	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-3.520.937	-3.380.576	-154.350
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-8.509.372	-7.673.985	-1.941.665



THH3
21

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	931.500
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	2.500
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	934.000
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.200.000	-687.000	-1.275.250
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-400.650	-637.965	-478.379
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.600.650	-1.324.965	-1.753.629
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.600.650	-1.324.965	-819.629



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
21 **Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung**
21.20 **Sonderschulen**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs einer Schule für Geistigbehinderte durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen in Erfüllung der Aufgabe des örtlichen Schulträgers. Die Sonderschule dient der Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, die schulpflichtig sind, aber infolge einer Behinderung in den allgemein bildenden Schulen nicht die ihnen zukommende Erziehung und Bildung erfahren können.

Ziele

strategisch

Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Sonderschulangebots, hier der Karl-Georg-Haldenwangschule in Münsingen

operativ

- Schaffung der erforderlichen Schulplätze
- Bereitstellung von betreuenden Mitarbeitern
- Bereitstellung und Betrieb der Gebäude
- Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion
- Einrichtung von Außenklassen an allgemeinbildenden Schulen

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Haushaltsplan mit Stellenplan, TVöD;
bezüglich der Grundstücke und baulichen Anlagen: Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Vergabe- und Vertragsordnungen für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL), Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstweisungen insbesondere zum Vergaberecht

Produkte

- 21.20.03 Karl-Georg-Haldenwangschule, Münsingen



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
21 **Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung**
21.20 **Sonderschulen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	353.350	353.350	346.518
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	24.015	24.014	23.497
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	377.365	377.364	370.015
11	-	Personalaufwendungen	-190.025	-180.520	-176.799
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-169.684	-161.650	-167.205
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-108.539	-108.432	-471
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-43.610	-37.923	-42.180
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-511.858	-488.525	-386.655
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-134.493	-111.160	-16.641
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-134.493	-111.160	-16.641
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-49.613	-46.149	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-69.446	-26.807	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-119.059	-72.956	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-253.552	-184.116	-16.641

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Sachkostenbeiträge vom Land	308.000	308.000
zu Ifd. Nr. 13:		
Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	44.000	32.200
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.400	1.300
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	11.100	11.000
Bewirtschaftung	69.800	74.600
EDV-Aufwendungen	480	380
Lehr- und Unterrichtsmittel, sonstige schulische Aufwendungen	8.250	7.550
Aufwand für Lebensmittel	32.000	32.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	2.654	2.620
Summe	169.684	161.650



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
21 **Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung**
21.20 **Sonderschulen**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.212003.0101: Bewegl. Vermögen Haldenwang-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-1.200	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-1.200	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-1.200	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-1.200	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.212003.0102: Karl-Georg-Haldenwangschule Solaranlage						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-130.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-130.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-130.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-130.000	0



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.30	Berufsbildende Schulen

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs der beruflichen Schulen und der Fachschulen (gegen Entgelt) durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen in Erfüllung der Aufgabe des örtlichen Schulträgers. Die beruflichen Schulen sind weiterführende Schulen, in denen Bildungsabschlüsse bis zur Hochschulreife erworben werden können.

Ziele

strategisch

Schaffung eines bedarfsgerechten, flächendeckenden und vielfältigen Schulangebots der beruflichen Schulen

operativ

- Bedarfsgerechte Entwicklung der Schularten
- Bereitstellung der Gebäude und einer bedarfsgerechten Ausstattung unter Beachtung verschiedenster Richtlinien und Vorgaben zur Sicherheit, Energieverbrauch und zum Gesundheitsschutz

Maßnahmen 2015

- Erweiterung der Theodor-Heuss-Schule in Reutlingen
- Maßnahmen im Rahmen der laufenden Gebäudeunterhaltung zur Substanzerhaltung und -modernisierung
- Ersatz von über 6 Jahre alten EDV-Ausstattungen
- Ersatz von technisch überholten Maschinen an den gewerblichen Schulen

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Haushaltsplan mit Stellenplan, Tarifverträge;
bezüglich der Grundstücke und baulichen Anlagen: Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Vergabe- und Vertragsordnungen für Bauleistungen und Leistungen (VOB und VOL), Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstanweisungen insbesondere zum Vergaberecht



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
21 **Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung**
21.30 **Berufsbildende Schulen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	6.506.300	6.301.300	5.952.208
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	141.000	569.200	51.388
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	404.400	404.400	937.694
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	320
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	23.419	23.419	46.501
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	7.075.119	7.298.319	6.988.111
11	-	Personalaufwendungen	-2.220.787	-2.081.214	-2.144.340
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.828.174	-4.966.001	-5.296.461
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.697.244	-2.618.704	-8.696
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-623.027	-594.319	-575.764
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-10.369.232	-10.260.238	-8.025.261
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-3.294.113	-2.961.919	-1.037.151
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-3.294.113	-2.961.919	-1.037.151
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	204.755	210.122	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.305.972	-1.302.568	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.008.593	-1.760.278	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-3.109.810	-2.852.723	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-6.403.923	-5.814.642	-1.037.151

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2: Sachkostenbeiträge vom Land	5.951.000	5.746.000
zu Ifd. Nr. 13: Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen	1.154.800	1.224.800
Maßnahmen 2015 (ab 10.000 EUR):		
Werkstätten BSZ Reutlingen		
Klimagerät Konditorei	28.000 EUR	
Kältemaschine Nahrung	45.000 EUR	
Erneuerung FI-Schutz	34.000 EUR	
Ersatz LAN E028	10.000 EUR	
Ferdinand-von-Steinbeis-Schule		
Aula Sanierung WC und Behin.	20.000 EUR	
Sicherung Th.-Ventile	15.000 EUR	
Theodor-Heuss-Schule		
Schedfenster 2. OG	30.000 EUR	
Laura-Schradin-Schule		
Umbau Pflegeklassen	25.000 EUR	
Schallschutz für 4 Klassenzimmer	16.000 EUR	
Ersatz mobile Trennwände	30.000 EUR	

**Gewerbliche Schule Metzingen**

Erneuerung Jalousie-Steuerung 20.000 EUR
 Kfz-Werkstatt Dach 30.000 EUR

Berufliche Schule Münsingen

Ausbau EDV-Netz 20.000 EUR

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Kostenart 42220000: Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	624.250	694.780
Kostenarten 42311000 und 42311010: Mieten und Pachten	406.000	319.400
Kostenarten 42410000 bis 42490000: Bewirtschaftung	1.427.300	1.540.900
Kostenart 42720000: Aufwendungen für EDV	52.450	39.700
Kostenarten 42740000 bis 42760000: Lehr- und Unterrichtsmittel und sonstige schulische Aufwendungen	1.005.900	970.800
zu lfd. Nr. 17:		
Kostenart 44430020: Schülerunfallversicherung	331.400	321.700



THH3
21
21.30

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Berufsbildende Schulen

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0001: Bewegl. Vermögen BSZ RT allgemein						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-10.000	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0002.002: Erweiterungsbau Theodor-Heuss-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-3.200.000	-420.000	0	-38.375
13	=	Summe Auszahlungen	-3.200.000	-420.000	0	-38.375
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.200.000	-420.000	0	-38.375
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.200.000	-420.000	0	-38.375

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 420.000 EUR wird im Jahr 2016 zahlungswirksam.
KT-Drucksachen Nr. VIII-0523 bis VIII-0523/1. VIII-0676, VIII-0723 bis VIII-0726



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0101: Bewegl. Vermögen F.-v.-Steinbeis-Schule						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	1.500
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	1.500
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-57
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-138.000	0	-138.200	-139.414
13	=	Summe Auszahlungen	-138.000	0	-138.200	-139.471
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-138.000	0	-138.200	-137.971
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-138.000	0	-138.200	-137.971

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Metall

2 Universaldrehmaschinen 64.000 EUR
Spitzendrehmaschine 45.000 EUR

Elektro

Tischkreissäge 5.000 EUR

Allgemein

Workstations Produktdesigner 24.000 EUR

Summe**138.000 EUR**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0201: Bewegl. Vermögen Kerschensteinerschule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-1.896
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-71.000	0	-56.765	-45.675
13	=	Summe Auszahlungen	-71.000	0	-56.765	-47.571
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-71.000	0	-56.765	-47.571
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-71.000	0	-56.765	-47.571

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Allgemein

Server Pädagogisches Netz 22.000 EUR
Notebook Ersatzbeschaffung 25.600 EUR

Farbtechnik

Waschsystem f. Spaltfilter 10.500 EUR
Server 7.000 EUR
LaserdruckerA4 1.200 EUR



3D-Drucker
3D-Scanner

3.500 EUR
1.200 EUR

Summe 71.000 EUR

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0202.001: Chemieraum Kerschensteinerschule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-66.814
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-66.814
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-66.814
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-66.814

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0301: Bewegl. Vermögen Th.-Heuss-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.000	0	-12.750	-9.614
13	=	Summe Auszahlungen	-3.000	0	-12.750	-9.614
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.000	0	-12.750	-9.614
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.000	0	-12.750	-9.614

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattung für die Fachbereiche:

Datenverarbeitung

Gruppenarbeitsstisch

3.000 EUR

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0401: Bewegl. Vermögen L.-Schradin-Schule						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-20.800	0	-36.200	-27.897
13	=	Summe Auszahlungen	-20.800	0	-36.200	-27.897
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-20.800	0	-36.200	-27.897
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-20.800	0	-36.200	-27.897



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Naturwissenschaften

Zentrifuge 1.300 EUR

Hauswirtschaft

Rühr- und Schlagmaschine 3.500 EUR

Großgeräte-Ersatz Div. 4.000 EUR

Allgemein

Tafelsysteme 5.000 EUR

Server pädagogisches Netz 7.000 EUR

Summe 20.800 EUR

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0402.001: Naturwissenschaftl. Fachräume Laura-Schr						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-557.000	-257.336
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-557.000	-257.336
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-557.000	-257.336
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-557.000	-257.336

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0501: Bewegl. Verm. Gewerbl. Schule Metzingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-100.150	0	-118.950	-111.032
13	=	Summe Auszahlungen	-100.150	0	-118.950	-111.032
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-100.150	0	-118.950	-111.032
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-100.150	0	-118.950	-111.032

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Geräteausstattungen für die Fachbereiche:

Hausverwaltung

Software 9.500 EUR

Server pädagogisches Netz 15.000 EUR

Metalltechnik

2 Tischbohrmaschinen 8.000 EUR

Lagersystem Metall 1.500 EUR

Umrüstung TESA-Maschine 14.000 EUR

Fahrzeugtechnik

ATF Automatikgetriebeölstation 7.300 EUR



Neues Übungsfahrzeug mit Direktschaltgetriebe	7.500 EUR
3 gebrauchte Übungsfahrzeuge	6.000 EUR
Demonstrationstafel Beleuchtung	6.000 EUR
Federbein mit Querlenker - Modell	2.150 EUR

Bekleidungstechnik

Nähmaschine mit Einfassapparat	4.000 EUR
Überwendlichmaschine	3.000 EUR
Bügelanlage	3.200 EUR
Stößmesser	1.500 EUR
Kreismesser f. Maschenware	1.500 EUR

Gebäudereinigungstechnik

Demonstrationsfußboden Gebäudereiniger	<u>10.000 EUR</u>
--	-------------------

Summe **100.150 EUR**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0601: Bewegl. Vermögen Kaufm. Schule Bad Urach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-16.500	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-16.500	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-16.500	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-16.500	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

Geräteausstattungen:

Server pädagogisches Netz	7.000 EUR
Informationsmonitor Foyer	4.500 EUR
Lautsprecheranlage	<u>5.000 EUR</u>

Summe **16.500 EUR**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0602.001: Neubau Kaufmännische Schule Bad Urach						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	931.500
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	931.500
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-825.237
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-825.237
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	106.263
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	106.263



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0701: Bewegl. Verm. Berufl. Schule Münsingen						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	1.000
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	1.000
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-16.100	0	-19.900	-4.758
13	=	Summe Auszahlungen	-16.100	0	-19.900	-4.758
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-16.100	0	-19.900	-3.758
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-16.100	0	-19.900	-3.758

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Server pädagogisches Netz	12.000 EUR
Farbdrucker	1.800 EUR
Keilbacken-Spannkörper für Ölgaspresse	2.300 EUR

Summe 16.100 EUR

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.0702.002: Durchsageanlage BS Münsingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-2.946
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-2.946
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-2.946
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-2.946

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.213000.1001: Bewegl. Vermögen Kreisschul-u. Kulturamt						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-25.000	0	-232.000	-14.833
13	=	Summe Auszahlungen	-25.000	0	-232.000	-14.833
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-25.000	0	-232.000	-14.833
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-25.000	0	-232.000	-14.833

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Winterdienst-Ausrüstung für die Schulen (Räum- und Streugeräte)



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.40	Schülerbezogene Leistungen

Verantwortung

- Kreisschul- und Kulturamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Bei dieser Produktgruppe handelt es sich um die

- Organisation und Abwicklung der Schülerbeförderung
- Fördermaßnahmen für Schüler (Zuschüsse z.B. für Studienfahrten)
- Schulsozialarbeit

Ziele

strategisch

- Unterstützung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags durch Förderung gemeinsamer Unternehmungen
- Sicherstellung der Schulsozialarbeit
- Effektive und effiziente Schülerbeförderung in Abstimmung mit Schulträgern und Verkehrsunternehmern

operativ

- Förderung der Schulsozialarbeit, Anteil des Schulträgers berufliche Schulen
- Schülerlistenverfahren aufrecht erhalten, mit möglichst großer Schülerzahl

Maßnahmen 2015

- Abstimmung des ÖPNV auf veränderte Schullandschaft (z.B. Gemeinschaftsschule, Ganztageschule, Inklusion)
- Abschluss einer Vereinbarung zur Durchführung der Schulsozialarbeit

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Landkreisordnung, Finanzausgleichsgesetz Baden-Württemberg (FAG), Satzung des Landkreises über die Erstattung von Schülerbeförderungskosten

Produkte

- 21.40.01 Schülerbeförderung
- 21.40.02 Fördermaßnahmen für Schüler



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
21 **Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung**
21.40 **Schülerbezogene Leistungen**

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	4.483.150	4.483.150	4.452.255
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.265.000	2.074.000	2.071.850
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	8	7	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6.748.158	6.557.157	6.524.105
11	-	Personalaufwendungen	-211.188	-158.589	-105.177
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.119	-6.224	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-129	-66	-806
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-7.574.567	-7.076.607	-6.784.129
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-7.790.003	-7.241.486	-6.890.112
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.041.845	-684.328	-366.007
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.041.845	-684.328	-366.007
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	76.653	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-250.337	-368.733	-154.350
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.291	-1.546	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-174.976	-370.278	-154.350
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf-/überschuss	-1.216.821	-1.054.607	-520.357

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Zuweisungen vom Land für Schülerbeförderung	4.408.000	4.408.000
Zuweisungen vom Land für Schulsozialarbeit	75.150	75.150
zu Ifd. Nr. 6:		
Eigenanteile von Schulträgern u. Erstattungen Landkreise	1.630.000	1.494.000
Eigenanteile von Schülern	635.000	580.000
zu Ifd. Nr. 17:		
Aufwendungen für Schülerbeförderung	6.272.000	6.045.000
Erstattungen an Gemeinden / Schulträger	1.045.000	1.030.000
Aufwendungen für Schulsozialarbeit (bis 2014 bei Produktgruppe 36.20)	256.000	0



THH3	Schule, Kultur und Sport
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
21.50	Sonst. schulische Aufgaben/Einrichtungen

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Die sonstigen schulischen Aufgaben und Einrichtungen umfassen

- die Information der am Schulleben Beteiligten über die Tätigkeiten und Ziele des Schulträgers sowie über bildungspolitische Maßnahmen durch Veröffentlichungen, Schulberichte, Pressemitteilungen
- die Vermietung und Verpachtung von Räumen, Hallen, Einrichtungen und Grundstücksflächen für sportliche und kulturelle Zwecke und für Zwecke der Weiterbildung
- sonstige Verpachtungen und Vermietungen im Rahmen der Betriebe gewerblicher Art (Parkflächen der Schulen und Verpachtung Cafeteria im Beruflichen Schulzentrum Reutlingen)
- den Ausgleichsbetrag an die Stadt Reutlingen als Träger einer Schule für Geistigbehinderte
- die Bereitstellung und den Betrieb von Kreismedienzentren

Ziele

strategisch

- Bereitstellung von Informationen über die Schulen, den Schulträger, Tätigkeiten und Ziele
- Förderung von Bildung, Kultur und Sport
- Optimierung des Unterrichts, Erfüllung der Lehrpläne, Schul-, Jugend- und Erwachsenenbildung
- Medienerziehung

operativ

- Bereitstellung von Medien, Beratungen und Fortbildungen durch die Kreismedienzentren
- Bereitstellung von Parkflächen an den Schulen

Maßnahmen 2015

- Investorenverfahren Bau und Betrieb des Parkhauses im Beruflichen Schulzentrum Reutlingen

Auftragsgrundlagen

Schulgesetz, Gemeindehaushaltsverordnung, Tarifordnung, Mietverträge, Kreistagsbeschluss, Medienzentrengesetz

Produkte

- 21.50.01 Auskunft, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen
- 21.50.02 Vergabe schulischer Einrichtungen an Dritte
- 21.50.03 Förderung von Schulen in anderer Trägerschaft
- 21.50.04 Bereitstellung und Betrieb von Kreismedienzentren



THH3
21
21.50

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Sonst. schulische Aufgaben/Einrichtungen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3.100	3.100	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	1.000	1.000	1.357
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	96.000	156.000	87.244
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	413
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.516	1.517	4.905
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	101.616	161.617	93.918
11	-	Personalaufwendungen	-227.445	-229.082	-207.339
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-284.701	-367.949	-232.206
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-63.143	-61.058	0
16	-	Transferaufwendungen	-20.000	-20.000	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-24.311	-19.529	-21.889
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-619.600	-697.619	-461.434
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-517.984	-536.002	-367.516
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-517.984	-536.002	-367.516
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-51.144	-55.200	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-65.948	-29.418	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-117.092	-84.618	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-635.077	-620.620	-367.516

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 13:		
Kostenart 42110000: Unterhaltung Parkplätze BSZ Reutlingen (Inkl. 20.000 EUR Beratungskosten Neubau Parkhaus)	43.000	63.000
Kostenart 42210000: Unterhaltung des bewegl. Vermögens	14.700	14.700
Kostenart 42220000: Erwerb von GVG	23.600	26.200
Kostenart 42311000: Mieten und Pachten	63.000	63.000
Kostenarten 42410000 bis 42490000: Bewirtschaftung	25.000	61.700
Kostenart 42710000 bis 42720000: Medienbeschaffung und sonstige schulische Aufwendungen	104.700	128.200



THH3
21
21.50

Schule, Kultur und Sport
Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung
Sonst. schulische Aufgaben/Einrichtungen

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.215004.0001: Bewegl. Vermögen Kreismedienzentren						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.100	0	-12.000	-19.390
13	=	Summe Auszahlungen	-10.100	0	-12.000	-19.390
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.100	0	-12.000	-19.390
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.100	0	-12.000	-19.390

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Geräteausstattungen:

Kreismedienzentrum Reutlingen:

2 Beamer Lichtstark	2.800 EUR
Beamer mit Weitwinkelobjektiv	1.400 EUR
Macbook	1.300 EUR
Transport- und Ladekoffer für Ipad	1.800 EUR

Kreismedienzentrum Münsingen:

2 Beamer Lichtstark	<u>2.800 EUR</u>
---------------------	------------------

Summe **10.100 EUR**



THH3	Schule, Kultur und Sport
25	Kreisarchiv
25.21	Kreisarchiv

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

- Ordnung, Erschließung und Sicherung des Archivguts des Landkreises und von 21 Kreisgemeinden (mit 65 Ortsteilarchiven) ohne eigenen Archivar
- Beratung der Gemeinden in Registratur- und Archivfragen, Anleitung von Gemeindepersonal
- Beratung von Archivnutzern und Beantwortung von Anfragen – intern und extern
- Aufbau der Sammlungsbestände und der Präsenzbibliothek
- Historische Bildungsarbeit für Landkreis und Kreisgemeinden

Ziele

strategisch

- Dauerhafte Sicherung und Nutzbarmachung des Archivguts des Landkreises
- Dauerhafte Sicherung und Nutzbarmachung des Archivguts der Gemeinden
- Inhaltliche Erschließung der Archivbestände des Kreisarchivs und der Gemeindearchive nach Priorität – fortwährende Aufgabe, Abschluss nur in Teilabschnitten möglich
- Die Nutzung des Archivguts durch Verwaltung und Dritte ermöglichen
- Historische Bildungsarbeit

operativ

- Ständige Aktenübernahmen aus den Ämtern in Papierform oder elektronisch: Bewertung – Erschließung – Findbuch ...
- Projekt „Geeignete Unterbringung aller 65 Ortsteilarchive“ in den 21 Kreisgemeinden: Abschluss 2015 – abhängig von Bereitschaft der Gemeinden Räume zu stellen
- Weiterführung des Projekts „Ordnung und Erschließung der Altbestände der Gemeindearchive bis zur Gemeindereform“ nach Priorität
- Kontrollbesuche in den Gemeindearchiven – Raumklima, Ordnungszustand usw.: Durchgang alle 5-6 Jahre
- Verbesserung der technischen Ausstattung zur Effizienzsteigerung
- Fundierte und publikumsgerechte historische Bildungsarbeit
- Fundierte Auskünfte auf Anfragen intern und extern

Maßnahmen 2015

Herausgabe Dokumentation Kleindenkmale

Auftragsgrundlagen

Landesarchivgesetz Baden-Württemberg vom 27. Juli 1987, geändert am 12. März 1990; KT-Beschluss vom 14. Mai 1982, Archivordnung des Landkreises Reutlingen vom 6. März 1989



Produkte

- 25.21.01 Kreisarchiv



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
25 **Kreisarchiv**
25.21 **Kreisarchiv**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	6.013	1.513	3.615
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6.013	1.513	3.615
11	-	Personalaufwendungen	-375.292	-379.718	-349.857
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-83.143	-41.610	-15.001
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-4.552	-4.466	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.514	-5.517	-12.710
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-468.500	-431.311	-377.568
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-462.487	-429.799	-373.953
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-462.487	-429.799	-373.953
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-64.060	-62.429	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-531	-1.200	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-64.592	-63.629	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-527.078	-493.428	-373.953

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 13:		
Unterhaltung des bewegl. Vermögens	7.500	7.500
Archivmaterialien / Sachausgaben	14.200	23.200
Buchprojekt Kleindenkmale	20.000	0
Publikation „Historische Kulturlandschaften auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz“	12.000	0
Digitalisierungen	20.000	0
Auslagerung von Archivgut	7.200	8.600
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>2.243</u>	<u>2.310</u>
Summe	83.143	41.610



THH3
26

Schule, Kultur und Sport
Theater und Musikpflege

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	5	5	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	5	5	0
11	-	Personalaufwendungen	-3.244	-1.761	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-922	-970	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.733	-49	0
16	-	Transferaufwendungen	-195.100	-191.200	-187.350
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-170	-175	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-201.170	-194.156	-187.350
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-201.164	-194.150	-187.350
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-201.164	-194.150	-187.350
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-13.638	-13.766	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4.483	-21	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-18.121	-13.787	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-219.285	-207.937	-187.350



THH3
26

Schule, Kultur und Sport
Theater und Musikpflege

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	-100.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	-100.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	-100.000	0



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.10 **Theater**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Institutionelle Förderung des Landestheaters, des Theaters „Die Tonne“, Reutlingen und des Theaters Lindenhof, Melchingen in Form von regelmäßigen Finanzausschüssen

Ziele

strategisch

Förderung des Theaterangebotes für die Allgemeinheit durch Sicherung der dauerhaften kulturellen Arbeit der geförderten Theater in der Region

operativ

Unterstützung des Theaterangebots u.a. durch Gastspiele auf professionellem Niveau in der Region

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 10.12.2012, KT-Drucksache VIII-00498 bis 00498/1

Produkte

- 26.10.50 Förderung der Theater



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.10 **Theater**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2	2	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2	2	0
11	-	Personalaufwendungen	-1.293	-669	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-368	-368	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.683	-18	0
16	-	Transferaufwendungen	-74.100	-72.600	-71.100
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-68	-66	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-77.512	-73.722	-71.100
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-77.510	-73.720	-71.100
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-77.510	-73.720	-71.100
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-5.458	-5.227	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4.463	-8	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-9.922	-5.235	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-87.431	-78.955	-71.100

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 16:**

Zuschüsse an
Landestheater Tübingen
Theater Die Tonne, Reutlingen
Theater Lindenhof, Melchingen
Summe

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
	11.750	11.500
	56.900	55.800
	<u>5.450</u>	<u>5.300</u>
Summe	74.100	72.600



THH3 Schule, Kultur und Sport
 26 Theater und Musikpflege
 26.10 Theater

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
72610000510: Inv.zuschuss Neubau Theater Tonne						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	-100.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-100.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-100.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-100.000	0



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.20 **Musikpflege**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Institutionelle Förderung der Württembergischen Philharmonie Reutlingen und der Herbstlichen Musiktage Bad Urach in Form von regelmäßigen Finanzausschüssen

Ziele

strategisch

Förderung des Musikangebotes für die Allgemeinheit durch Sicherung der dauerhaften kulturellen Arbeit der geförderten Institutionen in der Region

operativ

Unterstützung des Musikangebotes u.a. Auftritte auf professionellem Niveau in der Region

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 10.12.2012, KT-Drucksache VIII-00498 bis 00498/1

Produkte

- 26.20.04 Förderung der Musik



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
26 **Theater und Musikpflege**
26.20 **Musikpflege**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	3	0
11	-	Personalaufwendungen	-1.951	-1.092	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-555	-602	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-50	-30	0
16	-	Transferaufwendungen	-121.000	-118.600	-116.250
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-102	-109	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-123.658	-120.433	-116.250
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-123.655	-120.430	-116.250
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-123.655	-120.430	-116.250
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-8.179	-8.539	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-20	-13	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-8.199	-8.552	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-131.854	-128.982	-116.250

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 16:**

Zuschüsse an
Württembergische Philharmonie Reutlingen
Herbstliche Musiktage Bad Urach
Summe

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
	109.250	107.100
	<u>11.750</u>	<u>11.500</u>
	121.000	118.600



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
27 **Erwachsenenbildung**
27.10 **Volkshochschulen**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Förderung der Erwachsenenbildung durch Zuschüsse an die Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen

Die Darstellung der Förderung der Erwachsenenbildung erfolgte bislang in der Produktgruppe 27.40 „Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen“. Aus Gründen der Statistik erfolgt die Darstellung ab dem Jahr 2014 bei 27.10 „Volkshochschulen“.

Ziele

strategisch

Förderung der Weiterbildung der Bevölkerung

operativ

Zuschüsse an Träger, abhängig von den erteilten Unterrichtseinheiten

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 10.12.2012, KT-Drucksache VIII-00498 bis 00498/1, Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen vom 08.12.86

Produkte

- 27.10.01 Förderung der Erwachsenenbildungsmaßnahmen



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
27 **Erwachsenenbildung**
27.10 **Volkshochschulen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3	3	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	3	0
11	-	Personalaufwendungen	-2.614	-1.841	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-478	-519	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-43	-26	0
16	-	Transferaufwendungen	-103.300	-101.250	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-88	-94	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-106.523	-103.729	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-106.520	-103.726	0
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-106.520	-103.726	0
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-7.067	-7.372	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-17	-11	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-7.084	-7.384	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-113.604	-111.110	0

ERLÄUTERUNGEN

Erträge und Aufwendungen für die Erwachsenenbildung waren bis einschl. 2013 bei Produktgruppe 27.40 geplant, müssen künftig aber aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes bei 27.10 ausgewiesen werden.

zu Ifd. Nr. 16:

Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen an Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen vom 08.12.1986.



THH3
27
27.40

Schule, Kultur und Sport
Erwachsenenbildung
Träger von Erwachsenenbildungsmaßnahmen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	0	0	-894
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	0	0	-99.310
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	-200
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	0	0	-100.404
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	0	0	-100.404
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	0	0	-100.404
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-100.404

ERLÄUTERUNGEN

Aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes werden Erträge und Aufwendungen für die Erwachsenenbildung ab 2014 bei Produktgruppe 27.10 veranschlagt.



THH3	Schule, Kultur und Sport
28	Sonstige Kulturpflege
28.10	Sonstige Kulturpflege

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Förderung der kulturellen Arbeit nach den Richtlinien für die allg. Förderung von Kunst und Kultur durch

- Gewährung von Zuschüssen
- Verleihung von Preisen und Zuschüssen für die Durchführung von Wettbewerben
- Ehrengaben aus besonderen Anlässen
- Eigene Aktivitäten des Landkreises
- Pflege der Kunstsammlung des Landkreises
- Beschaffung von Kunstwerken

Ziele

strategisch

- Förderung des künstlerischen Engagements
- Dokumentation der bildenden Kunst im Landkreis Reutlingen

Auftragsgrundlagen

Richtlinien für die allg. Förderung von Kunst und Kultur vom 07.03.88 mit Änderung vom 17.10.2001

Produkte

- 28.10.01 Kulturförderung
- 28.10.05 Kreiskunstsammlung



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
28 **Sonstige Kulturpflege**
28.10 **Sonstige Kulturpflege**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	254
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	2.750
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	602	601	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	602	601	3.004
11	-	Personalaufwendungen	-12.152	-11.263	-10.732
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-1.475	-1.471	-11.184
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-25	-14	0
16	-	Transferaufwendungen	-23.000	-18.000	-18.620
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.051	-13.049	-8.579
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-50.703	-43.797	-49.115
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-50.101	-43.196	-46.112
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-50.101	-43.196	-46.112
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-4.615	-4.320	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-10.110	-10.056	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-14.725	-14.376	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-64.826	-57.571	-46.112

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16:		
Allgemeine Kulturförderung	13.000	8.000
Förderung Grafeneck	10.000	10.000
Summe	23.000	18.000

Richtlinien für die allgemeine Förderung von Kunst und Kultur vom 07.03.88.



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
28 **Sonstige Kulturpflege**
28.10 **Sonstige Kulturpflege**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
728100000300: Zuschuss Zweckverband OEW						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	1.200	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	1.200	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	1.200	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	1.200	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
728100000310: Erwerb von Kunstwerken						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-1.200	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-1.200	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-1.200	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-1.200	0



THH3
42

Schule, Kultur und Sport
Sport

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	78.000	78.000	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	167.400	167.400	70.103
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	19	20	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	245.419	245.420	70.103
11	-	Personalaufwendungen	-139.986	-140.583	-125.481
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-181.253	-166.698	-37.405
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-216.643	-216.536	0
16	-	Transferaufwendungen	-87.050	-85.350	-83.807
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.900	-2.967	-93
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-627.832	-612.134	-246.785
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-382.413	-366.714	-176.683
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-382.413	-366.714	-176.683
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-59.044	-62.128	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-86.418	-118.030	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-145.462	-180.159	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-527.875	-546.872	-176.683



THH3
42

Schule, Kultur und Sport
Sport

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	-15.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	-15.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	-15.000	0



THH3 Schule, Kultur und Sport
42 Sport
42.10 Förderung des Sports

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Förderung der Sportvereine durch institutionellen Zuschuss an den Sportkreis Reutlingen

Ziele

strategisch

Sicherung eines dauerhaften Sportangebots für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch die Sportvereine

operativ

Zuschuss an den Sportkreis Reutlingen

Auftragsgrundlagen

KT-Beschluss vom 10.12.2012, KT-Drucksache VIII-00498 bis 00498/1

Produkte

- 42.10.01 Sportförderung



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.10 **Förderung des Sports**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2	2	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2	2	0
11	-	Personalaufwendungen	-1.404	-786	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-399	-433	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-36	-22	0
16	-	Transferaufwendungen	-87.050	-85.350	-83.807
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-74	-78	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-88.962	-86.670	-83.807
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-88.960	-86.667	-83.807
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-88.960	-86.667	-83.807
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-5.885	-6.145	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-15	-9	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-5.899	-6.154	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-94.859	-92.821	-83.807

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16:		
Zuschüsse an Vereine - Sportkreis -	87.050	85.350



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.41 **Sportstätten**

Verantwortung

Kreisschul- und Kulturamt

Kurzbeschreibung

Bereitstellung und Betrieb von gedeckten Sportflächen in Gymnastikräumen, Turn- und Sporthallen und Bezirkssporthallen bis zu einer Größe von 27 m x 45 m

- Bereitstellung für Schulsport
- Vermietung für sportliche Nutzung (Dauer- und Einzelbelegung)
- Unterhaltung der Gebäude
- Unterhaltung der technischen Anlagen
- Unterhaltung von Außenanlagen

Ziele

strategisch

- Förderung des Sports
- Sicherstellung des Schulsports und Förderung des Vereinssports durch Bereitstellung von Sportstätten

operativ

Wirtschaftliche Betriebsführung der Sportstätten

Auftragsgrundlagen

Gemeindehaushaltsverordnung, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien insbesondere zur Betriebssicherheit, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL), Verordnungen und Gesetze zum Vergaberecht, Haushaltsplan, Kreistagsbeschlüsse zu einzelnen Maßnahmen, interne Dienstanweisungen insbesondere zum Vergaberecht

Produkte

- 42.41.01 Bereitstellung/Betrieb von gedeckten Sportflächen bis 27 m x 45 m



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.41 **Sportstätten**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	78.000	78.000	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	167.400	167.400	70.103
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	16	18	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	245.416	245.418	70.103
11	-	Personalaufwendungen	-138.582	-139.796	-125.481
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-180.854	-166.265	-37.405
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-216.607	-216.514	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.826	-2.889	-93
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-538.870	-525.464	-162.978
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-293.453	-280.046	-92.876
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-293.453	-280.046	-92.876
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-53.159	-55.983	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-86.404	-118.021	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-139.563	-174.004	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-433.016	-454.051	-92.876

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 2:**

Auflösung Sonderposten

Ansatz 2015	Ansatz 2014
EUR	EUR

zu Ifd. Nr. 13:

Kostenart 42110000: Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen

109.000 48.000

Kostenart 42210000: Unterhaltung des bewegl. Vermögens

2.000 2.000

Kostenart 42220000: Erwerb von GVG

4.000 2.000

Kostenart 42410000 bis 42490000: Bewirtschaftung

63.000 111.000



THH3 **Schule, Kultur und Sport**
42 **Sport**
42.41 **Sportstätten**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.424101.0101: Bewegl. Vermögen Th.-Heuss-Sporthalle						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-15.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-15.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-15.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-15.000	0





Teilhaushalt 4

Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht

Bestehend aus den Produktgruppen

- 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
- 31.20 Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II
- 31.30 Hilfen für Flüchtlinge
- 31.40 Soziale Einrichtungen
- 31.50 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz
- 31.60 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 31.70 Betreuungsleistungen
- 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
- 31.90 Leistungen für Bildung und Teilhabe

- 37.10 Schwerbehindertenrecht
- 37.20 Soziales Entschädigungsrecht



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.300.000	1.720.000	2.430.083
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	27.052.133	24.662.784	20.611.952
3	+	Sonstige Transfererträge	4.103.500	4.219.150	4.942.903
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	5.100	24.034
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.226.550	5.253.300	4.539.154
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	41.550	47.000	51.173
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	100	1.736
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	39.723.733	35.907.434	32.601.035
11	-	Personalaufwendungen	-5.414.338	-5.116.430	-4.556.578
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-577.103	-462.971	-349.820
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-245.513	-211.204	-1.553
16	-	Transferaufwendungen	-53.016.943	-49.153.890	-46.349.966
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-69.621.371	-66.284.413	-65.000.897
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-128.875.269	-121.228.908	-116.258.815
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-89.151.536	-85.321.474	-83.657.780
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-89.151.536	-85.321.474	-83.657.780
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.621	1.574	3.608
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-4.072.490	-3.188.907	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-105.147	-83.443	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-4.176.017	-3.270.776	3.608
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-93.327.553	-88.592.250	-83.654.172

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 31	78,07	73,37	67,57
Produktbereich 37	9,18	9,18	9,18



THH4

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	166.600	182.700	207.714
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	166.600	182.700	207.714
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-200.000	-260.000	-99.953
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	-47.000	-1.099.415
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-200.000	-307.000	-1.199.368
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-33.400	-124.300	-991.654



THH4
31

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Soziale Hilfen

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.300.000	1.720.000	2.430.083
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	27.052.133	24.662.784	20.611.952
3	+	Sonstige Transfererträge	4.103.500	4.219.150	4.942.903
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	5.100	24.034
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.226.550	5.253.300	4.538.452
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	41.550	47.000	51.173
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	100	1.736
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	39.723.733	35.907.434	32.600.333
11	-	Personalaufwendungen	-4.717.416	-4.467.145	-3.936.172
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-556.550	-437.790	-349.820
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-245.297	-210.992	-1.553
16	-	Transferaufwendungen	-53.016.943	-49.153.890	-46.349.966
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-69.243.037	-65.901.401	-64.664.302
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-127.779.243	-120.171.218	-115.301.813
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-88.055.510	-84.263.785	-82.701.480
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-88.055.510	-84.263.785	-82.701.480
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	153.530	141.683	3.608
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-4.049.887	-3.169.582	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-105.069	-83.325	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-4.001.426	-3.111.224	3.608
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-92.056.936	-87.375.009	-82.697.872



THH4
31

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Soziale Hilfen

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	166.600	182.700	207.714
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	166.600	182.700	207.714
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-200.000	-260.000	-99.953
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	-47.000	-1.099.415
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-200.000	-307.000	-1.199.368
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-33.400	-124.300	-991.654



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Verantwortung

- Kreissozialamt
- Stabstelle 04

Kurzbeschreibung

Sämtliche Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)

Ziele

strategisch

- Den Leistungsberechtigten soll ermöglicht werden, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht
- Unterstützung von Behinderten bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Ziele der UN-Konvention
- Sicherstellen des Vorranges der offenen Hilfen
- Die Leistung soll die Leistungsberechtigten befähigen so weit wie möglich unabhängig von ihr zu leben
- Die Hilfen sollen die Selbsthilfekräfte und die vorhandenen Fähigkeiten der Leistungsberechtigten fördern und stärken
- Die Leistung soll im Rahmen der jeweiligen Lebenssituation ein möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Lebenslagen nach dem Sozialgesetzbuch XII sind insbesondere: Pflegebedürftigkeit, wesentliche Behinderungen im Sinne von §§ 53 ff. Sozialgesetzbuch XII, die die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft einschränken, Sehbehinderung und Erblindung, ungesicherter Lebensunterhalt im Alter und bei Erwerbsminderung, besondere soziale Schwierigkeiten
- Gesellschaftliche Integration von Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

Die Aufgabenerfüllung bei den unten genannten Produkten erfolgt mit Ausnahme von Produkt 31.10.04 gemeinsam mit der Delegationskommune Stadt Reutlingen.

operativ

- Erhalt der Pflegebereitschaft von Pflegepersonen im häuslichen Bereich
- Wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Pflegeleistungen und des Lebensunterhalts unter Berücksichtigung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit
- Einhaltung, Prüfung der Leistungsvoraussetzungen unter Beachtung des Nachrangprinzips
- Gewährung von bedarfsgerechten Hilfen unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs
- Beseitigung/Milderung einer vorhandenen Behinderung oder deren Folgen, Unterstützung von Behinderten bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Eingliederungsleistungen
- Erhalt und Entwicklung einer passgenauen Angebotsstruktur für Menschen mit Behinderung im Landkreis Reutlingen



- Längerfristige Unabhängigkeit des leistungsberechtigten Personenkreises von der Sozialhilfe (Hilfe zur Selbsthilfe), Vermeidung und Überwindung von Wohnungslosigkeit; Vermeidung und Überwindung von Überschuldung, Sicherung der Existenzgrundlage
- Vermeidung, Überwindung oder Milderung von altersbedingten Schwierigkeiten bzw. Erhalt der Möglichkeit, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen
- Umsetzen der Leitlinie „ambulant vor stationär“
- Überprüfung und Abwicklung der Abrechnungen nach § 264 Sozialgesetzbuch V (SGB V) mit den Krankenkassen soweit in 2013 noch nicht erledigt

Maßnahmen 2015

- Ausbau der Beratungsstelle im Bereich der Eingliederungshilfe
- Fortführung der Prüfung steuerrelevanter Bestandsfälle in der Eingliederungshilfe
- Aufarbeitung der Rückstände mit Unterstützung des befristet zur Verfügung gestellten zusätzlichen Personals
- Verhandlungen mit Leistungserbringern zu Leistungen und Vergütungen
- Abwicklung offener Rechnungen/Nachberechnungen nach gerichtlicher Klärung (§ 264 SGB V)
- Verbesserung Fallmanagement bei Fällen mit Schnittstellen zu anderen Leistungen bei Hilfen nach § 67 SGB XII.

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), § 264 Sozialgesetzbuch V (SGB V), Landesblindenhilfegesetz, diverse Kreistags-Drucksachen

Produkte

- 31.10.01 Hilfe zur Pflege (Schlüsselprodukt)
- 31.10.02 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Schlüsselprodukt)
- 31.10.03 Hilfen zur Gesundheit
- 31.10.04 Hilfen für blinde Menschen
- 31.10.05 Hilfe zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- 31.10.06 Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)
- 31.10.07 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 17:		
Erstattungen an Stadt Reutlingen	39.228.950	37.296.250
Geschäftsaufwendungen	4.500	4.500
Bürobedarf	14.500	12.500
Dienstfahrten, Reisekosten	10.000	10.200
Rechts- und Beratungskosten	5.000	5.000
Mitgliedsbeiträge	2.100	2.100
Fachliteratur	600	500
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 22.763</u>	<u>- 21.528</u>
Summe	39.242.887	37.309.522



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
31.10.01	Hilfe zur Pflege

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

- Sämtliche individuelle Hilfen und Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), welche die notwendige Pflege für den Hilfesuchenden sicherstellen, die Beschwerden des Hilfesuchenden erleichtern sowie die Pflegebereitschaft der Pflegeperson erhalten
- Sicherstellung des Vorranges der ambulanten Hilfen
- Sicherstellung der Angemessenheit von Hilfen unter Beachtung des Wunsch- und Wahlrechts nach § 9 Abs. 2 SGB XII
- Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Dies umfasst insbesondere folgende Leistungen:

- Ambulante, teil- und vollstationäre Hilfe zur Pflege sowie Hilfsmittel
- Pflegegeld bei erheblicher, schwerer und schwerster Pflegebedürftigkeit
- Angemessene Aufwendungen für die Pflegeperson
- Angemessene Beihilfen
- Aufwendungen für die Beiträge der Pflegeperson oder einer besonderen Pflegekraft für eine angemessene Alterssicherung
- Kosten für die Heranziehung einer besonderen Pflegekraft (insbesondere Finanzierung des sogenannten Arbeitgebermodells)
- Persönliches Budget
- Aufwendungen für eine Haushaltshilfe
- Teilstationäre Pflege (Tages- und Nachtpflege)
- Vollstationäre Dauerpflege bei erheblicher, schwerer oder schwerster Pflegebedürftigkeit
- Kurzzeitpflege
- Beratung und Unterstützung

Ziele

strategisch

- Ermöglichung eines selbständigen und selbstbestimmten Lebens
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

operativ

- Erhaltung der Pflegebereitschaft von Pflegepersonen im häuslichen Bereich
- Wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Pflegeleistungen und des Lebensunterhalts
- Prüfung der Leistungsfähigkeit des Hilfesuchenden
- Gewährung von bedarfsgerechten Hilfen unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs
- Vermeidung, Überwindung oder Milderung von altersbedingten Schwierigkeiten bzw. Erhalt der Möglichkeit am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen
- Umsetzen der Leitlinie „ambulant vor stationär“



- Prüfung der Leistungsfähigkeit von Unterhaltsverpflichteten
- Einhaltung, Prüfung und Durchsetzung des Nachrangprinzips (insbesondere Unterhalts- und Schenkungs-Rückforderungsansprüche)

Maßnahmen 2015

- Aufarbeitung der Rückstände mit Unterstützung des befristet zur Verfügung gestellten zusätzlichen Personals
- Verhandlungen mit Leistungserbringern zu Leistungen und Vergütungen

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), diverse Kreistags-Drucksachen (KT-DS)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.10 **Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII**
31.10.01 **Hilfe zur Pflege**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	427.000	450.500	679.540
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	120.000	120.000	78.208
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	547.000	570.500	757.748
11	-	Personalaufwendungen	-393.433	-388.012	-358.444
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.154	-11.413	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-95	-94	0
16	-	Transferaufwendungen	-4.350.000	-4.100.000	-3.889.959
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.627.882	-4.523.882	-4.516.908
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-9.380.563	-9.023.401	-8.765.311
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-8.833.563	-8.452.901	-8.007.563
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-8.833.563	-8.452.901	-8.007.563
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-77.845	-72.761	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-34	-52	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-77.879	-72.813	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-8.911.442	-8.525.714	-8.007.563

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 17:
Erstattungen an Stadt Reutlingen



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
31.10.02	Eingliederungshilfe f. beh. Menschen

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

- Ambulante, teil- und vollstationäre und integrative Hilfen sowie Hilfsmittel (einschl. Fallmanagement) für körperlich, geistig und seelisch behinderte Menschen und Menschen mit Suchterkrankungen
- Gewährung der notwendigen Leistungen und Hilfen
- Förderung und Unterstützung ambulanter Dienste und sonstiger ambulanter Angebote
- Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Hierzu gehören insbesondere folgende Leistungen:

- Vollstationäre Unterbringung in Wohnheimen
- Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten Kurzzeitunterbringung (trägerübergreifendes) Persönliches Budget
- Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung, Hochschulhilfe, Berufsausbildung
- Hilfsmittel (Fahrzeug/KFZ-Hilfen, sonstige Hilfsmittel)
- Inklusion (Unterstützung der größtmöglichen Teilhabefähigkeit) in Regelkindergärten/Regelschulen
- Heilpädagogische Leistungen für Kinder (Frühberatung, Frühförderung)
- Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und in der Gesellschaft (z.B. durch Fahrdienst-Förderung)
- Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen, Hilfe in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten nach § 56 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)
- Nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit gewährter Hilfen
- Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Hilfen bei der Beschaffung, Ausstattung und Erhalt einer behindertengerechten Wohnung
- Sonstige Leistungen und Hilfen der Eingliederungshilfe

Sofern Leistungsberechtigte der Eingliederungshilfe auch Ansprüche auf Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT) haben, werden diese im Rahmen des Produktes 31.10.02 ebenfalls gewährt – siehe dazu auch Text zu Produktgruppe 31.90.

Ziele

strategisch

- Unterstützung von Behinderten bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Ziele der UN-Konvention
- Sicherstellen des Vorranges der offenen Hilfen

operativ

- Prüfung der Leistungsvoraussetzungen unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten des behinderten Menschen und unter Einbeziehung der Beratungsstelle



- Beratung behindertter Menschen zu passgenauen Hilfen durch die Beratungsstelle
- Rechtmäßige Gewährung von bedarfsgerechten Hilfen unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs
- Umsetzung des gesetzlichen Vorrangs ambulant vor stationär
- Beseitigung/Milderung einer vorhandenen Behinderung oder deren Folgen
- Erhaltung und Förderung einer möglichst selbständigen Lebensführung
- Wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Eingliederungsleistungen
- Einhaltung und Prüfung des Nachrangprinzips
- Erhalt und Entwicklung einer passgenauen Angebotsstruktur für Menschen mit Behinderung im Landkreis Reutlingen unter Einbeziehung von Hilfeplanung und Beratung

Maßnahmen 2015

- Fortführung der Überprüfung der steuerungsrelevanten Bestandsfälle mit Zielrichtung weiterer Ambulantisierung und weiterer Optimierung der Hilfen (z.B. Ambulantisierung, Übergänge in die Hilfe zur Pflege, Erschließung von vorrangigen Leistungen)
- Einstieg in konzeptionelle Überlegungen zusammen mit der Nahverkehrsplanung zur Verbesserung der Mobilitätsmöglichkeiten behindertter Menschen.
Schwerpunkt: Fahrtkosten bei Neufällen (ggf. mehrjähriges Projekt)
- Ausbau des Berichtswesens
- Verhandlungen mit Leistungserbringern zu Leistungen und Vergütungen, Werkstatt-Gespräche
- Verbesserung der Beratung, Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit und Vertiefung der Kooperation mit Schulen und Leistungsanbietern wie Vereinen etc.
- Mitarbeit im „Modellprojekt Inklusionskonferenz“

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), diverse KT-Drucksachen (sog. Freiwilligkeitsleistungen)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.10 **Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII**
31.10.02 **Eingliederungshilfe f. beh. Menschen**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.239.500	2.457.000	1.921.162
3	+	Sonstige Transfererträge	3.464.000	3.582.000	3.869.753
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	327.000	327.000	705.815
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6.030.500	6.366.000	6.496.729
11	-	Personalaufwendungen	-1.096.178	-1.001.184	-896.308
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-36.219	-43.417	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-372	-357	0
16	-	Transferaufwendungen	-33.694.100	-31.660.200	-31.200.195
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-24.503.646	-23.387.534	-23.004.825
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-59.330.514	-56.092.692	-55.101.328
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-53.300.014	-49.726.692	-48.604.599
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-53.300.014	-49.726.692	-48.604.599
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-304.749	-273.944	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-134	-199	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-304.883	-274.143	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-53.604.898	-50.000.835	-48.604.599

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 2:**

Anteil Soziallastenausgleich nach § 21 FAG.

Ansatz 2015	Ansatz 2014
EUR	EUR

zu Ifd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen	416.000	330.000
Unterhaltsansprüche	102.000	182.000
Leistungen von Sozialleistungsträgern	2.805.000	3.003.000
Sonstige Ersatzleistungen	21.000	31.000
Rückzahlung von Hilfen (Tilgung/Zins Darlehen)	120.000	36.000
Summe	3.464.000	3.582.000

zu Ifd. Nr. 16:

Sozialhilfeleistungen

zu Ifd. Nr. 17:

Erstattung an Stadt Reutlingen



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.20	Grundsicherung f. Arbeitsuchende SGB II

Verantwortung

- Kreissozialamt
- Job-Center gemeins. Einrichtung Landkreis Reutlingen

Kurzbeschreibung

Sämtliche Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Sozialgesetzbuch II (SGB II) zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes einschließlich Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes für Empfänger von SGB II-Leistungen (siehe dazu auch Produkt 31.20.06 und Produktgruppe 31.90).

Ziele

strategisch

- Den Leistungsberechtigten soll ermöglicht werden, ein Leben zu führen das der Würde des Menschen entspricht
- Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Die Hilfen sollen dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von Transferleistungen aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können
- Befähigung des Hilfeempfängers zur allgemeinen Alltagsbewältigung
- Unabhängigkeit der Leistungsberechtigten von sozialen Leistungen
- Verbesserte Teilhabemöglichkeit für Kinder und Jugendliche an Bildungs-, kulturellen und gesellschaftlichen Angeboten
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

operativ

- Senkung der passiven Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und damit Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften (BG's)
- Reduzierung der Bedarfsgemeinschaften, die ergänzenden Hilfebedarf haben
- Erhöhung der Integrationsquote
- Verringerung der Kundenkontakte bei Langzeitkunden (Personen, die länger als 2 Jahre im Leistungsbezug stehen)
- Erhöhung der Kundenzufriedenheit
- Senkung der Widerspruchsquote
- Senkung der Bearbeitungszeit
- Direktzahlungen der Kosten der Unterkunft an Vermieter zur Sicherung der Wohnung in allen notwendigen Fällen
- Senkung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die ergänzenden Hilfebedarf haben

Maßnahmen 2015

- Fortsetzung der Umsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms
- Vermittlungsoffensive
- Fortsetzung des zum 01.06.2014 eingeführten spezialisierten Fallmanagements
- Kooperationsvertrag mit den psychosozialen Beratungsstellen zum Thema Sucht zur besseren Vernetzung (Fallmanagement)



- Fortsetzung des zum 01.06.2014 beschlossenen Projekts zu Fallmanagement mit einer Betreuung von 1:75
- Kooperationsvertrag mit psychosozialen Beratungsstellen zum Thema Sucht

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbücher (insb. SGB II) mit angrenzenden Gesetzen, Verordnungen und Regelungen, Vertrag der Arbeitsgemeinschaft (ARGE-Vertrag) zwischen Landkreis Reutlingen und der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach § 16a SGB II, (Schuldnerberatung), Beschlüsse der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter, Kooperationsvereinbarung und Rahmenkonzeption zum Projekt Schuldnerberatung, Kreistagsbeschlüsse, Beschluss der Trägerversammlung vom 29.04.2014 zu Fallmanagement

Produkte

- 31.20.01 Leistungen für Unterkunft und Heizung
- 31.20.02 Eingliederungsleistungen
- 31.20.03 Einmalige Leistungen
- 31.20.06 Bildungs- und Teilhabepaket für Sozialgesetzbuch II-Empfänger



THH4
31
31.20

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Soziale Hilfen
Grundsicherung f. Arbeitsuchende SGB II

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	1.300.000	1.720.000	2.430.083
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	10.890.100	9.333.500	9.998.343
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.260.000	1.160.000	1.282.226
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	13.450.100	12.213.500	13.710.652
11	-	Personalaufwendungen	-650.245	-717.792	-639.657
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-47.907	-64.895	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-504	-545	0
16	-	Transferaufwendungen	-4.000	-17.900	-119.302
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-29.379.839	-28.107.845	-27.440.821
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-30.082.495	-28.908.977	-28.199.781
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-16.632.395	-16.695.477	-14.489.129
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-16.632.395	-16.695.477	-14.489.129
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-406.772	-410.907	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-182	-303	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-406.954	-411.209	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-17.039.349	-17.106.686	-14.489.129

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 1: Weitergabe der Wohngeldentlastung des Landes	1.300.000	1.720.000
zu Ifd. Nr. 2: Sozialhilfelastenausgleich § 21 FAG Bundesbeteiligung SGB II für Kosten der Unterkunft inkl. Bundesbeteiligung für Bildungs- und Teilhabe-Paket (BUT). Ausgaben BUT z.T. bei Ifd. Nr. 17 und auf den Produkten 31.10.05, 31.20.06, 31.30.01 und 31.90.	746.500 10.137.600	685.000 8.648.500
zu Ifd. Nr. 6: Personalkostenerstattung für die im Jobcenter Landkreis Reutlingen beschäftigten kommunalen Mitarbeiter gem. § 10 Abs. 3 i.V.m. § 18 Abs. 2 des öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. §§ 53 ff. SGB X vom 25./26. und 28.04.2005 (ARGE-Vertrag).		
zu Ifd. Nr. 17: Erstattungen an Stadt Reutlingen Erstattungen an andere Landkreise Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	546.000 80.000 28.746.000	570.000 50.000 27.480.000



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.30	Hilfen für Flüchtlinge

Verantwortung

- Kreissozialamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

Versorgung von Asylbewerbern, Geduldeten, Bürgerkriegsflüchtlingen und Flüchtlingen mit Leistungsanspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz/Flüchtlingaufnahmegesetz, Rückkehrberatung und Rückkehrförderung. Wohnungslosennotfallhilfe. Für Unterbringung und Wohnheimverwaltung ist das Verkehrs- und Ordnungsamt zuständig.

Ziele

strategisch

- Aufnahme, Unterbringung, wirtschaftliche und soziale Sicherstellung der Lebensgrundlage der Betroffenen während ihrer Aufenthaltsdauer in Deutschland, im Wohnheim und ggf. in der Anschlussunterbringung
- Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen des Personenkreises nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

operativ

Prüfung der Leistungsvoraussetzungen unter Beachtung des Nachrangprinzips

Maßnahmen 2015

Überprüfung der sozialen Leistungen nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten

Auftragsgrundlagen

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG), Asylverfahrensgesetz, Grundlagen der Sozialgesetzbücher II und XII für die Gewährung von Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in Verbindung mit § 2 Asylbewerberleistungsgesetz; kreiseigenes Konzept zur Dezentralisierung der Unterbringung von Asylbewerbern, Kreistagsbeschlüsse, Rechtsprechung, v.a. BVerfG.

Produkte

- 31.30.01 Hilfen für Flüchtlinge



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.30 **Hilfen für Flüchtlinge**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	107	69	0
3	+	Sonstige Transfererträge	60.500	44.500	115.276
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.279.000	1.490.000	872.311
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.339.607	1.534.569	987.587
11	-	Personalaufwendungen	-358.335	-341.897	-260.130
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.702	-14.201	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.467	-1.198	0
16	-	Transferaufwendungen	-5.906.200	-4.828.400	-2.720.297
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-34.364	-14.234	-6.125
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-6.315.068	-5.199.930	-2.986.552
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.975.461	-3.665.361	-1.998.965
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.975.461	-3.665.361	-1.998.965
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-79.224	-67.909	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-30	-501	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-79.253	-68.410	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.054.714	-3.733.771	-1.998.965

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 6:

Kostenerstattung vom Land.

zu Ifd. Nr. 16:

Beinhaltet Leistungen für Flüchtlinge innerhalb und außerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte.
Mehraufwendungen durch steigende Flüchtlingszahlen/-zuweisungen.

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Leistungen in Gemeinschaftsunterkünften	3.700.000	3.028.000
Leistungen für Anschlussunterbringung	2.206.200	1.800.400
Summe	5.906.200	4.828.400



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.40	Soziale Einrichtungen

Verantwortung

- Stabstelle 04
- Kreiskämmerei
- Kreisschul- und Kulturamt (Gebäudemanagement)
- Verkehrs- und Ordnungsamt
- Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

- Soziale Einrichtungen für Aussiedler, Ausländer, Flüchtlinge
- Unter dieser Gruppe sind alle Aufwendungen für die Verwaltung und den Betrieb von Einrichtungen abzubilden. Dies beinhaltet auch die Förderung von fremden Einrichtungen.
- Abwicklung von (in früheren Jahren an Träger von Altenheimen) vergebenen Darlehen

Ziele

strategisch

- Angemessene Unterbringung, Begleitung und Betreuung von Aussiedlern und Asylbewerbern
- Beratung, soziale Begleitung und Betreuung aller Wohnheimbewohner

operativ

- Aufnahme von Flüchtlingen (Asylbewerber, jüdische Kontingentflüchtlinge, ggf. weitere Personengruppen nach RV § 3 FlüAG) und Spätaussiedlern, entsprechend den Zuweisungen der Landesaufnahmeeinrichtung-Ausländer-Spätaussiedler beim Regierungspräsidium Karlsruhe
- Verbesserung der Unterbringungsqualität – Umsetzung des Unterbringungskonzeptes
- Verbesserung der sozialen Situation der Flüchtlinge

Maßnahmen 2015

- Aufbau weiterer Unterbringungsplätze zur Sicherstellung der Unterbringung von Asylbewerbern
- Verbesserung der sozialen Situation der Asylbewerber im Rahmen eines Projekts nach dem Europäischen Flüchtlingsfonds und Ausweitung von
 - Sprachkursen
 - Sozialpädagogischen Gruppenangeboten
 - Ausbau von örtlichen Strukturen zur sozialen Teilhabe der Wohnheimbewohner

Auftragsgrundlagen

Flüchtlingsaufnahmegesetz, Eingliederungsgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Aufenthaltsgesetz, VwV-Asylrückführung, Asylverfahrensgesetz, Sozialgesetzbücher, Kreistagsbeschlüsse, Verfahrensentscheidungen, einschlägige Erlasse und Verwaltungsvorschriften



Produkte

- 31.40.01 Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen (Schlüsselprodukt)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.40 **Soziale Einrichtungen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.323	812	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	5.000	24.034
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.168.250	2.060.000	1.164.946
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	41.550	47.000	51.173
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.211.123	2.112.812	1.240.152
11	-	Personalaufwendungen	-683.501	-578.511	-330.907
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-385.423	-231.225	-171.441
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-198.128	-164.076	-303
16	-	Transferaufwendungen	-20.000	-20.000	-8.378
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-217.117	-122.035	-167.838
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.504.169	-1.115.847	-678.867
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	706.954	996.965	561.285
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	706.954	996.965	561.285
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.562.690	-1.773.988	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-104.454	-46.200	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.667.144	-1.820.188	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.960.190	-823.223	561.285

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen vom Land (FlüAG)	2.100.000	2.060.000
Erstattungen für Projekt AMIF	<u>68.250</u>	<u>0</u>
Summe	2.168.250	2.060.000
zu lfd. Nr. 13:		
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	30.000	30.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	182.000	56.000
Bewirtschaftung	12.000	7.000
Haltung von Fahrzeugen	10.000	8.000
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	30.000	30.000
Aus- und Fortbildung	5.000	11.000
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>116.423</u>	<u>89.225</u>
Summe	385.423	231.225

zu lfd. Nr. 16:
Impulsprogramm zur Förderung neuer Wohnformen in der Altenhilfe
Zuschuss für Wohnpark Schlehenäcker, Hülben
Zuschuss für Quartiersentwicklung in Reutlingen Orschel-Hagen, Heilbronner Straße
(Auszahlung jeweils in Raten)



zu lfd. Nr. 17:	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Erstattungen für Personal- und Sachkosten	110.800	110.500
Rechts- und Beratungskosten	500	500
Geschäftsaufwendungen	96.000	3.000
Dienstfahrten, Reisekosten	2.000	1.500
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>7.817</u>	<u>6.535</u>
Summe	217.117	122.035



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.40 **Soziale Einrichtungen**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
73140000310: Bewegl. Verm. GU						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-150.000	0	-260.000	-83.953
13	=	Summe Auszahlungen	-150.000	0	-260.000	-83.953
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-150.000	0	-260.000	-83.953
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-150.000	0	-260.000	-83.953

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:
 Erstausrüstung neue Unterkünfte

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
73140000410: Bewegl. Verm. GU Fahrzeuge						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-50.000	0	0	-16.000
13	=	Summe Auszahlungen	-50.000	0	0	-16.000
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-50.000	0	0	-16.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-50.000	0	0	-16.000

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:
 2 Dienstfahrzeuge für Hausmeister



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
73140000510: Soziale Einrichtungen für Ältere						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	-47.000	-965.601
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-47.000	-965.601
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-47.000	-965.601
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-47.000	-965.601



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.40	Soziale Einrichtungen
31.40.01	Verwaltung u. Betrieb v. Einrichtungen

Verantwortung

- Verkehrs- und Ordnungsamt
- Kreisschul- und Kulturamt (Gebäudemanagement) für die Verwaltung der Gebäude und baulichen Anlagen

Kurzbeschreibung

Soziale Einrichtungen für Aussiedler, Ausländer und Flüchtlinge (BVFG und FlüAG)

Ziele

strategisch

- Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Aussiedlern sowie soziale Begleitung und Betreuung
- Wirtschaftliche Aufgabenerfüllung unter sozialen Gesichtspunkten

operativ

- Ständige Aufnahme von Flüchtlingen (Asylbewerber, jüdische Kontingentflüchtlinge, ggf. weitere Personengruppen nach RV § 3 FlüAG) und Spätaussiedlern, entsprechend den Zuweisungen der Landesaufnahmeeinrichtung-Ausländer-Spätaussiedler beim Regierungspräsidium Karlsruhe
- Verbesserung der Unterbringungsqualität – Umsetzung des Unterbringungskonzeptes
- Verbesserung der sozialen Situation der Flüchtlinge

Maßnahmen 2015

- Aufbau weiterer Wohnheime bzw. Ausweichunterkünfte zur Sicherstellung der Unterbringung von Flüchtlingen
- Weiterer Auf- und Ausbau von örtlichen Unterstützerstrukturen in Gemeinden mit Wohnheimen und Ausweichunterkünften
- Verbesserung der sozialen Situation der Flüchtlinge im Rahmen eines Projektes nach dem Europäischen Flüchtlingsfonds und Ausweitung von:
 - Sprachkursen
 - Sozialpädagogischen Gruppenangeboten
 - Erste berufliche Orientierung

Auftragsgrundlagen

Flüchtlingsaufnahmegesetz, Eingliederungsgesetz, Asylbewerbungsleistungsgesetz, Aufenthaltsgesetz, VwV-Asylrückführung, Asylverfahrensgesetz, Sozialgesetzbuch



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.40 **Soziale Einrichtungen**
31.40.01 **Verwaltung u. Betrieb v. Einrichtungen**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.084	748	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	5.000	24.034
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.100.000	2.060.000	1.134.456
10	=	Ordentliche Erträge	2.101.084	2.065.748	1.158.490
11	-	Personalaufwendungen	-566.395	-524.421	-281.135
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-356.141	-208.624	-159.976
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-103.721	-71.760	-303
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-11.924	-9.266	-7.257
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-1.038.181	-814.071	-448.672
19	=	Ordentliches Ergebnis	1.062.904	1.251.678	709.818
21	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.062.904	1.251.678	709.818
23	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.449.961	-1.715.868	0
24	+/-	Kalkulatorische Kosten	-16.528	-19.859	0
26	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.466.489	-1.735.727	0
27	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	-1.403.585	-484.050	709.818



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.50	Leistungen n. d. Bundesversorgungsgesetz

Verantwortung

- Kreissozialamt/Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil
- Verkehrs- und Ordnungsamt

Kurzbeschreibung

- Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe durch die Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil
- Gewährung von persönlichen und finanziellen Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Lebensgrundlage an besondere Personengruppen unter Berücksichtigung des Entschädigungsgedankens wie z.B. für Kriegsoffer oder Opfer von Gewalttaten
- Ausgleichsleistungen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz

Ziele

strategisch

- Sicherung des anzuerkennenden notwendigen Bedarfes für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene sowie für die anerkannten Beschädigten nach den Nebengesetzen und ihre Angehörigen
- Abwendung einer wirtschaftlichen Beeinträchtigung aufgrund von beruflichen Nachteilen durch das SED-Regime

operativ

- Beratung von Betroffenen und Bearbeitung von Fällen nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz
- Zeitnahe Entscheidung über die Anträge

Auftragsgrundlagen

Bundesversorgungsgesetz (BVG), Soldatenversorgungsgesetz (SVG), Opferentschädigungsgesetz (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Zivildienstgesetz (ZDG), Strafrechtsrehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG), Kriegsofferfürsorge-Verordnung (KfürsV), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, berufliches Rehabilitierungsgesetz, Landesverwaltungsverfahrensgesetz

Produkte

- 31.50.01 Fürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen



THH4
31
31.50

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Soziale Hilfen
Leistungen n. d. Bundesversorgungsgesetz

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3	3	0
3	+	Sonstige Transfererträge	0	0	85.582
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	299.791
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3	3	385.373
11	-	Personalaufwendungen	-9.710	-8.728	-9.004
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-405	-441	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-44	-48	0
16	-	Transferaufwendungen	0	0	-323.819
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-140.035	-139.034	-147.854
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-150.194	-148.250	-480.678
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-150.191	-148.247	-95.304
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-150.191	-148.247	-95.304
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.054	-1.884	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1	-20	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.054	-1.904	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-152.245	-150.151	-95.304

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 17:
Erstattungen an SER-Stelle Rottweil.



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.60	Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Institutionelle Zuwendungen an Träger der freien Wohlfahrtspflege

- Telefonseelsorge
- Aidshilfe Reutlingen-Tübingen
- Arbeitskreis Leben e.V.
- Projekt Youth-life-line des Arbeitskreis Leben e.V.
- Ehe-, Familien- und Lebensberatung des Diakonieverbandes Reutlingen
- Sucht- und Drogenberatung
- Tagesstätten für psychisch kranke Menschen
- Sozialpsychiatrischer Dienst
- Betreuungsstelle für Nichtsesshafte der Arbeiterwohlfahrt
- AWO Fachberatungsstelle für Frauen/ „Frauenzimmer“
- Frauenhaus – Sockelbetrag als institutionelle Förderung
- Diakonischer Betreuungsverein e.V.
- Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- TSG Reutlingen e.V. – Behindertensportabteilung
- Träger der offenen Behindertenarbeit

* Hinweis: Personal- und Sachkosten Notübernachtungsstelle Glaserstr. (AWO) künftig bei Produkt 31.40.01

Ziele

strategisch

- Bezuschussung der freien Träger bei der Erfüllung von sozialen Aufgaben
- Sicherstellung von ambulanten Angeboten

operativ

- Förderung gemeinwesenorientierter Projekte im Rahmen der Daseinsvorsorge
- Förderung innovativer Projekte, die sich mit aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen auseinandersetzen und dauerhaften Hilfebezug vermeiden

Maßnahmen 2015

- Verbesserung des Berichtswesens und der Leistungsnachweise durch Festlegung von einheitlichen Kriterien
- Umverteilung der Mittel in der offenen Behindertenarbeit wegen weiterer Anbieter
- Wirkungsüberprüfung der Angebote der Leistungserbringer durch Abfrage eines Behandlungs- oder Beratungserfolgs nach Beendigung der Maßnahme (Katamnese)
- Dynamisierung fortlaufender Leistungen auf der Grundlage von Kreistagsbeschlüssen

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschlüsse



Produkte

- 31.60.01 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.60 **Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	99.000	99.000	99.000
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	99.000	99.000	99.000
11	-	Personalaufwendungen	-34.132	-27.648	-17.407
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-9.589	-11.859	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-206	-213	0
16	-	Transferaufwendungen	-476.100	-471.650	-443.414
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.759	-1.672	-1
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-521.785	-513.041	-460.822
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-422.785	-414.041	-361.822
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-422.785	-414.041	-361.822
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-71.601	-67.536	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-79	-122	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-71.680	-67.658	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-494.465	-481.699	-361.822

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16:		
Zuschüsse an		
Telefonseelsorge	12.100	12.100
Frauenhaus Reutlingen pauschaler Sockelbetrag und Zuschuss Fachberatungsstelle	12.000	13.000
Sozialpsychiatrischer Dienst	228.450	225.950
Diakonischer Betreuungsverein im Landkreis Rtlg. e.V.	17.750	17.400
Förderung soz. Einrichtungen und Maßnahmen	10.000	10.000
Aidshilfe Reutlingen / Tübingen	10.550	10.300
Arbeitskreis Leben e.V. Reutlingen / Tübingen	57.850	56.700
Ehe-, Familien- u. Lebensberatung (Diakonieverband Rtlg.)	11.600	11.350
TSG Reutlingen – Behindertensportabteilung	10.900	10.650
Offene Behindertenarbeit	67.200	67.200
Online-Jugendberatung (Arbeitskreis Leben e.V.) „Youth life line“	10.950	10.700
Fachberatungsstelle für Frauen in Wohnungsnot	<u>21.750</u>	<u>21.300</u>
Summe	471.100	466.650



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.70	Betreuungsleistungen

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Betreuern, Berufsbetreuern sowie gemeinnützigen und freien Organisationen, einschließlich Planungsaufgaben und allgemeines Management in diesen Bereichen; Unterstützung der Betreuungsgerichte in Betreuungs- und Unterbringungsverfahren; Führen von betreuungsgerichtlich angeordneten Betreuungen in Vermögensangelegenheiten, der Gesundheitsfürsorge, der Aufenthaltsbestimmung; Mitwirkung bei und Durchführung von angeordneten Unterbringungen; Unterschriftsbeglaubigung bei Vollmachten und Beratung von Bevollmächtigten

Ziele

strategisch

Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben der Betreuungsbehörde nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Betreuungsbehördengesetz und weiterer gesetzlicher Grundlagen im Betreuungsverfahren für volljährige Personen, sofern die volljährigen Personen auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst besorgen können

operativ

- Allgemeine Beiträge und Maßnahmen zur Nachrangigkeit von gesetzlichen Betreuungen bzw. im rechtlichen Vorsorgebereich
- Beratung, Unterstützung von ehrenamtlichen und Berufsbetreuern für eine möglichst qualifizierte Führung der gesetzlichen Betreuungen i.S. von § 1901 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); somit auch zur Nutzung aller Möglichkeiten die Krankheit oder Behinderung der Betreuten zu beseitigen, zu verbessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern i.S. von § 1901 BGB

Maßnahmen 2015

- Optimierung der Strukturen und Abläufe nach dem 4. Betreuungsrechtsänderungsgesetz (BtÄndG)
- Einführung von und Einarbeitung in das neue Programm „Behörden-Butler“
- Optimierung Statistiken
- Informationsveranstaltungen zum 4. BTÄndG

Auftragsgrundlagen

Betreuungsbehördengesetz (BtBG), Familienverfahrensgesetz (FamFG), Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Ausführungsgesetz zum Betreuungsgesetz (AG-BtG), Betreuungsrechtsänderungsgesetz (BtÄndG)



Produkte

- 31.70.01 Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsbehördengesetz (BtBG)



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.70 **Betreuungsleistungen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	100	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	100	0
11	-	Personalaufwendungen	-325.026	-280.726	-204.190
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-6.251	-6.892	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-66	-58	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-2.014	-1.825	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-333.357	-289.500	-204.190
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-333.357	-289.400	-204.190
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-333.357	-289.400	-204.190
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-53.078	-43.639	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-24	-32	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-53.102	-43.671	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-386.459	-333.071	-204.190



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.80	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Verantwortung

- Kreissozialamt
- Stabstelle 04

Kurzbeschreibung

- Gewährung von einkommensabhängigem Wohngeld als Miet- und Lastenzuschuss
- Gewährung von sozialen Vergünstigungen, Vermittlung von Spenden und Stiftungsmitteln (z.B. zur Förderung von besonders benachteiligten sozialen Gruppen oder zur Unterstützung in Notlagen)
- Beratung, Unterstützung und evtl. Vertretung von Schuldern bei der Schuldenbereinigung, v.a. bei außergerichtlicher Einigung mit Gläubigern gemäß dem 9. Teil der Insolvenzordnung (InsO), inkl. psychosozialer Betreuung bis zur Restschuldbefreiung; Ausstellen einer Bescheinigung bei Scheitern des außergerichtlichen Versuchs; Unterstützung des Schuldners bei Stellung des Antrages nach § 305 InsO; Hilfe bei Zusammenstellung der Unterlagen, ggf. Vertretung des Schuldners vor Gericht
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst/Bundesfreiwilligendienst oder zu Wehrübungen einberufenen Personen und ihrer Angehörigen
- Beratung und Antragsentscheidung über Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)-Leistungen und Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
- Erstellung und Veröffentlichung einer regionalen Arbeitsmarktstrategie, Organisation der Arbeitskreissitzungen, inhaltliche Bewertung und Beratung über die Projektanträge; Erstellen einer Prioritätenliste für die Entscheidung über die Projektanträge durch die Landes-Bank (L-Bank), Ergebnissicherung, inhaltliche Prüfung der Verwendungsnachweise der bewilligten regionalen Projekte, Öffentlichkeits-, Netzwerkarbeit. Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales, der L-Bank und dem Team des Europäischen Sozialfonds (ESF-Team)
- Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen: Präventive Informationen und Hilfen rund um die Themen Gesundheit, Pflege und Soziales für Pflegebedürftige, Angehörige, Pflegende, Behinderte. Erhebung, Vernetzung und Koordination der relevanten Aktivitäten einschließlich der Selbsthilfe-Ressourcen, des bürgerschaftlichen Engagements u.a. Hilfeangebote (Care-Management); Vermittlung von Kontakten, Organisation benötigter Leistungen (Case-Management)
- Altenhilfefachberatung und -planung: Initiierung, Unterstützung und Förderung bedarfsgerechter Angebots- und Versorgungsstrukturen für Senioren im Landkreis

Hinweis: Teilweise werden die unten aufgeführten Produkte (wie z.B. der Pflegestützpunkt) gemeinsam mit der Delegationskommune Stadt Reutlingen und weiteren Trägern des Pflegestützpunktes bearbeitet.

Ziele

strategisch

- Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises in (auch wirtschaftlichen) Sondersituationen, die nicht unter die vorne genannten Hilfearten fallen, erhalten Hilfestellung und Unterstützung zur Überwindung der jeweiligen Situation nach den unten aufgeführten Gesetzen



- Im Bereich der Leistungsausgaben (z.B. Wohngeld, BAföG, Unterhaltssicherungsgesetz) die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen

operativ

- Wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens durch Zuschüsse zu den Aufwendungen für Wohnraum
- Dauerhafte wirtschaftliche Sanierung bzw. Stabilisierung von ver- und überschuldeten Personen/Familien
- Sicherung des Lebensunterhalts der zum Wehrdienst/Zivildienst/Bundesfreiwilligendienst oder zu Wehrübungen einberufenen Personen und ihrer Angehörigen
- Sicherung des Lebensunterhalts von Schüler/-innen und Studierenden durch finanzielle Leistungen an der beruflichen Aufstiegsfortbildung und zum Lebensunterhalt
- Flächendeckender Ausbau der Beratungsstellen des Pflegestützpunktes im Landkreis Reutlingen
- Beratung trägerneutral, kostenlos, ressourcenorientiert, bei Bedarf aufsuchend
- Bei Bedarf Vermittlung, Organisation und Steuerung von Hilfen

Maßnahmen 2015

- Öffentlichkeitsarbeit des Pflegestützpunktes
- Präventions-Veranstaltungen der Schuldnerberatung für Schulen und Institutionen
- Fortsetzung des Projektes Schuldnerberatung mit Diakonie als Regelleistung
- Fortsetzung des Konzepts zur Einbindung bürgerschaftl. Engagements
- Umsetzung des Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte (Zweite Stufe der Insolvenzrechtsreform, Verbraucherinsolvenzreform)
- Erweiterter Sozialdatenabgleich
- Vorbereitung der Aufgabenabgabe an den Bund (voraussichtliche Gesetzesänderung 2014/2015)

Auftragsgrundlagen

Wohngeldgesetz (WoGG), Wohngeldverwaltungsvorschrift, Wohngeldverordnung, Erlasse des Bundeswirtschaftsministeriums, Unterhaltssicherungsgesetz, Mitteilungen des Bundesministeriums für Verteidigung, Zivildienstgesetz; Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst, Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), Verwaltungsvorschrift (VwV) zum BAföG und AFBG; Beratung und Unterstützung im Rahmen der Daseinsfürsorge, Rechtsberatung nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz;

Operationelles Programm „Chancen fördern – der ESF in Baden-Württemberg im Rahmen des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung für die Förderperiode 2007 – 2013“ (Stand 31.10.2007);

Vertrag zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Landkreis Reutlingen über die Förderung der Einrichtung eines Arbeitskreises und dessen Tätigkeit vom 19.12.2007/14.03.2008

Pflegeweiterentwicklungsgesetz vom 01.07.2008, Sozialgesetzbuch XI (SGB XI), Allgemeinverfügung des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vom 22.01.2010, Kooperationsvereinbarung vom 15.12.2008 zwischen den Landesverbänden der Pflege- und Krankenkassen und den Kommunalen Landesverbänden.

Weitere Grundlagen sind: Der Pflegestützpunktvertrag des Pflegestützpunktes im Landkreis Reutlingen und die Konzeption für den Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen, Kooperationsvertrag mit der Diakoniestation Härten e.V., die Verträge mit den kommunalen Trägern der Beratungsstellen des Pflegestützpunktes im Landkreis Reutlingen – alle jeweils in der gültigen Fassung; diverse Kreistagsdrucksachen und –beschlüsse



Sozialgesetzbuch XI und XII, Landespflegegesetz, Landesheimgesetz, Richtlinien zur Förderung der ambulanten Altenhilfe im Landkreis Reutlingen vom 12.05.2003, Kreistagsbeschlüsse zur Pflegeheimförderung 2005/2006 und zum Wunsch- und Wahlrecht 2009

Produkte

- 31.80.01 Gewährung von Wohngeld
- 31.80.02 Spenden, Stiftungen, Vermächtnisse zugunsten sozialer Zwecke, sonstige soziale Vergünstigungen und Sozialpässe
- 31.80.03 Schuldenregulierung im Rahmen der Insolvenzordnung (Verbraucherinsolvenz)
- 31.80.04 Hilfen zur Unterhaltssicherung
- 31.80.05 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
- 31.80.07 Pflegestützpunkt im Landkreis Reutlingen (PSP)
- 31.80.08 Altenhilfefachberatung und -planung
- 31.80.50 Schuldnerberatung
- 31.80.51 Europäischer Sozialfonds (ESF)



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
31	Soziale Hilfen
31.90	Leistungen für Bildung und Teilhabe

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

- Gewährung von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) für Empfänger von Kinderzuschlag und Wohngeld
- Verbesserung der Teilhabemöglichkeit von Kindern und Jugendlichen; u.a. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen, Schulausflüge, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Die Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket splitten sich je nach Anspruchsberechtigten auf unterschiedliche Produkte auf. Der Übersichtlichkeit halber wird nicht bei jedem Produkt eine detaillierte Beschreibung vorgenommen.

Diese sind: 31.10.02, 31.10.05, 31.20.06 und 31.30.01 (für den Personenkreis, der Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz erhält)

Die Produkte werden im Rahmen der Delegation und Aufgabenübertragung zum Teil auch gemeinsam mit der Delegationskommune Stadt Reutlingen und dem Jobcenter bearbeitet.

Ziele

strategisch

Verbesserung der Teilhabemöglichkeit von Kindern und Jugendlichen; u.a. mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen, Schulausflüge, Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Mittagsverpflegung, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

operativ

- Prüfung der Leistungsvoraussetzungen für die einzelnen Leistungsbausteine des Bildungs- und Teilhabepaketes
- Kooperation und Abrechnung mit den Leistungsanbietern

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbücher, insbesondere Sozialgesetzbuch II (SGB II), Sozialgesetzbuch XII (SGB XII), § 6 b Bundeskindergeldgesetz (BKGG), Wohngeldgesetz (WoGG)

Produkte

- 31.90.01 Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nach § 6 b BKGG für Kinderzuschlagsempfänger
- 31.90.02 Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nach § 6 b BKGG für Empfänger von Wohngeld



THH4 **Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht**
31 **Soziale Hilfen**
31.90 **Leistungen für Bildung und Teilhabe**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	1.000	1.150	1.770
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.000	1.150	1.770
11	-	Personalaufwendungen	-68.208	-102.363	-58.690
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.881	-4.422	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-30	-37	0
16	-	Transferaufwendungen	-102.400	-80.700	-122.352
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-184.917	-165.229	-212.960
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-358.436	-352.752	-394.002
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-357.436	-351.602	-392.232
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-357.436	-351.602	-392.232
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-24.462	-28.000	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-11	-21	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-24.473	-28.020	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-381.910	-379.622	-392.232

ERLÄUTERUNGEN

BUT-Aufgaben für den Kundenkreis Wohngeld-/Kinderzuschlags-Empfänger.

zu Ifd. Nr. 17:

Erstattungen an Stadt Reutlingen.



THH4
37

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	702
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	702
11	-	Personalaufwendungen	-696.923	-649.284	-620.406
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-20.553	-25.181	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-217	-212	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-378.334	-383.013	-336.596
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.096.026	-1.057.690	-957.002
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.096.026	-1.057.690	-956.299
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.096.026	-1.057.690	-956.299
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-174.512	-159.434	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-78	-117	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-174.591	-159.551	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.270.617	-1.217.241	-956.299

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	250.000	250.000
Geschäftsaufwendungen	5.000	10.000
Erstattungen an Landratsamt Rottweil	120.000	120.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	3.334	3.013
Summe	378.334	383.013



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
37	Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht
37.10	Schwerbehindertenrecht

Verantwortung

Kreissozialamt

Kurzbeschreibung

Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht, Ausstellung von Ausweisen, Beiblättern (einschließlich Wertmarken), Nachprüfung der Verhältnisse, Abhilfeverfahren, Aufklärung und Beratung

Ziele

strategisch

Förderung der Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, Vermeidung bzw. Verminderung und Entgegenwirken von Benachteiligungen, die behinderungsbedingt sind

operativ

- Rechtmäßige, qualitativ hochwertige und fristgerechte Verfahrensdurchführung
- Information und Unterstützung behinderter Menschen bei der Geltendmachung ihrer Rechte sowie umfassende Öffentlichkeitsarbeit

Maßnahmen 2015

- Sicherstellung einer zeitnahen Bearbeitung
- Weiterhin Beauftragung von Außengutachtern; vorrangig ist die Sicherstellung der Begutachtungen durch eigenes Personal im Kreisgesundheitsamt

Auftragsgrundlagen

Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht (Teil 2) Sozialgesetzbuch IX (SGB IX), Justizvollzugsentschädigungsgesetz (JVEG), Verfügungen des Regierungspräsidiums Stuttgart

Produkte

- 37.10.01 Schwerbehindertenrecht



THH4	Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
37	Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht
37.20	Soziales Entschädigungsrecht

Verantwortung

Kreissozialamt/Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil

Kurzbeschreibung

- Zentrale Wahrnehmung der Aufgabe durch die Gemeinsame Dienststelle Soziales Entschädigungsrecht (SER) Rottweil
- Feststellung des Grund- und Leistungsanspruches nach Bundesversorgungsgesetz (BVG) durch gemeinsame Dienststelle Sonstiges Entschädigungsrecht

Ziele

strategisch

Feststellung des Grund- und Leistungsanspruches nach Bundesversorgungsgesetz (BVG) für Personen, die nach den Tatbeständen, die in den unten aufgeführten Gesetzen genannt sind, Schädigungen erlitten haben

operativ

- Berechnung der einzelnen Versorgungsleistungen und deren lfd. Anpassungen
- Zeitgerechte Zahlung der Rentenansprüche sowie rechtmäßige Feststellung der Grund- und Leistungsansprüche
- Zeitnahe Zahlung der Versorgungsleistungen einschließlich der Heil- und Krankenbehandlung und Feststellung der Grundvoraussetzungen für die Gewährung von orthopädischer Versorgung

Auftragsgrundlagen

Bundesversorgungsgesetz (BVG), Kooperation nach § 16 Landesverwaltungsgesetz (LVG) im Sozialen Entschädigungsrecht (SER), Soldatenversorgungsgesetz (SVG), Opferentschädigungsgesetz (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Zivildienstgesetz (ZDG), Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VerwRehaG), Häftlingshilfegesetz (HHG), Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

Produkte

- 37.20.01 Leistungen für Kriegsoffer
- 37.20.02 Sonstiges soziales Entschädigungsrecht



THH4
37
37.20

Soziale Hilfen und Schwerbeh.recht
Schwerbeh.recht/soz.Entschädigungsrecht
Soziales Entschädigungsrecht

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-57.828	-53.392	-48.510
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.410	-4.242	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-36	-36	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-120.553	-120.507	-108.946
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-181.827	-178.176	-157.456
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-181.827	-178.176	-157.456
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-181.827	-178.176	-157.456
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-28.951	-26.858	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-13	-20	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-28.964	-26.878	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-210.791	-205.054	-157.456

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 17:

Erstattungen an SER-Stelle Rottweil.





Teilhaushalt 5 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Bestehend aus den Produktgruppen

- 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen
- 36.30 Hilfen für junge Menschen und Familien
- 36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- 36.80 Kooperation und Vernetzung
- 36.90 Unterhaltsvorschussleistungen



THH5

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.593.000	1.849.000	1.414.655
3	+	Sonstige Transfererträge	3.431.000	3.338.500	3.645.917
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	9.700	9.700	12.114
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.914.300	1.831.800	1.761.130
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.750
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	6.948.000	7.029.000	6.837.566
11	-	Personalaufwendungen	-6.823.353	-6.716.400	-6.110.868
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-429.123	-410.115	-345.468
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.350	-2.350	-2.000
16	-	Transferaufwendungen	-32.859.790	-31.517.650	-29.868.044
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.463.377	-1.055.470	-1.418.506
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-41.577.993	-39.701.986	-37.744.886
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-34.629.993	-32.672.986	-30.907.320
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-34.629.993	-32.672.986	-30.907.320
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.700	158.950	155.744
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.310.740	-2.074.349	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-800	-1.150	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.309.840	-1.916.549	155.744
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-36.939.833	-34.589.534	-30.751.576

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Zuweisungen Land:		
§ 29c FAG	1.450.000	1.710.000
Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfe u. Familienhebammen	122.000	122.000
Jugendberufshilfe	21.000	17.000
Summe	1.593.000	1.849.000
zu Ifd. Nr. 3:		
Ersatz von sozialen Leistungen:		
Förderung der Erziehung in der Familie	26.000	31.000
Individuelle Hilfen für junge Menschen	1.655.000	1.857.500
Kindertagespflege	1.000.000	700.000
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	750.000	750.000
Summe	3.431.000	3.338.500
zu Ifd. Nr. 6:		
Erstattungen von Gemeinden und anderen Trägern:		
Hilfe zur Erziehung	950.000	967.500
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	230.000	230.000
Kindertagespflege	1.000	1.000
Erstattungen vom Land:		
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	633.300	633.300
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/-pflege	100.000	0
Summe	1.914.300	1.831.800



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	14.850	7.000
Mitgliedsbeiträge	6.000	5.100
Bürobedarf	11.500	9.600
Fachliteratur	3.000	1.000
Dienstfahrten, Reisekosten	44.500	40.000
Versicherungen	10.450	9.700
Erstattungen an Gemeinden	1.123.000	783.000
Erstattungen an Fachkräfte der Frühen Hilfen	250.000	200.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	77	70
Summe	1.463.377	1.055.470

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 36	107,48	103,98	101,98



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Jugendarbeit zielt auf die Förderung junger Menschen durch Angebote der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ab. Sie wird von öffentlichen und freien Trägern, Verbänden und Initiativen sowie von Städten und Gemeinden geleistet. Die Förderung bezieht sich auf offene Angebote und Angebote für bestimmte Zielgruppen.

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz hat das Ziel, junge Menschen zu befähigen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen und sie zu Kritikfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu führen.

Angebote der Jugendsozialarbeit richten sich an unterstützungsbedürftige Kinder und Jugendliche.

Ziele

strategisch

1. Angebote der Jugendarbeit werden an den Interessen junger Menschen orientiert ausgerichtet. Sie werden von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Die Angebote befähigen zur Selbstbestimmung, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement. Jugendarbeit wird arbeitswelt-, schul- und familienbezogen aus-gestaltet.
2. Gefördert und unterstützt wird die eigenverantwortliche Tätigkeit von Jugendverbänden und Jugendgruppen.
3. Jugendsozialarbeit flankiert die schulische und berufliche Ausbildung; die Eingliederung in die Arbeitswelt und soziale Integration von Jugendlichen mit sozialer Benachteiligung. Wenn notwendig auch in begleiteten Wohnformen.
4. Eltern und andere Erziehungsberechtigte werden unterstützt, den Kinder- und Jugendschutz zu gewährleisten.

operativ

- zu 1. Durch Beratung und Fortbildung des Kreisjugendamtes wird in den Städten und Gemeinden im Landkreis kontinuierlich auf ein vielfältiges und an den Interessen junger Menschen orientiertes Angebot hingewirkt.
- zu 2. Die verbandliche Jugendarbeit wird finanziell unterstützt und beraterisch begleitet.
- zu 3. Mehrere Angebote der Jugendsozialarbeit (z. B. Schulsozialarbeit, Schulverweigererprojekt) werden gezielt auf den Sozialraum Schule bezogen. In Brennpunktgebieten wird z.B. der Einsatz Mobiler Jugendarbeit gefördert.
- zu 4. Projekte des Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, wie das Alkoholpräventionsprojekt, werden durch Beratung und Finanzierung gefördert.

Auftragsgrundlagen

§§ 11, 12, 13, 14 Sozialgesetzbuch VIII
Richtlinien des Landes Baden-Württemberg und des Landkreises



Produkte

- 36.20.01 Kinder- und Jugendarbeit
- 36.20.02 Jugendsozialarbeit (Schlüsselprodukt)



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.20 **Allgemeine Förderung junger Menschen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	21.000	17.000	21.000
3	+	Sonstige Transfererträge	0	0	6.793
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	70.008
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	21.000	17.000	97.801
11	-	Personalaufwendungen	-132.658	-141.965	-77.431
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-69.373	-63.900	-18.718
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-372	-361	0
16	-	Transferaufwendungen	-1.477.390	-1.572.950	-1.502.222
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-11.048	-9.197	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.690.841	-1.788.373	-1.598.372
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.669.841	-1.771.373	-1.500.572
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.669.841	-1.771.373	-1.500.572
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	900	158.150	155.022
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-409.215	-304.509	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-149	-180	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-408.464	-146.540	155.022
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-2.078.305	-1.917.912	-1.345.549

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Landesmittel Jugendberufshilfe	21.000	17.000
zu Ifd. Nr. 13:		
Aufwendungen zur Unterstützung von Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	21.000	21.000
zu Ifd. Nr. 16:		
Kostenart 43120000: Zuschüsse für Ferienmaßnahmen	45.000	45.000
Kostenart 43180000: Zuschüsse an		
Forum 22	8.100	8.000
Besondere Aufwendungen für die Jugendarbeit	7.350	7.350
Jugendverbände	49.900	48.950
Kulturwerkstatt	15.250	14.950
Kinderschutzbund	9.450	13.300
Schulsozialarbeit	808.490	922.300
Schulverweigererprojekt	22.100	21.750
Mobile Jugendarbeit	300.300	286.450
Aufwendungen Projekt HaLT	0	30.300
Jugendberufshilfe	35.900	35.600
Pro Familia	19.450	19.050
Wirbelwind	27.700	27.150
Frauenhaus Psychodramagruppe	12.500	12.250
Summe	1.316.490	1.447.400



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen
36.20.02	Jugendsozialarbeit

Verantwortung

Jugendamt

Kurzbeschreibung

Durch sozialpädagogische Angebote erhalten sozial oder individuell beeinträchtigte junge Menschen einen Ausgleich zur Überwindung ihrer Benachteiligung. Zu den Angeboten gehören z.B. Schulsozialarbeit oder mobile Jugendarbeit. Die Adressaten der Angebote werden gezielt gefördert, damit ihre schulische und berufliche Ausbildung, die Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration gelingt. Die Maßnahmen werden ortsnahe und lebensweltbezogen angeboten. Also dort, wo junge Menschen sich aufhalten. Sie unterstützen gezielt durch Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und Lebenskompetenz. Wenn notwendig, werden auch begleitende Wohnformen vermittelt. Zur Jugendsozialarbeit gehört die Kooperation mit den Kommunen und der Wirtschaft, den Kammern, der Arbeitsverwaltung, der Schule, den freien Trägern, den Ehrenamtlichen sowie die Vernetzung der Angebote.

Ziele

strategisch

1. Durch Schulsozialarbeit wird ein sozialpädagogisches Angebot der Jugendhilfe, im Kontext der Institution Schule etabliert, um benachteiligte Kinder und Jugendliche zu unterstützen. Über diesen Ansatz wird grundsätzlich allen Schülerinnen und Schülern ein Zugang zur Beratung in ihrer individuellen Lebenslage ermöglicht. Die Schulsozialarbeit wird nach Maßgabe von Richtlinien gefördert.
 - In den geförderten Schulen bieten sozialpädagogische Fachkräfte Angebote an: Einzelfallhilfe und Beratung, sozialpädagogische Gruppenarbeit, offene Angebote und Elternarbeit. Zudem leisten die Fachkräfte Vernetzungsarbeit im Gemeinwesen und gestalten Kooperationen.
 - Durch Fortbildungen werden die Fachkräfte der Schulsozialarbeit unterstützt. In Fachforen werden rechtliche und pädagogische Aspekte vermittelt und diskutiert. Eine Fachstelle Schulsozialarbeit bietet Kommunen, Trägern, Schulen und Fachkräften in konzeptionellen und spezifischen Themen Unterstützung an. Des Weiteren ist die Fachstelle Schulsozialarbeit für die Qualitätsentwicklung und die Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit im Landkreis zuständig.
2. Mobile Jugendarbeit ist eine Form der Jugendsozialarbeit. Mit dieser speziellen Form der aufsuchenden Jugendsozialarbeit werden junge Menschen und Cliquen erreicht, die sich außerhalb der klassischen Systeme wie Schule oder offene/verbandliche Jugendarbeit bewegen. Die mobile Jugendarbeit wird nach Maßgabe von Richtlinien gefördert.



- Mit mobiler Jugendarbeit werden Beziehungen zu besonders benachteiligten und gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgebaut. Die Fachkräfte bieten vor Ort durch Beratung sowie Begleitung im unmittelbaren sozialen Umfeld von Jugendlichen Hilfe zur Lebensbewältigung an.
Es werden ein Mal jährlich Begleitkreise mit den Fachkräften und den beteiligten Städten und Gemeinden dazu in Reutlingen, Dettingen, Metzingen, Bad Urach und Münsingen durchgeführt, um die Bedarfe und Konzepte den Handlungserfordernissen anzupassen. Hier berichten die Fachkräfte der mobilen Jugendarbeit über ihre Praxiserfahrungen und die Angebote für Randgruppen und Cliques.
- 3. In der Medien- und Musikwerkstatt werden Angebote integrativ bzw. inklusiv gestaltet.
 - Die Kulturwerkstatt fördert musikalische und medienpädagogische Grundkenntnisse in Bands, Film- und Medienprojekten. Diese Kreativangebote bieten Zugänge zu sinnvollen Freizeitbeschäftigungen. Inklusion wird durch Musikangebote für Gruppen mit behinderten und nicht behinderten Jugendlichen (Förderung der Kulturwerkstatt e.V.) erreicht.
- 4. Kinder und Jugendliche, die die Schule nicht mehr besuchen wollen, werden motiviert, die schulischen Lernmöglichkeiten wieder gewinnbringend für sich zu erkennen. Das Projekt Schulverweigerer des Vereins Ridaf e.V. wird dazu gefördert.
 - Schulverweigerer/innen werden individuell begleitet und ihre Problemstellungen in enger Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt, den Eltern und Schulen aufgearbeitet, um Brücken in das Schulleben zu schlagen.
- 5. Zur Vermeidung von Schulversagen und zur Erhöhung der Ausbildungsreife wird in den Klassen des Berufsvorbereitungsjahres und Berufseinstiegsjahres Jugendberufshilfe eingesetzt. Die Jugendberufshilfe des Vereins Ridaf e.V. wird zu diesem Zweck gefördert.
 - Durch individuelle Unterstützungen bei der Ausbildungsplatzsuche, Praktikumsvermittlung, Bewerbungstraining und Kompetenztraining werden bei den Schülerinnen und Schülern die Chancen bei der Lehrstellenvermittlung erhöht.

Auftragsgrundlagen

§ 13 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII), Richtlinien des Landkreises



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.20 **Allgemeine Förderung junger Menschen**
36.20.02 **Jugendsozialarbeit**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	21.000	17.000	21.000
3	+	Sonstige Transfererträge	0	0	6.793
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	70.008
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	21.000	17.000	97.801
11	-	Personalaufwendungen	-70.531	-64.324	-27.506
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-39.595	-33.974	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-305	-285	0
16	-	Transferaufwendungen	-1.267.040	-1.361.050	-1.326.365
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-9.051	-7.294	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.386.522	-1.466.927	-1.353.871
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.365.522	-1.449.927	-1.256.071
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.365.522	-1.449.927	-1.256.071
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	157.450	154.350
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-347.721	-239.954	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-122	-143	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-347.842	-82.647	154.350
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.713.364	-1.532.574	-1.101.721

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2 :		
Kostenart 31410000:		
Landesmittel Jugendberufshilfe	21.000	17.000
zu Ifd. Nr. 16:		
Kostenart 43180000: Zuschüsse an		
Kulturwerkstatt	15.250	14.950
Schulsozialarbeit	808.490	922.300
Schulverweigererprojekt	22.100	21.750
Mobile Jugendarbeit	300.300	286.450
Jugendberufshilfe	35.900	35.600
Kostenart 43310000: Soziale Leistungen (Schulentgelt)	85.000	80.000
Summe	1.267.040	1.361.050



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.30	Hilfen f. junge Menschen und Familien

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie umfasst Beratungsangebote für alle Familien zur Unterstützung der Erziehungskompetenzen. Allgemeine Familienförderung schließt die Beratung zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung ein. Sie gibt Informationen, klärt Fragen und Problemstellungen, vermittelt verschiedene Hilfen, auch außerhalb der Jugendhilfe. Sie trägt mit einem niederschweligen und universellen Angebot dazu bei, positive Lebensbedingungen für Familien und junge Menschen zu schaffen und zu erhalten.

Hilfe zur Erziehung richtet sich an Eltern und Personensorgeberechtigte, die individuelle Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder benötigen. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche berechtigt die betroffenen jungen Menschen zu Leistungen. Hilfe für junge Volljährige sind Leistungsangebote für junge Menschen zur Überwindung von individuellen Problemlagen.

Die Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren ist eine Aufgabe, die in Familienangelegenheiten, die Anliegen, Interessen und Bedürfnisse der Kinder und ihrer Familien unterstützt, damit Kinder unter entwicklungsförderlichen Lebensbedingungen aufwachsen können.

Beistandschaft, Pflegschaft und Vormundschaft für Kinder und Jugendliche, als Aufgabe der Jugendhilfe, gewährleistet bestimmten Kindern die Erziehung und Versorgung. Zu den Aufgaben der Jugendhilfe gehört auch die Auskunft über Nichtabgabe von Sorgeerklärungen.

Ziele

strategisch

- Erziehungsberechtigten und jungen Menschen werden Leistungen angeboten, um die Erziehungsaufgaben besser wahrnehmen zu können.
- Mütter und Väter werden in Fragen der Partnerschaft und bei Trennung und Scheidung beraten. Im Falle der Trennung oder Scheidung wird die angemessene Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen verfolgt.
- Mütter und Väter, die alleine für ein Kind zu sorgen haben, werden gezielt in Fragen der Erziehung unterstützt. Mütter und Väter mit kleinen Kindern, werden gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform betreut, wenn dies erforderlich ist.
- Eltern werden in der Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen unterstützt, wenn ein Elternteil ausfällt.
- Personensorgeberechtigte erhalten individuelle Hilfe bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und den zugrunde liegenden Faktoren.
- Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche erhalten Eingliederungshilfe zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und jungen Volljährigen wird Hilfe für ihre Persönlichkeitsentwicklung zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährleistet.
- In familiengerichtlichen Verfahren, in Verfahren zur Annahme als Kind und in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz, unterstützt das Jugendamt und wirkt mit.



- Das Jugendamt unterstützt bei der Vaterschaftsfeststellung und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Pfleger und Vormünder werden beraten und unterstützt. Es werden Beistandschaften und Vormundschaften geführt sowie Beurkundungen und Beglaubigungen durchgeführt.
- Die Rechtsansprüche erfüllen und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu Einsparungen gelangen.

operativ

- Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte und junge Menschen haben die Möglichkeit an Kursen aus dem Programm „Stärke“ teilzunehmen. Alleinerziehenden gewährt die Info- und Anlaufstelle Orientierung bei Erziehungsfragen und vermittelt zu zentralen Kursen oder Gesprächsgruppen im Gemeinwesen.
- Eltern können allgemeine Angebote der Erziehungsberatung wahrnehmen.
- Mütter und Väter erleben konkrete Beratung durch Bezirkssozialarbeiter und Mitarbeiter der Erziehungsberatungsstellen bei Partnerschaftsfragen, bei Trennung und Scheidung.
- Für Mütter und Väter mit kleinen Kindern stehen geeignete Wohnformen zur Verfügung.
- Die Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen wird gewährleistet.
- Ein ausreichend ausgestattetes Unterstützungssystem im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich gewährleistet erzieherische Hilfen.
- In familiengerichtlichen Verfahren wird nach dem Modell des „Reutlinger Weg“ verfahren. Eine Kooperation mit den beteiligten Professionen wird hierzu gepflegt.
- Vaterschaftsfeststellung, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen, Bereitstellung von Pflegern und Vormündern, Beistandschaften und Amtsvormundschaften und damit zusammenhängende Fragen werden beraten und Aufgaben umgesetzt.

Auftragsgrundlagen

§§ 16-20, 27-35, 35a, 41, 50-52 und 52a bis 60 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)
Grundsätze für die Arbeit der Beratungsstelle des Kreisjugendamtes Reutlingen, Bürgerliches Gesetzbuch, Jugendgerichtsgesetz, Adoptionsvermittlungsgesetz, Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Produkte

- 36.30.01 Sozial- und Lebensberatung und Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung
- 36.30.02 Förderung der Erziehung in der Familie
- 36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention (Schlüsselprodukt)
- 36.30.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 36.30.05 Beistandschaft/Amtsvormundschaft/Beurkundung/Beratung
- 36.30.06 Einrichtungen für Hilfen für junge Menschen und ihre Familien



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.30 **Hilfen f. junge Menschen und Familien**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
3	+	Sonstige Transfererträge	1.681.000	1.888.500	1.855.152
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	2.200	2.200	3.165
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.180.000	1.197.500	968.650
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	3.750
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.863.200	3.088.200	2.830.717
11	-	Personalaufwendungen	-5.557.845	-5.461.725	-5.019.014
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-252.837	-245.686	-300.087
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.462	-1.479	-2.000
16	-	Transferaufwendungen	-23.401.400	-22.613.700	-21.471.133
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.175.654	-826.964	-1.474.228
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-30.389.198	-29.149.554	-28.266.463
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-27.525.998	-26.061.354	-25.435.746
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-27.525.998	-26.061.354	-25.435.746
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	784.028	725.913	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.199.881	-2.044.998	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-445	-715	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.416.298	-1.319.799	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-28.942.296	-27.381.153	-25.435.746

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 3:		
Ersatz von sozialen Leistungen:		
Förderung der Erziehung in der Familie	26.000	31.000
Hilfe zur Erziehung	1.105.000	1.257.500
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	<u>550.000</u>	<u>600.000</u>
Summe	1.681.000	1.888.500

zu lfd. Nr. 6:		
Erstattungen von Gemeinden und anderen Trägern:		
Hilfe zur Erziehung	950.000	967.500
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	<u>230.000</u>	<u>230.000</u>
Summe	1.180.000	1.197.500

zu lfd. Nr. 13:
 Kostenart 42910000: Honorare, Arbeitsmittel und sonstige Sachkosten für die Arbeit in Kinder- und Elterngruppen (Spiel- und Therapiegruppen, Eltern-, Beratungsgruppen für Alleinerziehende).

zu lfd. Nr. 16:		
Kostenart 43180000: Zuschüsse an		
Erziehungsberatung bei der ev. psych. Beratungsstelle	56.750	55.650
Wies-Projekt, Koordinationsanteil	10.750	10.600
Pfanzkerle e.V. Tübingen	<u>4.700</u>	<u>4.600</u>
Summe	72.200	70.850



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Soziale Leistungen:		
Förderung der Erziehung in der Familie	105.000	105.000
Beratung in Fragen der Partnerschaft	1.000	1.000
Gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern mit ihren Kindern	550.000	595.000
Hilfe zur Erziehung	16.386.000	16.027.500
Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme	<u>6.257.200</u>	<u>5.783.100</u>
Summe	23.299.200	22.511.600
Zuweisungen an Gemeinden	30.000	31.250
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	8.500	5.600
Mitgliedsbeiträge	6.000	5.100
Bürobedarf	11.500	9.600
Fachliteratur	3.000	1.000
Dienstfahrten, Reisekosten	44.500	40.000
Versicherungen	5.350	4.700
Erstattungen an Gemeinden	1.123.000	783.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>- 26.196</u>	<u>- 22.036</u>
Summe	1.175.654	826.964



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.30	Hilfen f. junge Menschen und Familien
36.30.03	Individuelle Hilfen f. junge Menschen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Auf der Grundlage des SGB VIII leistet der Landkreis

- Erzieherische Hilfen für Personensorgeberechtigte
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
- Hilfe für junge Volljährige
- Inobhutnahme als vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (Krisenintervention)

zur Überwindung von individuellen Problemlagen.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf die notwendigen und geeigneten Leistungen. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem Bedarf im Einzelfall.

Die Hilfe umfasst unter Beteiligung der Betroffenen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen

- die Bedarfsfeststellung und die Begründung der Notwendigkeit der Hilfe sowie die Klärung einer geeigneten Hilfeart
- die Erstellung, Dokumentation und Fortschreibung des Hilfeplans, die Formulierung von Zielen und deren Kontrolle
- die Bewilligung der Hilfe einschließlich der Finanzierung
- die Heranziehung Kosten- bzw. Unterhaltspflichtiger und Geltendmachung von Ersatzleistungen
- die Bereitstellung der Hilfe unter Beteiligung anderer sozialpädagogischer Fachkräfte und Institutionen.

Ziele

strategisch

1. Personensorgeberechtigte erhalten erzieherische Hilfe, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des/der Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist. Durch geeignete Hilfen werden die Personensorgeberechtigten in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung unterstützt. Das Verhältnis der Fallzahlen Vollzeitpflege zu stationären Hilfen in Einrichtungen wird verändert. Fallzahlen Vollzeitpflege nehmen zu, Fallzahlen stationäre Hilfen in Einrichtungen nehmen ab.
2. Kinder und Jugendliche erhalten Eingliederungshilfe wenn ihre seelische Gesundheit länger als 6 Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und dadurch ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche oder von seelischer Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche werden darin unterstützt am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben.
3. Junge Volljährige erhalten Hilfe für ihre Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung, wenn diese aufgrund ihrer individuellen Situation notwendig ist.



4. Ein Kind oder ein/eine Jugendliche/r wird in Obhut genommen, wenn das Kinder bzw. der/die Jugendliche/r um Obhut bittet oder eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes bzw. des/der Jugendlichen die Inobhutnahme erfordert.

operativ

Die Hilfen werden verwaltungs- und kostenrechtlich beschieden und bearbeitet. Ersatzleistungen Dritter werden geltend gemacht.

- zu 1. Die Abklärung des individuellen Bedarfs für eine erzieherische Hilfe bezieht die Ressourcen der Einzelnen und des engeren sozialen Umfelds mit ein. Die Hilfe wird gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erörtert, abgestimmt und geplant. Sie ist individuell und passgenau gestaltet und richtet sich am konkreten Bedarf aus. Die Steuerung der Hilfe erfolgt über Hilfepläne mit Zielformulierungen und wird mindestens einmal jährlich überprüft. Um Vollzeitpflegeverhältnisse stabiler zu gestalten, wird die Frequenz der Beratungen zu Beginn des Pflegeverhältnisses und in Krisenphasen erhöht.
- zu 2. Die Abklärung des individuellen Bedarfs für eine Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche bezieht die Ressourcen der Einzelnen und des engeren sozialen Umfelds mit ein. Die Hilfe wird gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erörtert, abgestimmt und geplant, ist individuell und passgenau gestaltet, indem sie sich am konkreten Bedarf ausrichtet. Die Steuerung der Hilfe erfolgt über Hilfepläne mit Zielformulierungen und wird mindestens einmal jährlich überprüft.
- zu 3. Die Abklärung des individuellen Bedarfs für eine Hilfe für junge Volljährige bezieht die Ressourcen der Einzelnen und des engeren sozialen Umfelds mit ein. Die Hilfe wird gemeinsam mit den Leistungsberechtigten erörtert, abgestimmt und geplant, ist individuell und passgenau gestaltet, indem sie sich am konkreten Bedarf ausrichtet. Die Steuerung der Hilfe erfolgt über Hilfepläne mit Zielformulierungen und wird ein Mal im Jahr überprüft.
- zu 4. Inobhutnahmen werden intensiv begleitet, eine Perspektive für das Kind bzw. den/die Jugendliche wird zeitnah erarbeitet. Die Möglichkeit einer Rückführung in die Herkunftsfamilie wird differenziert überprüft und ggf. eingeleitet. Die Lebensbezüge werden für das Kind bzw. den/die Jugendliche während der Inobhutnahme erhalten. Die Verweildauer in der Bereitschaftspflegefamilie oder Wohngruppe nimmt ab; die Anzahl der Bereitschaftspflegepersonen steigt; die Anzahl der Inobhutnahmen in Wohngruppen nimmt ab.

Maßnahmen 2015

Zu 1.-3.

- Erweiterung der Akquise von Vollzeitpflegepersonen, Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Akquise
- Mit den Anbietern werden kontinuierlich wirksame Angebote lebensweltnah konzipiert

zu 4. Kennzahlen zur Verweildauer der Inobhutnahmen in Bereitschaftspflegefamilien und Wohngruppen werden aufgebaut.

Auftragsgrundlagen

§§ 27-35, § 35a, § 41 und § 42 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII)



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.30 **Hilfen f. junge Menschen und Familien**
36.30.03 **Individuelle Hilfen f. junge Menschen**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
3	+	Sonstige Transfererträge	1.655.000	1.857.500	1.828.916
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.180.000	1.197.500	961.454
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.835.000	3.055.000	2.790.370
11	-	Personalaufwendungen	-2.147.073	-2.098.544	-1.818.830
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-78.008	-73.773	-8.176
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-509	-521	0
16	-	Transferaufwendungen	-22.643.200	-21.810.600	-20.836.277
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.146.622	-803.124	-1.390.935
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-26.015.412	-24.786.562	-24.054.218
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-23.180.412	-21.731.562	-21.263.848
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-23.180.412	-21.731.562	-21.263.848
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-494.975	-473.729	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-204	-260	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-495.178	-473.989	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-23.675.590	-22.205.551	-21.263.848

ERLÄUTERUNGEN

Ansatz 2015 Ansatz 2014
 EUR EUR

zu Ifd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen:

Hilfe zur Erziehung

1.105.000 1.257.500

Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme

550.000 600.000**Summe****1.655.000** **1.857.500****zu Ifd. Nr. 6:**

Erstattungen von Gemeinden und anderen Trägern:

Hilfe zur Erziehung

950.000 967.500

Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme

230.000 230.000**Summe****1.180.000** **1.197.500****zu Ifd. Nr. 16:**

Soziale Leistungen:

Hilfe zur Erziehung

16.386.000 16.027.500

Hilfen für junge Volljährige / Inobhutnahme

6.257.200 5.783.100**Summe****22.643.200** **21.810.600****zu Ifd. Nr. 17:**

Erstattungen an Gemeinden

1.123.000 783.000

Rechts- und Beratungskosten

3.500 2.450

Versicherungen

5.100 4.500

Umgelegte ordentliche Aufwendungen

15.022 13.174**Summe****1.146.622** **803.124**



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.50	Förd. von Kindern in Tageseinrichtungen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

In Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege erfolgt die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren.

Für Kinder, deren Eltern einen Tagesbetreuungsplatz in einer Einrichtung oder bei einer Tagespflegeperson benötigen, kann auf Antrag der Beitrag ganz oder teilweise übernommen werden.

Pflegepersonen haben gegenüber dem Jugendamt einen Anspruch auf Auszahlung der laufenden Geldleistung sowie teilweise Übernahme von Beiträgen zur sozialen Absicherung der selbständigen Tätigkeit.

Die Eltern müssen entsprechend ihrem Einkommen einen angemessenen Kostenbeitrag leisten. Ersatzleistungen werden geprüft und geltend gemacht. Eltern und Tagespflegepersonen werden über die Leistungen beraten.

Ziele

strategisch

1. Der Landkreis unterstützt die Städte und Gemeinden bei der Bereitstellung eines vielfältigen und bedarfsgerechten Angebotes der Förderung in Kindertageseinrichtungen.
2. Der Landkreis gewährleistet die Erfüllung von Rechtsansprüchen in Kindertageseinrichtungen.
3. Der Landkreis unterstützt die Weiterentwicklung der Qualität in Kindertageseinrichtungen.
4. Der Landkreis unterstützt ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Angebot der Förderung in der Kindertagespflege.
5. Der Landkreis gewährleistet letztverantwortlich die Erfüllung von Rechtsansprüchen in der Kindertagespflege.
6. Der Landkreis entwickelt in Abstimmung mit dem Tagesmütter e.V. Reutlingen die Qualität in der Kindertagespflege weiter. Bezogen auf Grundsatzfragen berät er und kooperiert mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.
7. Der Landkreis erteilt Erlaubnisse zur Kindertagespflege.
8. Der Landkreis gewährt dem Tagesmütter e.V. Reutlingen eine Zuwendung, damit dieser die Förderung von Kindern in Tagespflege im Landkreisgebiet umsetzt.
9. Rechtsansprüche auf finanzielle Förderung werden erfüllt.
10. Unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden Einsparungen erzielt.
11. Eltern und ihre Kinder werden beraten und unterstützt.
12. Bei unzumutbarer finanzieller Belastung werden Teilnahmebeiträge oder Gebühren nach § 90 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) für Eltern und ihre Kinder übernommen.
13. Kindertagespflegepersonen erhalten die ihnen zustehende Geldleistung nach § 23 SGB VIII direkt vom Jugendamt überwiesen.



14. Die Kostenbeteiligung wird so gestaltet, das die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird.

operativ

- zu 1. Kreisangehörige Städte und Gemeinden werden, bezogen auf die Bereitstellung ausreichender und qualitativ guter Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen durch eine Fachberatung bei individuellen Fragestellungen begleitet.
- zu 2. Im Rahmen von Umfragen werden die Städte und Gemeinden jährlich zur Situation und zum Ausbaustand in der Kindertagesbetreuung befragt und bei der Umsetzung der Rechtsansprüche unterstützt. Kommunen erfahren in „Informationsveranstaltungen für Verantwortliche in Städten und Gemeinden für die Kindertagesbetreuung“ fachliche und rechtliche Unterstützung und erhalten Infobriefe.
- zu 3. Für Erziehungsfachkräfte im Landkreis werden Inhouse-Seminare, Fortbildungen und Fachtage zur Gewährleistung und Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen angeboten. Träger erhalten Infobriefe.
- zu 4. Im Landkreis gibt es Angebote der Kindertagespflege im Haushalt der Tagespflegeperson, im Haushalt der Eltern und in anderen geeigneten Räumen.
- zu 5. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden, bezogen auf die Umsetzung der Rechtsansprüche zur Förderung in Kindertagespflege, beraten. Die Rechtsansprüche in der Kindertagespflege werden eingelöst.
- zu 6. Das zwischen Landkreis und Tagesmütter e.V. Reutlingen abgestimmte Konzept der Förderung von Kindern in Tagespflege wird qualitativ weiterentwickelt und gesichert.
- zu 7. Die Erteilung der Erlaubnis zur Kindertagespflege wird nach standardisiertem, qualitätsgesicherten Verfahren umgesetzt. Das Verfahren wird in Abstimmung zwischen Landkreis und Tagesmütter e.V. Reutlingen weiterentwickelt.
- zu 8. Der Tagesmütter e.V. wird finanziell gefördert. Die Vermittlung von Kindern in Tagespflege und die Beratung, Qualifizierung und Begleitung von Tagespflegepersonen sowie von Erziehungsberechtigten wird sichergestellt.
- zu 9. Eltern und Tagespflegepersonen werden im Hinblick auf ihre Rechte und Möglichkeiten der finanziellen Förderung beraten.
- zu 10. Die Anträge auf Gewährung von Leistungen für einen Tagesbetreuungsplatz werden entgegengenommen, geprüft und bearbeitet.
- zu 11. Tagespflegepersonen erhalten die Geldleistung ausbezahlt.
- zu 12. Die Eltern werden auf ihre Kostenbeitragspflicht geprüft und entsprechend herangezogen.

Maßnahmen 2015

- zu 3. Qualifizierungsoffensive Inklusion
- zu 11. Die Kostenbeitragstabelle für die Kindertagespflege wird überprüft und angepasst.

Auftragsgrundlagen

§§ 22, 22a, 23, 24, 24a, 43, 45 und 90 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII
Beschlüsse des Kreistages

Produkte

- 36.50.01 Tageseinrichtungen für Kinder
- 36.50.02 Kindertagespflege
- 36.50.03 Finanzielle Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und -pflege, Übernahme von Teilnahmebeiträgen



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.50 **Förd. von Kindern in Tageseinrichtungen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	1.450.000	1.710.000	1.393.655
3	+	Sonstige Transfererträge	1.000.000	700.000	845.141
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	7.500	7.500	8.939
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	101.000	1.000	102.718
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.558.500	2.418.500	2.350.453
11	-	Personalaufwendungen	-387.181	-354.256	-335.545
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-68.168	-64.305	-24.520
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-279	-272	0
16	-	Transferaufwendungen	-6.281.000	-5.631.000	-5.235.235
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.679	-12.239	-8.678
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-6.750.307	-6.062.073	-5.603.977
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.191.807	-3.643.573	-3.253.525
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.191.807	-3.643.573	-3.253.525
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	800	800	722
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-255.121	-234.304	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-112	-136	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-254.432	-233.640	722
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-4.446.239	-3.877.213	-3.252.803

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2: Zuweisungen nach § 29c FAG	1.450.000	1.710.000
zu Ifd. Nr. 3: Ersatz von sozialen Leistungen		
zu Ifd. Nr. 4: Teilnehmerbeiträge für Angebote der Fachberatung Tageseinrichtung für Kinder		
zu Ifd. Nr. 13: Fortbildung für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, sonstigen Arbeitsfeldern der Jugendhilfe. Darüber hinaus Sachkosten Mediothek und pädagogische Arbeitsmittel. Insges. Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	32.000 36.168	32.000 32.305
Summe	68.168	64.305
zu Ifd. Nr. 16: Kostenarten 43310000 und 43310990: Finanzielle Förderung, Übernahme von Teilnahmebeiträgen Kostenart 43180000: Zuschuss für fachliche Leistungen des Tagesmüttervereins Reutlingen im Kindertagespflegewesen (Grundlage: KT-Beschluss vom 28.06.93, KT-Drs. Nr. IV-562 u. 562/1 sowie KT-Beschluss vom 08.12.03, KT-Drs. Nr. VI-670).	5.501.000 780.000	4.901.000 730.000



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu lfd. Nr. 17:		
Rechts- und Beratungskosten	350	350
Versicherungen	5.100	5.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>8.229</u>	<u>6.889</u>
Summe	13.679	12.239



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.80	Kooperation und Vernetzung

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Die Produktgruppe umfasst zum einen das Produkt Kooperation und Vernetzung. Es beinhaltet Leistungen, die als Querschnittsaufgabe bezogen auf die Produktgruppen 36.20.bis 36.50 erbracht werden.

Zum anderen beinhaltet sie das Produkt Frühe Hilfen, in dem es zu einem wesentlichen Teil um Vernetzung von Angeboten für Schwangere, werdende Väter und Mütter und Väter mit kleinen Kindern geht.

Ziele

strategisch

1. Planung und Kooperation verfolgen das Ziel, ausreichende und gut aufeinander abgestimmte Angebote zu gewährleisten.
2. Jugendhilfeplanung als Querschnittsaufgabe bezieht auch Angebote außerhalb der Jugendhilfe, wie zum Beispiel Dienste des Gesundheitswesens, mit ein. Zudem wird die Jugendhilfeplanung mit der Bildungsplanung und der Schulentwicklungsplanung abgestimmt.
3. Durch zielgerichtete Planungs- und Beteiligungsprozesse wird eine Leistungsoptimierung der Angebote im Sozialraum erreicht.
4. Planung und Kooperation verfolgt das Ziel, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu schaffen und zu erhalten.
5. Die Vernetzung von Angeboten der Frühen Hilfen wird gewährleistet, einschließlich der Vermittlung der Angebote an Schwangere, werdende Väter und Eltern junger Kinder.

operativ

- zu 1. Abstimmungsprozesse werden in einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII zu Fragen der Jugendhilfeplanung durchgeführt. Abgestimmte Bedarfsplanungen als Grundlage für Entscheidungen zur Förderung von Trägern der Jugendhilfe werden angestrebt.
- zu 2. Städten und Gemeinden werden, bezogen auf ihre soziale und strukturelle Entwicklung von Angeboten, beraten. Dabei spielt die ganzheitliche Betrachtung von Angeboten aus mehreren Fachbereichen eine Rolle.
- zu 3. Optimierung wird durch Unterstützung und Initiierung von wohngebietsbezogenen Arbeitsgemeinschaften und Regionalkonferenzen sowie Initiierung/Durchführung von Projekten und Regelangeboten zu Themenstellungen im Gemeinwesen bewirkt.
- zu 4. Durch Initiierung von fachbezogenen Planungen, einschließlich der Ressourcenplanung werden positive Bedingungen für Familien konkret. Insbesondere durch die Erarbeitung von Leitlinien und Fördergrundsätzen.
- zu 5. Durch regionale Vernetzungsstrukturen werden die Akteure im Bereich der Frühen Hilfen zusammengefasst und es wird auf eine verbindliche Zusammenarbeit hingewirkt.



Auftragsgrundlagen

§§ 79, 80, 81 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII), Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz

Beschlüsse und Empfehlungen des Jugendhilfeausschuss

Produkte

- 36.80.01.01 Frühe Hilfen
- 36.80.01.02 Kooperation und Vernetzung



THH5 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36 **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**
36.80 **Kooperation und Vernetzung**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	122.000	122.000	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	189
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	122.000	122.000	189
11	-	Personalaufwendungen	-276.326	-276.431	-246.605
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-24.271	-22.132	-2.143
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-126	-119	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-253.702	-203.014	72.282
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-554.424	-501.696	-176.466
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-432.424	-379.696	-176.277
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-432.424	-379.696	-176.277
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-122.010	-108.378	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-50	-60	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-122.060	-108.437	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-554.484	-488.133	-176.277

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 2:**

Zuweisungen vom Land für Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen.

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 17:		
Erstattungen an Fachkräfte der Frühen Hilfen (Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, Familienhebammen)	250.000	200.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>3.702</u>	<u>3.014</u>
Summe	253.702	203.014



THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen

Verantwortung

Kreisjugendamt

Kurzbeschreibung

Für Kinder von alleinerziehenden Elternteilen, für die der Unterhalt nicht gesichert ist, können auf Antrag für einen befristeten Zeitraum Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt werden. Bei Gewährung der Leistungen wird versucht, von den Unterhaltspflichtigen Kostenersatz zu erhalten. Eltern erhalten Beratung in allen Fragen des Unterhaltsvorschussbereiches.

Ziele

strategisch

1. Die Rechtsansprüche werden erfüllt.
2. Durch umfassende Beratung und Aufklärung wird die tatsächliche Inanspruchnahme von Unterhaltsvorschussleistungen mit den Anspruchsberechtigten geklärt. Dadurch können Einsparungen erzielt werden.
3. Belastungen für Kinder von Alleinerziehenden werden abgemildert.
4. Der Bedarf des Kindes wird bis zur Feststellung des Unterhaltsanspruches sichergestellt.

operativ

- Zu 1. und 2. Im Landkreis werden alleinerziehende Elternteile im Hinblick auf ihre Rechte in finanzieller und persönlicher Hinsicht beraten und unterstützt.
- Zu 2. und 3. Die Anträge auf Unterhaltsvorschussleistungen werden entgegengenommen, geprüft und bearbeitet.
- Zu 4. Die Heranziehung des unterhaltspflichtigen Elternteils zum Kostenersatz erfolgt zügig und konsequent.

Maßnahmen 2015

- Zu 2. Altfälle werden konsequent abgebaut.
- Zu 4. Die Rückgriffsquote wird auf über 40 % gehalten.
- Zu 4. Der Rückgriff auf Elternteile, die sich im europäischen Ausland aufhalten wird verstärkt.

Auftragsgrundlagen

Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und Richtlinien Unterhaltsvorschussgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)

Produkte

- 36.90.01 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz



THH5
36
36.90

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Unterhaltsvorschussleistungen

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
3	+	Sonstige Transfererträge	750.000	750.000	938.831
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	10
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	633.300	633.300	619.566
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.383.300	1.383.300	1.558.407
11	-	Personalaufwendungen	-469.343	-482.023	-432.273
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-14.474	-14.093	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-112	-119	0
16	-	Transferaufwendungen	-1.700.000	-1.700.000	-1.659.454
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-9.294	-4.056	-7.881
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.193.223	-2.200.290	-2.099.608
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-809.923	-816.990	-541.201
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-809.923	-816.990	-541.201
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-108.541	-108.073	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-45	-59	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-108.586	-108.133	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-918.509	-925.123	-541.201

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 3:

Ersatz von sozialen Leistungen
Unterhaltsansprüche

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Ersatz von sozialen Leistungen	50.000	50.000
Unterhaltsansprüche	700.000	700.000

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen vom Land

zu lfd. Nr. 16:

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz





Teilhaushalt 6 Gesundheit

Bestehend aus den Produktgruppen

- 41.10 Krankenhäuser
- 41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege



THH6

Gesundheit

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	346.500	303.200	353.192
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.650	49.320	63.759
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	250
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	388.150	353.520	417.202
11	-	Personalaufwendungen	-1.190.240	-1.059.440	-927.127
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-312.728	-234.684	-122.591
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.027.382	-940.728	-51
16	-	Transferaufwendungen	-313.500	-307.300	-478.228
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.648.514	-6.009.039	-52.073
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-9.492.365	-8.551.192	-1.580.070
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-9.104.215	-8.197.672	-1.162.868
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-9.104.215	-8.197.672	-1.162.868
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	5.100	6.600	6.517
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-806.576	-873.944	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-797.590	-368.629	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.599.066	-1.235.973	6.517
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-10.703.281	-9.433.645	-1.156.351

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 41	26,85	25,85	24,35



THH6

Gesundheit

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.000.000	1.000.000	1.000.000
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.000.000	1.000.000	1.000.000
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-14.600	-14.300	-1.721
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.005.000	-2.005.000	-3.043.830
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.019.600	-2.019.300	-3.045.551
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.019.600	-1.019.300	-2.045.551



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.10 **Krankenhäuser**

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Der Landkreis gewährt als alleiniger Gesellschafter der Kreiskliniken Reutlingen GmbH Investitionszuschüsse zur anteiligen Finanzierung der Investitionen beim Klinikum am Steinenberg in Reutlingen, der Ermstaklinik Bad Urach und der Albklinik Münsingen und deckt im Rahmen des Betrauungsakts (KT-Drucksachen Nr. VII-0561 und VIII-0657) die aufgelaufenen Bilanzverluste ab.

Ziele

strategisch

Aufrechterhaltung des Klinikbetriebs und Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung des Landkreis Reutlingen mit leistungsfähigen Krankenhäusern

Auftragsgrundlagen

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan

Produkte

- 41.10.01 Kreiskliniken Reutlingen GmbH



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.10 **Krankenhäuser**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	180.000	140.000	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	180.000	140.000	0
11	-	Personalaufwendungen	-57.322	-54.080	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-213.188	-153.819	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.011.232	-926.428	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-6.604.477	-5.966.539	-10.400
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-7.886.220	-7.100.867	-10.400
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-7.706.220	-6.960.867	-10.400
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-7.706.220	-6.960.867	-10.400
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-269.586	-371.619	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-795.440	-363.829	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.065.026	-735.448	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-8.771.246	-7.696.315	-10.400

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 2:

Auflösung Sonderposten aus Investitionsausschüttung Kreissparkasse.

zu Ifd. Nr. 13:

Umgelegte Sach- und Dienstleistungen.

zu Ifd. Nr. 14:

Abschreibung der geleisteten Trägerzuschüsse an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH.

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 17:		
Abdeckung Betriebsverluste	6.575.000	5.938.000
Rechts- und Beratungskosten	20.000	20.000
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	9.477	8.539
Summe	6.604.477	5.966.539



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.10 **Krankenhäuser**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.411000: Kliniken Investitionsausschüttung KSK						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000
6	=	Summe Einzahlungen	1.000.000	0	1.000.000	1.000.000
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.000.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-2.000.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.000.000	0	1.000.000	1.000.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-1.000.000	0	1.000.000	1.000.000

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.411005.0501: Klinikum RT - Bettenhaus Süd Sanierung						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	-2.000.000	-2.951.614
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-2.000.000	-2.951.614
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-2.000.000	-2.951.614
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-2.000.000	-2.951.614

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.411005.0550: Klinikum RT - Tilgungen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.000	0	-2.000	-5.545
13	=	Summe Auszahlungen	-2.000	0	-2.000	-5.545
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.000	0	-2.000	-5.545
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-2.000	0	-2.000	-5.545



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.411006.0601: Ermstaklinik Bad Urach - Altersmedizin						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	-80.000
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-80.000
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-80.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-80.000

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.411006.0650: Ermstaklinik Bad Urach - Tilgungen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-3.000	0	-3.000	-10.856
13	=	Summe Auszahlungen	-3.000	0	-3.000	-10.856
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.000	0	-3.000	-10.856
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-3.000	0	-3.000	-10.856



THH6	Gesundheit
41	Gesundheitsdienste
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege

Verantwortung

Kreisgesundheitsamt

Kurzbeschreibung

Die Maßnahmen der Gesundheitspflege umfassen folgende Aspekte:

- Gesundheitsplanung
- Gesundheitsberichterstattung
- Gesundheitsförderung/Prävention
- Geschäftsstelle Gesundheitskonferenz
- Epidemiologie: Erhebung, Auswertung und Beschreibung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung, Untersuchung von Krankheitshäufungen
- Untersuchung/Beratung im Vorschulalter (Frühförderung)
- Einschulungsuntersuchungen, Schulsprechstunde, Impfberatung und –programme
- Zahngesundheitsförderung: Untersuchungen, Gruppenprophylaxe, Erfassung des Zahnstatus bei Kindern und Jugendlichen
- Amtsärztliche Untersuchungen/Gutachten: Untersuchungen von Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst, Eignungsuntersuchungen bestimmter Personengruppen, Untersuchungen nach dem Ausländerrecht
- Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen: Sozialmedizinische Beratung zur AIDS-Prävention und Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten, Schwangerenberatung und –konfliktberatung, Beratung von Menschen mit Behinderung
- Allgemeiner Gesundheitsschutz: Hygienische Beratung und Überwachung von Krankenhäusern und anderen Einrichtungen, Mitwirkung bei der Lebensmittelüberwachung
- Personenbezogener Infektionsschutz: Beobachtung übertragbarer Krankheiten, Beratung/Untersuchung besonderer Personengruppen, Impfberatung/Impfungen
- Hygienische Beratung/Überwachung von Trinkwasseranlagen, Frei-, Hallenbädern, Badegewässern, Einrichtungen zur Abfall- und Abwasserentsorgung/Recycling
- Umweltbezogene Kommunalhygiene: Fachliche Stellungnahmen zu Planungsvorhaben, Sanierungsmaßnahmen, Gesundheitsverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Umweltmedizinische Beratung und Begutachtung
- Beratung und Begehungen von Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Ziele

strategisch

Förderung und Schutz der Gesundheit der Bevölkerung

operativ

- Überblick über die gesundheitliche Situation im Landkreis durch Bedarfsanalyse und Bestandserhebung, Initiierung von Planungen und Maßnahmen, Krankheiten verhüten und vermeiden, Öffentlichkeitsarbeit und Information
- Auffälligkeiten feststellen, drohenden Behinderungen entgegenwirken, vorhandene Behinderungen ausgleichen oder mindern



- Prävention schulischer Leistungseinschränkungen, Feststellung ggf. notwendiger Fördermaßnahmen, Schließung von Impflücken
- Sicherung, Erhalt und Verbesserung der Zahgesundheit
- Verbesserung des Informationsstands zu AIDS und sexuell übertragbarer Krankheiten, Förderung der Testbereitschaft, Verbesserung des Risikomanagements bei besonders betroffenen Gruppen
- Vermeidung ungewollter Schwangerschaften
- Erhalt und Verbesserung der hygienischen Bedingungen in Einrichtungen
- Sicherung einer einwandfreien Wasserqualität
- Gesundheitsschutz durch Minimierung von der Umwelt ausgehender schädigender Einwirkungen
- Gesundheitsverträgliche Ausführung von Planungsvorhaben

Auftragsgrundlagen

Öffentlicher Gesundheitsdienst, Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst, Bestattungsgesetz, Infektionsschutzgesetz (IfSG), Hygieneverordnung, Krankenhaushygieneverordnung, Sozialgesetzbuch V, Sozialgesetzbuch VIII, Sozialgesetzbuch XII, Schulgesetz, Unterbringungsgesetz (UBG), Ausländerrecht, Betreuungsgesetz, Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV), Landesbaugesetz (LBG), Bau-Verordnung (BVO), Heimgesetz, Trinkwasserverordnung (TrinkwV), Schwimm- und Badwasserverordnung (SchwBadebWV), Badegewässerverordnung (BadegVO), Robert-Koch-Institut Richtlinien (RKI-Richtlinien), Landesabfallgesetz (LAbfG), Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Bodenschutzgesetz (BodSchG), Bundes-Immissionsschutz-Verordnung (BImSchV), Gefahrenstoffverordnung (GefStoffV), Strahlenschutzverordnung (StrlSchV), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-G), Verwaltungsvorschriften des Sozialministeriums, fachliche Empfehlungen des Landesgesundheitsamtes, Landeskonzept „Komm. Suchthilfenetzwerke“, Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg

Produkte

- 41.40.03 Epidemiologie
- 41.40.04 Untersuchung/Beratung im Vorschulalter (Frühförderung)
- 41.40.05 Gesundheitsmonitoring, Beratung von und in Einrichtungen
- 41.40.06 Zahngesundheitsförderung
- 41.40.07 Amtsärztliche Untersuchungen/Gutachten
- 41.40.08 Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen
- 41.40.09 Allgemeiner Gesundheitsschutz
- 41.40.10 Personenbezogener Infektionsschutz
- 41.40.11 Hygiene-Monitoring von Trinkwasser/Badewasser und Entsorgungseinrichtungen
- 41.40.12 Umweltbezogene Kommunalhygiene
- 41.40.13 Umweltbezogene Gesundheitsberatung/Begutachtung
- 41.40.50 Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsplanung (Schlüsselprodukt)



THH6
41
41.40

Gesundheit
Gesundheitsdienste
Maßnahmen der Gesundheitspflege

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	166.500	163.200	353.192
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.650	49.320	63.759
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	250
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	208.150	213.520	417.202
11	-	Personalaufwendungen	-1.132.918	-1.005.360	-927.127
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-99.540	-80.865	-122.591
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-16.150	-14.300	-51
16	-	Transferaufwendungen	-313.500	-307.300	-478.228
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-44.037	-42.500	-41.673
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.606.145	-1.450.325	-1.569.670
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.397.995	-1.236.805	-1.152.468
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.397.995	-1.236.805	-1.152.468
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	5.100	6.600	6.517
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-536.991	-502.325	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.150	-4.800	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-534.041	-500.525	6.517
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.932.036	-1.737.330	-1.145.951

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16: Gesundheitsförderung/Prävention (Sucht- und Drogenberatung)	313.500	307.300



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.40 **Maßnahmen der Gesundheitspflege**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
74140000310: Bew. Verm. Gesundheitspf. fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-14.600	0	-14.300	-3.581
13	=	Summe Auszahlungen	-14.600	0	-14.300	-3.581
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-14.600	0	-14.300	-3.581
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-14.600	0	-14.300	-3.581

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

2 Hörtestgeräte MAICO-MA 33 Pc mit Tragekoffer je 2.350 EUR (Ersatzbeschaffung)

4.700 EUR

3 Sehtestgeräte für Schuluntersuchung Titmus 2 k je 3.300 EUR (Ersatzbeschaffung)

9.900 EUR**Summe****14.600 EUR**



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.40 **Maßnahmen der Gesundheitspflege**
41.40.01 **Gesundheitsförderung/Prävention**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	177.178
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	49.320	60.236
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	1.000	250
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	50.320	237.664
11	-	Personalaufwendungen	0	-300.171	-151.683
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-52.201	-70.836
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	-6.690	0
16	-	Transferaufwendungen	0	-307.300	-478.228
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	-12.164	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	0	-678.527	-700.746
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	0	-628.207	-463.082
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	0	-628.207	-463.082
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	-231.945	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-2.246	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	-234.191	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	-862.398	-463.082

ERLÄUTERUNGEN

Die beiden Schlüsselprodukte 41.40.01 (Gesundheitsförderung/Prävention) und 41.40.02 (Gesundheitsberichterstattung) werden ab 2015 zu einem Schlüsselprodukt 41.40.50 (Gesundheitsberichterstattung, -planung) zusammengefasst.



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.40 **Maßnahmen der Gesundheitspflege**
41.40.02 **Gesundheitsberichterstattung**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	0	-79.240	-59.808
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-3.176	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	-843	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	-1.533	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	0	-84.791	-59.808
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	0	-84.791	-59.808
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	0	-84.791	-59.808
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	-29.942	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	-283	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	-30.225	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	-115.017	-59.808

ERLÄUTERUNGEN

Die beiden Schlüsselprodukte 41.40.01 (Gesundheitsförderung/Prävention) und 41.40.02 (Gesundheitsberichterstattung) werden ab 2015 zu einem Schlüsselprodukt 41.40.50 (Gesundheitsberichterstattung, -planung) zusammengefasst.



THH6	Gesundheit
41	Gesundheitsdienste
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege
41.40.50	Gesundheitsberichterstattung, -planung

Verantwortung

Kreisgesundheitsamt

Kurzbeschreibung

Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsplanung, Gesundheitsförderung und Prävention sind im Bereich der Geschäftsstelle „Kommunale Gesundheitskonferenz“ des Landkreises Reutlingen angesiedelt.

Aufgaben:

1. Beobachten und Erfassen von Informationen zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung des Landkreises Reutlingen, kleinräumige, gesundheitliche Analysen, Durchführung von Analysen, Erstellung von Gesundheitsberichten und gesundheitsbezogener Planung
2. Erarbeitung von themenspezifischen Maßnahmen aufgrund der Analysen der Gesundheitsplanung in themenspezifischen Arbeitskreisen (Handlungsempfehlungen)
3. Organisation und Durchführung der Kommunalen Gesundheitskonferenz einschl. Koordination themenspezifischer Arbeitskreise der Gesundheitskonferenz
4. Gründung, Entwicklung und Begleitung von kontinuierlich arbeitenden Netzwerken
5. Projektmanagement und Prozessbegleitung
6. Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation der Arbeit auf Landkreisebene mit der Landesebene, Zusammenarbeit mit anderen planungsrelevanten Abteilungen
7. Konfliktmanagement

Ziele

strategisch

Kommunale Gesundheitsplanung wird durch die demographische Entwicklung und die Verlagerung des Krankheitsspektrums hin zu chronischen Erkrankungen zunehmend eine kommunalpolitische Notwendigkeit. Die Mehrzahl der Dienstleistungen im Gesundheitswesen sind ortsgebundene Dienstleistungen, die Bereiche der Daseinsvorsorge betreffen. Planung und Umsetzung müssen sich daher an die regionalen Anforderungen, Bedingungen und Möglichkeiten halten. Sie sollten am tatsächlichen Bedarf orientiert sein.

Die Kommunale Gesundheitskonferenz ist das Gremium im Landkreis Reutlingen, das diese regionalen Lösungen erarbeitet, abstimmt und umsetzt.

Dazu wird die gesundheitliche Lage der Bevölkerung des Landkreises Reutlingen beobachtet und analysiert. Auf der Grundlage der Analyseergebnisse werden themenspezifische Maßnahmen bzw. Handlungsempfehlungen erarbeitet und umgesetzt.

operativ

- Überblick über die gesundheitliche Situation durch Bestandserhebung und Bedarfsanalyse (Monitoring), Erkennen von Ressourcen und Defiziten, Erarbeitung, Empfehlung und Durchführung geeigneter Maßnahmen
- Erarbeitung eines kommunalen Gesundheitsplanes
- Durchführen von Kommunalen Gesundheitskonferenzen; Begleitung der Umsetzung der Beschlüsse der KGK (Handlungsempfehlungen Gesunde Gemeinde)



- Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der KGK (Internet-Auftritt KGK, Präsentation der Ergebnisse/Entscheidungen der KGK in öffentlichen Veranstaltungen)
- Aufbau von Arbeitsgruppen in den verschiedenen Themenbereichen und Produkten der KGK
- Stärkung von Gesundheitsförderung, Prävention und gesundheitlicher Versorgung im Landkreis
- Vernetzung im kommunalen Gesundheitsbereich
- Erarbeitung der Struktur einer Öffentlichkeitsarbeit
 - Öffentlichkeitsarbeit über die Arbeit der KGK
 - Öffentlichkeitsarbeit zu den erarbeiteten Themen (z.B. Medienkampagnen)
 - Planung und Durchführung von Informationsveranstaltungen
 - Erstellung von landkreisbezogenen Informationen (Wegweiser)
- Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) im Landkreis Reutlingen: Auftrag des Sozialministeriums zur Umsetzung eines BGM in kleineren und mittleren Unternehmen (Erarbeitung eines Konzeptes, Antragstellung, Drittmittelinwerbung, Einrichtung eines Dialogs „Arbeit und Gesundheit im Landkreis Reutlingen“, Entwicklung und Durchführung einer Multiplikatorenschulung, Berichte an das Sozialministerium, Öffentlichkeitsarbeit)
- Inhouseschulung KINDI in Bewegung (Übertragung des Konstanzer Modells in den Landkreis Reutlingen, Modellphase in drei Kindergärten des Landkreises, Bewertung der Ergebnisse)
- Erarbeitung des Rahmens für einen Fachplan Gesundheit
- Erarbeitung von Finanzierungsmöglichkeiten der KGK

Maßnahmen 2015

Vorbereitung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 2015. Dort wird der neue Arbeitsplan erstellt.

Auftragsgrundlagen

Öffentliches Gesundheitsdienstgesetz (ÖGDG), Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg, Zukunftsplan Gesundheit des Sozialministeriums, Bericht der Projektgruppe Kommunale Gesundheitskonferenzen, fachliche Empfehlungen des Landesgesundheitsamtes



THH6 **Gesundheit**
41 **Gesundheitsdienste**
41.40 **Maßnahmen der Gesundheitspflege**
41.40.50 **Gesundheitsberichterstattung, -planung**

Ifd. Nr.		Schlüsselprodukt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	40.650	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	41.650	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-435.418	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-65.757	0	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-8.416	0	0
16	-	Transferaufwendungen	-313.500	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.349	0	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-837.440	0	0
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-795.790	0	0
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-795.790	0	0
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-276.664	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.121	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-277.785	0	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.073.574	0	0

ERLÄUTERUNGEN

Die beiden Schlüsselprodukte 41.40.01 (Gesundheitsförderung/Prävention) und 41.40.02 (Gesundheitsberichterstattung) werden ab 2015 zu einem Schlüsselprodukt 41.40.50 (Gesundheitsberichterstattung, -planung) zusammengefasst.

zu Ifd. Nr. 16:

Zuschuss an psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle für Suchtkranke und Suchtgefährdete Reutlingen und Drogenberatungsstelle, inkl. des dezentralen Suchtberatungsangebotes auf der Alb.



Teilhaushalt 7

Räumliche Planung und Entwicklung

Bestehend aus den Produktgruppen

- 51.10 Verkehrs-, Regional-, Bauleitplanung
- 51.11 Vermessung
- 51.12 Flurneuordnung



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	400.500	525.500	548.426
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	10.000	93.423
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	8.032
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	401.500	536.500	649.881
11	-	Personalaufwendungen	-2.140.548	-2.006.741	-2.091.160
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-115.399	-124.028	-91.905
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-33.490	-32.262	-1
16	-	Transferaufwendungen	-450.000	-387.000	-450.304
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-182.404	-382.323	-350.106
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.921.840	-2.932.354	-2.983.476
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.520.340	-2.395.854	-2.333.595
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.520.340	-2.395.854	-2.333.595
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	16.435	5.913	13.416
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.060.949	-1.056.183	-2.471
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-3.377	-9.488	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.047.891	-1.059.759	10.945
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.568.231	-3.455.612	-2.322.651

Personalstellen in Vollzeitarbeitskräften	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 51	51,76	52,26	52,26



THH7

Räumliche Planung und Entwicklung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.000	-10.000	-29.764
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-10.000	-10.000	-29.764
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.000	-10.000	-29.764



THH7	Räumliche Planung und Entwicklung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
51.10	Verkehrs-,Regional-,Bauleitplanung

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Die Verkehrs-, Regional- und Bauleitplanung umfasst beim Landkreis Reutlingen folgende Bereiche:

- Aufwand aus der Regionalverbandsumlage
- Weiterentwicklung und Umsetzung von ÖPNV-Konzepten
- Beteiligung an fremden Planungen: Gesamt-Stellungnahmen des Landkreises aus der Sicht der vom Landkreis zu vertretenden staatlichen und kommunalen Belange, Stellungnahmen zu sonstigen Planungen

Ziele

strategisch

- Ausbau und Optimierung des ÖPNV im Landkreis Reutlingen, Sicherstellung der Mobilität, Integration und Verknüpfung der verschiedenen ÖPNV-Systeme
- Fristgerechte Abgabe inhaltlich richtiger und vollständiger Stellungnahmen als „Dienstleister“ für die planenden Gemeinden, Gemeindeverbände, Behörden etc.

operativ

- Optimierung der Zusammenarbeit mit allen in Planungsfragen betroffenen Ämtern und Geschäftsteilen im Landratsamt Reutlingen

Maßnahmen 2015

- Steuernde Begleitung der Regionalplanung bzgl. landkreisrelevanter Themen
- Planung von ÖPNV-Maßnahmen (z.B. Neuordnung südlicher Landkreis)

Auftragsgrundlagen

Landesplanungsgesetz, Haushaltssatzung und Haushaltsplan des Regionalverbands Neckar-Alb, Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV-Gesetz), Personenbeförderungsgesetz, Nahverkehrsplan, bauplanungsrechtliche Vorschriften, insb. Baugesetzbuch (BauGB), Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), Planzeichenverordnung, Landesbauordnung Baden-Württemberg, Landesplanungsgesetz, Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg, Regionalplan Neckar-Alb

Produkte

- 51.10.07 ÖPNV-Konzepte und Nahverkehrsplanung
- 51.10.50 Beteiligung an fremden Planungen einschließlich Projekt demographischer Wandel



THH7
51
51.10

Räumliche Planung und Entwicklung
Räumliche Planung und Entwicklung
Verkehrs-,Regional-,Bauleitplanung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	10.000	72.472
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	10.000	72.472
11	-	Personalaufwendungen	-209.099	-201.013	-195.950
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.480	-2.733	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-78	-84	0
16	-	Transferaufwendungen	-450.000	-387.000	-450.304
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-50.960	-190.966	-161.140
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-712.617	-781.797	-807.394
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-712.617	-771.797	-734.923
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-712.617	-771.797	-734.923
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-32.800	-34.708	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-36	-88	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-32.836	-34.796	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-745.452	-806.593	-734.923

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 6: Erstattung für Kosten Regionalstadtbahn durch Partner	0	10.000
zu Ifd. Nr. 16: Umlage Regionalverband nach § 34 Abs. 2 LPLG Anteil der Landkreise 2015:	450.000	387.000
Reutlingen	40,38 %	(2014: 42,03 %)
Tübingen	33,94 %	(2014: 31,90 %)
Zollernalbkreis	25,68 %	(2014: 26,07 %)
zu Ifd. Nr. 17: Regionalstadtbahn, ÖPNV-Konzepte Ab 2015 werden die Kosten für die Regionalstadtbahn im Finanzhaushalt dargestellt.	40.000	180.000



THH7	Räumliche Planung und Entwicklung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
51.11	Vermessung

Verantwortung

Kreisamt für Landentwicklung und Vermessung (Fachbereich Vermessung)

Kurzbeschreibung

Die Produktgruppe „Flächen- und grundstücksbezogene Daten und Grundlagen“ beinhaltet beim Landratsamt Reutlingen folgende Bereiche:

- Führung und Bereitstellung des Liegenschaftskatasters
- Vermessungstechnische Ingenieurleistungen, insb. topographische Aufnahmen, Bebauungsplangrundlagenkarten, Lagepläne zum Baugesuch, Absteckung von Bauvorhaben, Koordinatenermittlung, Entfernungsbescheinigungen, vermessungstechnische Leistungen zum Aufbau von geografisch-geometrischen Datenbasen für raumbezogene Informationssysteme
- Liegenschaftsvermessung: Durchführung von Katastervermessungen (mit Einschränkungen § 8 VermG) und Grenzfeststellungen einschließlich Gebäudeeinmessungen, Einmessungen von sonstigen topographischen Gegenständen
- Durchführung von Umlegungen und vereinfachten Umlegungen nach §§ 45-84 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Verfahren nach dem besonderen Städtebaurecht

Ziele

strategisch

- Sicherung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden
- Beschaffung und zeitnahe Bereitstellung aktueller und bedarfsgerechter Basisinformationen für Raumordnung, Umwelt, Grundstücksverkehr und Wirtschaftsförderung
- Schaffung von Planungsgrundlagen für Bauprojekte

operativ

- Termin- und fachgerechte Erfassung von Grundlagen und Daten
- Rasche Abwicklung von Grundstücksvermessungen
- Vermessungsarbeiten zur Einführung des globalen Koordinatensystems ETRS 89/UTM-Koordinaten

Maßnahmen 2015

- Nachmigrationsarbeiten im Fachverfahren Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS)
- Übernahme der Katasterberichtigungsunterlagen im Flurneuordnungsverfahren Sonnenbühl-Genkingen, St. Johann-Würtingen/Ohnastetten und Zwiefalten-Gauingen/Hochberg
- Vermessungen zur Umstellung auf ETRS89/UTM in 22 Gemarkungen

Auftragsgrundlagen

Vermessungsgesetz für Baden-Württemberg (VermG) vom 01. Juli 2004 (GBl. S. 469, 509), zuletzt geändert am 30. November 2010 (GBl. S. 989)

Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert am 12. April 2011 (BGBl. I S. 619)



Produkte

- 51.11.01 Führung und Bereitstellung des Liegenschaftskatasters
- 51.11.04 Liegenschaftsvermessung



THH7 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51.11 **Vermessung**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	400.000	525.000	548.426
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	20.952
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.000	1.000	8.032
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	401.000	526.000	577.409
11	-	Personalaufwendungen	-1.344.452	-1.222.983	-1.386.770
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-80.181	-83.064	-89.169
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-21.980	-20.645	-1
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-10.320	-32.764	-37.082
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.456.933	-1.359.455	-1.513.022
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.055.933	-833.455	-935.613
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.055.933	-833.455	-935.613
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	352.117	328.939	13.416
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.014.334	-1.000.794	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.962	-6.031	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-664.179	-677.885	13.416
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.720.112	-1.511.340	-922.197

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Gebühren Liegenschaftsvermessungen	150.000	225.000
Gebühren Fortführung Liegenschaftskataster	<u>250.000</u>	<u>300.000</u>
Summe	400.000	525.000



THH7 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51.11 **Vermessung**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
751110000310: Bew. Verm. Vermessung fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-10.000	0	-10.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-10.000	0	-10.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-10.000	0	-10.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	-10.000	0

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 9:**

Kontinuierliche Erneuerung der Vermessungsinstrumente

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
751110000420: Bew. Verm. Vermess. Fahrz. BgA						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-29.764
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-29.764
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-29.764
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-29.764



THH7	Räumliche Planung und Entwicklung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
51.12	Flurneuordnung

Verantwortung

Kreisamt für Landentwicklung und Vermessung (Fachbereich Flurneuordnung)

Kurzbeschreibung

- Behördlich geleitete und finanziell geförderte Neugestaltung und Zusammenlegung von Eigentum an Grundstücken in ländlichen Gemeinden sowie von damit verbundenen Rechten
- Behördlich geleitete Verfahren zur schnellen Bereitstellung von Flächen für den Bau von Infrastruktureinrichtungen unter Vermeidung von Enteignung der Grundstückseigentümer

Ziele

strategisch

- Nachhaltige Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft bzw. für die Grundstückseigentümer durch Optimierung der Grundstücksnutzung
- Förderung der regionalen und gemeindlichen Entwicklung durch Flächenbereitstellung und Unterstützung gemeindeübergreifender Projekte
- Erhalt der Kulturlandschaft und Erhöhung des Erholungswertes
- Lösung von Nutzungskonflikten zwischen Landwirtschaft und Naturschutz
- Nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Unterstützung der raschen Verwirklichung des Neubaus von Infrastrukturmaßnahmen
- Minimierung von Nachteilen für Landwirte und Landschaft, die durch diese Großbaumaßnahmen entstehen

Maßnahmen 2015

- Wegebaumaßnahmen im Verfahren Engstingen – Großengstingen/Kleingstingen
- Vorläufige Besitzeinweisung im Verfahren Trochtelfingen – Hausen (Waldlage)
- Wertermittlung im Verfahren Pfronstetten-Aichstetten/Tigerfeld
- Schlussfeststellung im Verfahren St. Johann – Würtingen/Ohnastetten und Sonnenbühl – Genkingen

Auftragsgrundlagen

Flurbereinigungsgesetz in der Fassung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794)

Produkte

- 51.12.01 Flurneuordnung für Gemeindeentwicklung, Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz
- 51.12.02 Flurneuordnung zur Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen



THH7 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51 **Räumliche Planung und Entwicklung**
51.12 **Flurneuordnung**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	500	500	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	500	500	0
11	-	Personalaufwendungen	-586.996	-582.745	-508.440
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-32.739	-38.231	-2.736
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-11.432	-11.533	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-121.124	-158.593	-151.883
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-752.291	-791.102	-663.060
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-751.791	-790.602	-663.060
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-751.791	-790.602	-663.060
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	306	392	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-349.804	-344.100	-2.471
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.378	-3.369	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-350.876	-347.077	-2.471
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.102.667	-1.137.679	-665.531





Teilhaushalt 8

Bauen und Wohnen

Bestehend aus den Produktgruppen

- 52.10 Bauordnung
- 52.20 Wohnraumförderung und Wohnungsversorgung
- 52.30 Denkmalschutz und Denkmalpflege



THH8

Bauen und Wohnen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	839.011	925.009	930.615
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.000	8.000	8.081
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	847.011	933.009	938.696
11	-	Personalaufwendungen	-820.200	-790.399	-740.245
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-18.833	-19.962	-33.030
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-714	-773	-30
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.467	-26.365	-44.270
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-867.214	-837.500	-817.575
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-20.204	95.509	121.120
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-20.204	95.509	121.120
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	240.665	203.500	12.577
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-784.742	-733.870	-337.467
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-139	-336	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-544.217	-530.706	-324.890
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-564.420	-435.197	-203.770

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 52	12,95	12,95	11,95



THH8	Bauen und Wohnen
52	Bauen und Wohnen
52.10	Bauordnung

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Baurechtliche Verfahren einschließlich Beratung
- Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Baurecht
- Aufsicht über die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger, Bestellung von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger, Geltendmachung von Schornsteinfegergebühren für hoheitliche Tätigkeiten sowie Verfolgung der vom bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger festgestellten Beanstandungen einschließlich OWi-Verfahren
- Vollzug des Erneuerbare-Wärme-Gesetz Baden-Württemberg (EWärmeG), des Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz (EEWärmeG) und der Energieeinsparverordnung (EnEV 09) sowie die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (OWI-Verfahren).

Ziele

strategisch

- Wahrung der bauordnungs- und bauplanungsrechtlichen Bestimmungen
- Steigerung der Akzeptanz beim Bürger
- Umsetzung der fachlichen Standards entsprechend dem Stand der Technik
- Kostendeckung
- Energieeinsparung

operativ

Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Maßnahmen 2015

Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des eea-Projekts

Auftragsgrundlagen

Gesetze des Baurechts, Schornsteinfegerhandwerksgesetz, Gesetz über die Zuständigkeiten nach dem Schornsteinfegerhandwerksgesetz, Kehr- und Überprüfungsordnung, EWärmeG, EEWärmeG, EnEV

Produkte

- 52.10.09 Bauordnungsbehördliche Maßnahmen
- 52.10.50 Baurechtliche Verfahren einschließlich Beratung
- 52.10.51 Schornsteinfegerwesen, EWärmeGesetz, EEWärmeGesetz und EnEV



THH8 **Bauen und Wohnen**
52 **Bauen und Wohnen**
52.10 **Bauordnung**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	839.011	925.009	930.615
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.000	8.000	8.081
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	847.011	933.009	938.696
11	-	Personalaufwendungen	-752.400	-725.295	-677.233
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-17.778	-18.856	-33.030
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-681	-737	-30
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.060	-25.969	-44.270
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-797.918	-770.856	-754.563
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	49.093	162.153	184.132
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	49.093	162.153	184.132
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	252.115	214.494	12.577
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-783.342	-732.673	-337.467
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-131	-320	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-531.357	-518.499	-324.890
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-482.264	-356.346	-140.758

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Gebühren aus baurechtlichen Verfahren einschließlich Schornsteinfegerwesen	802.000	890.000



THH8	Bauen und Wohnen
52	Bauen und Wohnen
52.20	Wohnraumförderung u. Wohnungsversorgung

Verantwortung

Kreisbauamt

Kurzbeschreibung

Beratung bau- und kaufwilliger Interessenten nach dem Landeswohnungsbauprogramm und Ermittlung der Belastungs- und Einkommensgrenzen für die Gewährung zinsbegünstigter Darlehen.

Ziele

strategisch

Umsetzung des jährlich veröffentlichten Landeswohnraumförderungsprogramms

operativ

Beratung

Auftragsgrundlagen

Landeswohnraumförderungsgesetz, Verwaltungsvorschrift zum Landeswohnraumförderungsgesetz, Landeswohnraumförderungsprogramm



THH8 Bauen und Wohnen
52 Bauen und Wohnen
52.20 Wohnraumförderung u. Wohnungsversorgung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-54.521	-52.173	-50.544
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-849	-887	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-27	-29	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-327	-318	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-55.724	-53.407	-50.544
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-55.724	-53.407	-50.544
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-55.724	-53.407	-50.544
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-10.334	-9.770	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-7	-13	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-10.341	-9.783	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-66.065	-63.189	-50.544



THH8	Bauen und Wohnen
52	Bauen und Wohnen
52.30	Denkmalschutz und Denkmalpflege

Verantwortung

Kreisbauamt

Kurzbeschreibung

Durchführung denkmalschutzrechtlicher Verfahren und steuerrechtlicher Verfahren im Zusammenhang mit den Erhaltungsaufwendungen bei Baudenkmalen (§§ 7 i, 10 f und 11 b Einkommensteuergesetz (EStG))

Auflistung der Verfahren:

- Denkmalschutzrechtliche Genehmigung
- Denkmalschutzrechtliche Zustimmung im Rahmen der Behandlung der Baugesuche
- Listenführung – Eintrag in das Denkmalsbuch
- Belegprüfung für die Erstellung der Steuerbescheinigung nach §§ 7 i, 10 f und 11 b EStG
- Erstellung der Steuerbescheinigung mit Gebührenbescheid

Ziele

strategisch

Schutz der Denkmale und deren Umgebung

Auftragsgrundlagen

Denkmalschutzgesetz, Denkmallisten/Denkmalsbuch, Einkommensteuergesetz



THH8
52
52.30

Bauen und Wohnen
Bauen und Wohnen
Denkmalschutz und Denkmalpflege

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-13.279	-12.931	-12.469
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-207	-220	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-7	-7	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-80	-79	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-13.572	-13.237	-12.469
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-13.572	-13.237	-12.469
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-13.572	-13.237	-12.469
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.517	-2.421	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2	-3	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-2.518	-2.424	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-16.091	-15.661	-12.469



Teilhaushalt 9 Abfallwirtschaft

Bestehend aus den Produktgruppen

- 53.70 Abfallwirtschaft



THH9

Abfallwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	8.887.609	8.600.925	7.724.287
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	889.152	895.052	939.332
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	419.496	425.168	435.910
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	97	0	116
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	10.196.354	9.921.145	9.099.645
11	-	Personalaufwendungen	-549.305	-525.458	-496.776
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-447.486	-342.631	-296.361
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-141.800	-141.800	-440
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.829.140	-8.689.411	-7.738.753
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-9.967.731	-9.699.300	-8.532.331
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	228.622	221.845	567.314
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	228.622	221.845	567.314
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	343.419	340.798	358.680
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-548.941	-522.527	-335.412
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-35.100	-41.450	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-240.622	-223.178	23.268
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-12.000	-1.334	590.582

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 53	11,56	10,56	10,56



THH9

Abfallwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-425.000	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-425.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-425.000	0	0



THH9	Abfallwirtschaft
53	Abfallwirtschaft
53.70	Abfallwirtschaft

Verantwortung

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung, Geschäftssteilung Abfallwirtschaft

Kurzbeschreibung

Regelmäßige Sammlung und Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen (siehe Produkte unten), Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

strategisch

Sicherstellung einer ordnungsgemäßen, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Abfallentsorgung, Förderung der Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Restabfall

operativ

Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises Reutlingen im Hinblick auf die Abfallverwertung, Umsetzung von Unterhaltungsmaßnahmen am Komposthof

Maßnahmen 2015

- Untersuchung von Möglichkeiten zur Kooperation mit Städten und/oder benachbarten Landkreisen i.S. Energie aus Bioabfall (Bioabfallvergärung)
- Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises Reutlingen im Hinblick auf
 - die Einführung der Pflichtbiotonne mit engen Befreiungsmöglichkeiten
 - die künftige Abrechnung nach Entleerungshäufigkeit
 - eine attraktive Ausgestaltung des Gebührentarifs
 - die Bedarfsabfrage bei den Bürgern über Behälterarten und -größen, die durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu flankieren ist
 - den Austausch des kompletten Behälter-/Chip-Bestandes bei Restmüll- und Bioabfallbehältern
 - die Einrichtung dezentraler Wertstoffhöfe
- Weiterentwicklung der Erfassung und Verwertung von Grüngut
- Unterhaltungsmaßnahmen am Komposthof Pfullingen

Auftragsgrundlagen

Kreislaufwirtschaftsgesetz, Landesabfallgesetz, Abfallwirtschaftskonzept und -satzung des Landkreises Reutlingen, Dienstleistungsverträge auf Basis von Kreistagsbeschlüssen

Produkte

- 53.70.01 Bioabfall
- 53.70.02 Grüngut
- 53.70.03 Altpapier (PPK)
- 53.70.04 Holz, Schrott
- 53.70.05 Haus- und Gewerbemüll
- 53.70.07 Sperrmüll



- 53.70.08 Problemstoffe
- 53.70.09 Erdentsorgung



THH9 **Abfallwirtschaft**
53 **Abfallwirtschaft**
53.70 **Abfallwirtschaft**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	8.887.609	8.600.925	7.724.287
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	889.152	895.052	939.332
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	419.496	425.168	435.910
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	97	0	116
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	10.196.354	9.921.145	9.099.645
11	-	Personalaufwendungen	-549.305	-525.458	-496.776
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-447.486	-342.631	-296.361
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-141.800	-141.800	-440
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-8.829.140	-8.689.411	-7.738.753
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-9.967.731	-9.699.300	-8.532.331
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	228.622	221.845	567.314
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	228.622	221.845	567.314
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	343.419	340.798	358.680
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-548.941	-522.527	-335.412
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-35.100	-41.450	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-240.622	-223.178	23.268
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-12.000	-1.334	590.582

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 4:

Abfallgebühren (8.022.600 EUR), Abgabe für Bioabfallanlieferungen am Komposthof Pfullingen (321.897 EUR) und Inanspruchnahme der Gebührenrückstellung (543.015 EUR).

zu Ifd. Nr. 5:

Erlöse für die Verwertung von Papier/Pappe/Kartonagen (873.000 EUR), Schrott (7.000 EUR) und Elektroaltgeräte (7.500 EUR).

zu Ifd. Nr. 6:

Erstattungen der Dualen Systeme für die Mitbenutzung der Papiertonnen (14.000 EUR) und für Abfallberatung und Containerstandplätze (342.000 EUR). Von der Erstattung für Abfallberatung und Containerstandplätze werden 309.300 EUR an die Städte und Gemeinden des Landkreises weitergeleitet (siehe Ifd. Nr. 17). Ausgleich Transportkosten mit den Städten Metzingen, Pfullingen und Reutlingen (73.500 EUR).

zu Ifd. Nr. 13:

Aufwendungen für den Komposthof (Unterhaltung, Nachsorgerückstellung, Pacht, Steuern und Versicherungen, insg. 154.400 EUR) sowie für EDV und Fortbildung (184.880 EUR) und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2016 (111.000 EUR).

zu Ifd. Nr. 14:

Aus Übernahme des Komposthofes zum 01.01.2006.

zu Ifd. Nr. 17:

Aufwendungen für Abfuhr von Restmüll/Sperrmüll/Bioabfall (2.078.100 EUR) und Papier/Pappe/Kartonagen (642.000 EUR), Erfassung und Verwertung von Grüngut (1.582.000 EUR), Problemstoffmobil (67.000 EUR), Abfallentsorgung durch Zweckverband (3.570.000 EUR), Betreibervergütung und Wiegekosten Komposthof (257.000 EUR), Altholzverwertung (10.200 EUR), Geschäftsaufwendungen und Beratungsleistungen (225.000 EUR), Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes 2016 (95.000 EUR), Weiterleitung und Erstattung der Dualen Systeme für Abfallberatung und Containerstandplätze an Städte und Gemeinden des Landkreises (309.300 EUR, siehe Ifd. Nr. 6).



zu lfd. Nr. 24 und 27:

Interne Leistungsverrechnung.

zu lfd. Nr. 28:

Verzinsung des Anlagekapitals nach Übernahme des Komposthofs zum 01.01.2006.

zu lfd. Nr. 31:

Aufwand (im Wesentlichen Personalaufwendungen) für Erdentsorgung. Dieser Betrag kann aus gebührenrechtlichen Gründen nicht in die Kalkulation der Abfallgebühren eingestellt werden.



THH9 **Abfallwirtschaft**
53 **Abfallwirtschaft**
53.70 **Abfallwirtschaft**

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75370000610: Wertstoffhöfe						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-425.000	-25.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-425.000	-25.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-425.000	-25.000	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-425.000	-25.000	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

Planung, Genehmigung und Bau von Wertstoffhöfen (KT-Drucksache Nr. VIII-0427). Enthalten ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 25.000 EUR, die im Jahr 2016 zahlungswirksam wird.



Teilhaushalt 10 Verkehr und ÖPNV

Bestehend aus den Produktgruppen

- 54.20 Kreisstraßen
- 54.30 Landesstraßen
- 54.40 Bundesstraßen
- 54.70 Verkehrsbetriebe/ÖPNV



THH10

Verkehr und ÖPNV

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3.806.400	3.785.900	2.854.131
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	28.600	23.300	29.418
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	205.000	210.000	354.868
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.887.050	3.681.350	3.583.537
8	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	10.000	0	51.302
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	4.000	2.876
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	7.941.050	7.704.550	6.876.133
11	-	Personalaufwendungen	-4.222.063	-4.044.222	-4.138.005
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.542.559	-3.140.405	-3.498.802
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.499.000	-2.383.350	0
16	-	Transferaufwendungen	-1.032.250	-979.850	-928.103
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-429.153	-427.359	-537.478
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-11.725.026	-10.975.187	-9.102.387
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-3.783.976	-3.270.637	-2.226.255
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-3.783.976	-3.270.637	-2.226.255
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.881.676	1.838.794	115.679
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-2.564.603	-2.489.965	-115.009
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.010.543	-664.032	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.693.470	-1.315.203	670
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-5.477.446	-4.585.840	-2.225.584

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR	vorl. RE 2013 EUR
zu Ifd. Nr. 6:			
Gemeinschaftsaufwand			
Kostenersatz Bund	1.610.000	1.500.000	1.337.753
Kostenersatz Land	1.670.000	1.520.000	1.519.403

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 54	81,30	83,30	83,30



THH10

Verkehr und ÖPNV

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	475.000	640.000	271.534
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	21.000	15.500	80.295
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	496.000	655.500	351.829
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	-14.176
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.030.000	-2.590.000	-1.087.937
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-465.000	-600.000	-371.131
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-30.000	-34.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.525.000	-3.224.000	-1.473.244
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.029.000	-2.568.500	-1.121.415



THH10 **Verkehr und ÖPNV**
54 **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**
54.20 **Kreisstraßen**

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

- Planung, Bau (inkl. Kosten für Grund und Boden), Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb öffentlicher Kreisstraßen, Radwege, Plätze und Brunnen (inkl. Straßenmarkierung, Straßenentwässerung)
- Bereitstellung, Betrieb und Unterhaltung der Verkehrsausstattung öffentlicher Verkehrsflächen wie: Straßenbeleuchtung, Signalanlagen, Verkehrszeichen, Verkehrslenk-, Verkehrsleit- und Schutzeinrichtungen (ohne Ausstattung Parkierungseinrichtungen)

Ziele

strategisch

- Schaffung und Erhaltung von Verkehrsinfrastruktur, Aufrechterhaltung von Verkehrssicherheit
- Steuerung der unterschiedlichen Verkehrsströme unter Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

operativ

- Ständige Überwachung, Kontrolle und Instandsetzung der Straßenflächen sowie der Verkehrseinrichtungen
- Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit auch im Winter bei widrigen Witterungsverhältnissen

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.20.01 Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen und Radwegen (Gemeinschaftsaufwand)
- 54.20.07 Kreisstraßen Straßenreinigung
- 54.20.08 Kreisstraßen Winterdienst
- 54.20.50 Unterhaltung von Kreisstraßen und Radwegen (Direktaufwand)
- 54.20.51 Bereitstellung (Bau) von Kreisstraßen und Radwegen



THH10
54
54.20

Verkehr und ÖPNV
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Kreisstraßen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	3.371.400	3.349.900	2.418.350
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	28.600	23.300	29.418
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	55.000	60.000	74.821
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	182.000	238.000	295.057
8	+	Aktiviere Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	10.000	0	51.302
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	4.000	4.000	2.876
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.651.000	3.675.200	2.871.824
11	-	Personalaufwendungen	-1.664.699	-1.721.800	-1.702.345
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.176.640	-2.773.655	-2.958.315
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.496.450	-2.382.000	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-403.950	-404.190	-503.344
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-7.741.739	-7.281.645	-5.164.004
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.090.739	-3.606.445	-2.292.180
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.090.739	-3.606.445	-2.292.180
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	1.630.400	1.594.400	115.679
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-919.546	-864.545	-95.294
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.009.050	-663.800	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-298.196	66.055	20.385
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-4.388.935	-3.540.390	-2.271.794

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 2:

Zuweisungen nach § 25 FAG - Kilometerbeiträge für Kreisstraßen

	Straßenlänge Kilometer	Haushaltsplan-Entwurf 2015		Haushaltsplan 2014	
		Zuweisung je Kilometer EUR	Zuweisungen insgesamt EUR	Zuweisung je Kilometer EUR	Zuweisungen insgesamt EUR
Kreisstraßen - 1. Km -	173,4	7.600	1.317.840	7.600	1.317.840
Ortsdurchfahrten - 2. Km -	37,9	9.500	360.050	9.500	360.050
Abgestufte Landesstraßen	57,4	12.900	740.460	12.900	740.460
Gesamtzweisungen nach § 25 FAG			2.418.350		2.418.350

Die Laufenden Zuweisungen nach § 25 FAG sind zweckgebunden zu verwenden (§ 24 Abs. 6 FAG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 GemHVO).



zu lfd. Nr. 13:

Unterhaltung von Kreisstraßen	70.000 EUR	
Markierung, Verkehrszeichen, Signalanlagen	100.000 EUR	
Erneuerung von 5 Steuergeräten an LSA	30.000 EUR	
Brückensanierung, Brückenuntersuchung,		
Bauwerksanierung, Stützmauersanierung	40.000 EUR	
Ertüchtigung der Geländer an Brücken mit Radwegen	10.000 EUR	
Geländer Weiler	40.000 EUR	
K 6769 Hundersingen Erneuerung Steinschlagschutzzaun	70.000 EUR	
Felssicherungen Hundersinger Steige + OD Hundersingen	30.000 EUR	
Felssicherungen K 6769 OD Gundelfingen	65.000 EUR	
Felssicherungen K 6769 OD Indelhausen	30.000 EUR	
Summe	485.000 EUR	485.000 EUR

Belagsmaßnahmen:	K 6759 K.Gr. - Grabenstetten LB = 2001 L = 3.101 m B = 6,50 m Note 5	400.000 EUR
	K 6769 OD Münsingen - Abzw. K 6754 LB = 1989 L = 3.507 m B = 6,10 m Note 5	400.000 EUR
	K 6721 Kr.Gr. - Altenburg LB = 1993 L = 422 m B = 6,29 m Note 5	70.000 EUR

Gesamtsumme für Beläge und Deckenverstärkungen einschl. Kosten für Markierung und Sockelleitpfosten	870.000 EUR	870.000 EUR
--	-------------	-------------

Gesamt : 1.355.000 EUR

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Unterhaltung Kreisstraßen (s.o.)	1.355.000	945.000
Sonstige Unterhaltungsmaßnahmen (Gemeinschaftsaufwand, Kreisstraßen Schäden)	250.000	250.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	20.300	30.300
Mieten und Pachten	155.000	150.000
Leasing für EDV-Ausstattung	12.760	12.985
Bewirtschaftung	110.000	105.500
Haltung von Fahrzeugen	461.000	462.000
Aufwendungen für Beschäftigte	40.200	45.200
EDV-Fallpreise und Gebühren	20.380	20.670
Aufwand für Betriebsstoffe	2.000	2.000
Streugut Winterdienst	750.000	750.000
Summe	3.176.640	2.773.655



THH10 **Verkehr und ÖPNV**
54 **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**
54.20 **Kreisstraßen**

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542000.0001: Abwicklung nach Vermessung						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	10.255
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	10.255
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	10.255
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	10.255

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542000.0102.001: Neubau Straßenmeisterei Münsingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-100.000	-4.820.000	-700.000	-36.197
13	=	Summe Auszahlungen	-100.000	-4.820.000	-700.000	-36.197
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-100.000	-4.820.000	-700.000	-36.197
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-100.000	-4.820.000	-700.000	-36.197

ERLÄUTERUNGEN**zu Ifd. Nr. 8:**

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4.820.000 EUR wird im Jahr 2016 mit 4.420.000 EUR und im Jahr 2017 mit 400.000 EUR zahlungswirksam.

KT-Drucksachen Nr. VIII-0598 und VIII-0718

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542008.6704: K 6704 Römerstein - L252 - B465						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-14.176
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-2.033
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-16.209
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-16.209
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-16.209



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6709: K 6709 Ausbau Bleichstetten-Upfingen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	31.500
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	31.500
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-308.902
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-308.902
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-277.402
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-6.456
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-283.858

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6714: K 6714 Brücke Metzingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-449.876
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-449.876
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-449.876
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-9.553
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-459.428

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6735.001: K 6735 Ausbau Marbach-Ödenwaldstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-652.000	-150.000	-810.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-652.000	-150.000	-810.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-652.000	-150.000	-810.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-652.000	-150.000	-810.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150.000 EUR wird im Jahr 2016 zahlungswirksam.
KT-Drucksachen Nr. VIII-0201, VIII-0343 bis VIII-0343/2, VIII-0475, VIII-0606 und VIII-0614



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542011.6735.002: K 6735 Brücke über d. Lauter bei Marbach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-170.000	0	-130.000	-10.875
13	=	Summe Auszahlungen	-170.000	0	-130.000	-10.875
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-170.000	0	-130.000	-10.875
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-170.000	0	-130.000	-10.875

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

KT-Drucksache Nr. VIII-0614

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542012.6712: K 6712 Querungshilfe Dettingen - Anteil						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-35.000
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-35.000
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-35.000
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-35.000

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542012.6735: K 6735 Bahnübergang Marbach						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	195.000	0	250.000	0
6	=	Summe Einzahlungen	195.000	0	250.000	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-32.000	0	-325.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-32.000	0	-325.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	163.000	0	-75.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	163.000	0	-75.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

KT-Drucksachen Nr. VIII-0343 bis VIII-0343/2, VIII-0475, VIII-0606 und VIII-0614



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542012.6736: K 6736 Trochelfingen - KV Steinhilben						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-179.767
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-179.767
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-179.767
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-26.068
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-205.834

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542012.6754: K 6754 Apfelstetten - B 465						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-325.000	-380.000	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-325.000	-380.000	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-325.000	-380.000	0	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-7.682
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-325.000	-380.000	0	-7.682

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 380.000 EUR wird im Jahr 2016 zahlungswirksam.

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6702: K 6702 OD Steingebrohn, Fahrbahnteiler						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-49.519
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-49.519
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-49.519
16	-	aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-1.544
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-51.063



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6708: K 6708 Hanner Steige						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-300.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-300.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-300.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-300.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6752: K 6752 Radweg Indelhausen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-45.418
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-45.418
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-45.418
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-45.418

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6764: K 6764/B 297 Querungshilfe bei Altenburg						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-21.890
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-21.890
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-21.890
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-21.890

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6764.002: K 6764/B27 Querungshilfe Walddorfhäslach						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-20.000	-40.000	0	-6.559
13	=	Summe Auszahlungen	-20.000	-40.000	0	-6.559
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-20.000	-40.000	0	-6.559
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-20.000	-40.000	0	-6.559



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 8:

Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40.000 EUR wird im Jahr 2016 zahlungswirksam.

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542013.6769: K 6769 Stützmauer Gundelfingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-110.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-110.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-110.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-110.000	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542014.6715: K 6715 Ausbau Mittelstadt-Bempflingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-30.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-30.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-30.000	0
16	-	aktivierte Eigenleistungen	-10.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-10.000	0	-30.000	0

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542014.6739: K 6739 OD Wilsingen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-350.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-350.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-350.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-350.000	0



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542014.6769: K 6769 Bahnübergang Münsingen						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	65.000	0	100.000	0
6	=	Summe Einzahlungen	65.000	0	100.000	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	-135.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-135.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	65.000	0	-35.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	65.000	0	-35.000	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6703: K 6703 OD Rietheim Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-16.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-16.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-16.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-16.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6708: K 6708 Radweg Eppenzill						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-15.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-15.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-15.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-15.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6709: K 6709 OD Bleichstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-120.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-120.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-120.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-120.000	0	0	0



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6736: K 6736 OD Oberstetten Kanalbeitrag						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-35.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-35.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-35.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-35.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6742: K 6742 OD Huldstetten						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-30.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-30.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-30.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-30.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6745: K 6745 Zwief.-Upflamör Amphibienschutzza						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-115.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-115.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-115.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-115.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6769: K 6769 Münsingen-Buttenhausen Geschw.tei						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-50.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-50.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-50.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-50.000	0	0	0



Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
7.542015.6770: K 6770 Münsingen-Buttenhausen Geschw.tei						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-50.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-50.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-50.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-50.000	0	0	0

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000300: Zuweisungen bewegliches Vermögen SM						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	215.000	0	215.000	211.853
6	=	Summe Einzahlungen	215.000	0	215.000	211.853
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	215.000	0	215.000	211.853
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	215.000	0	215.000	211.853

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000305: Verkaufserlöse bewegliches Vermögen SM						
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	21.000	0	15.500	75.463
6	=	Summe Einzahlungen	21.000	0	15.500	75.463
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	21.000	0	15.500	75.463
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	21.000	0	15.500	75.463

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000310: Bew. Verm. Kreisstraßen fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-450.000	0	-450.000	-330.526
13	=	Summe Auszahlungen	-450.000	0	-450.000	-330.526
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-450.000	0	-450.000	-330.526
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-450.000	0	-450.000	-330.526



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 9:

Straßenmeisterei Eningen

LKW mit Ladekran (18 t)	180.000 EUR
LKW-Streuer (4 m ³)	28.000 EUR
Vibrationsplatte (reversierbar)	6.000 EUR
Mähgerät (Mulcher/Einachser)	15.000 EUR
Transportanhänger (3,5t)	16.000 EUR
Vibrationswalze (0,8t/Tandem)	10.000 EUR

Straßenmeisterei Münsingen

Radlader mit Anbauwerkz. (4 t)	90.000 EUR
LKW (Mannschaftswagen 3,5t)	44.000 EUR
Wildkrautbesen (Anbau an Kehrmaschine)	8.000 EUR
Unimog-Streuer für RT-LK 1440	26.000 EUR
Kehrmaschine (Anbau an Jet Junior)	3.000 EUR
elektr. Aufbruchhammer (Tandemachser)	2.000 EUR
Vibrationswalze (0,6t/Tandem)	7.000 EUR
Mähgerät (Mulcher/Einachser)	15.000 EUR

Summe 450.000 EUR

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000320: Beschilderung Radwege						
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	75.000	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	75.000	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-15.000	0	-150.000	-8.458
13	=	Summe Auszahlungen	-15.000	0	-150.000	-8.458
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-15.000	0	-75.000	-8.458
16	-	aktivierte Eigenleistungen	-35.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-50.000	0	-75.000	-8.458

lfd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
754200000510: Soleerzeuger SM Eningen						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	-5.545
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-5.545
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-5.545
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-5.545



THH10 **Verkehr und ÖPNV**
54 **Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV**
54.30 **Landesstraßen**

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

- Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb öffentlicher Landesstraßen, Radwege, Plätze und Brunnen (inkl. Straßenmarkierung, Straßenentwässerung, Winterdienst).

Dieses Produkt enthält auch die folgenden Leistungen des Landkreises als Untere Verwaltungsbehörde für Landesstraßen in der Baulast des Landes:

1. Verkehrsgefährdende Schäden an befestigten Flächen beseitigen
 2. Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen
 3. Entwässerungsanlagen/-einrichtungen reinigen und instandhalten
 4. Erholungs- und Aufenthaltsflächen
- Betrieb und Unterhaltung der Verkehrsausstattung öffentlicher Verkehrsflächen wie: Straßenbeleuchtung, Signalanlagen, Verkehrszeichen, Verkehrslenk-, Verkehrsleit- und Schutzeinrichtungen (ohne Parkierungseinrichtungen)

Ziele

strategisch

Erhaltung von Verkehrsinfrastruktur, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

operativ

Ständige Überwachung, Kontrolle und Instandsetzung der Straßenflächen sowie der Verkehrseinrichtungen

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.30.01 Betrieb und Unterhaltung von Landesstraßen und Radwegen (Gemeinschaftsaufwand)
- 54.30.07 Landesstraßen Straßenreinigung
- 54.30.08 Landesstraßen Winterdienst
- 54.30.50 Unterhaltung von Landesstraßen und Radwegen (Direktaufwand)



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.30

Landesstraßen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	50.000	50.000	53.215
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.870.000	1.720.000	1.718.383
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.920.000	1.770.000	1.771.598
11	-	Personalaufwendungen	-1.131.396	-1.027.720	-1.069.025
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-360.000	-360.000	-312.375
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-12.000	-10.640	-11.118
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.503.396	-1.398.360	-1.392.518
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	416.604	371.640	379.080
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	416.604	371.640	379.080
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	40.300	40.300	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-781.402	-775.954	-14.261
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-741.102	-735.654	-14.261
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-324.498	-364.014	364.819

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr.5:

Schadensersatz

Ansatz 2015	Ansatz 2014
EUR	EUR

zu Ifd. Nr. 6:

Erstattungen vom Land - Gemeinschaftsaufwand
Erstattungen vom Land - Direktaufwand

1.670.000	1.520.000
200.000	200.000

zu Ifd. Nr. 13:

Unterhaltung der Landesstraßen



THH10	Verkehr und ÖPNV
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
54.40	Bundesstraßen

Verantwortung

Kreis-Straßenbauamt

Kurzbeschreibung

Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb öffentlicher Bundesstraßen, Radwege, Plätze und Brunnen (inkl. Straßenmarkierung, Straßenentwässerung, Winterdienst).

Diese Produktgruppe enthält auch die folgenden Leistungen des Landkreises als Untere Verwaltungsbehörde (UVB) für Bundesstraßen in der Baulast des Bundes:

1. Verkehrsgefährdende Schäden an befestigten Flächen beseitigen
2. Schäden an unbefestigten Flächen beseitigen
3. Entwässerungsanlagen/-einrichtungen reinigen und instandhalten
4. Erholungs- und Aufenthaltsflächen

Ziele

strategisch

Erhaltung von Verkehrsinfrastruktur, Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit

operativ

Ständige Überwachung, Kontrolle und Instandsetzung der Straßenflächen sowie der Verkehrseinrichtungen

Auftragsgrundlagen

Straßengesetz

Produkte

- 54.40.01 Unterhaltung von Bundesstraßen und Radwegen (Gemeinschaftsaufwand)
- 54.40.07 Bundesstraßen Straßenreinigung
- 54.40.08 Bundesstraßen Winterdienst



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.40

Bundesstraßen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	100.000	100.000	226.833
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.610.000	1.500.000	1.354.574
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.710.000	1.600.000	1.581.407
11	-	Personalaufwendungen	-1.292.997	-1.174.410	-1.221.718
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	-188.517
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-13.000	-12.320	-12.698
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.305.997	-1.186.730	-1.422.933
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	404.003	413.270	158.474
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	404.003	413.270	158.474
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	159.800	159.800	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-799.340	-794.081	-5.454
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-639.540	-634.281	-5.454
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-235.537	-221.011	153.020

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 5: Schadensersatz	100.000	100.000
zu Ifd. Nr. 6: Erstattungen vom Bund	1.610.000	1.500.000



THH10	Verkehr und ÖPNV
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
54.70	Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Verantwortung

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

Der Bereich ÖPNV umfasst die

- organisatorische, rechtliche und wirtschaftliche Umsetzung von ÖPNV-Planungen und von Maßnahmen zur Verbesserung vorhandener ÖPNV-Angebote
- Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen des Landkreises Reutlingen gegenüber dem Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (naldo)

Ziele

strategisch

- Schaffung, Erhaltung und Ausbau eines möglichst bedarfsgerechten, guten ÖPNV-Angebots im Landkreis Reutlingen
- Verbesserung des naldo-Geschäftsergebnisses durch tarifliche und verkehrliche Optimierungen des ÖPNV im Bereich von naldo und im Bereich verbundübergreifender Kooperationen

operativ

- Erhaltung, Ausbau, Fortentwicklung bestehender Angebote des Anmeldeanlagenverkehrs, im Rahmen des Freizeitverkehrs, im Schienenverkehr (Ermstalbahn und Schwäbische Alb-Bahn) sowie Weiterführung der Schnellbuslinie eXpresso
- Sicherstellung der naldo-Verbundfinanzierung

Maßnahmen 2015

- Neues Busangebot im Freizeitverkehr zwischen Reutlingen und Engstingen

Auftragsgrundlagen

ÖPNV-Gesetz, Personenbeförderungsgesetz, naldo-Verträge

Produkte

- 54.70.01.01 Umsetzung von ÖPNV-Maßnahmen
- 54.70.01.02 Verkehrsverbund naldo (Eigenaufwand und verbundbedingte Belastungen)



THH10
54
54.70

Verkehr und ÖPNV
Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	435.000	436.000	435.781
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	225.050	223.350	215.522
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	660.050	659.350	651.303
11	-	Personalaufwendungen	-132.971	-120.292	-144.917
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-5.919	-6.750	-39.595
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.550	-1.350	0
16	-	Transferaufwendungen	-1.032.250	-979.850	-928.103
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-203	-209	-10.317
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.173.894	-1.108.452	-1.122.932
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-513.844	-449.102	-471.629
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-513.844	-449.102	-471.629
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	51.176	44.294	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-64.315	-55.385	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.493	-232	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-14.632	-11.323	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-528.476	-460.425	-471.629

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 2:

Zuweisungen für öff. Personennahverkehr

zu Ifd. Nr. 16:

Umsetzung ÖPNV-Maßnahmen (ohne naldo)

Verkehrsverbund naldo

Summe

Ansatz 2015	Ansatz 2014
EUR	EUR

584.250	544.850
---------	---------

<u>448.000</u>	<u>435.000</u>
----------------	----------------

1.032.250	979.850
------------------	----------------



THH10

Verkehr und ÖPNV

54

Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

54.70

Verkehrsbetriebe/ÖPNV

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75470000510: Schwäbische Albahn						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-30.000	0	-34.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-30.000	0	-34.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-30.000	0	-34.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-30.000	0	-34.000	0





Teilhaushalt 11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft

Bestehend aus den Produktgruppen

- 55.20 Gewässerschutz/Öffentliche Gewässer/Wasserbauliche Anlagen
- 55.40 Naturschutz und Landschaftspflege
- 55.50 Forstwirtschaft
- 55.51 Landwirtschaft
- 55.60 Regionalentwicklung (alt)



THH11

Naturschutz, Land- und Landwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	914.300	900.800	913.800
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	147.000	153.000	141.172
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	2.908
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.405.500	1.445.500	1.466.386
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.500	3.300	26.600
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.470.600	2.502.900	2.550.866
11	-	Personalaufwendungen	-6.286.454	-5.850.948	-5.978.007
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-446.257	-432.875	-377.081
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-41.429	-39.208	-354
16	-	Transferaufwendungen	-147.000	-145.200	-145.508
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-491.637	-378.304	-411.969
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-7.412.777	-6.846.536	-6.912.918
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-4.942.177	-4.343.636	-4.362.052
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-4.942.177	-4.343.636	-4.362.052
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	308.757	276.296	193.328
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.925.457	-1.825.405	-12.527
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-4.008	-11.350	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-1.620.708	-1.560.458	180.801
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-6.562.885	-5.904.094	-4.181.251

ERLÄUTERUNGEN

Erträge und Aufwendungen für European Energy Award (eea) waren bis einschl. 2013 bei Produktgruppe 55.60 geplant, müssen künftig aber aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes bei 56.10 (Teilhaushalt 12) ausgewiesen werden.

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Verwaltungsgebühren	79.800	56.500
Bußgelder	4.500	4.300
Forstverwaltungskostenbeitrag	<u>830.000</u>	<u>840.000</u>
Summe	914.300	900.800
zu Ifd. Nr. 6:		
Erstattungen vom Land	1.251.500	1.298.500
Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	109.000	104.000
Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenbeitrag Privatwald, Gebühren für Waldbetreuung u.ä.)	<u>45.000</u>	<u>43.000</u>
Summe	1.405.500	1.445.500
zu Ifd. Nr. 13:		
Unterhaltung des bewegl. Vermögens	21.000	21.000
Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen	20.400	18.000
Leasing	67.000	67.000
Leasing für EDV-Ausstattung	54.810	50.085
Haltung von Fahrzeugen	85.000	85.000
Dienst- und Schutzkleidung	12.600	14.100



	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
Aus- und Fortbildung, Umschulung	7.700	8.200
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	3.400	3.500
Werbung, Öffentlichkeitsarbeit	2.300	2.300
EDV-Fallpreise und Gebühren	65.640	64.600
Lehr- und Unterrichtsmittel	29.000	29.000
Lebensmittel	46.000	46.500
Umgelegte Sach- und Dienstleistungen	<u>31.407</u>	<u>23.590</u>
Summe	446.257	432.875
zu lfd. Nr. 16:		
Zuweisungen, Zuschüsse:		
Kreismittel für das Biosphärengebiet	70.000	70.000
Zuschuss an KlimaschutzAgentur Landkreis Reutlingen gGmbH	45.000	45.000
Produktions-, betriebswirtschaftliche Beratung	<u>32.000</u>	<u>30.200</u>
Summe	147.000	145.200
zu lfd. Nr. 17:		
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	9.314	9.000
Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit	6.000	5.000
Rechts- und Beratungskosten	52.500	2.500
Mitgliedsbeiträge	101.750	46.740
Geschäftsaufwendungen	44.650	38.550
Bürobedarf	8.400	8.300
Fachliteratur	700	500
Dienstfahrten, Reisekosten	113.200	120.300
Versicherungen	300	300
Erstattungen für Personal an das Land	147.613	146.000
Erstattungen an sonst. öffentl. Sonderrechnungen	1.500	0
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	<u>5.710</u>	<u>1.114</u>
Summe	491.637	378.304

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 55	116,74	123,74	122,54



THH11

Naturschutz, Land- und Landwirtschaft

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-13.500	-14.000	-11.061
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-13.500	-14.000	-11.061
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-13.500	-14.000	-11.061



THH11 **Naturschutz, Land- und Landwirtschaft**
55 **Natur- und Landschaftspflege**
55.20 **Gewässerschutz/Öff.Gew./Wasserbaul.Anl.**

Verantwortung

Umweltschutzamt

Kurzbeschreibung

- Bearbeitung wasserrechtlicher Zulassungsanträge
- Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Beseitigung bereits eingetretener Schäden, Gewässer- und Anlagenüberwachung
- Ausweisung von Wasser- und Quellschutzgebieten
- Festsetzung hochwassergefährdeter Gebiete
- Festsetzungsbescheide für Abwasserabgabe und Wasserentnahmeentgelt
- Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange bei förmlichen und nichtförmlichen Verfahren
- Beurteilung von Förderanträgen
- Mitwirkung bei der Erstellung der Hochwassergefahrenkarten, Auslegung der Hochwassergefahrenkarten
- Identifikation und Durchführung von Maßnahmen nach EU-Wasserrahmenrichtlinie

Ziele

strategisch

- Erhalt der Gewässer und des Grundwassers als Existenzgrundlage des Menschen, als Bestandteil des Naturhaushalts und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere
- Verbesserung der Wasserqualität, des Hochwasserschutzes
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen zentralen und dezentralen Abwasserbeseitigung

operativ

Intensivierung der/des Hochwasservorsorge/Hochwasserschutzes im Rahmen der Umsetzung der Zielvereinbarungen des Landes Baden-Württemberg mit den Stadt- und Landkreisen

Auftragsgrundlagen

Vorgaben der Europäischen Union, Wasserhaushaltsgesetz, Wassergesetz Baden-Württemberg einschließlich untergesetzlichem Regelwerk, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, DIN-EN-Normen und Regelwerke der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.

Produkte

- 55.20.02 Wasserrechtliche Maßnahmen



THH11
55
55.20

Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
Natur- und Landschaftspflege
Gewässerschutz/Öff.Gew./Wasserbaul.Anl.

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	55.500	52.000	59.783
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	6.217
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	55.500	52.000	66.000
11	-	Personalaufwendungen	-594.831	-569.970	-558.031
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-30.780	-25.736	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-2.519	-2.039	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-83.699	-51.213	-73.654
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-711.829	-648.958	-631.685
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-656.329	-596.958	-565.685
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-656.329	-596.958	-565.685
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	54.700	55.700	55.739
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-227.654	-182.571	-12.527
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-197	-518	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-173.151	-127.389	43.212
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-829.480	-724.347	-522.473



THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55	Natur- und Landschaftspflege
55.40	Naturschutz und Landschaftspflege

Verantwortung

- Kreisbauamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)
- Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

- Vollzug des Natur- und Artenschutzrechts
- Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten
- Landschaftspflegemaßnahmen
- Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Naturschutzrecht
- Bereitstellung von Grün- und Parkanlagen an den Schulen und Verwaltungsgebäuden des Landkreises sowie Förderung öffentlicher und privater Grünflächen
- Erhalt und langfristige Sicherung der Streuobstwiesenbestände im Landkreis Reutlingen
- Gutachterliche Tätigkeiten im Grünbereich, u.a. bei Gehölzwertermittlungen oder Verkehrssicherungspflicht an Bäumen
- Projektmanagement fach- und ämterübergreifender Projekte im Rahmen des Prozesses einer nachhaltigen Regionalentwicklung im Landkreis Reutlingen

Ziele

strategisch

- Schutz, Sicherung, Pflege und Gestaltung von Natur und Landschaft
- Natur- und Biotopschutz, Erhalt und Förderung der Arten- und Biotopvielfalt, Erhaltung möglichst vielfältiger Strukturen durch Biotopvernetzung
- Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt im floristischen und faunistischen Bereich, Flächenerweiterung der geschützten Gebiete
- Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft Streuobstwiese durch die Förderung von Projekten und die Entwicklung neuer Konzepte
- Förderung einer ökonomisch, ökologisch sozial nachhaltigen Entwicklung des Landkreises Reutlingen

Auftragsgrundlagen

Bundesnaturschutzgesetz, Naturschutzgesetz Baden-Württemberg, Bundesartenschutzverordnung, Kormoranverordnung, Rabenvögelverordnung, FFH-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie, Baugesetzbuch, Landesbauordnung, Landschaftspflegerichtlinien, verschiedene EU-Verordnungen und Richtlinien, Gesetze des Naturschutzrechtes mit Bußgeldbewehrung, Kreistagsbeschluss, Verwaltungsentscheidung, PLENUM-Bewilligungsbescheid, Vorgaben Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Produkte

- 55.40.50 Naturschutz und Landschaftspflege
- 55.40.51 Förderungen nach den Landschaftspflegerichtlinien



- 55.40.52 Planungs-, Bau- und Unterhaltungsleistungen kreiseigener Grünflächen
- 55.40.53 Fachberatung im Bereich Obst- und Gartenbau
- 55.40.54 PLENUM
- 55.40.55 Begleitung nachhaltiger Projekte im Rahmen des Regionalentwicklungsprozesses



THH11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55 Natur- und Landschaftspflege
55.40 Naturschutz und Landschaftspflege

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	2.500	2.500	-855
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	2.000	3.000	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	599
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	4.500	5.500	-256
11	-	Personalaufwendungen	-605.351	-452.479	-244.608
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.058	-10.388	-746
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-196	-140	0
16	-	Transferaufwendungen	-115.000	-115.000	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-202.903	-91.672	-13.673
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-935.508	-669.678	-259.027
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-931.008	-664.178	-259.283
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-931.008	-664.178	-259.283
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	105.052	95.390	11.751
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-238.988	-192.834	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-47	-62	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-133.983	-97.505	11.751
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.064.991	-761.683	-247.532

ERLÄUTERUNGEN

Erträge und Aufwendungen der Regionalentwicklung waren bis einschl. 2013 bei Produktgruppe 55.60 geplant, müssen künftig aber aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes bei Produktgruppe 55.40 ausgewiesen werden.

zu Ifd. Nr. 4:

Gebühren für Schätzungen, Gutachten und Schnittlehrgänge

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
--	--------------------	--------------------

zu Ifd. Nr. 16:

Finanzierungsanteil Biosphärengebiet
Klimaschutzagentur

	70.000	70.000
	45.000	45.000

zu Ifd. Nr. 17:

Aufwendungen für sonstige Tätigkeit
Rechts- und Beratungskosten
Mitgliedsbeitrag LEADER
Mitgliedsbeitrag LEV
Mitgliedsbeitrag Streuobstverband
Sonstige Mitgliedsbeiträge
Geschäftsaufwendungen
Bürobedarf
Fachliteratur
Dienstfahrten, Reisekosten
Versicherungen
Umgelegte ordentliche Aufwendungen
Summe

	6.000	5.000
	50.000	0
	55.000	0
	38.000	38.000
	7.000	7.000
	1.200	1.200
	38.000	32.000
	1.500	1.500
	400	200
	7.000	11.700
	300	300
	- 1.497	- 5.228
Summe	202.903	91.672



THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55	Natur- und Landschaftspflege
55.50	Forstwirtschaft

Verantwortung

- Kreisforstamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

Beratung, Betreuung und Bewirtschaftung von staatlichen, kommunalen und privaten Forstbetrieben nach deren betrieblichen Zielsetzungen

- Dienstleistungen in forstlichen Fragestellungen
- Durchführung sowie Unterstützung von Forschungsvorhaben

Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

- Durchführung der Forstaufsicht und des Forstschutzes
- Fachaufsicht im Kommunal- und Privatwald
- Forstliche Fördermaßnahmen und forstliche Rahmenplanung
- Sonstige hoheitliche Tätigkeiten (z.B. forstliche Genehmigungen und Stellungnahmen, Wahrnehmung forstpolizeilicher Tätigkeiten oder als Hilfebeamte der Staatsanwaltschaft)
- Waldpädagogik

Durchführen von (i.d.R. mehrtägigen) waldpädagogischen Veranstaltungen zur vertiefenden Umweltbildung von Jugendlichen im Waldschulheim Indelhausen

- Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer bei den Aufenthalten
- Weiterentwicklung von waldpädagogischen Standards/Verfahren in Baden-Württemberg (im Rahmen der verfügbaren Ressourcen)

Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen das Landeswaldgesetz

Ziele

strategisch

- Schutz des Waldes
- Sicherung eines hohen Standards der Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten
- Umsetzung der gesetzlichen und waldbesitzerspezifischen Vorgaben bei der Waldbewirtschaftung unter wirtschaftlicher Ausnutzung vorhandener Kapazitäten
- Unterstützung von Waldbesitzern im strukturschwachen Raum (im Rahmen der Möglichkeiten)
- Sicherstellung der gesetzlichen Vorgaben und Fortentwicklung der Arbeitssicherheit im Forstbetrieb
- Förderung von Forschung und Lehre
- Sicherung öffentlicher Belange
- Sicherung des vom Land/Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR) vorgegebenen Bildungsauftrags über das Waldschulheim Indelhausen als überregionale Schwerpunkteinrichtung der Forstverwaltung in der Waldpädagogik
- Vertragspartner weiterhin beim Kreisforstamt halten
- Erzielung möglichst kostendeckender Einnahmen (wo Kostensätze nicht anderweitig vorgegeben)
- Gesetzeskonforme und gleichgerichtete Bearbeitung vergleichbarer Fälle

**operativ**

- Halten des Status Quo in der Betreuung, Vertragspartner beim Kreisforstamt halten
- Derzeitiges Bearbeitungsniveau bei öffentlich-rechtlichen Aufgaben halten, Kontaktaufnahme zu Antragsteller mindestens innerhalb 2 Wochen
- Zeitnahe Beseitigung baulicher Mängel am Waldschulheim-Gebäude durch Vermieter Amt für Vermögen und Bau Tübingen (VBA TÜ) veranlassen
- Bestehende hohe Auslastung des Waldschulheimes bei steigenden Anforderungen der Kunden und begrenzten Ressourcen halten
- Positionierung des Waldschulheimes als Infopunkt im Biosphärengebiet Schwäbische Alb
- Kundenzufriedenheit als Grundlage für eine nachhaltige Nachfrage nach Schullandaufenthalten beim Waldschulheim erhalten

Maßnahmen 2015

- Vom Gesetzgeber bzw. vom Waldbesitzer vorgegebener Dienstleistungsstandard im jeweiligen Forstbetrieb umsetzen (z.B. Zertifizierungsstandard bei der Waldbewirtschaftung, Gemeinderatsbeschlüsse zu den Zielen im jeweiligen Gemeindewald, Vorgaben des MLR bzw. von Forst Baden-Württemberg für die Staatswaldbewirtschaftung etc.)
- Rückmeldenoten der Schulen zum Waldschulheimprogramm sollen im Bereich von Note 2 liegen

Auftragsgrundlagen

Landeswaldgesetz, Körperschaftswald- und Privatwaldverordnung des Landes Baden-Württemberg, gültige Beförsterungs-, Wirtschaftsverwaltungs-, Waldinspektionsverträge (aufgrund o.g. Vorschriften), privatrechtliche Dienstleistungsverträge (Friedwald und sicherheitstechnische Betreuung, freiwillig), Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz, Naturschutzgesetz, Forstsaatgutgesetz, Landesjagdgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Landesbauordnung, Straßenverkehrsgesetz, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Polizeigesetz, Landes- und Kreisgebührenverordnung, u.a.m.

Produkte

- 55.50.04 Dienstleistung für Dritte
- 55.50.05 Wahrnehmung öffentlich-rechtlicher Aufgaben als untere Forstbehörde
- 55.50.06 Wahrnehmung sonstiger öffentlich-rechtlicher Aufgaben



THH11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55 Natur- und Landschaftspflege
55.50 Forstwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	833.800	843.800	851.772
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	145.000	150.000	134.755
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	1.200
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.405.500	1.445.500	1.347.605
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.500	3.300	26.600
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.387.800	2.442.600	2.361.931
11	-	Personalaufwendungen	-3.929.780	-3.738.423	-3.744.220
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-341.370	-337.050	-308.381
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-16.600	-14.950	-354
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-193.562	-193.800	-219.145
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-4.481.312	-4.284.223	-4.272.100
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.093.512	-1.841.623	-1.910.169
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.093.512	-1.841.623	-1.910.169
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	29.100	26.800	26.929
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-1.001.057	-1.003.931	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-2.550	-4.350	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-974.507	-981.481	26.929
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-3.068.020	-2.823.104	-1.883.239

ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr. 2:

Im Wesentlichen Forstverwaltungskostenbeiträge der Gemeinden.
 Die Zuweisungen nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (§ 11 Abs. 5 FAG) werden bei Produktgruppe 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen / Umlagen mit dem zu erwartenden Gesamtbetrag veranschlagt.

zu lfd. Nr. 4:

Im Wesentlichen Entgelte der Kunden für Waldschulheimaufenthalte.

zu lfd. Nr. 6:

Erstattungen der Kunden für Einsätze der Kreiswaldarbeiter, der Friedwaldbetreuung, der sicherheitstechnischen Betreuung und Erstattungen von ForstBW für Waldschulheimeinsätze im Staatswald.

zu lfd. Nr. 17:

Reisekostenerstattungen für Dienstreisen der KFA-Mitarbeiter
 Erstattungen für Personal an das Land

Ansatz 2015	Ansatz 2014
EUR	EUR
102.500	105.000
73.766	72.000



THH11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55 Natur- und Landschaftspflege
55.50 Forstwirtschaft

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75550000310: Bew.Verm. Forst fachspez.Wahrn.ö.r.Aufg.						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-14.000	-12.740
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	-14.000	-12.740
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	-14.000	-12.740
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	-14.000	-12.740

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75550000320: Bew.Verm. Forst sonst.ö.Aufg.Waldschulh.						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-11.000	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	-11.000	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-11.000	0	0	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-11.000	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr.9 :

Ersatzbeschaffungen für die Einrichtung des Waldschulheims (Küchengeräte und Mobiliar)

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75550000330: Bew.Verm. Forst Dienstl.f.Dritte (BgA)						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-2.500	0	0	-2.150
13	=	Summe Auszahlungen	-2.500	0	0	-2.150
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.500	0	0	-2.150
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-2.500	0	0	-2.150



ERLÄUTERUNGEN

zu lfd. Nr.9 :

Ersatzbeschaffungen für Messgeräte des Kreisforstamtes

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75550000410: Bewegl. Verm. Forst Fahrzeuge ö.r.Aufg.						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	23.979
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	23.979
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	23.979
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	23.979

lfd. Nr.	Investitionsübersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75550000420: Bewegl. Verm. Forst Fahrzeuge (BgA)						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-20.150
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	0	-20.150
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	-20.150
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	0	0	0	-20.150



THH11 **Naturschutz, Land- und Landwirtschaft**
55 **Natur- und Landschaftspflege**
55.51 **Landwirtschaft**

Verantwortung

Kreislandwirtschaftsamt

Kurzbeschreibung

- Beratung und Abwicklung des Antragsverfahrens für landwirtschaftliche Ausgleichszahlungen
- Durchführung und Koordination der Kontrollen im Rahmen des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems, des Fachrechts und der Maßnahmen zur Erhaltung von Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze (Cross Compliance) im Bereich Fläche
- Beratung im öffentlichen Interesse im Zusammenhang mit der tierischen und pflanzlichen Erzeugung, der Betriebswirtschaft, bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben sowie im Wasserschutz
- Wahrnehmung der Aufgaben als Träger öffentlicher Belange bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben im Außenbereich und Raumordnungsverfahren
- Durchführung von Veranstaltungen im Rahmen der berufsbezogenen Erwachsenenbildung im Bereich der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums wie auch der Verbraucher- und Ernährungsinformation
- Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Weiterbildung, berufsqualifizierenden Maßnahmen und Ausbildungsberatung in den Berufen der Land- und Hauswirtschaft, Mitwirkung in Prüfungsausschüssen

Ziele

strategisch

- Förderung einer umweltverträglichen und tiergerechten Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten und Leistungen für die Gesellschaft
- Förderung einer standortangepassten und regionalen landwirtschaftlichen Produktion
- Einhaltung von Förderkriterien/Fördervoraussetzungen zur Sicherstellung einer richtlinienkonformen Verwendung von EU-, Bundes- und Landesmitteln
- Einhaltung der fachrechtlichen Vorgaben
- Erhalt und Weiterentwicklung von wettbewerbsfähigen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben mit rationell gestalteten Betriebszweigen in funktions-, tier- und umweltgerechten Bauten
- Verbesserung der ökonomischen und produktionstechnischen Leistung sowie der Qualität pflanzlicher und tierischer Produkte in konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betrieben
- Vertretung landwirtschaftlicher Belange zum langfristigen Erhalt der Voraussetzungen für eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Landwirtschaft
- Stärkung der regionalen Wertschöpfung
- Qualifizierung des Berufsnachwuchses

operativ

- Ausgleichszahlungen für die Einhaltung von Umweltstandards und die Erbringung von Leistungen nach dem „Maßnahmen- und Entwicklungsplan“
- Überprüfung der EU-Vorgaben, der Bundes- und Landesgesetze im Zusammenhang mit Förderverfahren und dem landwirtschaftlichen Fachrecht



- Beratung zu betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten, auch im Bereich von Einkommensalternativen und neuen Produktionsbereichen, vor dem Hintergrund des öffentlichen Interesses
- Steigerung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen im Landkreis Reutlingen
- Optimierung der regionalen Produktion und Vermarktung

Maßnahmen 2015

- Beratung zu Neuerungen im Fachrecht sowie in Antragsverfahren und zur Antragstellung mit dem „Flächen- und Informations-Online-Antrag (FIONA)“
- Qualifizierte Unterstützung und Betreuung der Betriebsleiter/innen im Antragsverfahren
- Vorbereitung und Durchführung der Vor-Ort-Kontrollen, Cross Compliance-Kontrollen und Kontrollen im Bereich des Fachrechts in den vorgegebenen Prüfzeiträumen
- Einzel- und Gruppenberatung in den Bereichen Pflanzenbau, Tierhaltung und Betriebswirtschaft
- Erstellung eines Fortbildungskataloges
- Durchführung von Fortbildungen und Veranstaltungen für Verbraucher und Fachklientel

Auftragsgrundlagen

Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL), Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS), EU-Ökoverordnung, EU-Nitratrichtlinie, EU-Wasserrahmenrichtlinie, Gesetz zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, Gesetz zur Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz, Wasserhaushaltsgesetz, Pflanzenschutzgesetz, Saatgutverkehrsgesetz, Düngemittelgesetz, Düngegesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Tierschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz, Bundesverordnungen zur Ausbildung und Fortbildung in den jeweiligen Berufen sowie dazugehörige Prüfungsverordnungen, Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz, Landesverwaltungsverfahrensgesetz, Maßnahmen- und Entwicklungsplan, Richtlinie zur Agrarinvestitionsförderung, Agrarstrukturverbesserungsgesetz, Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO), Erosionsschutzverordnung, Pflanzenschutzmittelverordnung, Düngeverordnung, Düngemittelverordnung, Klärschlammverordnung, Bioabfallverordnung, Tierschutznutztierhaltungsverordnung

Produkte

- 55.51.01 Ausgleichsmaßnahmen (Gemeinsamer Antrag)
- 55.51.02 Kontrollen, Fachrecht, Förder- und Ausgleichsverfahren sowie Cross Compliance (CC)
- 55.51.50 Bildung im landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Bereich
- 55.51.51 Produktion und Agrarstruktur



THH11 Naturschutz, Land- und Landwirtschaft
55 Natur- und Landschaftspflege
55.51 Landwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	22.500	2.500	3.100
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	1.708
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	18.756
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	22.800	2.800	23.565
11	-	Personalaufwendungen	-1.156.492	-1.090.076	-1.087.236
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-62.048	-59.702	-49.987
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-22.114	-22.079	0
16	-	Transferaufwendungen	-32.000	-30.200	-30.103
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-11.473	-41.620	-50.487
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.284.127	-1.243.676	-1.217.812
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.261.327	-1.240.876	-1.194.248
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.261.327	-1.240.876	-1.194.248
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	119.905	98.406	96.438
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-457.758	-446.069	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-1.214	-6.420	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-339.066	-354.083	96.438
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.600.393	-1.594.959	-1.097.810

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 16: Umweltschonende Maßnahmen in der Landwirtschaft	28.000	28.000



THH11 Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft
55 Natur- und Landschaftspflege
55.60 Regionalentwicklung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	6.417
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	93.209
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	99.626
11	-	Personalaufwendungen	0	0	-343.912
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	-17.967
16	-	Transferaufwendungen	0	0	-115.405
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	-55.010
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	0	0	-532.294
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	0	0	-432.668
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	0	0	-432.668
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	2.471
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	2.471
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	0	0	-430.197

ERLÄUTERUNGEN

Aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes werden die Erträge und Aufwendungen ab 2014 bei folgenden Produktgruppen veranschlagt:

- Nachhaltige Regionalentwicklung und Grünflächenberatung bei 55.40
- Fördermittelmanagement bei 11.14
- European Energy Award (eea) bei 56.10



Teilhaushalt 12 Umweltschutz

Bestehend aus den Produktgruppen

- 56.10 Umweltschutzmaßnahmen
- 56.20 Arbeitsschutz



THH12

Umweltschutz

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	210.000	129.500	222.235
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	141.666	89.525
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	210.000	271.166	311.760
11	-	Personalaufwendungen	-1.108.053	-1.089.529	-973.319
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-84.105	-88.983	-63.232
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-4.531	-4.261	-690
16	-	Transferaufwendungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-182.955	-285.669	-236.473
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.379.643	-1.468.442	-1.273.714
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.169.643	-1.197.276	-961.954
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-1.169.643	-1.197.276	-961.954
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	333.751	307.525	149.076
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-653.934	-576.851	-58.866
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-403	-1.082	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-320.586	-270.409	90.210
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.490.229	-1.467.685	-871.745

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 56	17,80	17,80	17,80



THH12

Umweltschutz

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-6.000	-6.000	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-6.000	-6.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.000	-6.000	0



THH12	Umweltschutz
56	Umweltschutz
56.10	Umweltschutzmaßnahmen

Verantwortung

Umweltschutzamt

Kurzbeschreibung

- Erkennen und Abwehren von Gefahren durch Altlastverdachtsflächen bzw. Altlasten u. schädlichen Bodenveränderungen sowie Beseitigung von durch sie eingetretenen Schäden
- Umsetzung der im Bundes-Bodenschutzgesetz und der in der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und dem Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz genannten Ziele
- Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen
- Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen, von Gewässern, Boden, Umwelt vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Rahmen der Abfallentsorgung und –verwertung; Gewährleistung einer gemeinwohlverträglichen Abfallbeseitigung; Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfällen
- Erhalt und Förderung der menschlichen Gesundheit, der biologischen Vielfalt und der nachhaltigen Leistungsfähigkeit der Naturgüter; Vorsorge zum Schutz von Mensch, Tier, Pflanze, Luft, Wasser und Boden vor einwirkenden Schadstoffen, Luftverunreinigungen, Geräuschen, Erschütterungen u.ä. schädlichen Umwelteinwirkungen; Reduzierung des Verbrauchs an Naturgütern
- Schadensbeseitigung und Gefahrenabwehr zum Schutz von Mensch, Tier, Pflanze, Luft, Wasser und Boden vor schädlichen Umwelteinwirkungen; Reduktion der Emissionen und Immissionen; Schutz und Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen
- Förderung von umweltgerechtem Verhalten mit Anregungen und Beispielen; möglichst viele Bürger und Zielgruppen erreichen und Umweltschutz im täglichen Handeln verankern (Hinweis: Die Ausrichtung des Umweltwettbewerbs durch den Landkreis Reutlingen wird ab 2014 eingestellt.)
- Durchführung des Energie-Managementsystems "European Energy Award®" (eea)

Ziele

strategisch

- Schutz der Umweltgüter Boden, Wasser, Luft, Tiere, Pflanzen und Klima und Schutz der menschlichen Gesundheit durch fachtechnische und verwaltungsrechtliche Maßnahmen
- Förderung von Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien im Landkreis Reutlingen

operativ

Aufbau des Energie-Managementsystems "European Energy Award", Erarbeiten und schrittweises Umsetzen und Weiterentwickeln des energiepolitischen Arbeitsprogramms

Maßnahmen 2015

eea: Internes Re-Audit, Zusammenstellen neuer Projektideen für den Maßnahmenplan 2016 und Umsetzen des Maßnahmenplanes 2015. Dieser zielt auf das Durchführen von Projekten zur Reduktion von CO₂ oder zur Bewusstseinsbildung diverser Zielgruppen ab. Es sind u.a. geplant:

- Entwicklung eines Leitbildes „Energie und Klimaschutz“ mit Vertretern des Kreistages
- Durchführen einer nachhaltigen Fahrradaktion



- Vernetzung der planenden und ausführenden Akteure im Baubereich
- Bewerbung und Initiierung von nachhaltigen Mobilitätsangeboten

Auftragsgrundlagen

Vorgaben der Europäischen Union sowie Bundes- und Landesgesetze (Bundes-Bodenschutzgesetz, Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Landesabfallgesetz Baden-Württemberg, Bundes-Immissionsschutzgesetz) einschließlich untergesetzlicher Regelwerke (insbesondere Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung, Deponieverordnung, Klärschlammverordnung, Nachweisverordnung, Altholzverordnung, Abfallverzeichnis-Verordnung, Gewerbeabfallverordnung, Altfahrzeugverordnung, Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung, Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm, etc.), DIN-EN-Normen, Normen des deutschen Instituts für Normung e.V. u.ä; Kreistagsbeschlüsse
eea: Kreistagsbeschluss 27.07.2011

Produkte

- 56.10.01 Altlasten
- 56.10.02 Sonstige bodenschutzrechtliche Maßnahmen
- 56.10.04 Abfallrechtliche Maßnahmen
- 56.10.05 Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen
- 56.10.08 Aktionen/Veranstaltungen/Informationen
- 56.10.50 European Energy Award (eea)



THH12 **Umweltschutz**
56 **Umweltschutz**
56.10 **Umweltschutzmaßnahmen**

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	98.000	34.500	96.231
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	141.666	89.525
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	98.000	176.166	185.756
11	-	Personalaufwendungen	-754.405	-744.167	-644.985
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-67.430	-73.883	-61.992
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-3.363	-3.254	-690
16	-	Transferaufwendungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-178.723	-281.618	-235.356
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-1.003.920	-1.102.923	-943.024
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-905.920	-926.757	-757.268
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-905.920	-926.757	-757.268
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	366.229	324.253	87.534
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-646.589	-570.412	-58.866
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-312	-826	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-280.672	-246.986	28.667
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-1.186.592	-1.173.742	-728.601

ERLÄUTERUNGEN

Erträge und Aufwendungen für den European Energy Award (eea) waren bis einschl. 2013 bei Produktgruppe 55.60 geplant, müssen künftig aber aufgrund einer Vorgabe des Statistischen Landesamtes bei 56.10 ausgewiesen werden.

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 6:		
Erstattungen für Fortschreibung alllastenverdächtiger Flächen	0	125.000
OEW-Zuschuss zur Teilnahme am European Energy Award (eea)	0	16.666
zu Ifd. Nr. 13:		
European Energy Award (eea)	25.300	32.100
zu Ifd. Nr. 17:		
Personalkostenerstattungen an das Land	127.862	125.500
Rechts- und Beratungskosten (inkl. Fortschreibung alllastenverdächtiger Flächen)	39.500	145.000
Dienstreisen, Reisekosten	18.300	16.600
Bürobedarf	2.250	2.250
Fachliteratur	500	500
Umgelegte ordentliche Aufwendungen	- 9.689	- 8.232
Summe	178.723	281.618



THH12

Umweltschutz

56

Umweltschutz

56.10

Umweltschutzmaßnahmen

Ifd. Nr.	Investitionsübersicht		Ansatz 2015	VE 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
75610000310: Bew. Verm. Umweltschutz fachspezifisch						
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-6.000	0	-6.000	0
13	=	Summe Auszahlungen	-6.000	0	-6.000	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.000	0	-6.000	0
17	=	Gesamtkosten der Maßnahme	-6.000	0	-6.000	0

ERLÄUTERUNGEN

zu Ifd. Nr. 9:

Beschaffung von technischen Geräten (z. B. Messgeräte)



THH12	Umweltschutz
56	Umweltschutz
56.20	Arbeitsschutz

Verantwortung

- Umweltschutzamt
- Verkehrs- und Ordnungsamt (für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten)

Kurzbeschreibung

- Optimierung der Sicherheit im Betrieb und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit unter Berücksichtigung des Drittschutzes (z.B. von Bürgerinnen und Bürgern)
- Sicherstellung der Einhaltung der geltenden Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften
- Einhaltung der sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen und hygienischen Vorschriften
- Schutz der Beschäftigten vor arbeitsbedingten und sonstigen Gesundheitsgefahren
- Schutz von Menschen und der Umwelt vor schädlichen Einwirkungen gefährlicher Stoffe und Zubereitungen
- Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Kindern und Jugendlichen vor Überforderung und gesundheitlichen Gefährdungen
- Sicherstellung einer funktionierenden Organisation des Arbeitsschutzes in Betrieben
- Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr
- Ahndung von Verstößen

Ziele

strategisch

Schutz der Arbeitnehmer vor arbeitsbedingten Sicherheits- und Gesundheitsgefährdungen durch fachtechnische und verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Bereich des technischen, organisatorischen und sozialen Arbeitsschutzes

Auftragsgrundlagen

Vorgaben der Europäischen Union sowie Bundes- und Landesgesetze (Arbeitsschutzrecht, Arbeitszeitrecht, Jugendarbeitsschutzrecht, Chemikalienrecht, Fahrpersonalrecht u.a.) einschließlich untergesetzlicher Regelwerke (Verordnungen im Bereich der genannten Bundes- und Landesgesetze) sowie Normen des Deutschen Instituts für Normen e.V.

Produkte

- 56.20.01 Technischer Arbeitsschutz
- 56.20.02 Sozialer und organisatorischer Arbeitsschutz



THH12
56
56.20

Umweltschutz
Umweltschutz
Arbeitsschutz

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	112.000	95.000	126.004
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	112.000	95.000	126.004
11	-	Personalaufwendungen	-353.648	-345.362	-328.334
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-16.675	-15.100	-1.240
14	-	Planmäßige Abschreibungen	-1.168	-1.007	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-4.231	-4.051	-1.116
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-375.723	-365.520	-330.690
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-263.723	-270.520	-204.686
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-263.723	-270.520	-204.686
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	60.900	61.500	61.542
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-100.724	-84.667	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-91	-256	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-39.915	-23.423	61.542
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-303.637	-293.942	-143.144





Teilhaushalt 13

Wirtschaft und Tourismus

Bestehend aus den Produktgruppen

- 57.10 Wirtschaftsförderung
- 57.50 Tourismus



THH13

Wirtschaft und Tourismus

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	30.471
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	30.471
11	-	Personalaufwendungen	-144.594	-169.329	-119.776
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-70.090	-28.089	-79.520
16	-	Transferaufwendungen	-145.500	-145.500	-145.500
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-85.786	-86.483	-77.628
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-445.970	-429.400	-422.424
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-445.970	-429.400	-391.953
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-445.970	-429.400	-391.953
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-52.215	-47.901	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-50	-50	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-52.265	-47.951	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-498.236	-477.350	-391.953

Personalstellen in Vollzeitbeschäftigten	Plan 2015	Plan 2014	Plan 2013
Produktbereich 57	0,14	0,14	0,14



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.10 **Wirtschaftsförderung**

Verantwortung

Kreisamt für nachhaltige Entwicklung

Kurzbeschreibung

- Standortmarketing
- Infrastrukturförderung

Ziele

strategisch

- Stärkung des Wirtschaftsstandorts
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Maßnahmen 2015

- Fortführung des Modellprojekts „Breitbandausbau Reutlingen-Tübingen- Zollernalbkreis“
- Aktualisierung der Daten auf der Internetseite des Landkreises (Gewerbeflächen, Ansprechpartner, Gemeinden, Fördermittelinformationen)

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschluss aus dem Jahr 2003



THH13
57
57.10

Wirtschaft und Tourismus
Wirtschaft und Tourismus
Wirtschaftsförderung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	30.471
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	30.471
11	-	Personalaufwendungen	-3.605	-4.990	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-66.015	-25.355	-79.520
16	-	Transferaufwendungen	-19.000	-19.000	-19.000
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-646	-498	-150
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-89.266	-49.843	-98.670
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-89.266	-49.843	-68.199
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-89.266	-49.843	-68.199
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-10.127	-5.007	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-10.127	-5.007	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-99.393	-54.849	-68.199

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 13: Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, insbes. Förderung des Breitbandausbaus Beteiligung an RegioWIN	35.000 30.000	25.000 0
zu Ifd. Nr. 16: Zuschuss an Standortagentur RT/TÜ/NA	19.000	19.000



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.50 **Tourismus**

Verantwortung

Dezernat 3 in Zusammenarbeit mit Mythos Schwäbische Alb

Kurzbeschreibung

- Tourismusförderung im Landkreis Reutlingen in Zusammenarbeit mit Mythos Schwäbische Alb, Schwäbische Alb Tourismusverband, GeoPark Schwäbische Alb, Biosphärengebiet Schwäbische Alb
- Information über die touristischen Angebote und Potentiale im Landkreis sowie deren Vermarktung, Weiterentwicklung und Profilierung unter Nutzung sämtlicher Medien

Ziele

strategisch

Stärkung des Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor im Landkreis

Auftragsgrundlagen

Kreistagsbeschluss vom Dezember 2008

Produkte

- 57.50.50 Tourismusförderung
- 57.50.51 Mythos Schwäbische Alb



THH13 **Wirtschaft und Tourismus**
57 **Wirtschaft und Tourismus**
57.50 **Tourismus**

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	-140.990	-164.339	-119.776
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.075	-2.734	0
16	-	Transferaufwendungen	-126.500	-126.500	-126.500
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-85.140	-85.985	-77.478
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-356.704	-379.557	-323.754
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-356.704	-379.557	-323.754
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-356.704	-379.557	-323.754
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-42.088	-42.894	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	-50	-50	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	-42.138	-42.944	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-398.842	-422.501	-323.754

ERLÄUTERUNGEN**zu lfd. Nr. 16:**

Zuschuss an die Tourismusgemeinschaft Mythos Schwäbische Alb im Landkreis Reutlingen e.V. für

- Geschäftsstelle
- Verkaufsförderung
- Messen / Ausstellungen
- Werbeschriften
- Sonstige Ausgaben

Ansatz 2015	Ansatz 2014
EUR	EUR

zu lfd. Nr. 17:

Mitgliedsbeiträge an		
Tourismusverband Schwäbische Alb	67.621	67.621
GeoPark	14.000	14.000
Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum	400	400
Schwäbischer Albverein	85	85
Summe	82.106	82.106



Teilhaushalt 14

Allgemeine Finanzwirtschaft

Bestehend aus den Produktgruppen

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen
- 61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



THH14

Allgemeine Finanzwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	181.846.000	170.497.000	161.313.966
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	70.000	75.150	60.096
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	532.500	1.156.000	1.635.719
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	20.000	0	18.406
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	182.468.500	171.728.150	163.028.188
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	-9
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.900.000	-3.000.000	-2.698.697
16	-	Transferaufwendungen	-10.368.000	-10.106.000	-9.236.019
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-13.268.000	-13.106.000	-11.934.726
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	169.200.500	158.622.150	151.093.462
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	169.200.500	158.622.150	151.093.462
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-12.500	-17.200	-15.837
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	4.835.250	3.956.400	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	4.822.750	3.939.200	-15.837
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	174.023.250	162.561.350	151.077.625



THH14 **Allgemeine Finanzwirtschaft**
61 **Allgemeine Finanzwirtschaft**
61.10 **Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen**

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

Erträge und Aufwendungen für allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen des Landkreises

Ziele

strategisch

Festsetzung einer auskömmlichen Kreisumlage zur stetigen und angemessenen Sicherstellung der Aufgabenerfüllung des Landkreises

Auftragsgrundlagen

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Finanzausgleichsgesetz (FAG)



THH14
61
61.10

Allgemeine Finanzwirtschaft
Allgemeine Finanzwirtschaft
Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	181.846.000	170.497.000	161.313.966
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	70.000	75.150	60.096
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	181.916.000	170.572.150	161.374.062
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	-10.368.000	-10.106.000	-9.236.019
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-10.368.000	-10.106.000	-9.236.019
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	171.548.000	160.466.150	152.138.043
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	171.548.000	160.466.150	152.138.043
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	171.548.000	160.466.150	152.138.043

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 2:		
Grunderwerbsteuer		
Überlassene Grunderwerbsteuer	11.000.000	11.500.000
Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich		
Die Bemessungsgrundlagen und die Berechnung der Zuweisungen nach dem Schlüssel der mangelnden Steuerkraft sind in Anlage 9 zum Haushaltsplan dargestellt.	34.880.000	28.489.000
Die Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG betragen:	3.100.000	3.122.000
Abgeltungsbetrag für die Eingliederung unterer Sonderbehörden 1995 118.000.000 EUR x 2,42 % (Anteil Landkreis Reutlingen) = 2.855.600 EUR	2.855.000	2.771.000
Kreisumlage		
Steuerkraftsummen und Umlageanteile der Kreisgemeinden siehe Anlage 10 zum Haushaltsplan. Die vorläufigen Steuerkraftsummen der Kreisgemeinden betragen zusammen 336.439.216 EUR hiervon 34,25 % Kreisumlage 115.230.431 EUR	115.230.000	110.382.000
Zuweisungen nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (§ 11 Abs. 5 FAG) 302.000.000 EUR x 2,778% (Anteil Landkreis Reutlingen) = 8.389.560 EUR	8.389.000	8.180.000
Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG (Eingliederungshilfe)	6.392.000	6.053.000



		Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
nachrichtlich			
Soziallastenausgleich § 21 FAG		2.986.000	3.142.000
zu lfd. Nr. 16:			
FAG-Umlage			
Bemessungsgrundlagen für FAG-Umlage			
Grunderwerbsteuer 2013	11.829.353 EUR		
Zuweisungen -mangelnde Steuerkraft- des zweitvorangegangenen Jahres	<u>29.472.447 EUR</u>		
Teilbetrag der Steuerkraftsumme des Landkreises	41.301.800 EUR		
Die Finanzausgleichsumlage beträgt 22,10 % aus 41.301.800 EUR, das ergibt	9.127.698 EUR	9.128.000	8.948.000
Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales BW		1.240.000	1.158.000



THH14	Allgemeine Finanzwirtschaft
61	Allgemeine Finanzwirtschaft
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortung

Kreiskämmerei

Kurzbeschreibung

- Zinsaufwendungen und Tilgungszahlungen für die Kredite des Landkreises
- Gewinnausschüttung des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)

Ziele

strategisch

Wirtschaftliche und bedarfsgerechte Finanzierung der Investitionen

operativ

- Reduzierung des jährlich zu erwirtschaftenden Schuldendienstes
- Begrenzung der absoluten Verschuldung

Auftragsgrundlagen

Kreditermächtigung im Rahmen der Haushaltssatzung gemäß § 79 Abs. 2 Ziff. 3 a) Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) aufgrund der Beschlussfassung des Kreistags über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan



THH14
61
61.20

Allgemeine Finanzwirtschaft
Allgemeine Finanzwirtschaft
Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	532.500	1.156.000	1.635.719
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	20.000	0	18.406
10	=	Anteilige ordentliche Erträge	552.500	1.156.000	1.654.125
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	-9
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.900.000	-3.000.000	-2.698.697
18	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	-2.900.000	-3.000.000	-2.698.706
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis	-2.347.500	-1.844.000	-1.044.581
21	=	Veranschlagter Aufwands-/Ertragsüberschuss	-2.347.500	-1.844.000	-1.044.581
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	-12.500	-17.200	-15.837
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	4.835.250	3.956.400	0
30	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	4.822.750	3.939.200	-15.837
31	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.475.250	2.095.200	-1.060.418

ERLÄUTERUNGEN

	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2014 EUR
zu Ifd. Nr. 7:		
Gewinnausschüttung vom Zweckverband OEW	382.500	956.000
Zinseinnahmen aus Geldanlagen	<u>150.000</u>	<u>200.000</u>
Summe	532.500	1.156.000
zu Ifd. Nr. 15:		
Zinsen für Äußere Kassenkredite	100.000	100.000
Zinsen für Kredite des Kreditmarktes	<u>2.800.000</u>	<u>2.900.000</u>
Summe	2.900.000	3.000.000





Stellenplan
für das Haushaltsjahr
2 0 1 5



Stellenplan für das Haushaltsjahr

2015

Teil A: Beamte

Laufbahngruppen Amtsbezeichnungen	Besol- dungs- gruppe	ins- ge- samt	darunter			Zahl der Stellen 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke Erläute- rungen
			mit Zu- lage	Son- der- schl.	Leer- stelle			
Landkreisverwaltung								
Landrat	B 7	1,00	1,00			1,00	1,00	
<u>Höherer Dienst</u>								
Leitender Direktor	A 16	1,00				1,00	1,00	
Direktor	A 15	4,00				4,00	4,00	
Oberrat	A 14	7,00				7,00	7,00	
Rat	A 13	0,00				0,00	0,00	
<u>Gehobener Dienst</u>								
Oberamtsrat	A 13	21,50				21,50	18,00	
Amtsrat	A 12	40,50			1,00	38,50	38,50	
Amtmann	A 11	111,41			7,00	106,41	101,36	
Oberinspektor	A 10	33,50			10,00	39,00	35,63	
Inspektor	A 9	2,00			2,00	6,00	2,00	
<u>Mittlerer Dienst</u>								
Amtsinspektor	A 9	33,10	3,00		3,00	27,00	27,00	
Hauptsekretär	A 8	27,45			4,00	28,55	26,95	
Obersekretär	A 7	9,00			3,00	9,00	7,50	
Sekretär	A 6	6,50				6,50	3,50	
insgesamt		297,96	4,00		30,00	295,46	273,44	



Stellenplan für das Haushaltsjahr

2015

Teil B: Beschäftigte

	Entgelt- gruppe	ins- ge- samt	mit Zu- lage	darunter Son- der- schl.	Leer- stelle	Zahl der Stellen 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke Erläute- rungen
Landkreisverwaltung								
	14	5,90				6,30	5,90	
	13	2,55				3,00	2,05	
	12/S18	7,00				1,00	5,00	
	11/S17	16,90				15,75	15,07	
Entgelt nach TVöD-Verwaltung	10/S15, S16	35,25				39,90	31,00	
	9/S11-S14	111,07				91,70	100,34	
	8	52,02				47,15	56,09	
	6	87,00				92,01	87,14	
	5	142,77				157,84	145,03	
	2	30,49				31,10	27,49	
insgesamt		490,95				485,75	475,11	
Entgelt nach TVöD-Wald	8	6,00				6,00	5,83	
	5	16,00				20,00	14,50	
	2	3,00				3,00	3,00	
insgesamt		25,00				29,00	23,33	

- Zusammenstellung -

	Entgelt- gruppe	ins- ge- samt	mit Zu- lage	darunter Son- der- schl.	Leer- stelle	Zahl der Stellen 2014	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2014	Vermerke Erläute- rungen
Landkreisverwaltung								
Beamte		297,96	4,00		30,00	295,46	273,44	
Beschäftigte nach TVöD-Verwaltung		490,95				485,75	475,11	
Beschäftigte nach TVöD-Wald		25,00				29,00	23,33	
insgesamt		813,91	4,00		30,00	810,21	771,88	



Teil C: -nachrichtlich- Aufteilung der Stellen auf die Teilhaushalte

Teilhaushalt	Produktbereich	B e a m t e													
		Land- rat	höherer Dienst					gehobener Dienst				mittlerer Dienst			
Nr.	Bezeichnung	B 7	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6
THH1	Innere Verwaltung														
11	Innere Verwaltung	1,00	0,80	3,35	2,36		9,11	13,21	22,73	12,67	2,00	4,80	14,85	6,50	5,00
THH2	Sicherheit und Ordnung														
12	Sicherheit und Ordnung				0,79		1,69	2,20	7,19	1,55		4,15	1,00	1,50	
THH3	Schule, Kultur und Sport														
21	Schulträgeraufgaben, Schülerbeförderung		0,20		0,67		0,15	0,62	1,09			0,44	1,00		0,50
25	Kreisarchiv				0,05				1,10				1,00		
28	Sonstige Kulturpflege				0,12										
42	Sport							0,03	0,06			0,06			
THH4	Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht														
31	Soziale Hilfen			0,25	1,00		2,00	3,34	14,14	8,23		1,30	0,50	1,00	
37	Schwerbeh.recht/soz. Entschädigungsrecht							0,08	1,00	2,60					
THH5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe														
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe			0,25			1,00	1,12	20,50	2,50		2,80	2,70		1,00
THH6	Gesundheit														
41	Gesundheitsdienste			0,15					1,60						



Teil C: -nachrichtlich- Aufteilung der Stellen auf die Teilhaushalte

Teilhaushalt	B e s c h ä f t i g t e										Summe		Erläuterungen		
	Zahl der Stellen in Entgeltgruppe TVöD										Plan- jahr	Vor- jahr			
	14	13	S18	S17	S15	S11-	8	6	5	2				Wald- arbeiter	
			12	11	S16	S14					9				
THH1			0,50	0,55	0,92	3,50	5,15	8,70	23,05	16,39	8,34		145,49	142,49	0,5 EG9 ku EG8 0,5 EG11 Sperrvermerk 3,0 EG2 Sperrvermerk Leerstellen Stellenanhebung Stellenschaffung
THH2				1,00	0,40	3,00	10,04	1,60	21,02	25,46			86,22	86,22	0,05 A12 ku A11 0,65 A9m.D. ku A8 1,0 EG9 ku EG8
THH3				0,44	0,88		0,10		14,09	16,46	20,59		58,65	58,65	5,81 EG6 ku EG5
	1,00						1,00		1,45	1,50			6,73	6,73	
													0,12	0,12	
			0,06	0,12					0,86	1,28			2,87	2,87	
THH4					1,65	7,50	16,70	9,91	5,80	9,60			78,07	73,37	1,0 EG6 ku EG5 Stellenanhebung Stellenschaffung
					1,00	4,60			2,01				9,18	9,18	1,0 EG9 ku EG8
THH5			4,00	2,05	2,00	7,00	47,03		2,35	10,55			107,48	103,98	1,0 A9 mit Zulage 1,0 EG6 ku EG5 Stellenanhebung Stellenschaffung Stellenumwandlung
THH6			0,90		0,80	2,00	4,05	3,41	1,10	5,25			26,85	25,85	Stellenschaffung



Teil C: -nachrichtlich- Aufteilung der Stellen auf die Teilhaushalte

Teilhaushalt	Produktbereich	B e a m t e														
		Land- rat	höherer Dienst					gehobener Dienst				mittlerer Dienst				
			B 7	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6
Nr.	Bezeichnung															
THH7	Räumliche Planung und Entwicklung															
51	Räumliche Planung und Entwicklung				0,20		1,40	7,60	3,35			9,82	4,55			
THH8	Bauen und Wohnen															
52	Bauen und Wohnen				0,80		0,30	2,00	1,15				0,25			
THH9	Abfallwirtschaft															
53	Abfallwirtschaft				0,40			0,95		0,95						
THH10	Verkehr und ÖPNV															
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV				0,30		1,45		2,00	3,00		3,00				
THH11	Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft															
55	Natur- und Landschaftspflege				0,30		4,40	8,21	31,20	1,70		5,83	1,60			
THH12	Umweltschutz															
56	Umweltschutz							1,00	4,30	0,30		0,90				
THH13	Wirtschaft und Tourismus															
57	Wirtschaft und Tourismus							0,14								
	Summe		1,00	1,00	4,00	6,99	0,00	21,50	40,50	111,41	33,50	2,00	33,10	27,45	9,00	6,50



Teil C: -nachrichtlich- Aufteilung der Stellen auf die Teilhaushalte

Teilhaushalt	B e s c h ä f t i g t e											Summe		Erläuterungen	
	Zahl der Stellen in Entgeltgruppe TVöD											Plan- jahr	Vor- jahr		
	14	13	S18 12	S17 11	S15 10	S11- S14 9	8	6	5	2	Wald- arbeiter				
THH7				1,00	2,00	3,00	1,50		4,00				51,76	52,26	1,0 A9 mit Zulage 1,0 A13 ku A12 0,2 A12 ku A11 1,0 EG10 ku EG8 3,0 EG9 ku EG8 1,0 EG8 ku EG6 0,5 EG8 ku EG5 Stellenanhebung Stellenstreichung Stellenumw andlung
THH8			0,95	1,60		2,00	1,90		2,10				12,95	12,95	
THH9			1,00		1,25	0,75		1,08	4,05				11,56	10,56	Stellenschaffung
THH10					1,00	5,00	19,00	9,20	38,60				81,30	83,30	1,0 A9 mit Zulage ku A8 1,0 EG 9 ku 8 3,1 EG 6 ku EG 5 Stellenstreichung
THH11			2,40	5,22	6,20	8,18	6,00	6,68	4,73	0,28	25,00	116,74	123,74	3,75 A12 ku A11 0,15 A9 ku A8 7,25 EG 9 ku EG8 0,75 EG 8 ku EG5 4,38 EG 6 ku EG5 1,0 EG12 Sperrvermerk Stellenschaffung Stellenstreichung Stellenumw andlung	
THH12			0,60	2,31	0,80	3,47		1,18	1,21			17,80	17,80	0,85 A9 ku A8 0,38 EG 6 ku EG 5	
THH13												0,14	0,14		
	5,90	2,55	7,00	16,90	35,25	111,07	52,02	87,00	142,77	30,49	25,00	813,91	810,21		



Stellenplan für das Haushaltsjahr

2015

**Teil D: -nachrichtlich- Ehrenbeamte sowie Beamte auf Widerruf,
sonstige Nachwuchskräfte und informatorisch Beschäftigte**

I. Ehrenbeamte					
Amtsbezeichnung	Aufwand- entschädigung	Zahl	Zahl 2014	Zahl 30.06.2014	Erläute- rungen
Stellvertretende Kreisbrandmeister		2,00	2,00	2,00	-
insgesamt		2,00	2,00	2,00	
II. Beamte auf Widerruf, sonstige Nachwuchskräfte und informatorisch Beschäftigte					
Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl	Zahl 2014	Zahl 30.06.2014	Erläute- rungen
Sicherheitsingenieure (B.Sc.)	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	0,00	-
Kreisinspektoranwärter g.D.	Anwärterbezüge	2,00	2,00	0,00	-
Sozialwirte (B.A.)	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	1,00	-
Sozialpädagogen (B.A.)	Ausbildungsvergütung	1,00	0,00	0,00	-
Kreissekretäranwärter m.D.	Anwärterbezüge	5,00	5,00	3,00	-
Vermessungstechniker	Ausbildungsvergütung	5,00	3,00	2,00	-
Verwaltungsfachangestellte	Ausbildungsvergütung	11,00	8,00	6,00	-
Fachangestellte für Bürokommunikation	Ausbildungsvergütung	2,00	2,00	2,00	-
Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	0,00	-
Straßenwärter	Ausbildungsvergütung	6,00	4,00	2,00	-
Hauswirtschafter	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	1,00	-
Forstwirte	Ausbildungsvergütung	11,00	9,00	7,00	-
Praktikanten	Praktikumsvergütung	13,00	13,00	7,00	-
Freiwillige im Freiwilligen Ökologischen Jahr	fester Satz	8,00	7,00	7,00	-
Freiwillige im Freiwilligen Sozialen Jahr	fester Satz	1,00	1,00	1,00	-
Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst	fester Satz	1,00	0,00	0,00	-
insgesamt		70,00	58,00	39,00	



Finanzplan

2014 - 2018



I. Ergebnishaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

Ergebnishaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Ergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.720.000	1.300.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
2	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	220.636.550	234.415.400	241.948.616	249.238.012	255.754.368
	davon Kreisumlage	110.382.000	115.230.000	122.153.000	126.896.000	129.773.000
	Hebesatz	32,75%	34,25%	35,25%	35,25%	34,75%
3	Sonstige Transfererträge	7.557.650	7.534.500	7.873.553	8.227.862	8.598.116
4	Gebühren und ähnliche Abgaben	9.362.228	9.214.912	9.002.400	9.202.400	9.402.400
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.901.550	1.832.900	1.867.558	1.902.909	1.938.967
6	Kostenerstattung und Kostenumlagen	15.731.636	17.769.850	18.158.037	18.554.971	18.960.858
7	Finanzerträge	1.203.300	574.350	191.850	191.850	191.850
8	Aktiverte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	10.000	405.000	80.000	135.000
9	Sonstige ordentliche Erträge	185.250	206.400	208.464	210.549	212.654
10	Summe ordentliche Erträge (Nr. 1 bis 9)	258.298.164	272.858.312	281.155.477	289.108.553	296.694.214
11	Personalaufwendungen	-42.742.240	-44.298.659	-45.627.619	-46.996.447	-48.406.341
12	Versorgungsaufwendungen	-463.000	-417.909	-426.267	-434.793	-443.488
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-15.534.625	-17.303.550	-17.344.701	-17.687.994	-18.038.154
14	Planmäßige Abschreibungen	-7.814.550	-8.226.200	-8.680.000	-8.935.000	-9.015.000
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.011.500	-2.911.270	-2.911.500	-2.911.500	-2.911.500
16	Transferaufwendungen	-93.483.490	-99.101.733	-102.839.033	-108.203.029	-112.253.293
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-94.272.550	-99.173.882	-102.239.403	-103.171.902	-103.404.169
18	Summe ordentliche Aufwendungen (Nr. 11 bis 17)	-257.321.955	-271.433.203	-280.068.523	-288.340.664	-294.471.945
19	Ordentliches Ergebnis (Saldo Nr. 10 und 18)	976.209	1.425.109	1.086.953	767.888	2.222.269
21	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nr. 19 und 20)	976.209	1.425.109	1.086.953	767.888	2.222.269
24	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo Nr. 22 und 23)	0	0	0	0	0
25	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe Nr. 21 und 24)	976.209	1.425.109	1.086.953	767.888	2.222.269



II. Finanzhaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

Finanzhaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Finanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	255.210.586	270.425.947	278.996.879	287.010.953	294.276.614
2	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-249.460.905	-263.128.203	-271.307.848	-279.323.066	-285.372.377
3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nr. 1 und 2)	5.749.681	7.297.744	7.689.030	7.687.888	8.904.236
4	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.737.200	1.680.000	2.015.000	2.015.000	1.215.000
6	Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	17.000	22.500	17.000	17.000	17.000
7	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	182.700	166.600	159.000	159.000	153.000
9	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 4 bis 8)	1.936.900	1.869.100	2.191.000	2.191.000	1.385.000
10	Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-10.000	-10.000	-20.000	-20.000	-10.000
11	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-4.657.000	-7.045.000	-7.935.000	-5.870.000	-4.205.000
12	Auszahlungen für Erwerb bewegl. Sachvermögen	-1.742.265	-1.365.550	-1.397.000	-1.187.000	-1.173.000
13	Auszahlungen für Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
14	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-2.426.000	-2.255.000	-2.005.000	-2.005.000	-2.005.000
16	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 15)	-8.835.265	-10.675.550	-11.357.000	-9.082.000	-7.393.000
17	Saldo Investitionstätigkeit (Nr. 9 und 16)	-6.898.365	-8.806.450	-9.166.000	-6.891.000	-6.008.000
18	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo aus Nr. 3 und 17)	-1.148.684	-1.508.706	-1.476.970	796.888	2.896.236
19	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	13.700.000	12.100.000	12.000.000	10.500.000	9.500.000
20	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	-13.700.000	-12.100.000	-12.000.000	-11.900.000	-12.100.000
21	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 19 und 20)	0	0	0	-1.400.000	-2.600.000
22	Finanzierungsmittelbestand	-1.148.684	-1.508.706	-1.476.970	-603.112	296.236





Investitionsprogramm

2014 - 2018

- in 1.000 EUR -

Das Investitionsprogramm ist Grundlage für die Finanzplanung des Landkreises Reutlingen (§ 85 Abs. 3 GemO).



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2014	2015	2016	2017	2018
THH 1	Innere Verwaltung						
11.10	Steuerung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	2	2	2
11.11	Kommunale Willensbildung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	2	2	2
11.20	Organisation und EDV Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	50	75	60	60	60
11.21	Personalwesen Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	3	3	3	3
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement Erwerb von beweglichem Vermögen Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78310000 78710000	0 1.300	70 1.250	0 1.250	0 3.450	0 3.200
11.25	Fahrzeuge Veräußerung von beweglichem Vermögen Erwerb von beweglichem Vermögen	68310000 78310000	75	75	75	75	75
11.26	Zentrale Dienstleistungen Investitionszuweisung von Kommunen Erwerb von beweglichem Vermögen	68120000 78310000	50	25	85	25	25
11.33	Sonstige Grundstücksverwaltung Veräußerung von Grundst. und Gebäuden Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	68210000 78210000	10	10	10	10	10
	Summe Produktbereich 11		1.485	1.508	1.487	3.627	3.377
THH 2	Sicherheit und Ordnung						
12.21	Verkehrswesen Erwerb von beweglichem Vermögen Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78310000 78710000	4 80	3 80	2 50	2 50	2 50
12.26	Verbraucherschutz, Veterinärwesen, Ernährung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	5	5	5	5	5
12.60	Brandschutz Investitionszuschuss an Kommunen Auszahlung für Baumaßnahmen	78120000 78710000	240 0	220 60	0 0	0 0	0 0
	Summe Produktbereich 12		329	368	57	57	57
THH 3	Schule, Kultur und Sport						
21.20	Sonderschulen Erwerb von beweglichem Vermögen Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	78310000 78710000	1 130	0 0	2 0	2 0	2 0
21.30	Berufsbildende Schulen Veräußerung von beweglichem Vermögen Erwerb von beweglichem Vermögen Amt Erwerb von beweglichem Vermögen BSZ/RT Erwerb von beweglichem Vermögen FvSS/RT Erwerb von beweglichem Vermögen KS/RT Erwerb von beweglichem Vermögen THS/RT Erwerb von beweglichem Vermögen LS/RT Erwerb von beweglichem Vermögen GS/Metz. Erwerb von beweglichem Vermögen Kfm./S/Urach Erwerb von beweglichem Vermögen Berufl./S/Mün. Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	68310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78310000 78710000	35 207 138 57 13 36 119 0 20 557	25 0 138 71 3 21 100 17 16 3.200	40 0 140 60 25 50 110 5 80 420	0 0 140 60 25 50 110 5 80 0	0 0 140 60 25 50 110 5 80 0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Eigenmittel im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018	
											THH1
						0	0	2	2	2	11.10
						0	0	2	2	2	11.11
						50	75	60	60	60	11.20
						0	3	3	3	3	11.21
						0	70	0	0	0	11.24
						1.300	1.250	1.250	3.450	3.200	11.25
68310000	2	2	2	2	2	-2	-2	-2	-2	-2	11.26
						75	75	75	75	75	
68120000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.33
						50	25	85	25	25	
68210000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
						10	10	10	10	10	
	2	2	2	2	2	1.484	1.507	1.486	3.626	3.376	
											THH2
68120000	0	25	0	0	0	4	-22	2	2	2	12.21
						80	80	50	50	50	
						5	5	5	5	5	12.26
68110000	96	180	0	0	0	144	40	0	0	0	12.60
						0	60	0	0	0	
	96	205	0	0	0	233	163	57	57	57	
68110000	0	0	0	0	0	1	0	2	2	2	21.20
						130	0	0	0	0	
68310000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	21.30
						35	25	40	0	0	
						207	0	0	0	0	
						138	138	140	140	140	
						57	71	60	60	60	
						13	3	25	25	25	
						36	21	50	50	50	
						119	100	110	110	110	
						0	17	5	5	5	
68110000	0	0	800	800	0	20	16	80	80	80	
						557	3.200	-380	-800	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2014	2015	2016	2017	2018
21.50	Sonstige schulische Aufgaben u Einricht. Erwerb von beweglichem Vermögen KMZ	78310000	12	10	10	10	10
	Summe Produktbereich 21		1.325	3.601	942	482	482
25.21	Kreisarchiv Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	2	2	2
	Summe Produktbereich 25		0	0	2	2	2
26.10	Theater Tonne Investitionskostenzuschuss	78120000	100	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 26		100	0	0	0	0
28.10	Sonstige Kulturpflege Investitionszuweisungen v. verb. Unternehmen Erwerb von beweglichem Vermögen	68150000 78310000	1	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 28		1	0	0	0	0
42.41	Theodor-Heuss-Sporthalle Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	15	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 42		15	0	0	0	0
THH 4	Soziale Hilfen und Schwerbehindertenrecht						
31.40	Soziale Einrichtungen Erwerb von beweglichem Vermögen Rückflüsse von Ausleihungen an Gemeinden (GV) Rückflüsse von Ausleihungen an übrige Bereiche Investitionszuweisungen an übrige Bereiche	78310000 68820000 68880000 78180000	260 47	200	150	0	0
	Summe Produktbereich 31		307	200	150	0	0
THH 5	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe						
36.30	Hilfen f. junge Menschen und Familien Ausz. Erwerb von Anteilsr. - s. Anteilsr.	78430000	0	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 36		0	0	0	0	0
THH 6	Gesundheit						
41.10	Krankenhäuser Investitionszuweisung von verb. Unt., Bet., Son. Ausz. Investitionsförderungsmaßnahmen	68150000 78150000	2.005	2.005	2.005	2.005	2.005



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Eigenmittel im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018	
						12	10	10	10	10	21.50
	0	0	800	800	0	1.325	3.601	142	-318	482	
						0	0	2	2	2	25.21
						0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	0	2	2	2	
	0	0	0	0	0	100	0	0	0	0	26.10
						0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	100	0	0	0	0	
68150000	1	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	28.10
						1	0	0	0	0	
	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	15	0	0	0	0	42.41
						0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	15	0	0	0	0	
68820000	37	38	39	40	32	260	200	150	0	0	31.40
68880000	146	129	120	119	121	-37	-38	-39	-40	-32	
						-146	-129	-120	-119	-121	
						47	0	0	0	0	
	183	167	159	159	153	124	33	-9	-159	-153	
						0	0	0	0	0	36.30
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
68150000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	-1.000	41.10
						2.005	2.005	2.005	2.005	2.005	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2014	2015	2016	2017	2018
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	14	15	15	15	16
	Summe Produktbereich 41		2.019	2.020	2.020	2.020	2.021
THH 7	Räumliche Planung und Entwicklung						
51.11	Vermessung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	10	10	5	5	5
51.12	Flurneuordnung Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 51		10	10	5	5	5
THH 9	Abfallwirtschaft						
53.70	Abfallwirtschaft Auszahlung für Baumaßnahmen	78710000	0	425	225	150	0
	Summe Produktbereich 53		0	425	225	150	0
THH 10	Verkehr und ÖPNV						
54.20	KREISSTRASSEN						
54.20	Ausbaumaßnahmen						
54.20	7.542000.0320 Beschilderung Radwege Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	35	0	0	0
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	150	15	0	0	0
			150	50	0	0	0
54.20	7.542011.6735.001 (VKZ 1122) Marbach - Ödenwaldstetten Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	150	0	0
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	810	652	150	0	0
	Geplant: 1.762.000 EUR		810	652	300	0	0
54.20	7.542011.6735.002 (VKZ 1142) Marbach, Brücke über die Lauter Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	130	170	0	0	0
	Geplant: 300.000 EUR		130	170	0	0	0
54.20	7.542012.6735 Marbach, Bahnübergang Investitionszuweisungen vom Bund	68100000					
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	325	32	0	0	0
	Geplant: 357.000 EUR		325	32	0	0	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Eigenmittel im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018	
						14	15	15	15	16	41.40
	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.019	1.020	1.020	1.020	1.021	
						10	10	5	5	5	51.11
						0	0	0	0	0	51.12
	0	0	0	0	0	10	10	5	5	5	
						0	425	225	150	0	53.70
	0	0	0	0	0	0	425	225	150	0	
											54.20
											54.20
											54.20
						0	35	0	0	0	
68110000	75	0	0	0	0	75	15	0	0	0	
	75	0	0	0	0	75	50	0	0	0	
											54.20
						0	0	150	0	0	
						0	0	0	0	0	
						810	652	150	0	0	
	0	0	0	0	0	810	652	300	0	0	54.20
						0	0	0	0	0	
						0	0	0	0	0	
						130	170	0	0	0	
	0	0	0	0	0	130	170	0	0	0	54.20
68100000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
68110000	250	195	0	0	0	-250	-195	0	0	0	
						0	0	0	0	0	
						325	32	0	0	0	
	250	195	0	0	0	75	-163	0	0	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2014	2015	2016	2017	2018
54.20	7.542012.6754 K 6754 Apfelstetten - B 465						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	100	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	325	380	120	0
	Geplant: 925.000 EUR		0	325	480	120	0
54.20	7.542013.6708.004 Hanner Steige						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	300	200	0	0
	Geplant: 500.000 EUR		0	300	200	0	0
54.20	7.542013.6756.004 K 6756 Gniebel - Pliezhausen						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	40	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	0	440	0
	Geplant: 480.000 EUR		0	0	0	480	0
54.20	7.542013.6764.002 K6764/B27 Querungshilfe Walddorfhäslach						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	20	40	0	0
	Geplant: 60.000 EUR		0	20	40	0	0
54.20	7.542013.6769.004 Stützmauer Gundelfingen						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	110	0	0	0	0
	Geplant: 110.000 EUR (Ausführung in 2014)		110	0	0	0	0
54.20	7.542014.6715 K 6715 Mittelstadt - Bempflingen						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	10	100	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	30	0	560	0	0
	Geplant: 690.000 EUR		30	10	660	0	0
54.20	7.542014.6739.004 OD Wilsingen						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	350	0	0	0	0
	Geplant: 350.000 EUR		350	0	0	0	0
54.20	7.542014.6769 K 6769 Bahnübergang Münsingen						
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	135	0	0	0	0
	Geplant: 135.000 EUR		135	0	0	0	0
54.20	7.542015.6742.004 K 6742 OD Huldstetten bis OD Geisingen						
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	25
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	30	20	650	275
	Geplant: 1.000.000 EUR		0	30	20	650	300
54.20	7.542015.6709.004 K 6709 OD Bleichstetten						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	120	0	0	0
	Geplant: 120.000 EUR		0	120	0	0	0
54.20	7.542015.6703.004 K 6703 OD Rietheim, Kanalbeitrag						
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	16	0	0	0
	Geplant: 16.000 EUR		0	16	0	0	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Eigenmittel im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018	
											54.20
						0	0	100	0	0	
						0	325	380	120	0	
	0	0	0	0	0	0	325	480	120	0	54.20
						0	300	200	0	0	
	0	0	0	0	0	0	300	200	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	0	0	40	0	
	0	0	0	0	0	0	0	0	440	0	
	0	0	0	0	0	0	0	0	480	0	54.20
						0	20	40	0	0	
	0	0	0	0	0	0	20	40	0	0	
											54.20
	0	0	0	0	0	110	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	110	0	0	0	0	54.20
						0	10	100	0	0	
						30	0	560	0	0	
	0	0	0	0	0	30	10	660	0	0	54.20
						0	0	0	0	0	
						350	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	350	0	0	0	0	54.20
68110000	100	65	0	0	0	-100	-65	0	0	0	
						135	0	0	0	0	
	100	65	0	0	0	35	-65	0	0	0	54.20
						0	0	0	0	25	
						0	30	20	650	275	
	0	0	0	0	0	0	30	20	650	300	54.20
	0	0	0	0	0	0	120	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	120	0	0	0	54.20
						0	16	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	16	0	0	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2014	2015	2016	2017	2018
54.20	7.542015.6769.004 K 6769 Münsingen-Buttenhausen, Geschwindigkeitsteiler Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	50	0	0	0
	Geplant: 50.000 EUR		0	50	0	0	0
54.20	7.542015.6770.004 K 6770 Münsingen-Buttenhausen, Geschwindigkeitsteiler Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	50	0	0	0
	Geplant: 50.000 EUR		0	50	0	0	0
54.20	7.542015.6708.003 K 6708 Radweg Eppenzill Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	25	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	15	220	0	0
	Geplant: 260.000 EUR		0	15	245	0	0
54.20	7.542015.6736.004 K 6736 OD Oberstetten, Kanalbeitrag Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	35	0	0	0
	Geplant: 35.000 EUR		0	35	0	0	0
54.20	7.542015.6745.004 K 6745 Zwiefalten-Upflamör, Amphibienschutzzaun Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	115	0	0	0
	Geplant: 115.000 EUR		0	115	0	0	0
54.20	7.542013.6764.002 K 6764 OD Walddorfhäslach Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	10	0	0
	Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	30	0	50
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	0	610	0
	Geplant: 700.000 EUR		0	0	40	610	50
54.20	7.542017.6714.002 K 6716 OD Gniebel und Gniebel-Dörnach Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	40	30
	Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	10	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	0	0	210
	Geplant: 290.000 EUR		0	0	0	50	240
54.20	7.542018.6747.003 K 6747 / K 6749 OD Aichelau Aktivierte Eigenleistungen	48110000	0	0	0	0	30
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	0	0	0	0	470
	Geplant: 500.000 EUR		0	0	0	0	500
54.20	Kreisstraßen Investitionszuweisungen vom Bund	68100000					
	Investitionszuweisungen vom Land	68110000					
	Veräußerung von beweglichem Vermögen	68310000					
	Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	450	450	450	450	450
			450	450	450	450	450
54.20	7.542000.0102.001 Neubau Straßenmeisterei Münsingen Erwerb von Grundstücken	78210000	0	0	0	0	0
	Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen	78720000	700	100	4.420	400	0
			700	100	4.420	400	0



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Eigenmittel im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018	
						0	50	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	50	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	50	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	0	25	0	0	
	0	0	0	0	0	0	15	220	0	0	
	0	0	0	0	0	0	15	245	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	35	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	35	0	0	0	54.20
	0	0	0	0	0	0	115	0	0	0	
	0	0	0	0	0	0	115	0	0	0	54.20
68120000	0	0	0	0	0	0	0	10	0	0	
						0	0	30	0	50	
						0	0	0	610	0	
	0	0	0	0	0	0	0	40	610	50	54.20
						0	0	0	40	30	
						0	0	0	10	0	
						0	0	0	0	210	
	0	0	0	0	0	0	0	0	50	240	54.20
						0	0	0	0	30	
						0	0	0	0	470	
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	500	
68100000	90	90	90	90	90	-90	-90	-90	-90	-90	54.20
68110000	125	125	125	125	125	-125	-125	-125	-125	-125	
68310000	16	21	16	16	16	-16	-21	-16	-16	-16	
						450	450	450	450	450	
	231	236	231	231	231	220	214	220	220	220	54.20
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	700	100	4.420	400	0	
	0	0	0	0	0	700	100	4.420	400	0	



Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe	Bezeichnung	Sach- konto	Auszahlungen im Haushaltsjahr				
			2014	2015	2016	2017	2018
54.70	Verkehrsbetriebe/ÖPNV Schwäbische Albbahn (SAB) Bahnübergang Münsingen - Investitionskostenzuschuss Bahnübergang Marbach - Investitionskostenzuschuss	78170000 78170000	17 17	15 15	0 0	0 0	0 0
			34	30	0	0	0
	Summe Produktbereich 54 (o. aktivierte Eigenleistungen)		3.224	2.525	6.450	2.680	1.405
THH 11	Naturschutz, Land- und Landwirtschaft						
55.50	Forstwirtschaft Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	14	14	14	14	14
55.51	Landwirtschaft Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	0	0	0	40	25
	Summe Produktbereich 55		14	14	14	54	39
THH 12	Umweltschutz						
56.10	Umweltschutzmaßnahmen Erwerb von beweglichem Vermögen	78310000	6	6	6	6	6
	Summe Produktbereich 56		6	6	6	6	6
THH 14	Allgemeine Finanzwirtschaft						
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft Kreditaufnahmen für Umschuldung Kreditaufnahmen Tilgung von Krediten bei Kreditinstituten Tilgung von Krediten bei Kreditinstituten (Umschuldung)	69270000 69270000 79270000 79270000	0 0 6.700 7.000	0 0 7.100 5.000	0 0 7.000 5.000	0 0 6.900 5.000	0 0 7.100 5.000
	Summe Produktbereich 61		13.700	12.100	12.000	11.900	12.100
	ZUSAMMENSTELLUNG						
	Summe Produktbereich 11		1.485	1.508	1.487	3.627	3.377
	Summe Produktbereich 12		329	368	57	57	57
	Summe Produktbereich 21		1.325	3.601	942	482	482
	Summe Produktbereich 25		0	0	2	2	2
	Summe Produktbereich 26		100	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 28		1	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 31		307	200	150	0	0
	Summe Produktbereich 36		0	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 41		2.019	2.020	2.020	2.020	2.021
	Summe Produktbereich 42		15	0	0	0	0
	Summe Produktbereich 51		10	10	5	5	5
	Summe Produktbereich 53		0	425	225	150	0
	Summe Produktbereich 54		3.224	2.525	6.450	2.680	1.405
	Summe Produktbereich 55		14	14	14	54	39
	Summe Produktbereich 56		6	6	6	6	6
	Summe Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen		8.835	10.676	11.357	9.082	7.393
	Summe Produktbereich 61		13.700	12.100	12.000	11.900	12.100



Sach- konto	Erwartete Einzahlungen im Haushaltsjahr					Eigenmittel im Haushaltsjahr					Teilhaus- halt/ Produkt- gruppe
	2014	2015	2016	2017	2018	2014	2015	2016	2017	2018	
											54.70
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	17	15	0	0	0	
	0	0	0	0	0	17	15	0	0	0	
	0	0	0	0	0	34	30	0	0	0	
	656	496	231	231	231	2.569	2.029	6.220	2.450	1.175	
						14	14	14	14	14	
						0	0	0	40	25	
	0	0	0	0	0	14	14	14	54	39	
						6	6	6	6	6	
	0	0	0	0	0	6	6	6	6	6	
69270000	7.000	5.000	5.000	5.000	5.000	-7.000	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000	
69270000	6.700	7.100	7.000	5.500	4.500	-6.700	-7.100	-7.000	-5.500	-4.500	
						6.700	7.100	7.000	6.900	7.100	
						7.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
	13.700	12.100	12.000	10.500	9.500	0	0	0	1.400	2.600	
	2	2	2	2	2	1.484	1.507	1.486	3.626	3.376	
	96	205	0	0	0	233	163	57	57	57	
	0	0	800	800	0	1.325	3.601	142	-318	482	
	0	0	0	0	0	0	0	2	2	2	
	0	0	0	0	0	100	0	0	0	0	
	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	183	167	159	159	153	124	33	-9	-159	-153	
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.019	1.020	1.020	1.020	1.021	
	0	0	0	0	0	15	0	0	0	0	
	0	0	0	0	0	10	10	5	5	5	
	0	0	0	0	0	0	425	225	150	0	
	656	496	231	231	231	2.569	2.029	6.220	2.450	1.175	
	0	0	0	0	0	14	14	14	54	39	
	0	0	0	0	0	6	6	6	6	6	
	1.937	1.869	2.191	2.191	1.385	6.898	8.806	9.166	6.891	6.008	
	13.700	12.100	12.000	10.500	9.500	0	0	0	1.400	2.600	





**Übersicht über die Entwicklung des
Schuldenstandes in den Haushaltsjahren
2014 - 2018
(ohne Kassenkredite)**

am 31.12.	Schuldenstand		Schuldendienst		Neuaufnahmen
	insgesamt TEUR	je Einwohner EUR	Zinsen TEUR	Tilgung TEUR	TEUR
2014	84.808	307	2.900	6.700	6.700
2015	84.808	307	2.800	7.100	7.100
2016	84.808	307	2.800	7.000	7.000
2017	83.408	302	2.800	6.900	5.500
2018	80.808	293	2.800	7.100	4.500
zusammen			14.100	34.800	30.800





Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben

Verpflichtungs- ermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben in 1.000 EUR			
	2016	2017	2018	Summe
2014	-	-	-	-
2015	8.685	3.400	0	12.085
Summe	8.685	3.400	-	12.085
Nachrichtlich: im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen	7.000	5.500	4.500	17.000



Aufgliederung der Verpflichtungsermächtigungen

Produkt- gruppe	Bezeichnung	Haushaltsjahr			Summe TEUR
		2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR	
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement				
	Barrierefreier Zugang Bi. 47	250	0	0	250
	Asylbewerberwohnheime	3.000	3.000	0	6.000
21.30	Berufsbildende Schulen				
	Erweiterungsbau Theodor-Heuss-Schule	420	0	0	420
53.70	Abfallwirtschaft				
	Planung Wertstoffhöfe	25	0	0	25
54.20	Kreisstraßen				
	Neubau Straßenmeisterei Münsingen	4.420	400	0	4.820
	K 6735 Ausbau Marbach- Ödenwaldstetten	150	0	0	150
	K 6754 Apfelstetten - B 465	380	0	0	380
	K 6764 / B27 Querungshilfe Walddorfhäslach	40	0	0	40
	Summe	8.685	3.400	0	12.085



Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Liquidität

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Finanzhaushalt		Finanzplanung		
		2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
		1	2	3	4	5
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn *	8.921.069				
2	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn **	0				
3	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn ***	14.000.000				
4	= verfügbare liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	-5.078.931				
5	- Auszahlungen aufgrund von übertragenen Ermächtigungen der Vorjahre "HH-Reste 2013"	5.544.650				
6	+ Einzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aus 2013 **** - restliche Kreditermächtigung -	5.000.000				
7	= voraussichtliche Liquidität am Jahresanfang (= Wert zum Vorjahresende)		-6.772.265	-8.280.971	-9.757.941	-10.361.053
8	+/- veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (§ 3 Nr. 22 GemHVO)	-1.148.684	-1.508.706	-1.476.970	-603.112	296.236
9	= voraussichtliche Liquidität zum Jahresende*	-6.772.265	-8.280.971	-9.757.941	-10.361.053	-10.064.817

* aus der Finanzrechnung (§ 50 Nr. 42 GemHVO) des Vorjahres; entspricht den liquiden Mitteln der Kontenarten 171 und 173

** entspricht dem Konto 1492 - Sonstige Einlagen -; --> **Liquiditätskredite an die Kreiskliniken Reutlingen GmbH zum 01.01.2014 in Höhe von 20.000.000 EUR sind hier nicht enthalten**

*** Die Aufnahme von Kassenkrediten führt zu einer Veränderung des Zahlungsmittelbestands. Kassenkredite sind nur zur kurzfristigen Liquiditätsüberbrückung erlaubt und müssen zeitnah zurückbezahlt werden, daher soll der Wert an Kassenkrediten (Kontenart 239) hier berücksichtigt werden.

**** Die Kreditermächtigung gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr erlassen ist (vgl. § 87 Abs. 3 GemO).

* Voraussichtlicher Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2014 (bereinigt um Liquiditätskredite an die Kliniken) 13.227.735 EUR





Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden (einschließlich Kassenkredite)

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	
1. Anleihen und Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	91.580	93.089
1.1 Anleihen	0	0
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	84.808	84.808
1.2.1 Bund		
1.2.2 Land		
1.2.3 Gemeinden und Gemeindeverbände		
1.2.4 Zweckverbände und dergleichen		
1.2.5 sonstiger öffentlicher Bereich	33.912	35.490
1.2.6 Kreditmarkt	50.896	49.318
1.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	6.772	8.281
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0
Voraussichtliche Gesamtschulden ohne Kassenkredite (1.1 + 1.2 + 2.)	84.808	84.808
Voraussichtliche Gesamtschulden (1. + 2.)	91.580	93.089

Nachrichtlich

3. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Angaben jeweils für einzelne Sondervermögen)		
3.1 Anleihen		
3.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
3.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)		
3.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		

4. Schulden insgesamt		
4.1 Anleihen		
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)		
4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
Summe 4.1 + 4.2 + 4.3 + 4.4		



Lfd. Nr.	Gläubiger	Konto-Nr.	Tag der Schuldenaufnahme	Zinssatz v.H.	Tilgungsplan / Laufzeit	
					EUR	
	Sonstiger öffentlicher Bereich					
1	L-Bank Staatsbank für Baden-Württemberg	557.800041.0 94110000032	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	20.790
2	Dieselbe	557.800042.7 94110000033	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	40.724
3	Dieselbe	557.800044.1 94110000034	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	23.106
4	Dieselbe	557.800040.3 94110000035	17.02.11	3,15	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	3.540
5	Dieselbe	557.800114.1 94110000040	23.02.12	3,14	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	44.737
6	Dieselbe	557.800115.8 94110000041	23.02.12	3,14	ab 15.08.12 vj. Festzins bis 15.05.21	58.553
7	Dieselbe	557.800593.4 94110000043	24.01.13	2,09	ab 15.08.13 vj. Festzins bis 15.05.22	56.185
8	Dieselbe	557.800711.4 94110000044	08.02.13	1,20	ab 15.02.14 vj. Festzins bis 15.11.22	17.500
9	Dieselbe	557.801235.0 94110000047	09.09.14	1,014	ab 15.02.16 vj. Festzins bis 15.11.24	26.185
10	Kreditanstalt für Wiederaufbau	9 830 878 94110000031	18.10.96	4,12	ab 15.02.98 hj. Festzins bis 15.02.17	79.889
11	Dieselbe	2 517 126 94110000027	15.02.00	3,76	ab 15.02.01 hj. Festzins bis 15.08.19	5.440
12	Dieselbe	4 906 001 94110000026	20.07.01	2,97	ab 15.02.02 hj. Festzins bis 15.02.21	10.653
13	Dieselbe	6 276 552 94110000028	20.07.01	2,97	ab 15.02.02 hj. Festzins bis 15.02.21	36.313
14	Dieselbe	5 932 388 94110000025	20.07.01	2,97	ab 15.02.02 hj. Festzins bis 15.02.21	2.086
15	Dieselbe	5 073 296 94110000022	01.04.04	3,8364	ab 15.11.05 hj. Festzins bis 15.11.14	137.500
16	Dieselbe	960 56 60 94110000017	01.06.05	3,4096	ab 15.08.06 hj. Festzins bis 15.08.15	161.459
17	Dieselbe	363 17 08 94110000042	20.06.12	0,10	ab 15.08.15 vj. Festzins bis 15.08.22	41.177



Stand der Schuld ursprünglich EUR	auf 31.12.14 EUR	Schuldendienst im Planjahr		Verwendungsnachweis Verwaltungsweig	Lfd. Nr.
		Zinsen EUR	Tilgung EUR		
1.580.000	1.372.100	42.900	83.200		1
3.095.000	2.687.760	82.750	162.900		2
1.756.000	1.524.940	46.950	92.450		3
269.000	233.600	7.200	14.200		4
3.400.000	2.952.630	90.600	178.950		5
4.450.000	3.864.470	118.600	234.250		6
4.270.000	3.932.890	80.450	224.750		7
1.330.000	1.260.000	14.800	70.000		8
1.990.000	1.990.000	20.200	0		9
3.834.689	1.118.451	44.450	159.800		10
255.646	103.336	3.800	10.900		11
511.292	234.333	6.800	21.300		12
1.742.995	798.870	23.200	72.650		13
100.085	45.861	1.800	4.200		14
6.600.000	3.987.500	150.350	275.000		15
7.750.000	5.005.197	167.900	322.950		16
2.800.000	2.800.000	2.800	82.350		17
45.734.707	33.911.938	905.550	2.009.850	Summe	



Lfd. Nr.	Gläubiger	Konto-Nr.	Tag der Schuldenaufnahme	Zinssatz v.H.	Tilgungsplan/Laufzeit	EUR
	Kreditmarkt					
	Sparkassen					
18	Kreissparkasse Reutlingen	6 000 404 631 9411000006	21.02.97/ 15.08.07	4,35	ab 15.08.98 hj. Zinssatz-Swap bis 15.02.22	103.856
19	Dieselbe	6 000 404 617 9411000007	09.11.92/ 10.11.07	4,33	ab 30.03.94 jährlich Zinssatz-Swap bis 30.03.20	122.710
20	Dieselbe	6 000 404 624 9411000004	28.04.98/ 15.08.08	4,39	ab 15.08.08 jährlich Zinssatz-Swap bis 15.02.23	181.083
21	Dieselbe	6 000 222 332 9411000001	30.06.94/ 30.06.09	4,01	ab 30.03.97 vj. Festzins bis 31.12.21	48.302
22	Dieselbe	6 000 561 000 94110000036	04.03.11	3,44	ab 31.03.12 vj. Festzins bis 31.12.21	62.500
23	Dieselbe	6 000 561 024 94110000037	30.06.11 (Umschuldung)	2,77	ab 30.09.11 vj. Festzins bis 30.06.16	95.000
24	Dieselbe	6 000 560 984 94110000038	15.07.11 (Umschuldung)	3,46	ab 30.09.11 vj. Festzins bis 31.12.21	29.430
25	Dieselbe	6 000 561 017 94110000039	28.10.11	3,44	ab 31.03.12 vj. Festzins bis 31.12.21	62.500
26	Dieselbe	6 000 728 214 94110000045	28.10.13	2,19	ab 30.03.14 vj. Festzins bis 30.12.23	75.000
27	Dieselbe	6 000 742 898 94110000046	14.02.14 (Umschuldung)	1,95	ab 30.03.14 vj. Festzins bis 15.02.24	35.221
28	Landesbank Baden-Württemberg	606 362 177 94110000019	26.11.03	4,61	ab 30.03.04 vj. Festzins bis 30.12.23	62.500
29	Dieselbe	606 690 980 94110000023	06.12.04	3,98	ab 30.03.06 vj. Festzins bis 30.12.25	100.000
30	Dieselbe	606 769 196 94110000015	06.06.05	3,505	ab 30.03.06 vj. Festzins bis 30.12.25	53.125
31	Dieselbe	606 909 990 94110000030	27.07.05	3,49	ab 30.03.07 vj. Festzins bis 30.12.26	43.750
32	Dieselbe	607 484 462 94110000016	30.01.07	4,175	ab 30.03.07 vj. Festzins bis 30.06.20	107.371
33	Dieselbe	601 950 011 94110000002	10.11.88	4,45	ab 30.03.90 vj. Festzins bis 30.12.16	30.678



Stand der Schuld ursprünglich EUR	auf 31.12.14 EUR	Schuldendienst im Planjahr		Verwendungsnachweis Verwaltungsweig	Lfd. Nr.
		Zinsen EUR	Tilgung EUR		
4.985.096	1.557.843	90.100	207.750		18
3.067.752	736.260	30.100	122.750		19
4.345.981	1.539.191	87.200	181.100		20
4.830.175	1.352.449	51.350	193.200		21
5.000.000	4.250.000	143.000	250.000		22
1.900.000	570.000	11.850	380.000		23
1.236.033	824.013	27.000	117.750		24
5.000.000	4.250.000	143.000	250.000		25
6.000.000	5.700.000	122.400	300.000		26
3.440.000	1.937.116	36.750	140.900		27
5.000.000	2.250.000	99.400	250.000		28
8.000.000	4.400.000	169.150	400.000		29
4.250.000	2.337.500	79.150	212.500		30
3.500.000	2.100.000	71.800	175.000		31
5.782.711	2.346.830	91.250	429.500		32
3.067.752	245.420	8.900	122.750		33



Lfd. Nr.	Gläubiger	Konto-Nr.	Tag der Schuldenaufnahme	Zinssatz v.H.	Tilgungsplan/Laufzeit	
						EUR
34	Dieselbe	603 615 910 9411000003	12.02.93	4,12	ab 30.03.94 vj. Festzins bis 30.12.20	51.130
35	Dieselbe	604 001 967 9411000005	31.08.93	4,09	ab 30.03.95 vj. Festzins bis 30.12.19	51.130
36	Dieselbe	606 570 772 9411000009	04.12.95	3,31	ab 01.03.97 vj. Festzins bis 01.12.16	23.520
37	Dieselbe	604 475 705 9411000010	16.02.96	3,64	ab 30.03.97 vj. Festzins bis 30.06.22	51.130
38	Dieselbe	604 558 198 9411000011	25.10.96	4,08	ab 30.03.98 vj. Festzins bis 30.12.22	25.565
Zusammenstellung						
Summe - Sonstiger öffentl. Bereich -						
Summe - Kreditmarkt -						
Weitere Kreditaufnahmen						
Restliche Kreditermächtigung 2014				3,0		
Kreditermächtigung 2015				3,0		



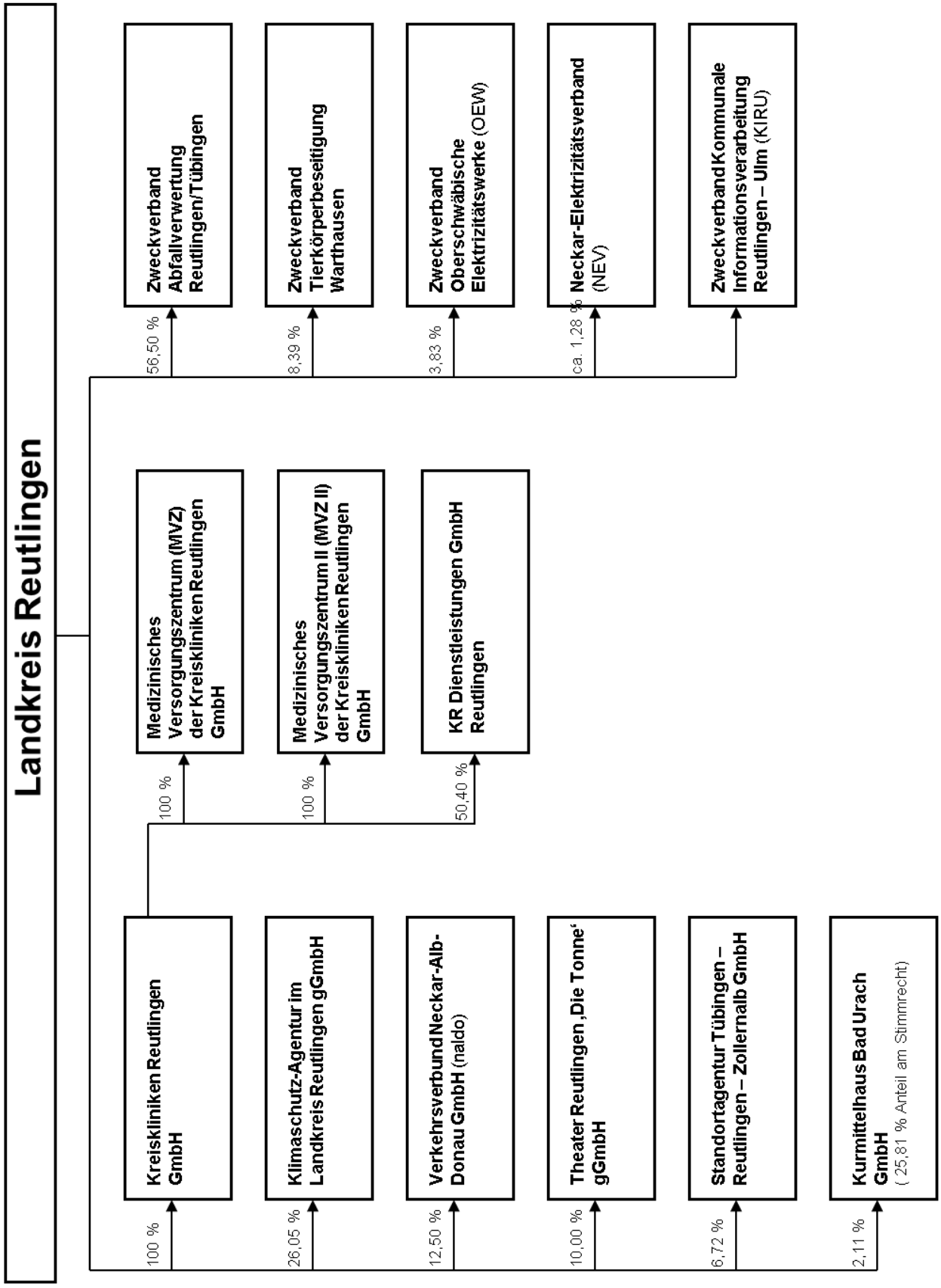
Stand der Schuld		Schuldendienst im Planjahr		Verwendungsnachweis Verwaltungsweig	Lfd. Nr.
ursprünglich EUR	auf 31.12.14 EUR	Zinsen EUR	Tilgung EUR		
5.112.919	1.227.100	47.400	204.550		34
5.112.919	1.022.584	38.700	204.550		35
1.881.555	188.155	5.100	94.100		36
5.112.919	1.533.876	53.050	204.550		37
2.556.459	818.067	31.800	102.300		38
89.182.271	41.186.404	1.438.450	4.543.250	Summe	
45.734.707	33.911.938	905.550	2.009.850		
89.182.271	41.186.404	1.438.450	4.543.250		
134.916.978	75.098.342	2.344.000	6.553.100	Summe	
9.710.000	9.710.000	331.000	585.000		
7.100.000		105.000			
151.726.978	84.808.342	2.780.000	7.138.100	Summe	





Beteiligungsübersicht

2015



Stand: 31.12.2013



Gesellschaften	Anteil Landkreis RT am Stammkapital in %		Stammkapital in €	Bilanzsumme in €	Ergebnis in €
	unmittelbar	über mittelbar			
Beteiligungsquote = 100 %					
Kreiskliniken Reutlingen GmbH	100,00		1.000.000	229.875.719,80	-9.360.516,73
Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) der Kreiskliniken Reutlingen GmbH		100,00	25.000	430.862,51	-144.045,75
Medizinisches Versorgungszentrum II (MVZ II) der Kreiskliniken Reutlingen GmbH		100,00	25.000	300.950,77	1.960,54
Beteiligungsquote < 100 % und ≥ 25 %					
KR Dienstleistungen GmbH Reutlingen			25.000	379.783,33	35.697,55
Klimaschutz-Agentur im Landkreis Reutlingen gGmbH	26,05		57.500	246.361,75	55.734,80
Beteiligungsquote < 25 %					
Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau GmbH (naldo)	12,50		40.000	887.508,23	0,00
Theater Reutlingen 'Die Tonne' gGmbH	10,00		25.000	717.860,18	75.435,93
Standortagentur Tübingen - Reutlingen - Zollernalb GmbH	6,72		52.850	344.568,14	104.249,99
Kurmittelhaus Bad Urach GmbH	* 2,11		1.895.500	891.756,03	34.686,56
Nachrichtlich: Beteiligungen an Zweckverbänden					
Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen	56,50				
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Warthausen	8,39				
Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke (OEW)	3,83				
Neckar-Elektrizitätsverband (NEV)	ca. 1,28 % der Stimmen				
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen - Ulm (KIRU)					
		Beteiligungsquote aufgrund Neugründung Zweckverband nicht ermittelbar			

* 25,81 % Anteil am Stimmrecht

1) Jahresergebnis vor Verlustvortrag u. Entnahme aus Kapitalrücklagen

2) Jahresergebnis vor Verlustvortrag

Stand 31.12.2013





**Verzeichnis
der
Kreisstraßen**



Nummer	Straßenverlauf
1)	Bisherige Kreisstraßen
6700	K 6701 Gächingen - L 249 Sirchingen
6701	L 249 Gächingen - Dottingen - L 230 Münsingen
6702	L 230 Steingeborn - K 6701 Dottingen
6703	L 230 Dottingen - Rietheim - Trailfingen - L 245c
6704	L 252 bei Böhringen - B 465 bei Gutenberg
6705	L 252 Böhringen - Strohweiler
6706	B 465 - Wittlingen - Hengen - L 245 bei Hengen
6707	K 6706 Hengen - B 28
6708	L 380 Würtingen - L 249 Bad Urach
6709	K 6708 Bleichstetten - L 249 Upfingen
6710	K 6711 bei Ohnastetten - L 380 bei Lonsingen
6711	L 387 Holzelfingen - Ohnastetten - L 380 Würtingen
6712	Kreisgrenze Kappishäusern - B 28 Dettingen/Erms
6713	B 313 bei Grafenberg - Kreisgrenze Tischardt
6714	L 380a bei Eningen u.A. - B 28 Metzingen
6715	L 378a Sondelfingen - Reicheneck - Mittelstadt- Kreisgrenze Bempflingen
6716	L 373 Gniebel - Dörmach
6717	L 373 bei Walddorf - Kreisgrenze Altenriet
6719	Rübgarten L 373
6720	B 297 - Altenburg - Rommelsbach - L 378a
6721	Kreisgrenze Kirchentellinsfurt - Altenburg
6722	Kreisgrenze Kirchentellinsfurt - Sickenhausen - K 6720
6723	Kreisgrenze Kirchentellinsfurt - K 6725 Degerschlacht
6724	L 379 Wannweil - K 6725 Degerschlacht
6725	B 28 (L 384) Betzingen - Degerschlacht - K 6722 Sickenhausen
6726	B 28 (L 384) Reutlingen - K 6725 Degerschlacht
6727	Kreisgrenze Mähringen - L 387 Ohmenhausen
6728	L 230 Bronnweiler - L 383 Alteburg
6729	L 383 Gönningen - L 382 Pfullingen
6730	Parkplatz Roßberg - L 230 Genkingen
6731	Kreisgrenze Melchingen - L 382 Undingen
6732	L 230 - Parkplatz Lichtenstein
6733	L 387 bei Holzelfingen - L 230 Kohlstetten
6734	B 312 Bernloch - L 249 Gomadingen
6735	L 248 Ödenwaldstetten - L 249 Marbach
6736	Kreisgrenze Hörschwag - Trochtelfingen - Steinhilben - Oberstetten - L 248 Ödenwaldstetten
6737	K 6736 - Meidelstetten - B 312 Bernloch
6738	Kreisgrenze Harthausen - K 6736
6739	Kreisgrenze Harthausen - Wilsingen - K 6736 Steinhilben
6740	K 6739 Wilsingen - B 312 Pfronstetten
6742	Geisingen - B 312 Huldstetten



Nummer	Freie Strecke km	Ortsdurch- fahrt / km	Kreisstraße km	Baulast Dritter / km	Gesamt- strecke / km
1)	Bisherige Kreisstraßen				
6700	3,151	0,487	3,638	0,000	3,638
6701	6,410	2,822	9,232	0,000	9,232
6702	2,315	1,075	3,390	0,000	3,390
6703	4,584	1,458	6,042	0,000	6,042
6704	1,911	0,000	1,911	0,000	1,911
6705	2,372	0,412	2,784	0,000	2,784
6706	3,907	2,052	5,959	0,000	5,959
6707	0,998	0,269	1,267	0,000	1,267
6708	7,439	0,404	7,843	0,000	7,843
6709	2,515	0,581	3,096	0,000	3,096
6710	1,012	0,000	1,012	0,000	1,012
6711	5,428	1,021	6,449	0,000	6,449
6712	2,088	0,000	2,088	0,000	2,088
6713	0,149	0,000	0,149	0,000	0,149
6714	3,854	0,906	4,760	0,000	4,760
6715	4,593	0,000	4,593	0,843	5,436
6716	0,532	0,604	1,136	0,000	1,136
6717	0,362	0,000	0,362	0,000	0,362
6719	0,098	0,496	0,594	0,000	0,594
6720	3,113	0,000	3,113	1,821	4,934
6721	0,422	0,000	0,422	0,503	0,925
6722	0,660	0,000	0,660	0,808	1,468
6723	0,216	0,000	0,216	0,195	0,411
6724	1,199	0,722	1,921	0,493	2,414
6725	1,624	0,000	1,624	2,129	3,753
6726	1,453	0,000	1,453	1,961	3,414
6727	0,838	0,000	0,838	0,000	0,838
6728	1,392	0,000	1,392	0,385	1,777
6729	5,363	1,305	6,668	0,000	6,668
6730	3,119	0,398	3,517	0,000	3,517
6731	2,513	1,274	3,787	0,000	3,787
6732	1,495	0,000	1,495	0,000	1,495
6733	3,503	0,757	4,260	0,000	4,260
6734	6,634	0,811	7,445	0,007	7,452
6735	5,845	0,000	5,845	0,009	5,854
6736	10,897	3,875	14,772	0,006	14,778
6737	4,619	1,654	6,273	0,000	6,273
6738	2,158	0,000	2,158	0,000	2,158
6739	4,612	1,348	5,960	0,000	5,960
6740	3,059	0,596	3,655	0,000	3,655
6742	0,571	0,639	1,210	0,000	1,210



Nummer	Straßenverlauf
6743	B 312 - Gauingen - Hochberg - B 312
6744	Upflamör - K 6745
6745	Kreisgrenze Pflummern - Mörsingen - B 312 Zwiefalten
6746	L 245 Zwiefalten - L 245 bei Hayingen
6747	B 312 Tigerfeld - Aichstetten - Aichelau - L 249 Ehestetten
6748	B 312 Pfronstetten - K 6747 Aichstetten
6749	K 6747 Aichelau - L 245 bei Indelhausen
6750	K 6749 Münzdorf - L 245 bei Indelhausen
6751	K 6752 Anhausen - Kreisgrenze Erbstetten
6752	L 245 Indelhausen - Anhausen - Kreisgrenze Granheim
6753	Dürrenstetten - B 465 Bremelau
6754	L 245 - Apfelstetten - B 465 Oberheutal
6755	L 245 bei Apfelstetten - K 6754 Apfelstetten
6756	K 6716 Gniebel - B 297 Pliezhausen
6757	B 28 - Zainingen
2)	Abgestufte Landesstraßen
6758	L 211 Grabenstetten - B 28 Böhringen
6759	Kreisgrenze Esslingen - L 211 bei Grabenstetten
6760	L 250 bei Hülben - Kreisgrenze Esslingen
6761	Kreisgrenze Esslingen - Grafenberg - Kreisgrenze Esslingen
6762	Kreisgrenze Esslingen - Riederich - L 387a Metzingen
6763	B 312 - L 208b Riederich
6764	Kreisgrenze Esslingen - Walddorf
6767	B 312 Haidkapelle - L 382 bei Erpfingen
6768	Kreisgrenze Zollernalbkreis - L 385 Hausen a.d.L.
6769	B 465 Münsingen - Buttenhausen - Hundersingen- Gundelfingen-Indelhausen - L 249 Hayingen
6770	L 248 Wasserstetten - K 6769 Buttenhausen
6771	L 245 Hundersingen - B 465 Bremelau
6772	B 465 Unterheutal - Mehrstetten - Kreisgrenze Alb-Donau-Kreis
6773	L 230 bei Böttingen - Kreisgrenze Alb-Donau-Kreis
6774	Anschluss zur B 27 / B 464 (L 373)



Nummer	Freie Strecke km	Ortsdurch- fahrt / km	Kreisstraße km	Baulast Dritter / km	Gesamt- strecke / km
6743	3,416	1,547	4,963	0,000	4,963
6744	3,022	0,669	3,691	0,000	3,691
6745	5,864	0,177	6,041	0,000	6,041
6746	4,504	0,000	4,504	0,000	4,504
6747	8,167	1,600	9,767	0,000	9,767
6748	1,587	0,290	1,877	0,000	1,877
6749	6,730	0,570	7,300	0,000	7,300
6750	3,307	0,598	3,905	0,000	3,905
6751	3,098	0,451	3,549	0,000	3,549
6752	4,153	0,366	4,519	0,000	4,519
6753	2,224	0,885	3,109	0,000	3,109
6754	2,521	0,835	3,356	0,000	3,356
6755	0,343	0,352	0,695	0,000	0,695
6756	1,303	1,776	3,079	0,000	3,079
6757	0,031	0,956	0,987	0,000	0,987
Summe 1	169,293	37,038	206,331	9,160	215,491
2)	Abgestufte Landesstraßen				
6758	4,469	0,438	4,907	0,000	4,907
6759	3,101	0,204	3,305	0,000	3,305
6760	0,445	0,000	0,445	0,000	0,445
6761	0,232	0,958	1,190	0,000	1,190
6762	1,439	1,534	2,973	0,000	2,973
6763	0,000	0,414	0,414	0,000	0,414
6764	4,826	2,496	7,322	0,000	7,322
6767	4,671	0,000	4,671	0,000	4,671
6768	1,457	0,000	1,457	0,000	1,457
6769	15,972	3,909	19,881	0,006	19,887
6770	2,970	1,196	4,166	0,000	4,166
6771	3,575	0,371	3,946	0,000	3,946
6772	3,277	1,287	4,564	0,000	4,564
6773	2,764	0,000	2,764	0,000	2,764
6774	0,430	0,000	0,430	0,000	0,430
Summe 2	49,628	12,807	62,435	0,006	62,441
Gesamt- summe	218,921	49,845	268,766	9,166	277,932





Vorläufige Berechnung der Bemessungsgrundlagen und der Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleich

1. Berechnung der vorläufigen Steuerkraftsumme		
1.1	Grunderwerbsteuer 2013	11.829.353 EUR
1.2	Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft 2013	29.472.447 EUR
1.3	Teilbetrag der Steuerkraftsumme des Landkreises	41.301.800 EUR
1.4	Vorläufige Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Gemeinden	<u>336.439.216 EUR</u>
1.5	Vorläufige Steuerkraftsumme des Landkreises	<u>377.741.016 EUR</u>
2. Berechnung der vorläufigen Bedarfsmesszahl		
2.1	Einwohnerzahl	276.646
2.2	Vorläufiger Kopfbetrag	613 EUR
2.3	Bedarfsmesszahl (§ 10 FAG)	169.583.998 EUR
3. Berechnung der vorläufigen Steuerkraftmesszahl		
3.1	32,49 v.H. der Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Gemeinden (gewogener Landesdurchschnitt der Hebesätze der Kreisumlagen)	109.309.101 EUR
3.2	Grunderwerbsteuer 2013	11.829.353 EUR
3.3	Vorläufige Steuerkraftmesszahl	121.138.454 EUR
4.	Vorläufige Schlüsselzahl (Nr. 2.3 - Nr. 3.3)	48.445.544 EUR
5.	Vorläufige Ausschüttung 2015 (72,0 v.H.)	34.880.791 EUR
6.	Anhebung der Schlüsselzuweisungen durch Umschichtung innerhalb der FAG-Masse	0 EUR
7.	Vorläufige Ausschüttung 2015 insgesamt	34.880.791 EUR
In den Haushaltsplan 2015 wurden aufgenommen		34.880.000 EUR





Übersicht über die Kreisumlage-Hebesätze der Landkreise in Baden-Württemberg

- in Prozent -

Reg.Bez. Tübingen	2014	2013	2012	Reg.Bez. Stuttgart	2014	2013	2012
Alb-Donau-Kreis	27,50	27,00	27,00	Böblingen	39,00	38,10	39,30
Biberach	29,00	29,00	29,50	Esslingen	35,50	37,70	38,90
Bodenseekreis	30,50	32,00	35,00	Göppingen	37,00	38,30	39,90
Ravensburg	33,50	34,50	31,00	Heidenheim	35,50	35,50	36,50
Reutlingen	32,75	32,50	33,00	Heilbronn	29,00	29,00	30,00
Sigmaringen	36,50	36,50	36,00	Hohenlohekreis	34,50	35,50	37,00
Tübingen	32,13	32,76	33,06	Ludwigsburg	32,00	33,00	36,50
Zollernalbkreis	28,75	28,75	28,75	Main-Tauber-Kreis	33,00	33,00	33,00
	(31,31)	(31,57)	(31,60)	Ostalbkreis	34,00	34,00	35,50
				Rems-Murr-Kreis	36,09	38,50	40,00
				Schwäbisch-Hall	34,50	34,50	34,50
					(34,53)	(35,38)	(36,78)
Reg.Bez. Karlsruhe	2014	2013	2012	Reg.Bez. Freiburg	2014	2013	2012
Calw	33,00	33,50	32,50	Breisgau-Hochschw.	32,98	36,43	34,09
Enzkreis	32,60	32,60	31,00	Emmendingen	31,00	31,00	32,00
Freudenstadt	34,50	35,00	37,00	Konstanz	32,50	33,50	31,92
Karlsruhe	27,50	27,50	27,50	Lörrach	32,00	34,08	33,80
Neckar-Odenw.-Kreis	35,00	32,50	35,00	Ortenaukreis	30,00	30,00	31,65
Raststatt	31,00	31,00	31,00	Rottweil	28,00	29,00	31,50
Rhein-Neckar-Kreis	30,00	30,50	30,50	Schwarzw.-Baar-Kreis	31,30	32,70	33,20
	(30,38)	(30,78)	(30,81)	Tuttlingen	35,10	34,35	35,35
				Waldshut	32,40	32,69	34,40
					(31,59)	(32,54)	(32,89)
Landesdurchschnitt 2014:		32,49					
Landesdurchschnitt 2013:		33,12					
Landesdurchschnitt 2012:		33,68					





Anlage 11

Umlageanteile der Kreisgemeinden

Aufgrund der vorläufigen Steuerkraftsummen beträgt die Kreisumlage für 2015 bei **34,25%** Hebesatz:

Lfd. Nr.	Gemeinde	Einwohnerzahl 31.12.2013 *)	Vorl. Steuerkraftsumme 2015 EUR	Steuerkraftsumme pro Einwohner EUR	Kreisumlage der Gemeinde 2015 EUR	Kreisumlage je Einwohner EUR	Anteil der Gemeinde an der Gesamtumlage in %
1	Bad Urach	11.862	14.001.808	1.180,39	4.795.619	404,28	4,16
2	Dettingen/Erms	9.189	13.076.818	1.423,09	4.478.810	487,41	3,89
3	Engstingen	5.165	5.338.879	1.033,66	1.828.566	354,03	1,59
4	Eningen	10.672	12.996.043	1.217,77	4.451.145	417,09	3,86
5	Gomadingen	2.220	1.983.219	893,34	679.253	305,97	0,59
6	Grabenstetten	1.610	1.468.218	911,94	502.865	312,34	0,44
7	Grafenberg	2.525	2.870.146	1.136,69	983.025	389,32	0,85
8	Hayingen	2.141	2.313.727	1.080,68	792.451	370,13	0,69
9	Hohenstein	3.660	3.871.167	1.057,70	1.325.875	362,26	1,15
10	Hülben	2.841	2.692.082	947,58	922.038	324,55	0,80
11	Lichtenstein	9.194	9.463.071	1.029,27	3.241.102	352,52	2,81
12	Mehrstetten	1.336	1.250.038	935,66	428.138	320,46	0,37
13	Metzingen	21.172	28.890.896	1.364,58	9.895.132	467,37	8,59
14	Münsingen	13.958	17.097.826	1.224,95	5.856.005	419,54	5,08
15	Pfronstetten	1.461	1.550.762	1.061,44	531.136	363,54	0,46
16	Pfullingen	17.584	20.519.194	1.166,92	7.027.824	399,67	6,10
17	Pliezhausen	9.310	11.065.603	1.188,57	3.789.969	407,09	3,29
18	Reutlingen	111.357	144.890.102	1.301,13	49.624.860	445,64	43,07
19	Riederich	4.261	5.052.361	1.185,72	1.730.434	406,11	1,50
20	Römerstein	3.985	3.922.275	984,26	1.343.379	337,11	1,17
21	Sonnenbühl	6.978	7.197.530	1.031,46	2.465.154	353,28	2,14
22	St. Johann	5.024	5.198.617	1.034,76	1.780.526	354,40	1,55
23	Trochtelfingen	6.333	6.933.203	1.094,77	2.374.622	374,96	2,06
24	Walddorfhäslach	4.906	5.677.364	1.157,23	1.944.497	396,35	1,69
25	Wannweil	5.127	5.074.141	989,69	1.737.893	338,97	1,51
26	Zwiefalten	2.148	2.033.333	946,62	696.417	324,22	0,60
27	Gemeindefreies Gebiet "Gutsbezirk Münsingen"		10.793		3.697		0,00
	Zusammen	276.019	336.439.216	1.218,90	115.230.432	417,47	100,00

*) Basis Zensus 09.05.2011





Interne Leistungsverrechnungen



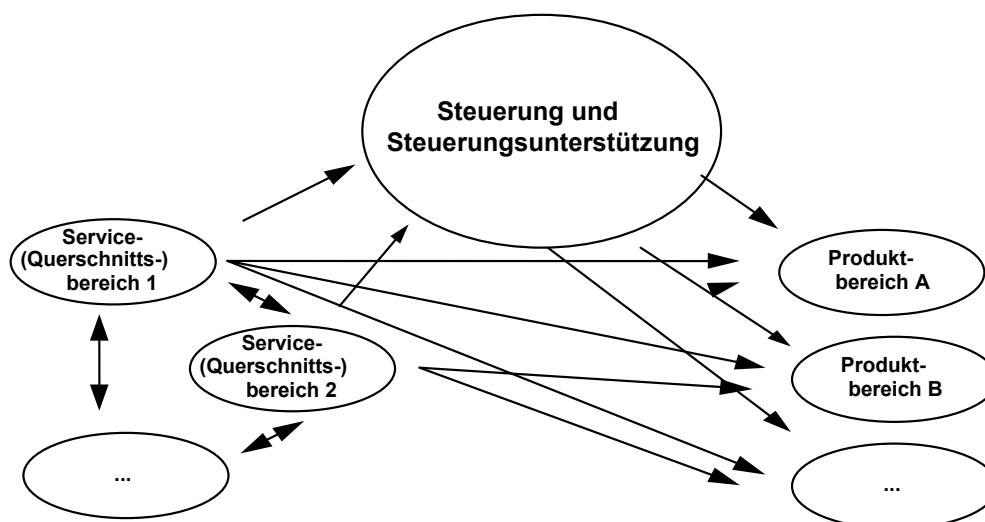
Interne Leistungsverrechnungen 2015

1. Begriff

Gegenstand der internen Leistungsverrechnung ist die Ermittlung und Verteilung sämtlicher Steuerungs-, Steuerungsunterstützungs- und Serviceleistungen innerhalb des Landratsamtes mit dem Ziel das Kostenbewusstsein zu erhöhen und damit die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns zu verbessern.

Die interne Leistungsverrechnung ermöglicht die vollständige Ermittlung aller Kosten sämtlicher Bereiche durch die Darstellung von Leistungsbeziehungen zwischen der Verwaltungssteuerung (Kreistag, Landrat, Dezernenten), der Steuerungsunterstützung (z. B. Rechnungsprüfung, Zentrale Verwaltung), den Servicebereichen (z. B. Hauptamt, Kreiskämmerei) und den Produktbereichen.

Zur Verdeutlichung der vielfältigen Leistungsbeziehungen soll folgendes Schaubild dienen:



Seit dem Haushalt 2008 erfolgt die Verrechnung der Service-, Steuerungsunterstützungs- und Serviceleistungen flächendeckend auf alle Unterabschnitte. Ab dem Haushalt 2011 werden die internen Leistungen produktorientiert verrechnet. Dabei werden die Kosten folgender Produkte auf die Produktbereiche der Fachämter umgelegt:

a) Serviceprodukte:

- 11.20.01 Organisationsberatung und Untersuchung
- 11.20.04 Entwicklung, Pflege, Betrieb und Betreuung von Tul – Anwendungen auf dezentralen und zentralen Rechnersystemen
- 11.20.05 Betrieb und Unterhaltung des zentralen Netzes einschließlich Telekommunikationsanlagen
- 11.21.03 Ausbildung
- 11.21.04 Fortbildung



- 11.21.05 Bezügeabrechnung einschl. Personalnebenkosten
- 11.21.07 Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- 11.21.50 Personalbedarfsdeckung und –betreuung
- 11.22.01 Haushalts- u. betriebswirtschaftliche Dienstleistungen
- 11.22.02 Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner
- 11.22.05 Zahlungsverkehr Verw. Kassenmittel Wertgegenstände
- 11.22.06 Buchhaltung, Haushaltsrechnung
- 11.22.07 Zwangsweise Einziehung von Forderungen
- 11.23.05 Abschluss u. Verwaltung v. Versicherungen
- 11.23.50 Justizariat
- 11.24.50 Verwaltung und Bewirtschaftung bebauter Grundstücke
- 11.25.05 Betreuung von Fahrzeugen
- 11.26.01 Zentraler Einkauf
- 11.26.02 Boten-, Zustell- und Postdienste
- 11.26.03 Hausdruckerei und Vervielfältigungen
- 11.26.04 Hausdienste, Zentraler Schreibdienst
- 11.26.06 Zentrale Bußgeldstelle
- 11.30.02 Internetangebot
- 11.30.03 Herausgabe von Print- u. Non-Print-Medien
- 11.30.05 Pressearbeit

b) Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsprodukte:

- 11.10.01 Steuerung
- 11.11.01 Geschäftsführung Kreistag
- 11.12.01 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen
- 11.12.02 Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung
- 11.12.03 Haushaltscontrolling / Jahresabschluss
- 11.12.04 Beteiligungsmanagement
- 11.13.01 Eigenprüfung
- 11.13.02 Übertragene Prüfungen
- 11.14.01 Gleichstellung von Frau und Mann
- 11.14.03 Personalräte, Jugend- u. Auszubildendenvertretung
- 11.14.04 Schwerbehindertenvertretung
- 11.14.05 Datenschutzbeauftragte/r
- 11.14.06 Öffentlichkeitsarbeit, Repräsentationen, Veranstaltungen
- 11.14.07 Europaangelegenheiten, Internationales und Fördermittelmanagement
- 11.14.08 Kommunale Integrationsförderung f. Einwohner ausländischer Herkunft
- 11.14.10 Bürgerschaftliches Engagement
- 11.14.50 Inklusionskonferenz im Landkreis Reutlingen



2. Grundlagen

Interne Leistungen sind nach § 16 Abs. 5 GemHVO in den Teilhaushalten zu verrechnen.

Unserer internen Leistungsverrechnung liegt das Arbeitsergebnis „Produktbereich 11 – Interne Leistungsverrechnung von Steuerungs- und Serviceleistungen“ der AG Berichtswesen und Controlling zu Grunde. In diesem Arbeitspapier wurden die Hinweise und Empfehlungen des Vergleichsrings „Kommunales Rechnungswesen“, an dem alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg beteiligt sind, eingearbeitet. Die Arbeitsgruppe AG Berichtswesen und Controlling und weitere Arbeitsgruppen wurden im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik gegründet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen leisten Grundlagenarbeit für die Umstellung auf die Doppik und wurden vom Innenministerium BW, Gemeindeprüfungsanstalt BW, Gemeindetag BW, Städtetag BW, Landkreistag BW und Datenverarbeitungsverbund BW geprüft und verabschiedet.

Aufgrund der Fülle und Komplexität der Aufgaben, die bei der Einführung der Kostenrechnung zu erledigen sind, ist unser Ziel eine pragmatische und ergebnisorientierte Kostenrechnung. Deshalb ist der Grundgedanke „vom Groben zum Feinen“ oberste Leitlinie unserer Arbeit.

3. Vorgehensweise

3.1 Vorbemerkungen zur Verrechnung der Steuerungs-, Steuerungsunterstützungs- und Serviceleistungen

Die Verteilung der Kosten erfolgt entsprechend dem Verursacherprinzip entweder anhand

- der tatsächlich angefallenen Kosten (Spitzabrechnung) oder
- eines festgelegten Verteilungsschlüssels, z. B. m², km oder
- von Zeitschätzungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter¹ oder
- der Anzahl der Mitarbeiter (= „Köpfe“).

Werden Leistungen anhand der einzelnen Personen verteilt, handelt es sich dabei nicht um die Anzahl der „Stellen“, sondern um die „Köpfe“. Gezählt werden alle Mitarbeiter, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen einschließlich Landesbeamte, Teilzeitkräfte, Waldarbeiter, Straßenwärter, Fleischkontrolleure und Reinigungskräfte. Ausgenommen davon sind Personen, die sich im Erziehungsurlaub befinden sowie Personen, die Altersteilzeit ableisten und beim Blockmodell nicht mehr arbeiten. Für unterschiedliche Anforderungen kann es unterschiedliche Definitionen geben (so werden z. B. die Serviceleistungen für die Bezügeabrechnung tatsächlich nach allen Mitarbeitern verteilt, die Unfallversicherung jedoch auf alle Mitarbeiter ohne die Waldarbeiter und Straßenwärter – da diese separat versichert sind).

Ein Mitarbeiter wird zu 100 % dem Amt zugeordnet, für welches er zum Stichtag 30.06. eines Jahres überwiegend tätig ist.

¹ Im Nachfolgenden wird aus Vereinfachungsgründen für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Begriff Mitarbeiter verwendet.



3.2 Serviceleistungen

Serviceleistungen sind verwaltungsinterne Produkte. Sie werden vorrangig für die Produktverantwortlichen, aber auch für die Verwaltungssteuerung / Steuerungsunterstützung und für andere Servicestellen erbracht.

Sie können in der Regel auch von Dritten erbracht werden und sind für die Verantwortlichen entweder unmittelbar (durch die Entscheidungsfreiheit, ob und in welchem Umfang eine Leistungsabnahme erfolgt) oder mittelbar (durch die Beeinflussung der pauschalen Verteilungsschlüssel, z. B. Mitarbeiter oder m²) beeinflussbar.

Bei der Inanspruchnahme des Fuhrparks z. B. können die Kosten, da diese je km verrechnet werden, beeinflusst werden.

3.3 Steuerungs- und Steuerungsunterstützungsleistungen

Steuerungsleistungen sind verwaltungsinterne Leistungen, die in ihrer Gesamtheit der Steuerung des Landkreises/Landratsamts dienen und die nicht von Dritten erbracht werden können. Für die Verantwortlichen (Leistungsempfänger) besteht keinerlei Einflussnahme, ob bzw. inwieweit diese Leistungen beansprucht werden. Die Kosten sind für sie fremdbestimmt.

Es handelt sich hierbei konkret um die Kosten des Kreistags mit seinen Ausschüssen, um amtsübergreifende Steuerungsleistungen des Landrats sowie um die steuerungsunterstützenden Leistungen der Dezernenten und der zentralen Ämter.

Diese Steuerungskosten (alle Kosten der Produkte 11.1*) werden nicht auf die Serviceprodukte verrechnet (Produkte 11.2*), sondern auf die Bereiche, die überwiegend Leistungen für Externe erbringen (alle Produkte der Fachämter).

Zur Aufteilung dieser Kosten gibt es keinen verursachungsgerechten Verteilungsschlüssel. Daher wurde im Arbeitsergebnis der AG Berichtswesen und Controlling zum Produktbereich 11 empfohlen, dass der Gesamtbetrag der Steuerungskosten zu 50 % nach dem bereinigten Haushaltsvolumen und zu 50 % nach der Anzahl der Mitarbeiter („Köpfe“) der Produktbereiche verteilt werden.

Das bereinigte Haushaltsvolumen setzt sich zusammen aus den Konten

40* - Personalaufwendungen

41* - Versorgungsaufwendungen

42* - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

44* - Sonstige ordentliche Aufwendungen

47* - Planmäßige Abschreibungen



4. Zusammenfassung der Verteilungsmaßstäbe für Steuerung, Steuerungsunterstützung und Service

Produkt(gruppe)	Bezeichnung	Verteilungsmaßstab
11.20	Organisation und EDV	
11.20.01	Organisationsberatung und Untersuchung	Spitzabrechnung
11.20.04	Dez. Systeme, Programmentwicklung/-betreuung	1. Spitzabrechnung 2. EDV-Arbeitsplätze
11.20.05	Betrieb Netzwerk, TK-Anlagen	Telefonapparate
11.21	Personalwesen	
11.21.03	Ausbildung	Köpfe
11.21.04	Fortbildung	Köpfe
11.21.05	Bezügeabrechnung einschl. Personalnebenkosten	Köpfe
11.21.07	Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	1. Spitzabrechnung (direkte Verbuchung) 2. Köpfe
11.21.50	Personalbedarfsdeckung und -betreuung	Köpfe
11.22	Finanzverwaltung, Kasse	
11.22.01	Haushalts- u. betriebswirtschaftliche Dienstleistungen	Zeitschätzungen
11.22.02	Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner	Zeitschätzungen
11.22.05	Zahlungsverkehr, Verw. Kassenmittel, Wertgegenst.	Zeitschätzungen
11.22.06	Buchhaltung, Haushaltsrechnung	Zeitschätzungen
11.22.07	Zwangswise Einziehung von Forderungen	Zeitschätzungen
11.23	Justizariat	
11.23.05	Abschluss und Verwaltung von Versicherungen	Köpfe
11.23.50	Justizariat	Köpfe
11.24	Grundstücks-, Gebäude- und Immobilienmanagement	
11.24.50	Verwaltung u. Bewirtschaftung bebauter Grundstücke m ²	
11.25	Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge	
11.25.05	Betreuung von Fahrzeugen	km
11.26	Zentrale Dienstleistungen	
11.26.01	Zentraler Einkauf	1. Spitzabr. (direkte Verb.) 2. Köpfe
11.26.02	Boten-, Zustell- und Postdienste	Köpfe
11.26.03	Hausdruckerei und Vervielfältigungen	Kopien
11.26.04	Hausdienste, Zentraler Schreibdienst	Gradzahlen
11.26.06	Zentrale Bußgeldstelle	Fallzahlen
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	
11.30.02	Internetangebot	Köpfe
11.30.03	Herausgabe von Print- u. Non-Print-Medien	Köpfe
11.30.05	Pressearbeit	Köpfe
Alle Steuerungsprodukte	Aufzählung siehe vorne	50 % Anzahl Köpfe und 50 % bereinigtes Haushaltsvolumen



5. Mitwirkungsleistungen

Bei den Mitwirkungsleistungen handelt es sich um Leistungen von Fachämtern des Landratsamts, die nicht Querschnittsämter sind, an Fachämter innerhalb des Landratsamts zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung, z. B. Stellungnahmen des Kreisforstamts, Kreislandwirtschaftsamts oder Umweltschutzamts für eine Baugenehmigung des Kreisbauamts.

Prüfungsschema für die Verrechnung von Mitwirkungsleistungen:

1) bei der Leistungserstellung wirken andere Fachämter des Landratsamtes (LRA) mit bzw. werden beteiligt
 → NUR die für die EIGENEN FACHÄMTER DES LRA erbrachten Leistungen sind relevant, NICHT für externe (Behörden) wie z.B. für andere Stadtverwaltungen

ja ↓

nein ↓

keine Mitwirkungsleistung gegeben

2) bei der Beteiligung handelt es sich um **KEINE** Steuerungs- und Unterstützungsleistung
 → dies sind alle Leistungen, die zur Steuerung der Gesamtverwaltung notwendig sind

ja ↓

nein ↓

keine Mitwirkungsleistung gegeben

3) bei der Beteiligung handelt es sich um **KEINE** Serviceleistung
 → dies sind Leistungen, die theoretisch auch von Externen erbracht werden könnten wie z.B. Gehaltsabrechnung, Buchhaltung oder Vermessungsarbeiten

ja ↓

nein ↓

keine Mitwirkungsleistung gegeben

4) Mitwirkungsleistung

(→ Beteiligung der Fachämter als „Träger öffentlicher Belange“)

↓

5) die Leistung, in die die Mitwirkungsleistung einfließt, hat eine unmittelbare Außenwirkung

→ z.B. Baugenehmigung für Bürger

ja ↓

nein ↓

keine Berücksichtigung



6) die Leistung ist grundsätzlich gebührenfähig und es liegen auch tatsächlich
Gebühreneinnahmen vor
→ z.B. Stellungnahme für Baugenehmigung, jedoch NICHT für
Bauleitplanungsverfahren

ja ↓

nein ↓

keine Berücksichtigung

7) es entsteht ein (zusätzlicher) Ressourcenverbrauch beim mitwirkenden Amt (z.B.
durch keine anteiligen Gebühreneinnahmen)

ja ↓

nein ↓

keine Berücksichtigung

Liegen alle Kriterien vor, erfolgt grundsätzlich eine Verrechnung der Leistungen.

6. Abrechnungen

Die Berechnung der internen Leistungsverrechnungen wird federführend von der
Kämmerei in Zusammenarbeit mit den Fach- und Querschnittsämtern vorgenommen.
Die Verbuchung erfolgt zentral durch die Kämmerei.

Diese Leistungsverrechnungen (Mitwirkungsleistungen und Steuerungs- und Service-
leistungen) werden im Teilergebnishaushalt in der Zeile 24 (Erträge aus internen
Leistungen) und in der Zeile 27 (Aufwendungen für interne Leistungen) dargestellt.



Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH für das Wirtschaftsjahr 2015

Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO ist dem Haushalt eine kurzgefasste Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH beizufügen. Gesellschafter der „Kreiskliniken Reutlingen GmbH“ ist der Landkreis Reutlingen mit 100 % der Gesellschaftsanteile.

1. Erfolgsplan

Der Wirtschaftsplan 2014 war angesichts der bei seiner Erstellung prognostizierbaren Rahmenbedingungen mit einem negativen Ergebnis für dieses Jahr aufgestellt worden. Bei Aufstellung der Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung für das Jahr 2015 waren die Budgetverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das Statistische Bundesamt hat am 30.09.2014 den Orientierungswert nach § 10 Abs. 6 Satz 5 KHEntgG bekanntgegeben. Der Orientierungswert beträgt 1,44 %. Der Orientierungswert bildet zusammen mit der Veränderungsrate die maßgebliche Grundlage zur Bestimmung des Veränderungswertes. Der Veränderungswert ersetzt die bisherige Veränderungsrate als Obergrenze für die Entwicklung der Krankenhausvergütungen. Der Orientierungswert 2015 setzt sich aus den Teilorientierungswerten für Personal- und Sachkosten zusammen. Der Teilorientierungswert für Personalkosten beträgt für das Wirtschaftsjahr 1,89 %, für Sachkosten 0,74 %.

Nachdem der Orientierungswert für das Jahr 2015 mit 1,44 % unterhalb der Veränderungsrate liegt, wird gemäß § 10 Abs. 6 Satz 5 die Veränderungsrate als Veränderungswert herangezogen und bildet in Höhe von 2,53 % die maßgebliche Obergrenze zur Weiterentwicklung der Krankenhausvergütungen im Jahr 2015.

Für das Jahr 2015 sind außerdem weitere Faktoren zu beachten, die auf den Erfolgsplan z. T. kalkulierbare, z. T. noch offene Auswirkungen haben werden.

Die Laufzeit des Tarifvertrags Ärzte/Kommunaler Bereich TV-Ärzte VKA endet zum 30.11.2014. Der Marburger Bund hat seine Forderungen für die neue Tarifrunde bis dato noch nicht veröffentlicht. Für das kommende Jahr 2015 wird für den ärztlichen Bereich nach heutigem Stand mit einer Tarifsteigerung in Höhe von voraussichtlich 2,8 % geplant (Annahme). Im Bereich des Tarifvertrags öffentlicher Dienst, besonderer Teil Krankenhäuser/TVÖD-K wird ab dem 01.03.2015 eine weitere Tarifierhöhung in Höhe von insgesamt 2,4 % erfolgen (Jahresauswirkung), die bereits feststeht.



Im Sachkostenbereich liegen noch keine Anhaltspunkte oder Empfehlungen über dessen Fortschreibung vor. Nach dem Teilorientierungswert für 2015 wird mit 0,74 % Sachkostensteigerung gerechnet. Ungeachtet des Teilorientierungswertes wird je Sachaufwandsart ein Fortschreibungswert von bis zu 2 % angesetzt.

Nach wie vor ist auch im Wirtschaftsjahr 2014 ein Auseinanderklaffen der Erlös- und Kostenzuwächse in den Krankenhäusern zu beobachten. Die Personalnöte in den Kliniken werden noch verstärkt. Dies hat unweigerlich auch Auswirkungen auf die Attraktivität der Arbeitsplätze in den Kliniken. Auch Verweise auf Erlöszuwächse durch Fallzahl- und Fallschwereresteigerungen helfen hier nicht weiter. Zum einen liegen diese nicht bei allen Krankenhäusern vor. Zum anderen verursachen zusätzliche Leistungen Kosten, und Mehrleistungsabschläge wirken sich erlösmindernd aus. Zusammenfassend betrachtet kann aufgrund dieser Entwicklungen, die zum Jahresende 2014 in ihren Auswirkungen noch nicht feststehen, auch im Jahr 2014 nicht mit einer Erlös- und Ausgabensituation gerechnet werden, die als solche über alle Häuser hinweg zu einem bilanziell ausgeglichenen Gesamtergebnis beiträgt.

Mit der Inbetriebnahme der Neurologie Phase B in Bad Urach zum 01.10.2013 konnten Patienten aus dem ZfP Zwiefalten übernommen werden. Aufgrund der Bedarfssituation der Region ist in 2014 und 2015 mit einer guten Belegung der 18 Betten zu rechnen.

Der zeitgleiche Start der neurologischen Hauptabteilung und die Neurologie Phase B wirken sich positiv auf die Ertragssituation der Kreiskliniken aus. Die strukturellen Voraussetzungen in baulicher, personeller und apparativer Hinsicht wurden geschaffen. Ebenso wurden erste Kooperationen mit neurologischen Praxen geschlossen.

Durch die Fertigstellung des Bettenhauses Süd 1 und dessen Bezug im Oktober 2013 entspannt sich die räumliche Situation auf den Stationen. Das neu geschaffene Ambiente der neuen Bettenhäuser soll zudem zusätzliche Patienten anziehen und damit der Belegungs- und Ertragssituation ab dem Jahre 2014 zusätzliche Schubkraft verleihen.

Über das Zukunftskonzept 2018 wird regelmäßig der Sachstand in den Aufsichtsratssitzungen berichtet. Die Auswirkungen werden im Wirtschaftsplan 2015 ebenfalls berücksichtigt werden.

2. Vermögensplan

Der Bauteil Bettenhaus Süd 1 am Klinikum am Steinenberg ging im Herbst 2013 in Betrieb. Damit sind zunächst die Baumaßnahmen Bettenhäuser Süd 1 und 2 abgeschlossen. Weiter beendet wurde die Einrichtung von Betten für die Frühreha-Phase B am Standort Bad Urach. Durch den Auszug der Dialyseabteilung wird der freiwerdende Bereich auf Ebene 0 ab dem Jahre 2015 neu geplant.

Notwendige medizintechnische Einrichtungen und Ausstattungen des laufenden Betriebes sollen aus pauschaler Landesförderung finanziert werden. Es ist absehbar, dass diese Pauschalmittel für



die zukunfts-orientiert notwendige medizintechnische Ausstattung nicht ausreichen, von daher ist hierzu auch die Aufnahme von Darlehen vorzusehen bzw. im Wirtschaftsplan zu veranschlagen.

Zur mittel- und langfristigen Sicherung der Aufgabenstellung der Kreiskliniken Reutlingen GmbH sind insbesondere im Klinikum am Steinenberg weitere Maßnahmen wie die künftige Nutzung des Bettenhauses Nord, das Konzept für Speiseversorgung, die Neukonzeption der Energiezentrale vorgesehen. Am Standort Bad Urach sind die Sanierung Personalhaus 2 und die Erneuerung der zentralen technischen Versorgungseinrichtungen vorgesehen. Diese Maßnahmen werden in die Planung 2015 bzw. in die Finanz- und Investitionsplanung ab 2016 aufgenommen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen verteilt auf die kommenden Jahre ist dann schrittweise anzupassen.

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Die bisher bekannten Daten gehen weiter von einer Unterfinanzierung der Krankenhauskosten aus. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen muss es das Ziel sein, gemessen an Fallzahlen und Fallschwere, die Leistungen insgesamt zu steigern.

Zusammen mit der Pflicht zur Allgemeinversorgung rund um die Uhr an allen drei Standorten decken folglich steigende Erlöse die ebenfalls steigenden Personal- und Sachausgaben nicht.

Das vorgegebene Ziel, ein ausgeglichenes Ergebnis anzustreben, ist dennoch Leitvorgabe. Es zeigt sich jedoch, dass vorgenannten Entwicklungen nur mittelfristig entgegenzusteuern ist. Arbeitszeitgesetz, Mindestbesetzungen und Qualitätsstandards setzen einer verantwortbaren Personalanpassung enge Grenzen. Dennoch sind diverse reorganisatorische, strukturelle und prozessuale Maßnahmen eingeleitet und teilweise umgesetzt, die bereits heute dazu beitragen, die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben mindestens in Grenzen zu halten – zugunsten des dauerhaften Erhalts einer qualitativ hochstehenden akutmedizinischen Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Reutlingen.

Reutlingen, den 09.10.2014

gez.

Norbert Finke

Vorsitzender der Geschäftsführung

Friedemann Salzer

Geschäftsführer



Gemeindefreies Gebiet
„Gutsbezirk Münsingen“



Entwurf

HAUSHALTSSATZUNG

und

HAUSHALTSPLAN

für das
Haushaltsjahr

2015





INHALTSÜBERSICHT	Seite
Haushaltssatzung	458
Vorbericht	461
Budgetierungsregeln	464
Gesamtplan	465
Haushaltsquerschnitt	467
Gesamtergebnisplan	468
Gesamtfinanzplan	469
THH 1 Innere Verwaltung	471
THH 2 Allgemeine Finanzwirtschaft	475
Anlagen zum Haushaltsplan	
1 Mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2014 - 2018	479
2 Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ (Hebesatzung)	483

Haushaltssatzung

Gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

für das Haushaltsjahr 2015

Aufgrund des Gesetzes zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vom 20.12.2010 (GBl. 1064/2010) i. V. m. § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 24.07.2000 (GBl. S. 581 ff., berichtigt S. 698/2000), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.04.2013 (GBl. S. 55/2013) und des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 22.04.2009 (GBl. S. 185/2009) hat der Kreistag am folgende **Haushaltssatzung für das Jahr 2015** beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **Ergebnishaushalt** mit den folgenden Beträgen

1.1 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	19.000 EUR
1.2 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	19.000 EUR

1.3 Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	0 EUR
1.4 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 EUR

1.5 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	0 EUR
1.6 Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 EUR
1.7 Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 EUR

1.8 Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	0 EUR

1.9 Veranschlagtes Gesamtergebnis (Saldo aus 1.5 und 1.8) von	0 EUR

2. im **Finanzhaushalt** mit den folgenden Beträgen

2.1 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	19.000 EUR
2.2 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verw.tätigkeit von	19.000 EUR

2.3 Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verw.tätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	0 EUR
2.4 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0 EUR
2.5 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	0 EUR

2.6 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	0 EUR

2.7 Veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	0 EUR
2.8 Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 EUR
2.9 Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0 EUR

2.10 Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0 EUR

2.11 Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	0 EUR

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

0 EUR

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

0 EUR

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

4.000 EUR

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) wurden in der Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ vom 25.05.2011 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|------------------|
| 1. für die Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 340 v. H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 330 v. H. |
| der Steuermessbeträge; | |
| 2. für die Gewerbesteuer auf | 350 v. H. |
| der Steuermessbeträge | |

Reutlingen, den

gez.

Thomas Reumann, Landrat





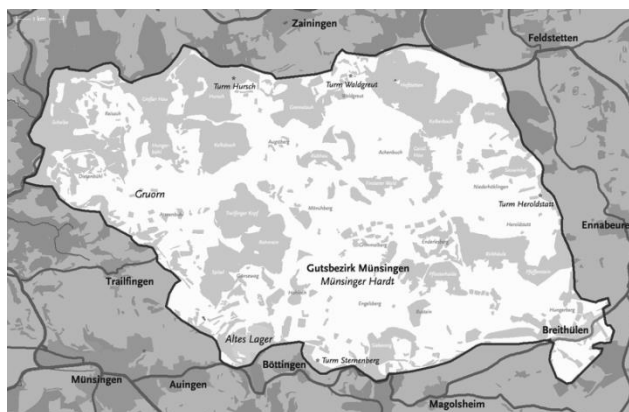
Vorbericht zum Haushalt 2015

gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

1. Entwicklung des Gutsbezirks Münsingen

Nach Wegfall der militärischen Nutzung auf dem Truppenübungsplatz Münsingen trat zum 1. Januar 2011 auf Antrag der beteiligten Kommunen, des Landkreises Reutlingen, des Alb-Donau-Kreises, der Stadt Münsingen, der Gemeinde Heroldstatt und der Stadt Schelklingen, (KT-Drucksache Nr. VIII-0099) das Gesetz zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ und zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft. Mit der Neugliederung wurde ein Teil der (bewohnten) Fläche mit ca. 96 Hektar der Stadt Münsingen zugewiesen und verblieb damit im Landkreis Reutlingen. Andere Flächen des Gutsbezirks (das bewohnte Breithülen und das ehemalige Remonteamt) gingen an die Gemeinde Heroldstatt (77 Hektar) sowie an die Stadt Schelklingen (56 Hektar) im Alb-Donau-Kreis.

Die restliche, unbewohnte Fläche des Gutsbezirks mit einer Größe von 6.473 ha = 64,73 km² bleibt gemeindefrei und ist wegen der für das Gebiet geltenden naturschutzrechtlichen Restriktionen und der aus der Munitionsbelastung resultierenden Gefahren dauerhaft einer Nutzung oder Erschließung für Siedlungs-, Wirtschafts- oder Verkehrszwecke entzogen.





2. Verwaltung

Die Aufgaben in den besiedelten Gebieten Breithülen und Altes Lager sowie im ehemaligen Munitionsdepot gingen auf die „aufnehmenden“ Gemeinden über. Welche Aufgaben auf den Landkreis Reutlingen übertragen wurden regelt § 2 des Gesetzes zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ vom 15. Dez. 2010.

Der Landkreis Reutlingen erfüllt demnach in dem gemeindefrei bleibenden Gebiet, das bereits Bestandteil des Kreisgebiets ist, alle Aufgaben, die im Gemeindegebiet einer kreisangehörigen Gemeinde obliegen. Dementsprechend erhielt der Landkreis Reutlingen in dem Gebiet die hoheitlichen Befugnisse einer kreisangehörigen Gemeinde.

Der Landkreis Reutlingen ist auch in förderrechtlicher Hinsicht den Gemeinden gleichgestellt. Insbesondere für Bauten im Bereich Gruorn aber auch für evtl. weitere Tourismuseinrichtungen werden ggfs. auch künftig Zuschüsse aus dem Ausgleichstock, dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) oder dem Tourismusinfrastrukturprogramm benötigt.

Der Landkreis Reutlingen hat mit der Stadt Münsingen am 03.12.2012 (Genehmigungsvermerk des Regierungspräsidiums Tübingen) eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung des **Brandschutzes** im Gutsbezirk geschlossen. Als Ausgleich der Aufwendungen für die Feuerwehr (insb. Vorhaltekosten) erhält die Stadt Münsingen auf der Grundlage dieser Vereinbarung jährlich ca. 17.600 EURO. Entsprechend der Rahmenvereinbarung zwischen dem Landkreis Reutlingen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat die Grundstückseigentümerin (BImA) die Kosten an den Landkreis zu erstatten. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erstattet die Grundstückseigentümerin den jährlichen Aufwand direkt an die Stadt Münsingen.

Gefahrenabwehr:

Zur Gefahrenabwehr und -minimierung, Beratung und Gefährdungsbeurteilung hat der Landkreis Reutlingen gegen Kostenersatz Mitarbeiter der BImA (insgesamt drei geringfügig Beschäftigte) mit dem Aufgabenkreis einer Vertretung der Ortspolizeibehörde (Vollzug der Gefahrenabwehr, polizeiliche Befugnisse etc.) übernommen. Die Zuständigkeit zur Gefahrenabwehr nach der StVO ist bei der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamts angesiedelt. Grundsätzlich ist jedoch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Eigentümerin für die Gefahrenabwehr auf dem Platz zuständig.

3. Finanzen und Realsteuern

Das Finanzministerium hat ergänzend zu dem Gesetz zur Neugliederung des gemeindefreien Gebiets „Gutsbezirk Münsingen“ Regelungen der dem Landkreis Reutlingen zustehenden Befugnisse nach dem Grundsteuergesetz und dem Gewerbesteuerengesetz sowie eine Verordnung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ vom 28. Februar 2011 erlassen. Aufgrund dieser Verordnung, erhebt der Landkreis Reutlingen im gemeindefreien Gebiet die Grundsteuer.



Das zuständige Finanzamt stellt fest, sobald und soweit für die vereinzelt im gemeindefreien Gebiet operierende Gewerbebetriebe Messbescheide zur Erhebung von Gewerbesteuer erlassen werden. Bislang war dies nicht der Fall, weil aktuell sämtliche Firmen an ihrem Hauptsitz veranlagt werden.

Die Hebesätze wurden vom Landkreis Reutlingen durch Satzung festgelegt. Bei der Höhe der Hebesätze hat sich der Landkreis Reutlingen, wie zuvor die aufgelöste Gutsbezirksverwaltung, an den Hebesätzen der benachbarten Städten und Gemeinden Heroldstatt, Laichingen, Münsingen, Römerstein und Bad Urach orientiert. Nach den dort seit 2011 unverändert geltenden Hebesätzen ergibt sich für die Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaftl. genutzte Grundstücke) ein durchschnittlicher Hebesatz von 344 %, für die Grundsteuer B (bebaute Grundstücke) 332 % und für etwaige Gewerbesteuer ein Hebesatz von 347 %.

Der Kreistag hat in seiner Entscheidung vom 25. Mai 2011 die durchschnittlich ermittelten Sätze gerundet. Auf der Grundlage dieser Hebesätze und dem bisherigen im ehemaligen Gutsbezirk Münsingen verbuchten Realsteueraufkommen rechnet die Verwaltung mit Erträgen aus der Grundsteuer A und B in der Größenordnung von 19.000 EUR.

Die Erlöse aus der Steuererhebung decken die durch die Aufgabenübertragung im gemeindefrei bleibenden Gebiet des Gutsbezirks Münsingen entstehende personelle und verwaltungstechnische Mehrbelastung des Landkreises Reutlingen. Die Kämmerei hat als Grundlage und Nachweis dafür eine kalkulatorische Kostenübersicht erstellt. Die Einnahmen und Ausgaben des Gutsbezirks Münsingen werden über die Kreiskasse abgewickelt.

4. Umlagen

4.1 FAG

Das Land erhebt auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes - § 1a FAG - von den Gemeinden und Landkreisen jährlich eine Finanzausgleichsumlage entsprechend der Steuerkraftsummen. Die vorläufige Steuerkraftsumme des Gutsbezirks beläuft sich auf 10.793 EUR.

4.2 Kreisumlage

Die Kreisumlage (§ 35 FAG) wird in einem Hundertsatz (Umlagesatz) der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Landkreises (§ 38 Abs. 1 FAG) bemessen.

Gemeindefreie Grundstücke wie der Gutsbezirk Münsingen sind bei der Umlagen-erhebung nach § 31 FAG den Gemeinden gleichgestellt.

Beide Umlagen wurden im HH-Entwurf 2015 als Transferaufwendungen mit insgesamt 6.000 EUR beziffert.



Budgetierungsregeln

Zum Vollzug des Haushaltsplanes 2015 insbesondere im Hinblick auf die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird bezüglich der Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen folgendes festgelegt:

1. Ergebnishaushalt

Sämtliche Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (vgl. § 20 Abs. 1 GemHVO). Mehrerträge können für Mehraufwendungen verwendet werden. Wenigererträge sollen durch Wenigeraufwendungen ausgeglichen werden (unechte Deckungsfähigkeit; vgl. § 19 Abs. 2 GemHVO).

2. Finanzhaushalt

Mehreinzahlungen können für Mehrauszahlungen verwendet werden. Wenigereinzahlungen sollen durch Wenigerauszahlungen ausgeglichen werden (vgl. § 19 Abs. 4 GemHVO).

3. Übertragbarkeit

Alle Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen werden grundsätzlich für übertragbar erklärt (vgl. § 21 Abs. 2 GemHVO).



Gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“

Gesamtplan

2015





Haushaltsquerschnitt 2015 Ergebnishaushalt

	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Kalkulatorisches Ergebnis	Nettoressourcenverbrauch
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
THH 1	Innere Verwaltung	0	-13.000	-13.000	0	-13.000
THH 2	Allgemeine Finanzwirtschaft	19.000	-6.000	13.000	0	13.000
	Gesamtsumme	19.000	-19.000	0	0	0

Haushaltsquerschnitt 2015 Finanzhaushalt

	Bezeichnung	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltung	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Finanzmittelfehlbetrag/-überschuss	Verpflichtungsermächtigung (VE)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
THH 1	Innere Verwaltung	-13.000	0	0	-13.000	0
THH 2	Allgemeine Finanzwirtschaft	13.000	0	0	13.000	0
	Gesamtsumme	0	0	0	0	0

Nachrichtlich

Finanzmittelfehlbetrag/-überschuss	0
+ Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0
./. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	0



Gesamt - Ergebnishaushalt

Ifd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	19.000	19.000	18.890
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	5.000	0
3	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
7	+	Finanzerträge	0	0	0
8	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	19.000	24.000	18.890
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.000	-2.000	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	-6.000	-6.000	-5.962
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-11.000	-16.000	-12.928
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-19.000	-24.000	-18.890
19	=	Ordentliches Ergebnis	0	0	0
21	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0	0	0
24	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0	0
25	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	0	0	0



Gesamt - Finanzhaushalt

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	19.000	24.000	18.890
2	-	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-19.000	-24.000	-18.890
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	0	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0
18	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0
22	=	Finanzierungsmittelbestand	0	0	0





Teilhaushalt 1

Innere Verwaltung

Bestehend aus der Produktgruppe

- 11.22 Verwaltung gemeindefreies Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“



THH1

Innere Verwaltung

Ifd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
2	+	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	0	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
12	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.000	-2.000	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	0	0	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-11.000	-16.000	-12.928
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-13.000	-18.000	-12.928
19	=	Ordentliches Ergebnis	-13.000	-18.000	-12.928
21	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-13.000	-18.000	-12.928
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	-13.000	-18.000	-12.928
33		Nachrichtlich: Nicht zahlungswirksame ordentliche Aufwendungen	0	0	0



THH1

Innere Verwaltung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt			
		Einzahlungs- und Auszahlungsarten			
		Ansatz 2015 EUR 1	Ansatz 2014 EUR 2	vorläufiges Ergebnis 2013 EUR 3	
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0
3	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0





Teilhaushalt 2

Allgemeine Finanzwirtschaft

Bestehend aus der Produktgruppe

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen/Umlagen



THH2

Allgemeine Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2015	Ansatz 2014	vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	19.000	19.000	18.890
2	+	Laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	0	5.000	0
4	+	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	19.000	24.000	18.890
11	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0
16	-	Transferaufwendungen	-6.000	-6.000	-5.962
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	-6.000	-6.000	-5.962
19	=	Ordentliches Ergebnis	13.000	18.000	12.928
21	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	13.000	18.000	12.928
24	+	Erträge aus internen Leistungen (Entlastungen)	0	0	0
27	-	Aufwendungen für interne Leistungen (Belastungen)	0	0	0
28	+/-	Kalkulatorische Kosten	0	0	0
30	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
31	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss	13.000	18.000	12.928
32		Nachrichtlich: Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	0	0	0
33		Nachrichtlich: Nicht zahlungswirksame ordentliche Aufwendungen	0	0	0



THH2

Allgemeine Finanzwirtschaft

Ifd. Nr.	Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten		Ansatz 2015	Ansatz 2014	vorläufiges Ergebnis 2013
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
6	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
13	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0





Anlage 1

Finanzplan

2014 - 2018



I. Ergebnishaushalt

Mittelfristige Finanzplanung Ergebnishaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Ergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	19.000	19.000	19.000	19.000	19.000
2	laufende Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse)	5.000	0	0	0	0
3	Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0
4	Gebühren und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0
6	Kostenerstattung und Kostenumlagen	0	0	0	0	0
7	Finanzerträge	0	0	0	0	0
8	Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0
10	Summe ordentliche Erträge (Nr. 1 bis 9)	24.000	19.000	19.000	19.000	19.000
11	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0
12	Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
14	Planmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	0
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
16	Transferaufwendungen	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-16.000	-11.000	-11.000	-11.000	-11.000
18	Summe ordentliche Aufwendungen (Nr. 11 bis 17)	-24.000	-19.000	-19.000	-19.000	-19.000
19	Ordentliches Ergebnis (Saldo Nr. 10 und 18)	0	0	0	0	0
21	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nr. 19 und 20)	0	0	0	0	0
24	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo Nr. 22 und 23)	0	0	0	0	0
25	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe Nr. 21 und 24)	0	0	0	0	0



II. Finanzhaushalt

Mittelfristige Finanzplanung

Finanzhaushalt

Nr.	Mittelfristiger Finanzplan Finanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2014 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2017 EUR	2018 EUR
1	Ergebniswirksame Einzahlungen des Ergebnishaushalts	24.000	19.000	19.000	19.000	19.000
2	Ergebniswirksame Auszahlungen des Ergebnishaushalts	-24.000	-19.000	-19.000	-19.000	-19.000
3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nr. 1 und 2)	0	0	0	0	0
4	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0
6	Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0
7	Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
9	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 4 bis 8)	0	0	0	0	0
10	Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0
11	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0
12	Auszahlungen für Erwerb bewegl. Sachvermögen	0	0	0	0	0
13	Auszahlungen für Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
14	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0
16	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 10 bis 15)	0	0	0	0	0
17	Saldo Investitionstätigkeit (Nr. 9 und 16)	0	0	0	0	0
18	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag (Saldo aus Nr. 3 und 17)	0	0	0	0	0
19	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0	0	0
20	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten, wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen und inneren Darlehen für Investitionen	0	0	0	0	0
21	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 19 und 20)	0	0	0	0	0
22	Finanzierungsmittelbestand	0	0	0	0	0





**Satzung
über die Erhebung
der Grundsteuer und Gewerbesteuer
im gemeindefreien Gebiet
„Gutsbezirk Münsingen“
(Hebesatzung)**



**Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im
gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“
(Hebesatzung)**

vom 25.05.2011

Auf Grund von § 3 der Landkreisordnung und § 2 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 1, 25 und 28 des Grundsteuergesetzes und §§ 1, 4 und 16 des Gewerbesteuergesetzes in der jeweils gültigen Fassung und § 1 der Verordnung der Landesregierung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ vom 28.02.2011 hat der Kreistag des Landkreises Reutlingen am 25. Mai 2011 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Steuererhebung**

Der Landkreis Reutlingen erhebt von dem im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ liegenden Grundbesitz Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes. Er erhebt Gewerbesteuer nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes von den stehenden Gewerbebetrieben mit Betriebsstätte im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“ und den Reisegewerbebetrieben mit Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit im gemeindefreien Gebiet „Gutsbezirk Münsingen“.

**§ 2
Steuerhebesätze**

Die Hebesätze werden festgesetzt

- | | |
|---|-----------|
| 1. für die Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 340 v. H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 330 v. H. |
| 2. für die Gewerbesteuer auf | 350 v. H. |

der Steuermessbeträge.

**§ 3
Geltungsdauer**

Die in § 2 festgelegten Hebesätze gelten erstmals für das Kalenderjahr 2011.



§ 4
Grundsteuerkleinbeträge

Grundsteuerkleinbeträge in Sinne des § 28 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes werden fällig

- a) am 15. August mit ihrem Jahresbetrag, wenn dieser 15,00 EUR nicht übersteigt,
- b) am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrags, wenn dieser 30,00 EUR nicht übersteigt.

§ 5
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.





Glossar zum Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR)



Abschreibung	Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Vermögens. Mit ihrer Hilfe werden die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfolgswirksam auf mehrere Rechnungsperioden (Haushaltsjahre) aufgeteilt. Die Aufteilung erfolgt nach unterschiedlichen Abschreibungsmethoden, es gibt planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Letztere kommen nur in Ausnahmefällen in Betracht (Unfall-, Feuerschaden usw.). Vgl. auch Wertberichtigung. Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich in gleichen Jahresraten über die Dauer der Nutzung.
Abschreibungszeitraum	Die Nutzungsdauer bzw. die wirtschaftliche Lebensdauer eines Vermögensgegenstandes muss aufgrund bestimmter Annahmen im Vorhinein geschätzt werden. Eine nachträgliche Änderung der Nutzungsdauer kann nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen (Unfall-, Feuerschaden usw.).
Aktiva	Der Begriff Aktiva bezeichnet die Gesamtheit des Vermögens, Rechnungsabgrenzungs- und Korrekturposten. Aktiva werden bei der in Kontoform aufgestellten Bilanz auf der linken Bilanzseite aufgeführt. Diese Seite gibt Auskunft über die Mittelverwendung. Gegensatz: Passiva
Aktivierung	Aktivierung bezeichnet das buchhalterische Verfahren zur Erfassung von Vermögensgegenständen als Aktiva.
Aktivierungspflicht	In der Bilanz sind grundsätzlich alle Vermögensgegenstände im wirtschaftlichen Eigentum des Landkreises, aber auch Rechnungsabgrenzungsposten am Bilanzstichtag auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisen. Eine entsprechende Passivierungspflicht gilt für Passiva.
Aktivierungswahlrecht	Es wird von einem Aktivierungswahlrecht gesprochen, wenn die Wahlmöglichkeit besteht, einen Geschäftsvorfall entweder als Vermögenszugang zu aktivieren oder als Aufwand in der Zugangsperiode zu erfassen.
Aktivkonto	Aktivkonten sind die einzelnen Posten auf der linken Seite der Bilanz; vgl. auch Aktiva.
Anhang	Der Anhang ist Bestandteil des Jahresabschlusses. Aufgabe des Anhangs ist es, die in der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie die in den Teilrechnungen enthaltenen Informationen zu erläutern und Angaben zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsverfahren, Abschreibungsmethoden, dem Anlagenspiegel etc. zu machen.
Anlagenbuchhaltung	In der Anlagenbuchhaltung wird das Vermögen erfasst und bewertet. Sie dient dem Zweck, die Vermögensgegenstände nach Art und Menge aufzuzeichnen sowie die Werte des Anlagenbestandes fortzuschreiben. Darüber hinaus ermöglicht die Anlagenbuchhaltung, die gebrauchsbedingte Abnutzung der Vermögensgegenstände wertmäßig in Form von Abschreibungen zu erfassen.



Anschaffungskosten	Zu den Anschaffungskosten zählen alle Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können.
Aufwand bzw. Aufwendungen	Aufwand stellt den wertmäßigen, zahlungs- und nicht zahlungswirksamen Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen (Ressourcenverbrauch) eines Haushaltsjahres dar.
Ausgabe	Ausgaben im betriebswirtschaftlichen Sinne bezeichnen sämtliche Abgänge im Geldvermögensbestand (Zahlungsmittelbestand + Bestand an Forderungen – Bestand an Verbindlichkeiten). Hierzu gehören u.a. die Verminderung des Kassenbestandes, die Verminderung des Forderungsbestandes und die Erhöhung des Verbindlichkeitenbestandes.
außerordentliche Abschreibungen	Wertkorrektur aufgrund einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung eines Vermögensgegenstandes, die nicht im Abschreibungsplan (planmäßige Abschreibung) berücksichtigt worden sind. Beispiele: Blitzschlag zerstört EDV-Anlage, technische Veralterung von Anlagegütern aufgrund von technischen Weiterentwicklungen.
außerordentliche Aufwendungen	Hierunter sind solche Aufwendungen zu verstehen, die – im Gegensatz zu den ordentlichen Aufwendungen – außerhalb der eigentlichen gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und unregelmäßig (selten) anfallen.
außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	Aufwendungen und Auszahlungen, für die im Haushaltsplan keine Ermächtigung veranschlagt und keine aus Vorjahren übertragenen Ansätze verfügbar sind.
Auszahlungen	Unter Auszahlung versteht man alle reine Zahlungsvorgänge, die zu einer Verminderung des Zahlungsmittelbestandes durch den Abfluss liquider Mittel (z.B. Barauszahlung oder Überweisung) führen.
Baumaßnahmen	Neu-, Erweiterung- und Umbauten sowie die Instandsetzung von Bauten, soweit sie nicht der Unterhaltung baulicher Anlagen dienen
Benchmarking	Benchmarking ist der kontinuierliche Vergleich der eigenen Produkte, Dienstleistungen sowie Prozesse und Methoden mit anderen Anbietern (z.B. Behörden, Ämtern). Ziel dieser Vergleiche ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des eigenen Bereiches.
Bestandskonten	Die Konten, auf denen die Zu- und Abgänge im Bestand von Vermögensgegenständen, Schulden und Eigenkapital aufgezeichnet werden, bezeichnet man als Bestandskonten. Bestandskonten werden mit ihrem Anfangsbestand aus der Eröffnungsbilanz abgeleitet, der Schlussbestand geht in die Schlussbilanz ein. Man unterscheidet aktive und passive Bestandskonten. Bestandskonten auf der Aktivseite der Bilanz zeigen das Vermögen, während Bestandskonten auf der Passivseite Auskunft über die Finanzierung des Vermögens (z. B. durch Eigen- oder Fremdkapital) geben.



Betrieb gewerblicher Art	Steuerrechtlicher Begriff für Einrichtungen von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Betriebe der öffentlichen Hand), die nachhaltig wirtschaftlichen Tätigkeiten zur Erzielung von Einnahmen dienen („am Markt tätig sein“).
Betriebskostenzuschuss	Betriebskostenzuschüsse sind eine besondere Form der Zuwendungen des Landkreises an den unternehmerischen Bereich. Geleistete Betriebskostenzuschüsse stellen für den Landkreis Aufwand dar, eine Aktivierung findet nicht statt.
Bewertung	Bewertung nennt sich der Vorgang, bei dem der Wert der einzelnen unter den Bilanzpositionen (Aktiva, Passiva) zu findenden Vermögensgegenstände ermittelt wird.
Bewirtschaftung	Bewirtschaftung ist die Inanspruchnahme der im Haushaltsplan enthaltenen Ermächtigungen einschließlich der Verpflichtungsermächtigung und deren Überwachung.
Bilanz (bei den Kommunen Vermögensrechnung)	Die Bilanz ist ein Bestandteil des Jahresabschlusses. In ihr werden das Vermögen (Aktiva) und das Kapital (Passiva) einander wertmäßig zu einem bestimmten Stichtag (31.12.) in Kontenform gegenübergestellt. Die linke Seite der Bilanz gibt Auskunft über die Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel, d.h. über die Zusammensetzung des Vermögens. Die rechte Bilanzseite gibt durch den Ausweis des Fremdkapitals (Ansprüche der Gläubiger, z. B. Banken gegenüber einem Kreditnehmer) und des Reinvermögens (als Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital) Auskunft über die Mittelherkunft. Es besteht Bilanzgleichheit, d.h. die Bilanz ist immer ausgeglichen (Aktiva = Passiva).
Buchwert	Buchwert ist der in der Bilanz nach den Bewertungsregeln ausgewiesene Wert eines einzelnen Aktiv- oder Passivpostens. Er ergibt sich z. B.: bei abschreibbaren Vermögensgegenständen aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und kumulierten Abschreibungen.
Budget	Als Budget bezeichnet man die im Haushalt für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Mittel (Ermächtigungen), die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungsziele zugewiesen sind.
Budgetierung	Budgetierung stellt eine Möglichkeit dar, Verantwortung zu dezentralisieren. Dies kann geschehen, indem eine Organisationseinheit die Verantwortung für ihren Mitteleinsatz innerhalb eines Finanzrahmens bei festgelegtem Leistungsumfang selbst bestimmen kann.
Cash Flow	Der Cash Flow ist die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der Periode. Der Cash Flow verdeutlicht, in welchem Umfang im betrachteten Zeitraum die laufende Betriebstätigkeit zu Einnahmeüberschüssen führt. Er ist ein Finanz- und Erfolgsindikator, der zeigt, in welcher Höhe ein Unternehmen bzw. ein Unternehmensbereich aus eigener Kraft finanzielle Mittel erwirtschaftet hat bzw. erwirtschaften kann.



Controlling	Controlling umfasst Aufgaben der Kontrolle, Planung, Lenkung und Steuerung wirtschaftlicher Prozesse. Controlling ist Teilbereich der Verwaltungsführung als Koordinierungsaufgabe für Planung, Kontrolle und Information. Controlling ist somit ein begleitender betriebswirtschaftlicher Service (Managementunterstützung) für das Management durch Informationen und Vorschläge für Planung, Steuerung, Kontrolle und Systemgestaltung (einschließlich der Gestaltung des Führungs- und Controllingsystems).
Deckungsfähigkeit	Unter Deckungsfähigkeit versteht man die Ermächtigung, Ausgaben über den Haushaltsansatz hinaus zu leisten, wenn bei einem anderen Haushaltsansatz noch Mittel verfügbar sind. Unterschieden wird die echte Deckungsfähigkeit. Sie bezieht sich ausschließlich auf die Aufwands-/ Auszahlungsseite und die unechte Deckungsfähigkeit, bei der Mehrerträge/höhere Einzahlungen zu Leistung höherer Aufwendungen/ Auszahlungen verwendet werden dürfen.
Doppelte Buchführung („Doppik“)	Als Buchführung wird die planmäßige und lückenlose Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle einer Organisationseinheit bezeichnet, wobei das Ziel verfolgt wird, dem Betrachter jederzeit einen Überblick über die Lage und Entwicklung des Vermögens zu ermöglichen. Bei der doppischen Buchführung erfolgt die Buchung auf mindestens zwei Konten. Sie bedient sich dabei der sogenannten Bestandskonten (für die Erstellung einer Bilanz/Vermögensrechnung) und der Erfolgskonten (für die Erstellung einer Gewinn- und Verlustrechnung/Ergebnisrechnung und zur Ermittlung des Erfolges). Für den Begriff der doppelten Buchführung hat sich auch das Kunstwort „Doppik“ (= Doppelte Buchführung in Konten) etabliert.
Drei-Komponenten-Modell	Das Drei-Komponenten-Modell ergänzt die in der Privatwirtschaft üblichen Jahresabschlusssteile Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung um die Finanzrechnung als dritte Komponente. Hiermit soll das Budgetrecht des Gemeinderats gewahrt und eine Zahlungskomponente integriert werden, auf deren Basis die neue Haushaltsplanung erfolgt. Es wurde erstmals von Prof. Lüder im Rahmen des Speyerer Verfahrens für die Doppik im öffentlichen Bereich vorgeschlagen.
Durchlaufende Gelder	Zahlung, die für einen Dritten lediglich eingenommen und ausgegeben werden.
Eigenkapital (bei den Kommunen Kapitalposition)	Eigenkapital ist eine rechnerische Größe. In der Doppik wird darunter die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) einer Organisation und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) sowie den Sonderposten verstanden. Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Ergibt sich aus der Differenz ein negatives Eigenkapital, wird dies durch einen Ausgleichsposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auf der Aktivseite ausgewiesen.
Einnahmen	Als Einnahmen werden alle Zugänge im Geldmittel- und Forderungsbestand bezeichnet.
Einzahlungen	Einzahlungen sind Barzahlungen und bargeldlose Zahlungen, die die Liquidität erhöhen (Kassenbestand, Bankguthaben).



Einzelkosten	Einzelkosten sind Kosten, die sich direkt und verursachungsgerecht einem bestimmten Produkt zuordnen lassen.
Erfolgskonten	Die Konten, auf denen Aufwendungen und Erträge verrechnet werden, bezeichnet man als Erfolgskonten. Auf Aufwandskonten werden Aufwendungen, z.B. Mietaufwendungen, Personalaufwendungen, Energieaufwendungen etc. erfasst. Auf Ertragskonten werden die Erträge gebucht, z.B. Gebühren, Einnahmen aus Drittmittelgeschäften. Mit dem Abschluss der Aufwands- und Ertragskonten in der Ergebnisrechnung wird das Jahresergebnis in dem abzuschließenden Geschäftsjahr festgestellt.
Ergebnis	Als Ergebnis bzw. als Erfolg wird der Saldo von Ertrag und Aufwand bezeichnet. Das Ergebnis kann im Rahmen der Ergebnisrechnung untergliedert werden in das ordentliche und das außerordentlichen Ergebnis.
Ergebnishaushalt	Der Ergebnishaushalt ist Bestandteil des doppischen Haushaltsplans. Im Ergebnishaushalt werden die geplanten Erträge und Aufwendungen nach Arten getrennt ausgewiesen.
Ergebnisrechnung	Die Ergebnisrechnung weist durch Gegenüberstellung der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge eines Haushaltsjahres das Jahresergebnis aus. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, entsteht als Saldo ein Jahresüberschuss; anderenfalls wird eine Jahresunterdeckung/- Fehlbetrag ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.
Eröffnungsbilanz	Der Landkreis hat im ersten Haushaltsjahr, in dem die Bestimmungen des neuen kommunalen Haushaltsrechts anzuwenden sind, eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Für diese Bilanz gelten besondere Regeln. So fehlen z.B. Bilanzwerte eines Vorjahres, so dass z. B. die Bewertung von Vermögen in der Eröffnungsbilanz anders geregelt ist, als bei später aufzustellende Bilanzen. Daneben gibt es Bewertungsvereinfachungen bzw. Bewertungserleichterungen.
Erträge	Erträge stellen zahlungswirksamer und nicht zahlungswirksamer Wertzuwachs (Ressourcenaufkommen) eines Haushaltsjahres dar.
Fehlbetrag	Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt oder im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung höher sind als die ordentlichen und außerordentlichen Erträge.
Finanzanlagen	Finanzanlagen sind Anteile an Unternehmen oder Sondervermögen, Ausleihungen oder Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem (Verwaltungs-) betrieb zu dienen.
Finanzmittel	Die Finanzmittel umfassen den Bestand an Bargeld und die Guthaben bzw. Kontokorrentverbindlichkeiten auf Girokonten. Synonym werden auch die Begriffe „finanzielle Mittel“ und „Zahlungsmittel“ verwendet.



Finanzhaushalt	Der Finanzhaushalt ist Bestandteil des doppischen Haushaltsplans. Im Finanzhaushalt werden die geplanten Ein- und Auszahlungen getrennt nach Zahlungsarten (z. B. Personalzahlungen, Transferzahlungen) ausgewiesen.
Finanzplanung	Der Landkreis hat seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Sie besteht aus einer Übersicht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen und des zu veranschlagenden ordentlichen Ergebnisse des Ergebnishaushalts und einer Übersicht über die Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts. Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ist eine Gliederung nach Aufgabenbereichen vorzunehmen. Bei der Finanzplanung handelt es sich um ein Arbeitsprogramm, das unverbindlich ist und vom Kreistag formal beschlossen wird.
Finanzrechnung	Die Finanzrechnung ist Teil des so genannten Drei-Komponenten-Modells. Sie beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen. In der Finanzrechnung werden auch nicht ergebniswirksame Ein- und Auszahlungen erfasst. Diese betrifft in erster Linie investive Zahlungen; aber auch Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit sowie die haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge.
Forderungen	Werden Waren oder Dienstleistungen gegen spätere Zahlung geliefert bzw. erbracht („auf Ziel“), so hat der Verkäufer eine Forderung (Anspruch auf Erfüllung) gegenüber dem Käufer in Höhe des Rechnungsbetrages zum Fälligkeitsdatum.
Fremdkapital	Das Fremdkapital wird auf der Passivseite der Bilanz/Vermögensrechnung geführt. Es bezeichnet gegenwärtige und zukünftige Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital stellt eine der Quellen der Mittelherkunft dar und gibt in Relationen zum Eigenkapital den Anteil der Fremdfinanzierung des Vermögens an.
Gemeinkosten	Kosten, die im Gegensatz zu den Einzelkosten keinem Kostenträger oder Kostenstelle direkt bzw. unmittelbar zurechenbar sind oder aus wirtschaftlichen Gründen eine Zurechnung nicht sinnvoll ist. Sie werden auch als indirekte Kosten oder Kostenträrgemeinkosten bezeichnet. Im Rahmen der Kostenstellenrechnung werden sie durch Verrechnungssätze oder Schlüsselgrößen Endkostenstellen bzw. Kostenträgern anteilig zugeordnet.
Generationengerechtigkeit	Generationengerechtigkeit (intergenerative Gerechtigkeit) ist die Forderung nach einer Ethik, die u.a. auch die Rechte nachrückender Generationen berücksichtigt. Die Doppik stellt einen Schritt zu mehr Generationengerechtigkeit dar, da sie den Ressourcenverbrauch periodengerecht erfasst und für Steuerungsmaßnahmen aufbereitet.
Gewinn- und Verlustrechnung	Im kaufmännischen Rechnungswesen wird die der Ergebnisrechnung entsprechende Rechnung als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet. Während die Bilanz einen stichtagsbezogenen Überblick auf die Lage des Vermögens gewährleistet, stellt die GuV Aufwendungen und Erträge innerhalb einer Rechnungslegungsperiode, also zeitraumbezogen, dar.



Haushaltsvermerke	Haushaltsvermerke sind einschränkende oder erweiternde Bestimmungen zu Ansätzen des Haushaltsplans (z.B. Vermerke über Deckungsfähigkeit, Übertragbarkeit, Zweckbindung, Sperrvermerke).
Haushaltsplan	Der Haushaltsplan ist Teil der Haushaltssatzung und enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben des Landkreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen, eingehenden ergebniswirksamen und vermögenswirksamen Einzahlungen und zu leistenden ergebnis- und vermögenswirksamen Auszahlungen sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen. Er ist für die Führung der Haushaltswirtschaft verbindlich; Ansprüche und Verbindlichkeiten werden durch ihn weder begründet noch aufgehoben.
Haushaltsquerschnitt	Der Haushaltsquerschnitt zeigt die Zusammenfassung des Haushaltsplans nach Kostenarten und Teilhaushalte.
Herstellungskosten	Als Wertansatz zur Aktivierung werden bei selbst hergestellten Vermögensgegenständen des Sachvermögens die Herstellungskosten angesetzt. Dabei handelt es sich um Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung eines Vermögensgegenstandes, seine Erweiterung oder für eine über seinen ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstanden sind. Handels- bzw. steuerrechtlich bestehen unterschiedliche Vorschriften, welche Einzel- und anteiligen Gesamtkosten als Bestandteile in die Herstellungskosten einbezogen werden können.
Infrastrukturvermögen	In der Bilanz wird das Infrastrukturvermögen in separaten Bilanzpositionen ausgewiesen. Hierzu gehören z. B. Straßen, Wege, Plätze, Hafenanlagen sowie Parks und Grünanlagen.
Inventar	Das Inventar ist das Verzeichnis, das die im Rahmen der Inventur ermittelten Vermögensgegenstände und Schulden detailliert nach Art, Menge und Wert aufzeigt. Es dokumentiert das Vermögen und die Schulden zu einem bestimmten Stichtag.
Inventur	Die Inventur ist die mengen- und wertmäßige Bestandsaufnahme des Vermögens, auch der Schulden, des Landkreises zu einem bestimmten Zeitpunkt. Sie ist handelsrechtlich für den Schluss eines jeden Geschäftsjahres vorgeschrieben. Diese Bestandsaufnahme erfolgt vom Grundsatz her körperlich (durch Messen, Zählen, Wiegen) sowie durch Verfahren der Buchinventur. Bestimmte Vermögensgüter, wie z. B. Forderungen, brauchen nur wertmäßig bestimmt werden. Die Ergebnisse der Inventur werden in einem Verzeichnis, dem Inventar, festgehalten.
Investitionen	Eine Investition ist die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Sach- oder des Finanzvermögens (Auszahlungen für die Veränderung des Vermögens).
Investitionsförderungsmaßnahme	Zuweisungen, Zuschüsse und Darlehen für Investitionen Dritter und für Investitionen der Sondervermögen mit Sonderrechnung (z.B. Eigenbetrieb).



Jahresabschluss	Ein Jahresabschluss besteht aus der Bilanz/Vermögens-rechnung, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie dem Anhang. Hinzu kommt ein Lagebericht.
Jahresergebnis	Siehe Ergebnis
Jahresfehlbetrag	Siehe Fehlbetrag
Jahresüberschuss	Ein Jahresüberschuss (Gewinn) entsteht, wenn die Erträge die Aufwendungen des Haushaltsjahres übersteigen.
Kalkulatorische Kosten	Kosten, die nicht oder in anderer Höhe im Aufwand enthalten sind, werden zur exakten Ermittlung des Wertes einer Leistung zu Kalkulationszwecken hinzugefügt, z. B. kalkulatorische Zinsen.
Kalkulatorische Zinsen	Die kalkulatorischen Zinsen stellen das kostenmäßige Äquivalent für das in einer Einrichtung gebundene Kapital dar. Die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen geht davon aus, dass die zur Verfügung gestellten Budgetmittel für andere öffentliche Zwecke verwendet werden könnten. Diese stellen sogenannte Opportunitätskosten (Kosten der entgangenen Gelegenheit) dar.
Kameralistik	Methode der Rechnungslegung. Das kameralistische Rechnungswesen knüpft an die Buchung der realen Zahlungsvorgänge an, reicht technisch aber über eine reine Einnahme-/Überschussrechnung hinaus.
Kennzahlen	Zahlen, die in komprimierter Form über (betriebswirtschaftliche) Sachverhalte informieren. Sie können als Zielgrößen (Soll-Werte, operationale Ziele) definiert werden und ermöglichen es, durch einen Vergleich zwischen Soll- und Ist-Werten die Zielerreichung zu messen.
Kosten	Kosten sind ein Begriff der Kostenrechnung. Kosten sind der in Geld ausgedrückte Wertesatz zur Leistungserstellung, in Form von verbrauchten Gütern und in Anspruch genommenen Diensten, soweit sie zur Leistungserstellung notwendig und dem Haushaltsjahr zuzuordnen sind.
Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	Die KLR ist ein betriebswirtschaftliches Instrument, das die Kosten, die bei der Leistungserstellung entstehen, erfasst und verursachergerecht zuordnet und so dazu beiträgt, die Kosten- und Leistungstransparenz zu verbessern.
Kostenstelle	Bezeichnet die organisatorische Einheit, die Kosten verursacht und diese beeinflussen und steuern kann.
Kostenträger	Bezeichnung für die Produkte und Dienstleistungen, denen Kosten zugerechnet werden können.
Leistung	Bewertbares Arbeitsergebnis einer Verwaltungseinheit, das zur Aufgabenerfüllung im Haushaltsjahr erzeugt wird.



Leistungsziel	Angestrebter Stand an Leistungen am Ende eines bestimmten Zeitraums, der durch quantitative und qualitative Größen beschrieben wird.
Liquidität	Unter Liquidität versteht man die Fähigkeit, alle notwendigen Zahlungen in der vorgesehenen Frist zu leisten. Die Liquidität ist gewährt, wenn genügend flüssige Mittel (liquide Mittel) für den laufenden Zahlungsverkehr vorhanden sind und zur Erfüllung zukünftiger Zahlungsverpflichtungen ausreichende, fristgerecht realisierbare Vermögenswerte bereitstehen.
Output	Die von einer Verwaltungseinheit (Amt, Produktgruppe) in einer Zeiteinheit hergestellte Menge an Gütern und Dienstleistungen.
Outputsteuerung	Outputsteuerung ist die Steuerung auf der Grundlage von Zielvorgaben und der Definition und Beschreibung von Produkten und somit den Ergebnissen des Verwaltungshandelns. Hierdurch soll die Mitarbeiter-, Kunden- und Bedarfsorientierung und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung verbessert werden. Wichtige Voraussetzung für eine Umsetzung der Outputsteuerung ist eine konsequente Delegation von Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung.
Passivseite/Passiva	Bei der in Kontoform aufgestellten Bilanz wird die rechte Seite als Passivseite bezeichnet. Die dort aufgeführten Passiva umfassen einerseits das Eigenkapital, zu dem das Nettoeigenkapital, die Kapital- und Gewinnrücklagen, ein Gewinnvortrag, sowie der Jahresüberschuss gehören. Andererseits gibt das Fremdkapital an, wie hoch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten sind. Daneben gehören auch Rückstellungen und Sonderposten mit zu den Passiva. Insgesamt stellt die Passivseite die Herkunft des Kapitals der Organisation dar.
Periodengerechtigkeit	Periodengerechtigkeit bedeutet, dass nicht der Zeitpunkt der Zahlung für die Zuordnung zu einem Geschäftsjahr entscheidend ist, sondern die Periode, in der der Verbrauch tatsächlich anfällt. Gleiches gilt für Investitionen. Der Verbrauch wird über die Ermittlung von Abschreibungsbeträgen periodengerecht über mehrere Geschäftsjahre verteilt.
Produkt	Ein Produkt ist eine Leistung oder eine Gruppe von Leistungen, die für Stellen außerhalb der betrachteten Organisationseinheit (innerhalb oder außerhalb der Verwaltung) erstellt werden. Das Erstellen von Produkten führt zu Ressourcenverbrauch.
Produktbereich	Produktgruppen werden thematisch (u.a. nach Zielgruppen, Objekten) zu Produktbereichen zusammengefasst.
Produktbeschreibung	Die Produktbeschreibung dient der Definition und Konkretisierung einzelner Produkte.
Produktgruppen	Produkte werden thematisch (u.a. nach Zielgruppen, Objekten) zu Produktgruppen zusammengefasst.



Rechnungsabgrenzungsposten	Deren Aufgabe besteht in der Rechnungsabgrenzung, um periodengerecht den Erfolg einer Periode von dem der jeweiligen Folgeperiode abzugrenzen. Dabei werden die so genannten aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten unterschieden. Auf der Aktivseite sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, wenn sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen. Auf der Passivseite werden Einnahmen ausgewiesen, wenn sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.
Reinvermögen	Das Reinvermögen ist die Differenz aus sämtlichen Vermögenswerten und den Schulden einer Organisation. Soweit dieser Saldo positiv ist, ist das Reinvermögen identisch mit dem Eigenkapital/Kapitalposition.
Ressourcenverbrauch	Der Ressourcenverbrauch entspricht dem Werteverzehr. In der kaufmännischen und kommunalen Rechnungslegung wird der Ressourcenverbrauch mit Aufwand gleichgesetzt. Beispiel für Ressourcenverbrauch sind daher Personalaufwendungen, Transferaufwendungen und bilanzielle Abschreibungen.
Restbuchwert	Der Restbuchwert einer Anlage ist der innerhalb der Anlagenrechnung für das Ende der Abrechnungsperiode ausgewiesene Wert, der sich nach Abzug der in den zurückliegenden Perioden vorgenommenen Abschreibungen von der Abschreibungssumme zum jeweiligen Zeitpunkt ergibt.
Restnutzungsdauer	Die zu einem bestimmten Bilanzstichtag noch verbleibende Nutzungsdauer eines Anlagegutes.
Rücklagen	Rücklagen sind ein Teil des Eigenkapitals einer Organisation. Sie bestehen aus den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses, Bewertungsrücklagen für Überschüsse des Bewertungsergebnisses, zweckgebundenen Rücklagen und sonstigen Rücklagen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind Passivposten in der Bilanz, die für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet werden müssen. Rückstellungen sind zu bilden für Aufwendungen, die zum Bilanzstichtag zwar dem Grunde nach feststehen, nicht jedoch bezüglich ihrer Höhe oder ihrer Fälligkeit. Beispiele sind Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs u.a.
Sachanlagen	Körperliche Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dem Verwaltungsbetrieb dauerhaft zu dienen. Hierzu zählen z. B. Gebäude, technische Anlagen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Zu den Sachanlagen gehören nicht die Finanzanlagen und die immateriellen Vermögensgegenständen.
Transfererträge und -aufwendungen	Erträge und Aufwendungen, ohne unmittelbar damit zusammenhängende Gegenleistung.

**Überplanmäßige
Aufwendungen und
Auszahlungen**

Aufwendungen oder Auszahlungen, die die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge und die aus Vorjahren übertragenen Ermächtigungen übersteigen.

Überschuss

Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen und außerordentlichen Erträge im Ergebnishaushalt oder im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen übersteigen.

Verlust

Als Verlust/Jahresfehlbetrag wird die negative Differenz aus Ertrag und Aufwand bezeichnet.

Vermögen

Zum Vermögen gehören alle Gegenstände, die dem Landkreis zu dienen bestimmt sind. Das Vermögen setzt sich zusammen aus dem immateriellen Vermögen (z. B. Lizenzen), Sachvermögen (z. B. Grundstück und Gebäude) und dem Finanzvermögen (z. B. Beteiligungen).

Ziele

Ziele stellen Aussagen über erwünschte Zustände dar, die als Ergebnis von Entscheidungen eintreten sollen. Jedes Ziel ist durch den Zielinhalt, den Zeitbezug, den sachlichen Geltungsbereich und das Zielmaß gekennzeichnet.

